

**Peter Schumacher**

# **Journalisten in Kolumbien**

**Arbeitsbedingungen und  
Selbstverständnis**

**MESA  
REDONDA**

**00**

IQ 00010

M 578

N 4

- 16

**Neue Folge  
No. 16**







Peter Schumacher

# **Journalisten in Kolumbien**

**Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis**

Eichstätt 2001

001IQ 00010 M578 N4-16

Katholische Universität Eichstätt

Zentralinstitut für Lateinamerika-Studien

Centro de Estudios Latinoamericanos

Mai 2001

Typoskript: Rita Lentner

Redaktion: Dr. Karl-Dieter Hoffmann

001IQ 00010 M578 N4-16

BV013320556

Universitätsbibliothek  
Eichstätt (06)

06kmo-193



# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	5
<b>1. Einleitung</b>	7
<b>2. Kolumbien: Staat, Gesellschaft und Demokratie</b>	11
2.1 Politische Entwicklung	11
2.2 Krieg, Gewalt und Kriminalität	17
<b>3. Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit</b>	23
3.1 Normativer Rahmen	23
3.2 Medienstrukturen	30
3.3 Medien, Journalisten und Politik	43
<b>4. Die Journalisten: Beruf und Einstellungen</b>	51
4.1 Ausbildung und Berufszugang	51
4.2 Journalistenorganisationen	60
4.3 Redaktionsorganisation: Das Fallbeispiel <i>El Espectador</i>	63
4.4 Angriffe auf Journalisten und Medienunternehmen	70
4.5 Zensur und Selbstzensur	82
4.6 Berufliche Einstellungen	93
<b>5. Schlussdiskussion und Resümee: Journalisten und Gesellschaft</b>	107
<b>6. Anhang</b>	127
6.1 Sample der befragten Journalisten	127
6.2 Auszüge aus den Experten-Interviews	128
6.3 Abkürzungen	140
6.4 Glossar	141
<b>7. Bibliographie</b>	143
7.1 Ressourcen im Internet	155

## **Zwei Autobomben in Medellín entschärft**

### ***Ein weiterer Journalist ermordet***

**Bogotá, 20. Mai. (ap/dpa)** Zwei Tage nach der Explosion einer Autobombe in Medellín hat die kolumbianische Polizei zwei weitere Bomben mit grosser Sprengkraft rechtzeitig entschärfen können. Die Fahrzeuge mit den 9 und 13,5 Kilogramm schweren Sprengsätzen wurden am Samstagabend in der Nähe eines Parks und einer stark frequentierten U-Bahn-Haltestelle entdeckt. Wer die Bomben dort deponierte, war zunächst nicht bekannt. Bei der Explosion vom Donnerstagabend waren 8 Personen getötet und über 130 weitere verletzt worden. Als Hintergrund vermutet die Polizei einen Kampf zwischen Paramilitärs und einer kriminellen Bande, die unter dem Namen «La Terraza» bekannt ist. Die kolumbianische Regierung hat die Entsendung einer Elite-Antiterrorereinheit sowie Hunderter weiterer Polizisten nach Medellín angekündigt.

Derweil wurde 170 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bogotá ein Journalist ermordet. Der 38-jährige Reporter Edgar Tavera, der für eine Lokalzeitung arbeitete, sei in dem Ort Guespa erschossen worden, teilte die Polizei mit. Als Täter werden Angehörige der Guerilla der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia vermutet. Allein in den letzten vier Wochen sind damit in Kolumbien vier Journalisten ermordet worden.

*(Neue Zürcher Zeitung, 21.05.2001)*

Schon wieder das Telefon. Und wieder würde keiner sich melden am anderen Ende der Leitung. Seit drei Tagen ging das schon so, Tag und Nacht riefen sie an. Dutzende Male. Ignacio ging zum Hörer und meldete sich mit "Instituto de sordomudos", Taubstumm-Institut. Plötzlich ließ er den Hörer fallen und rief: "Mierda!" - "Was ist?" fragte ich. "Schüsse. Zwei Schüsse", sagte er nur.

Im Stadtviertel La Soledad hingen noch die Schwaden von Tränengas, die die protestierenden Studenten der Universidad Nacional auseinanderreiben sollten. Nach der Trauerfeier für den vor zwei Tagen erschossenen Menschenrechtsanwalt Eduardo Umaña Mendoza im Auditorium der Universität wollten sie ihrer Wut Ausdruck verleihen - und lieferten sich mit Molotow-Cocktails und Steinen eine Auseinandersetzung mit der Polizei, mal wieder.

Wut, Verzweiflung, Angst - das Klima in Bogotá war angespannt im April 1998. Kurz vor Eduardo Umaña war die prominente Kommunistin María Arango erschossen worden. In beiden Fällen gab es keine Spur von den Mördern. Und dazu der Telefonterror, ebenso anonym. Juristen, Journalisten, Menschenrechtler, Linke - bei allen klingelte es.

Noch eine halbe Stunde nach dem Anruf war Ignacio sehr nervös, rauchte noch mehr als sonst. Zwei Wochen zuvor hatte er Studenten erklärt, die Drohungen gegen Journalisten erfüllten nur einen Zweck: Einschüchterung, um sie zum Schweigen zu bringen. Und wer sich einschüchtern lasse, tue genau das, was *sie* wollten. Jetzt war das weit weg, die Theorie in der Universität. Jetzt hatte er Angst. Und erzählte, dass *sie* ihn gestern schon mal am Handy angerufen hatten. Er fand seinen Humor wieder:

War wahrscheinlich ein Arzt oder so. Er hat gesagt, dass ich bald sterben werde - und wer hätte das sonst sagen können, wenn nicht ein Arzt.

Journalisten in Kolumbien wollen keine Helden sein, sie wollen ihre Arbeit erledigen. Doch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen behindern diese Arbeit oft - mit Folgen nicht nur für die Journalisten, sondern auch für die Gesellschaft.

Diese Zusammenhänge zu beschreiben, dazu soll diese Untersuchung einen Beitrag leisten. Der persönliche Zugang zum Thema birgt die Gefahr der Unwissenschaftlichkeit durch Nähe. Andererseits ermöglichte er viele Einblicke, die mir sonst verborgen geblieben wären. Denn eines ist klar: Europäische Augen betrachten Lateinamerika anders. Ich hoffe, eine Perspektive gefunden zu haben, die versucht, zu verstehen und zu erklären.



Bei der Suche haben mir viele geholfen. Ich danke allen Journalisten, die mir für diese Arbeit Informationen gegeben haben, ganz besonders meinem Kollegen und Freund Ignacio Gómez für seine Unterstützung.

Dank geht auch an Dr. Karl-Dieter Hoffmann und Prof. Dr. Hans-Joachim König vom Zentralinstitut für Lateinamerikastudien der Katholischen Universität Eichstätt, die die Veröffentlichung unterstützt haben, und an den Verein der Absolventen der Eichstätter Journalistik (AEJ e.V.), der zur Finanzierung des Drucks beigetragen hat.

Frankfurt a.M. im November 2000  
Peter Schumacher

# 1. Einleitung

Als Kolumbiens legendenumwobener Drogenbaron Pablo Escobar in den achtziger Jahren seinen gnadenlosen Terror gegen die Regierung und die Bevölkerung entfesselte, standen auch die kolumbianischen Journalisten im Visier. Mindestens ein Dutzend Morde an kritischen Redakteuren soll Escobar angeordnet haben, mindestens viermal so viele mußten wegen massiver Drohungen das Land verlassen. Journalisten in aller Welt schrieben Lobeshymnen über ihre mutigen Kollegen in Kolumbien<sup>1</sup>. 1993 erschoss die kolumbianische Polizei Pablo Escobar nach einer wilden Jagd über die Dächer Medellíns. Das gefürchtete "Medellín-Kartell" war weitgehend zerschlagen, und das südamerikanische Land kam seltener in die Schlagzeilen der internationalen Presse.

Und die kolumbianischen Journalisten? Können sie nun wieder gefahrlos ihrem Beruf nachgehen? Nur gelegentlich findet ihre Situation noch ein wenig Aufmerksamkeit in der internationalen Presse; vor allem dann, wenn Nichtregierungsorganisationen wie *Reporters sans frontières* (RSF), *Committee to Protect Journalists* (CPJ) oder das *International Press Institute* (IPI) alljährlich ihre Statistiken darüber vorlegen, in welchen Ländern die Pressefreiheit und die Journalisten konkret bedroht sind<sup>2</sup>. Kolumbien steht beinahe jedes Jahr in der Liste der Länder mit den meisten Morden an Medienmitarbeitern. Die inter-amerikanische Pressevereinigung, die *Sociedad Interamericana de Prensa* (SIP), zählte zwischen 1988 und 1997 in ganz Amerika 179 Morde an Journalisten<sup>3</sup>. 69 von ihnen waren Kolumbianer.

Welche Rahmenbedingungen kennzeichnen den Journalismus in Kolumbien? Welche Medienstrukturen beeinflussen seine Arbeit? Inwieweit greifen die Akteure des kolumbianischen Bürgerkriegs in die Berichterstattung ein? Gibt es Zensur? Und nicht zuletzt: Wer bedroht Journalisten?

---

1 In deutschsprachigen Medien zum Beispiel: o.A.: Kolumbiens Presse als Zielscheibe der Drogenmafia. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 30.9.1989; de Weck, Roger: Mit Druckerschwärze gegen Drogenhändler. In: *Die Zeit* vom 28.12.1989; Stührenberg, Michael: Presse unter Waffen. In: *GEO* 4/1990, 112ff.

2 Vgl. zum Beispiel: Facius, Gernot: Aufklärende Journalisten: unerwünscht. In: *Die Welt* vom 2.5.1998; o.A.: Pressefreiheit als Mangelware. Jahresrückblick des Internationalen Presseinstituts. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 7.2.1998; o.A.: Journalisten als Zielscheibe. 26 Mordopfer im Jahr 1997. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.1.1998; Lewis, Anthony: Journalisten leben gefährlich. Der Kampf gegen die Kultur des Schweigens in Lateinamerika verlangt viele Opfer. In: *Die Zeit* vom 22.8.1997; o.A.: Unaufgeklärte Morde an Journalisten. Jahresbericht des Press Institute. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 6.1.1997; Pressefreiheit - ein Privileg des Westens. Jahresbericht des Committee to Protect Journalists. In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.4.1996; Schuler, Thomas: Vor allem Zeitungsreporter sind bedroht. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 9.9.1995.

3 Die Statistik berücksichtigt den Zeitraum von Oktober 1988 bis Oktober 1997. Vgl. *Sociedad Interamericana de Prensa* (Hg.) 1998.

Diese Untersuchung widmet sich unter der Perspektive der Kommunikationsforschung den Arbeitsbedingungen und dem Selbstverständnis der kolumbianischen Journalisten. Der Fokus ist dabei weniger auf den Aspekt der Nachrichtenauswahl und Realitätskonstruktion durch die Journalisten gerichtet, sondern auf die Einflüsse, die diesen Selektionsprozess determinieren. Ausgangspunkt ist - wie Frank Esser es seinem Vergleich des deutschen und britischen Journalismus voranschickt -

[...] die Erkenntnis, dass der Journalismus eines jeden Landes durch die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, historische und rechtliche Grundlagen, ökonomische Zwänge sowie die professionellen und ethischen Standards seiner Akteure geprägt wird? (Esser 1998, 21)

Als erkenntnisleitend und zur Systematisierung wurde auf die "Zwiebel-Metapher" zurückgegriffen, die ihren heuristischen Nutzen schon in mehreren Studien erwiesen hat<sup>4</sup>. Der Journalismus wird dabei mit einer Zwiebel verglichen, dessen einzelne Schalen jeweils einem bestimmten Einflussfaktor entsprechen. Die Bedeutungsfestlegungen für die einzelnen Schalen variieren je nach Autor. Esser hat folgende Aufteilung vorgenommen:

- Die äußere Schale steht danach für die *Gesellschaftssphäre*, definiert als der historisch-kulturelle Rahmen, der den Journalismus bestimmt.
- Die nächste Schale steht für die *Medienstruktursphäre*, also die rechtlich-normativen und ökonomischen Rahmenbedingungen.
- Die folgende Schale steht für die *Institutionssphäre* und damit für die organisatorische Einbindung der journalistischen Arbeit in der Redaktion und im Verlag.
- Im Kern schließlich ist die *Subjektsphäre* repräsentiert, also die Werte und Einstellungen der Journalisten selbst, ihre Professionalisierung und soziodemographische Position.

Die in den einzelnen Sphären wirkenden Faktoren stehen dabei in einem ständigen, hochkomplexen Austauschprozess untereinander und mit anderen gesellschaftlichen Systemen. Der Journalist als zentraler Handlungsträger des Journalismus steht also in diesem Modell zwar im Mittelpunkt, ist jedoch keineswegs unabhängig. Die vielfältigen Einflussfaktoren determinieren

---

4 Entwickelt wurde die Idee zunächst von Maxwell McCombs, in Deutschland aufgegriffen von Weischenberg. Manfred Redelfs und Frank Esser verwandten das Modell - leicht abgewandelt - in ihren Studien. Vgl. McCombs 1992, 813ff.; Weischenberg 1992, 68; Redelfs 1996, 69; Esser 1998, 20ff.



entscheidend seine Einstellungen und seine Arbeitsbedingungen - und damit auch das Produkt seiner Arbeit.

In dieser Untersuchung geht es nicht um eine umfassende Beschreibung des Systems Journalismus in Kolumbien - gleichwohl ist mit dem erkenntnisleitenden Modell ein systemisches Verständnis von Journalismus impliziert. Der Fokus ist dabei auf die Journalisten selbst gerichtet. Die beschriebenen Faktoren aus den einflussnehmenden Sphären werden unter dieser Perspektive untersucht.

Die kolumbianische Kommunikationswissenschaft ist materiell und personell dünn ausgestattet. Obwohl es an den Universitäten Journalistenausbildung gibt, sind die Ressourcen für Forschung mager. Die wenigen vorhandenen Veröffentlichungen beschäftigen sich vor allem mit dem Medienrecht, der Medienkonzentration, journalistischer Ethik oder versuchen in qualitativen Inhaltsanalysen die Berichterstattung der kolumbianischen Medien zu bestimmten Themen nachzuzeichnen<sup>5</sup>. Kommunikatorforschung gibt es nur in zarten Ansätzen, die jedoch keineswegs systematisch oder umfassend sein können.

Der Journalist selbst ist ein unbekanntes Wesen - es gibt keine demographischen Daten, über seine Einstellungen ist nur wenig bekannt. Diese Studie versucht, das vorhandene Material zu sichten und zu bewerten. Und sie nähert sich mit verschiedenen Methoden den Journalisten selbst, um zumindest erste Antworten auf die Frage zu geben, wie sie die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit einschätzen und welche beruflichen Einstellungen sie haben<sup>6</sup>. Ziel ist es, eine Beschreibung der aktuellen Probleme des journalistischen Berufes zu geben. Zum besseren Verständnis werden einige historische Entwicklungslinien aufgezeigt. Aus den zu beschreibenden wesentlichen Konfliktfeldern ergibt sich, dass die Entwicklungen seit der Mitte der achtziger Jahre besondere Beachtung finden. Seither haben sowohl der Bürgerkrieg wie auch der Drogenhandel eine neue, den Journalismus direkt betreffende Dynamik entwickelt.

Die Arbeit ist wegen des noch kaum erforschten Gegenstandes methodisch breit angelegt. In der Redaktion der Tageszeitung *El Espectador* wurde vom 9. bis 20. November 1998 eine teilnehmende Beobachtung durchgeführt - unter besonderer Berücksichtigung der Ressorts für Justiz und Investigation. Die Zeitung hat einen Umbruch erfahren, in dem sich zwei typische und bestimmende Phänomene der

---

5 Auffällig ist das starke Engagement der deutschen parteinahen Stiftungen, wenn es um die Förderung von Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen geht. Viele der auch in dieser Arbeit zitierten Werke sind mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Konrad-Adenauer-Stiftung entstanden. Erwähnt werden soll hier ebenfalls die in Eichstätt als Diplomarbeit entstandene Studie von Dagmar Kusche über Massenmedien in Kolumbien, die auch veröffentlicht vorliegt. Vgl. Kusche 1992, 187ff. Eine kürzere Fassung: Dagmar Kusche in Altmann 1997, 585ff.

6 Die Studie ist daher in Teilen explorativ und erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Im Mittelpunkt stehen die kolumbianischen Journalisten - und zwar die in Kolumbien selbst tätigen. Kameraleute und Bildreporter fanden keinen Eingang in das Befragungssample, bei der Analyse der Angriffe und Bedrohungen sind sie jedoch berücksichtigt.

kolumbianischen Medienlandschaft brechen: Sie ist ein politisch liberales Blatt mit wechselnd enger Nähe zur liberalen Partei - was in der Tradition der parteinahen kolumbianischen Presse steht. Und sie wurde Ende 1997 von einem der großen Konzerne aufgekauft, die in den vergangenen Jahren eine Art Medienoligopol in Kolumbien geformt haben.

Kern der Forschungsarbeit bildeten die Leitfadengespräche mit 20 kolumbianischen Journalisten<sup>7</sup>. Folgende Problemfelder wurden dabei schwerpunktmäßig angesprochen und die Journalisten um Einschätzungen dazu gebeten:

- der normative Rahmen journalistischer Arbeit wie Verfassung und gesetzliche Regelungen
- das Verhalten der Regierung und der Behörden bezüglich dieses normativen Rahmens
- die Auswirkungen des strukturellen Rahmens - vor allem die Medienkonzentration
- Eingriffe in die journalistische Arbeit, die auf die wirtschaftlichen Interessen der Medieneigentümer oder Werbekunden zurückgehen
- die Einflüsse und Eingriffe der kriegführenden Parteien Guerilla, Paramilitärs und Armee
- die Einflüsse und Eingriffe der "Drogenkartelle"
- Erfahrungen mit Drohungen und Angriffen
- Erfahrungen mit Zensur und Selbstzensur
- der Einfluss redaktioneller Strukturen auf die journalistische Arbeit.

Zusätzlich zu diesen 20 Journalisten wurden drei Experten befragt<sup>8</sup>. Gabriel Jaime Pérez, Dekan der Fakultät für Kommunikation und Sprache der Universidad Javeriana, nahm aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht Stellung. Javier Darío Restrepo war wegen seiner langjährigen journalistischen Berufspraxis, seiner Funktion als Ombudsmann bei der Tageszeitung *El Tiempo* und als Gründungsmitglied der *Fundación para la Libertad de Prensa* ein informativer Gesprächspartner. Ignacio Gómez wurde ebenfalls wegen seiner Tätigkeit in dieser Organisation ausgewählt.

---

7 Die Auswahl der Gesprächspartner erfolgte im Sinne eines *theoretical sampling* unter zwei maßgeblichen Dimensionen: Zum einen sollten möglichst viele Medienarten abgedeckt werden, um - dem explorativen Charakter der Studie gemäß - breitgestreute Einschätzungen aus vielen Bereichen zu bekommen. Zum anderen erschien es sinnvoll, eine Medienart mit mehreren Befragten abzudecken, um zu Vergleichszwecken auch *innerhalb* eines Mediums eine gewisse Spannbreite an Einschätzungen zu bekommen - hier wurde die Tageszeitung *El Espectador* gewählt, ergänzende Interviews wurden mit Redakteuren von *El Tiempo* geführt. Die Gesprächspartner wurden anonymisiert, eine Übersicht über ihre Tätigkeitsfelder steht im Anhang. Der Wortlaut der Interviews ist in der ursprünglichen Fassung der Studie als Diplomarbeit an der Katholischen Universität Eichstätt dokumentiert.

8 Die Gespräche sind im Anhang dokumentiert.

## 2. Staat, Gesellschaft und Demokratie in Kolumbien

### 2.1 Politische Entwicklung

Wohl in keinem anderen lateinamerikanischen Land ist die Bedeutung der seit dem 19. Jahrhundert geformten politischen Tradition für die Gegenwart so groß wie in Kolumbien<sup>1</sup>,

stellen Krumwiede und Stockmann fest. Einige dieser Kontinuitäten prägen bis heute nicht nur die kolumbianische Politik und Gesellschaft, sondern auch die Medien und ihre Arbeit.

Eine entscheidende Linie ist das Parteiensystem, das sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hat. Mit der langwierig und blutig erkämpften Unabhängigkeit des ehemaligen Vizekönigreichs Nueva Granada vom spanischen Mutterland im Jahr 1819 begann eine Epoche der Neuorientierung und Konsolidierung, in der unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft der ehemaligen Kolonie hart aufeinanderprallten. Eine der Kernfragen des Konfliktes war, wie der neue Staat verfasst sein sollte: zentralistisch oder föderalistisch? Mit der Abspaltung von Ecuador und Venezuela zeigte sich schon 1830, dass eine großkolumbianische Lösung, wie sie Simón Bolívar vorschwebte, nicht zu verwirklichen war. Wenngleich die Ideen, die den Parteien zur Basis dienen sollten, schon in Grundzügen bei den Traditionalisten und Liberalen im 18. Jahrhundert nachweisbar waren, so dauerte es doch bis Mitte des 19. Jahrhunderts, bis sich die Parteien bildeten, die bis heute in Kolumbien dominieren. Die Jahrzehnte zuvor waren durch das Wirken von *Caudillos*<sup>2</sup> gekennzeichnet, die regionale und persönliche Interessen mit Hilfe ihrer Anhänger durchzusetzen versuchten. Das *Caudillo*-Prinzip setzte sich auch in den sich formierenden Parteien, der Konservativen und der Liberalen Partei, fort, die zwar grundsätzlich unterschiedliche ideologische Prinzipien als Wurzeln hatten, in der Formulierung ihrer praktischen Politik in vielen Feldern aber nicht weit auseinanderlagen. Besonders zu Zeiten von Wahlen traten *Caudillos* auf, die Strömungen innerhalb der Parteien formierten und repräsentierten, die eher personengebunden als

---

1 Krumwiede/Stockmann <sup>3</sup>1995, 410.

2 *Caudillismo* ist ein lateinamerikanisches Phänomen, das den politischen (und oft auch militärischen) Einfluß einzelner populistischer und oft charismatischer Führer bezeichnet, die es verstehen, eine Anhängerschaft hinter sich zu scharen, um mit diesem Rückhalt ihre Interessen durchzusetzen. Das *Caudillo*-Prinzip findet sich in Lateinamerika in Militärdiktaturen ebenso wie in demokratisch verfassten Gesellschaften.



programmzentriert waren. Diese an Personen gebundene Fraktionierung der großen Parteien prägt noch heute die Politik<sup>3</sup>.

Im Verhältnis der beiden Parteien wechselten Epochen der Konfrontation mit solchen des Konsenses - beides in Extremen. Auseinandersetzungen arteten mehrfach in blutige Bürgerkriege aus, in denen politische Ziele hinter purem Hass zurücktraten und irrational der "Feind" aus der anderen Partei bekämpft wurde. Diese Konfrontationen zogen tiefe Gräben in der kolumbianischen Gesellschaft, und sie stärkten oder erzwangen das Zugehörigkeitsgefühl zur Partei: Neutralität im Konflikt war nicht möglich, abhängige *Campesinos* mußten sich den Parteien ihrer Latifundisten anschließen. Neben dem Prinzip des Zwangs war auch das der Belohnung ein wichtiger Mechanismus: Ausgeprägter Klientelismus diente dazu, Anhänger für die Parteien zu gewinnen - als Wähler oder auch als "Kanonenfutter" in den kriegerischen Auseinandersetzungen<sup>4</sup>. Familien waren - und sind es zum großen Teil noch heute - traditionell entweder konservativ oder liberal, die Parteimitgliedschaft wird "vererbt". Dies erklärt zum Teil, warum andere Parteien keine breiten Wählerschichten ansprechen konnten.

Es ist in der Tat bemerkenswert und für Lateinamerika außergewöhnlich, dass sich neben den beiden großen Parteien keine anderen politischen Strömungen etablieren konnten. Dies zeugt einerseits von der tiefen, oft emotionalen Bindung an die traditionellen Parteien. Zum anderen liegt es auch in der Fähigkeit dieser Parteien begründet, neue politische Strömungen zu kooptieren und - falls es die Umstände erfordern - parteiübergreifend im Konsens zu agieren, um anderen Bewegungen keine Chance zu geben, in ihre Machtbastionen einzudringen. Diese Flexibilität wird durch die Struktur der Parteien möglich:

Sie stellen keine homogenen Organisationen mit gemeinsamer Programmatik oder Zielsetzung dar, sondern vielmehr regional und personalistisch verankerte Interessenvereinigungen (Kurtenbach 1998, 45).

Diese Funktionsweise führt dazu, dass innerhalb der Parteien vor allem die Personen durchsetzungsfähig sind, die sich - oft mit populistischen oder klientelistischen Methoden - eine "Hausmacht" in Schlüsselregionen des Landes aufbauen konnten. Dazu waren und sind wegen ihrer wirtschaftlichen Macht

---

3 Zu Parteien und Parteienentwicklung in Kolumbien vgl. Buenahora Febres-Cordero <sup>2</sup>1997, 174ff.; Hoskin 1998, 45ff.; Kurzdarstellungen in: Ocampo López <sup>5</sup>1995, 240ff.; Pearce 1992, 22ff.

4 Klientelismus ist auch heute noch ein verbreitetes Phänomen, daß unter anderem im Mediensektor eingesetzt wird, um Journalisten für politische Ziele zu vereinnahmen. Zur Geschichte und Gegenwart des Klientelismus in Kolumbien vgl. Bushnell 1992, 11ff. Zum Klientelismus allgemein vgl. auch Díaz Uribe 1986; zu neueren Entwicklungen: Martz 1997, 291ff.

nahezu ausschließlich Angehörige der Oberschicht in der Lage - Mitglieder der traditionellen Oligarchie. Es bildete sich eine "politische Klasse" derjenigen Familien, die seit Jahrzehnten die Führung der Parteien und damit des Landes bestimmten (vgl. Osterling 1989, 162). Die Parteien können unter diesen Umständen kaum als Interessenvertretung breiter Wählerschichten fungieren - und dies mag ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung sein, die die kolumbianische Demokratie kennzeichnet. Selten geben mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, zum Teil sind es gar weniger als 30 Prozent (vgl. Krumwiede/Stockmann <sup>3</sup>1995, 386).

Wirkungsweise und Folgen dieser Besonderheiten des kolumbianischen Parteiensystems werden im historischen Rückblick auf die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts deutlich. Diese Hintergründe sind entscheidend zum Verständnis der heutigen Situation des Landes und sie prägen auch die für den Journalismus bestimmenden Strukturen - die Presse war und ist überwiegend parteinah oder steht politischen Strömungen nahe.

Eine weitere prägende Linie in der politischen Entwicklung Kolumbiens ist die Anwendung von Gewalt. Von den zahllosen Attentaten auf Politiker und bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Kolumbien war wohl der Mord an Jorge Eliécer Gaitán das folgenreichste. Am 9. April 1948 erschossen Unbekannte in Bogotá den liberalen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen. Die Tat entfesselte einen mehrtägigen Aufruhr, der von Bogotá auf andere Städte und auf ländliche Regionen übergriff. Der sogenannte *bogotazo*<sup>5</sup> war die Initialzündung für einen Bürgerkrieg, der allein bis 1953 etwa 150.000 Menschenleben gefordert haben soll<sup>6</sup>. Die Epoche wird heute als *violencia*<sup>7</sup> bezeichnet - "Gewalt" als Beschreibung eines historischen Zeitraums. Erklärungsversuche für den unkontrollierten und unkontrollierbaren, oft barbarischen Ausbruch gibt es viele - umfassend und widerspruchsfrei ist keiner. Am wahrscheinlichsten ist, dass ein dichtes Geflecht von Interessenkonflikten aufeinandertraf. Die Auseinandersetzung war *auch* eine Auseinandersetzung zwischen Anhängern beider Parteien. Jedoch brachen daneben vielfältige andere, zuvor eher verdeckte Konflikte nun offen aus: Zum Teil ging es um sozio-ökonomisch bedingte Konflikte wie zum Beispiel den Kampf um Boden in den Tiefen der

---

5 Eine umfassende literarisch-dokumentarische Darstellung über diese Ereignisse hat Arturo Alape vorgelegt (<sup>13</sup>1997).

6 Die Zahl der Opfer ist umstritten, was darauf hindeutet, wie unübersichtlich der Konflikt war und für die Historiker auch heute noch ist. Die Zahl von 150.000 Opfern ist eine Schätzung von Pearce (1992, 53).

7 Zur *violencia* vgl. zum Beispiel Bushnell 1993, 201ff.; Abel/Palacios 1991<sup>2</sup>, 587ff., hier: 610-624; Helg 1996, 703ff., hier: 715-717.

*llanos*, zum Teil gab es politisch-strukturelle Ursachen wie etwa die Auseinandersetzung zwischen reformorientierten liberalen Gruppierungen und reaktionären Konservativen<sup>8</sup>.

In der *violencia* bildeten sich auch Akteure heraus, die als Vorläufer derjenigen Gruppen gesehen werden können, die noch heute das Panorama der Gewalt in Kolumbien bestimmen: Es entstanden liberale Guerillas, von denen einige die Keimzelle bildeten für die Gründung kommunistischer Guerillabewegungen in den sechziger Jahren. Aber auch die paramilitärischen Gruppen von heute haben Vorläufer in der *violencia*: Todesschwadronen wie die von den Konservativen organisierten *pájaros*, die - zum Teil in Zusammenarbeit mit der Polizei - brutal gegen die Liberalen vorgingen.

Die traditionell eher schwache Armee war nicht in der Lage, für eine Beendigung des Bürgerkriegs zu sorgen. Dennoch war es ein Militär, der die Führung des Landes inmitten des Chaos an sich nahm - ein für lateinamerikanische Verhältnisse sehr untypischer Putsch, denn er lief nahezu gewaltfrei ab<sup>9</sup>. General Gustavo Rojas Pinilla übernahm 1953 als quasi "geduldeter Diktator" die Macht<sup>10</sup>: Sein "Staatsstreich der öffentlichen Meinung" (*golpe de opinión pública*) fand im Land breite Zustimmung, selbst in der Führung der Liberalen und Konservativen Partei. Rojas Pinilla offerierte den Kämpfenden der liberalen Guerillas eine großzügige Amnestie, wenn sie ihre Waffen niederlegten, und erreichte damit eine gewisse Eindämmung, wenn auch kein Ende der Gewalt.

Als Rojas Pinilla Anstrengungen unternahm, eine neue politische Kraft zur Absicherung seiner Herrschaft zu formieren, regte sich in den traditionellen Parteien der Widerstand. Die Führungseliten einigten sich auf eine paritätische Machtteilung und bedienten sich willfähriger Militärs, um den General 1957 aus dem Amt zu putschen. Per Plebiszit wurde ein System der Machtteilung institutionalisiert, die sogenannte *frente nacional* (Nationale Front)<sup>11</sup>. Es sah eine gleichmäßige Aufteilung der Ämter auf allen Ebenen - vom Bürgermeister bis zum Präsidenten - zwischen den beiden Parteien vor. Bis 1974 wechselten sich Konservative und Liberale mit der Präsidentschaft ab, ihre Kabinette bestanden jeweils zur Hälfte aus Konservativen und Liberalen. Noch danach hielt die

---

8 Einen Überblick über die verschiedenen Theorien gibt Oquist 1980, 129ff. Vgl. auch Bergquist 1992, 51ff.

9 Kolumbien ist eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, deren demokratische Tradition nicht von langjährigen, gewaltsam herbeigeführten Militärdiktaturen unterbrochen worden ist. Lediglich 1854 hat es von General José María Melo den Versuch gegeben, eine Militärdiktatur zu errichten. Er scheiterte nach wenigen Monaten.

10 Zur Diktatur von Rojas Pinilla vgl. Abel/Palacios 1991<sup>3</sup>, 624-626.

11 Zur Nationalen Front vgl. Abel/Palacios 1991<sup>1</sup>, 629ff., hier: 634-658; Bushnell 1993, 223ff.; Helg 1996, 717ff.

Tradition an, auch Mitglieder der jeweils anderen Partei in die Regierung zu holen.

Die Gewalt zwischen den beiden Parteien und ihren Anhängern endete mit der Etablierung der Nationalen Front. Die undemokratische Form der abgesprochenen Machtteilung ließ jedoch oppositionellen Gruppen außerhalb der traditionellen Parteien noch weniger Chancen als vor der *violencia*. Wahlen fanden zwar weiterhin statt, dienten jedoch lediglich dazu, Strömungen innerhalb der traditionellen Parteien zu stärken oder zu schwächen.

Diese Situation begünstigte das Entstehen kommunistischer Guerillabewegungen in den sechziger Jahren<sup>12</sup>. Unter dem Eindruck der erfolgreichen kubanischen Revolution formierten sich drei linke Guerillagruppen, die noch heute aktiv sind: Die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens), der *Ejército de Liberación Nacional* (ELN, Heer zur Nationalen Befreiung) und der *Ejército Popular de Liberación* (EPL, Volksheer zur Befreiung). Die drei Bewegungen unterscheiden sich in ihren sozialen Wurzeln und ihrer Ideologie<sup>13</sup>. Die FARC ist 1964 mitgegründet worden von Kämpfern der liberalen Guerillas der *violencia*, die mit orthodox-kommunistischem Gedankengut in Kontakt gekommen waren. Sie ist ländlich verwurzelt, und eines ihrer Hauptziele ist eine gerechtere Verteilung des Bodens. Die ELN ist 1965 von linksorientierten Studenten und Priestern ins Leben gerufen worden und orientiert sich an Fidel Castros Kuba. Ebenfalls Intellektuelle organisierten 1966 die EPL, die eine maoistische Linie vertrat.

Eine sehr spezielle Guerilla, die nicht in das übliche Schema der Links-Guerilla passt, ist die M-19 (*Movimiento 19 de Abril*, Bewegung 19. April). An ihrem Beispiel wird der Umgang der traditionellen Parteien mit Opposition deutlich: Die M-19 entstand aus der ANAPO, einer politischen Bewegung, die Ex-Diktator Gustavo Rojas Pinilla gegründet hatte und mit der er zu den Präsidentschaftswahlen am 19. April 1970 angetreten war. Durch einen Wahlbetrug sei der General um seine Mehrheit gebracht worden, behaupteten viele seiner Anhänger.

---

12 Linke Guerillas sind in der Folge der kubanischen Revolution auch in anderen lateinamerikanischen Ländern entstanden, zum Beispiel in Nicaragua, Bolivien, Mexiko oder der Dominikanischen Republik. Insofern kann kaum davon gesprochen werden, daß die die Opposition ausschließende Struktur der Nationalen Front der alleinige Auslöser der Guerillagründung war. Überwiegend wird in der Literatur davon gesprochen, daß sie aber durchaus dazu beigetragen habe. Vgl. dazu Buenahora Febres-Cordero 1997, 6ff.; Fischer 1998, 294ff., hier: 306; Kurtenbach 1998, 44ff.

13 Die Guerillas sind zu ihrer Gründungszeit unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen verhaftet gewesen, die dann auch ihre weitere Entwicklung mitgeprägt haben. Jedoch haben sie sich insbesondere in den achtziger Jahren in ihren Aktivitäten anders orientiert, so daß die ursprüngliche ideologische Zuordnung zur Diskussion gestellt werden muß. Zur Geschichte und Orientierung der einzelnen Guerillabewegungen in Kolumbien vgl. Gross 1995, 47ff. und: Kurtenbach 1997, 235ff.

1972 trat die M-19 erstmals auf und berief sich nicht nur im Namen auf die angeblich gefälschte Wahl. Im Jahr 1990 legten die Guerilleros der M-19 nach Friedensverhandlungen mit der Regierung ihre Waffen nieder und beteiligten sich mit Erfolg an den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung von 1991: Ihre Partei erhielt ein Drittel der Sitze<sup>14</sup>. Präsident César Gaviria (1990-1994) kooptierte die Partei, indem er sie an der Regierung beteiligte. Bei den nachfolgenden Wahlen versank die M-19 in der Bedeutungslosigkeit.

Es ist gerechtfertigt, die kolumbianische Demokratie - mit der Dominanz der beiden Traditionsparteien und ihrer langjährigen Praxis der auf kartellhafter Machtaufteilung beruhenden Koalitionsregierungen - als "oligarchische Demokratie" zu charakterisieren (Krumwiede/Stockmann <sup>3</sup>1995, 417),

schlussfolgern Krumwiede und Stockmann und verweisen darauf, dass dieses System zu erheblichen Reformen fähig war, die 1991 in einer neuen Verfassung ihren Niederschlag fanden. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, dass diese Reformen unter einem erheblichen Druck zustande kamen, der sich im Laufe der achtziger Jahre angestaut hatte. Zum einen explodierte die politische und kriminelle Gewalt: Die Guerillabewegungen erstarkten, paramilitärische Gruppen traten verstärkt in den Konflikt, die organisierte Kriminalität in Form der Drogenhändlerringe trat offen und gewalttätig auf. Zum anderen machten die Erfahrungen nach Friedensabkommen mit einigen Guerillabewegungen das Problem der mangelnden Durchlässigkeit des traditionellen Systems für politische Beteiligung außerhalb der traditionellen Parteien geradezu blutig deutlich. Die *Unión Patriótica* (UP), eine Linkspartei in der sich unter anderem ehemalige FARC-Guerilleros engagierten, die unter Präsident Belisario Betancur (1982-1986) ihre Waffen niedergelegt hatten, wurde von *fuerzas oscuras* ("dunklen Kräften" - in diesem Fall vermutlich überwiegend rechtsgerichtete Todesschwadronen) nahezu vollständig ausgelöscht<sup>15</sup>.

Unter diesen Vorzeichen ließen sich die traditionellen Parteien nach einem Referendum auf die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung ein, die die alte, aus dem Jahr 1886 stammende Verfassung ersetzen sollte. Das Ergebnis war 1991 eine moderne Verfassung (vgl. *República de Colombia* <sup>2</sup>1998), die auf vielen Ebenen Fortschritte für die kolumbianische Demokratie und Gesellschaft versprach. Leitendes Motiv war, die Beteiligung der Bürger an politischen

---

14 Jedoch war die Wahlbeteiligung extrem niedrig - sie betrug nur 25 Prozent. Vgl. Molt 1992, 2.

15 Bis zu 3000 Aktivisten sind dem systematischen Morden zum Opfer gefallen. Heute ist die UP nur noch eine kleine, aus wenigen Personen bestehende Gruppe ohne Einfluß. Vgl. zur UP auch: Abel/Palacios 1991<sup>1</sup>, 675.

Entscheidungen zu verbessern - eine partizipative Demokratie war das Ziel. In diesem Sinne fanden unter anderem die Möglichkeiten zu Volksabstimmungen und Volksbefragungen Eingang. Das traditionelle politische Feld mußte Zugeständnisse machen, indem - zumindest theoretisch - über Änderungen in der Parteienfinanzierung und der Wahlmodi die Ausgangsbedingungen für neue Parteien verbessert wurden. Ein weitgefasster Katalog formulierte Rechte und Freiheiten, gleichzeitig wurden Mechanismen zu ihrem Schutz installiert - vor allem die auch im Zusammenhang mit den Medien wichtige *acción de tutela*.

Die neuen Rahmenbedingungen haben noch nicht auf allen Gebieten ihre Umsetzung in den Gesetzen gefunden, so dass Cepeda 1998 zu dem Fazit kommt:

Only six years have passed since its adoption, and it is obvious that what the Constitution says is still closer to national purpose than national reality (Cepeda 1998, 71).

Und auch die Wahlergebnisse deuten eher auf Kontinuität denn Erneuerung hin: Bei allen Wahlen auf nationaler Ebene dominierten seither weiterhin die Liberale und die Konservative Partei, das Zweiparteienschema funktioniert ungebrochen. Die Strukturmerkmale der "oligarchischen Demokratie" wirken offenbar dauerhaft stabilisierend: Immerhin ist Kolumbien eine der kontinuierlichsten Demokratien in Lateinamerika - unter rein formalen Gesichtspunkten betrachtet.

## 2.2 Krieg, Gewalt und Kriminalität

Gewalt ist ein prägendes Element der kolumbianischen Geschichte und Gegenwart. Seit 1990 sind jedes Jahr mindestens 25.000 Menschen gewaltsam umgekommen (vgl. *Comisión Colombiana de Juristas* 1998, 38). Mit mehr als 70 Gewaltopfern pro Jahr auf 100.000 Einwohnern liegt Kolumbien im internationalen Vergleich an erster Stelle. Die Mordrate ist fast 20mal so hoch wie in Deutschland, neunmal so hoch wie die der USA, und fast dreimal so hoch wie in Brasilien (vgl. Fischer 1998, 295). Der Anteil der politisch bedingten Morde wird dabei auf 12 bis 15 Prozent taxiert (vgl. *Human Rights Watch/Americas* 1994, 17). 1997 wurden 185 Massaker verübt<sup>16</sup>. Jedes Jahr werden mehr als 1000 Menschen entführt, die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen (vgl. Fischer 1998). Hauptmotiv ist, Lösegeld zu erpressen. Es gibt aber auch politisch

---

16 Vgl. *Banco de Datos de Derechos Humanos y Violencia Política* 1998, 6. Die Menschenrechtsdatenbank wird vom Forschungsinstitut CINEP und der katholischen Organisation *Justicia & Paz* betrieben und gilt als eine der zuverlässigsten Quellen für Daten in diesem Bereich. Als Massaker werden hier Aktionen gezählt, bei denen mindestens vier Personen getötet werden.

bedingte Entführungen<sup>17</sup>. Seit 1985 sahen sich in Anbetracht der besonders auf dem Land grassierenden Gewalt mehr als 1,3 Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimatorte zu verlassen<sup>18</sup>. Ein Großteil dieser als *desplazados* bezeichneten internen Flüchtlinge wanderte in die Elendsviertel der Großstädte ab.

Die Situation wird dadurch verschärft, dass die Justiz nicht in der Lage ist, die Täter zu verfolgen und zu bestrafen. Rund 97 Prozent aller Verbrechen bleiben ungesühnt<sup>19</sup>. Diese Straflosigkeit (*impunidad*) führt zum einen dazu, dass wegen fehlender Abschreckung die Hemmschwelle für Gewalt weiter sinkt, zum anderen ist sie Ursache gewalttätiger Selbstjustiz.

Verschiedene Akteure bedienen sich der Gewalt als Mittel, um ihre Interessen durchzusetzen. Dahinter stehen unterschiedliche politische, soziale und ökonomische Interessen - der Übergang von politischer zu krimineller Gewaltanwendung ist fließend. Noch unübersichtlicher und Erklärungsversuchen unzugänglicher wird das Gewaltphänomen dadurch, dass die einzelnen Akteure zum Teil regional unterschiedliche Kooperationen oder Konfrontationen eingehen.

Die Guerillabewegungen erstarkten in den achtziger Jahren finanziell und personell. Sie erschlossen sich über die Erpressung ausländischer Firmen, Entführungen sowie die indirekte Beteiligung am Drogengeschäft<sup>20</sup> neue Finanzquellen. Parallel dazu bemühten sich alle Regierungen seit 1982 mehr oder weniger ernsthaft um einen Frieden. Einen wirklichen Durchbruch brachten die Friedensverhandlungen jedoch bislang nicht, sieht man einmal von der Demobilisierung der M-19 1990 ab. Im Gegenteil: Die beiden größten Guerillabewegungen, die in den siebziger Jahren nach schweren militärischen Niederlagen nur aus jeweils einigen hundert Kämpfern bestanden, wuchsen seit 1980 stetig. Die FARC soll heute rund 8000 Frauen und Männer unter Waffen haben, die ELN etwa 3000<sup>21</sup>. Auch ihre territoriale Präsenz steigerten die Guerilleros: Heute sollen sie in mehr als 600 der gut 1000 kolumbianischen Gemeinden präsent sein (vgl. ebd., 133). In einigen Regionen haben sie gar Funktionen des Staates übernommen und agieren als Substitut für Polizei oder Justiz, die dort entweder nie vertreten waren oder sich zurückgezogen haben beziehungsweise vertrieben wurden. Dennoch sind die Guerillabewegungen offensichtlich von ihrem ursprünglichen Ziel einer nationalen Machtübernahme längst abgerückt. In den

---

17 Zur Entführungsproblematik vgl. auch Gómez/Schumacher 1997, 10ff.

18 Daten von der kolumbianischen Bischofskonferenz und CODHES, zitiert nach einer Zusammenstellung in: *Utopias* Nr. 58, September 1998, Jg. 6, 37.

19 Vgl. Heinz 1989, 39ff und *Human Rights Watch/Americas* 1994, 30ff.

20 Dies betrifft die FARC, die Schutzgelder und "Kriegssteuern" von den Drogenproduzenten erhebt.

21 Zahlen über die Stärke der Guerilla oder auch Paramilitärs sind immer kritisch zu betrachten, da sie nur annähernde Schätzungen sein können. Die hier angegebenen Daten scheinen sich in realistischen Größenordnungen zu bewegen; sie sind entnommen aus: Bejarano Ávila 1997, 122.



Friedensverhandlungen legen sie regelmäßig Forderungen nach Agrarreform, besserer Partizipation der Bürger an der kolumbianischen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit vor.

Durch die Verhandlungen mit der Regierung ist die Guerilla faktisch als politischer Akteur anerkannt, auch wenn sie aus den Reihen der Armee wegen ihrer Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Drogenhandel immer wieder als kriminelle Organisation ohne politisches Programm angeprangert wird. Den Status der politischen Anerkennung streben auch die paramilitärischen Gruppen an, die seit Beginn der achtziger Jahre, parallel mit dem Wachstum der Guerilla, verstärkt in den Konflikt eingetreten sind. Hinter ihnen stehen als Finanziere und Auftraggeber Drogenhändler und Großgrundbesitzer. Menschenrechtsorganisationen legen immer wieder Belege dafür vor, dass die *paras* personell und organisatorisch eng mit den offiziellen Sicherheitskräften, vor allem der Armee, verflochten sind<sup>22</sup>. Diese Tatsache spricht - trotz gegenteiliger Verlautbarungen der Regierung - für eine Duldung und damit verdeckte Anerkennung dieser Gruppen. Sie wollen sich selbst zumeist als "Selbstverteidigungsgruppen" (*autodefensas*) verstanden wissen, die gegen die Guerilla agieren. Jedoch richten sich ihre Aktionen zumeist nicht gegen die Subversiven, sondern gegen deren angebliche "soziale Basis" in der Zivilbevölkerung. Unter diesem Vorwand werden im Auftrag von Großgrundbesitzern großflächig Ländereien von unliebsamen *Campesinos* "gesäubert".

Die Armee hat in den vergangenen Jahren einige schwere Niederlagen einstecken müssen. Trotz ihrer mit 120.000 Soldaten zahlenmäßigen Überlegenheit ist sie den Überraschungsangriffen der Guerilla immer wieder nahezu wehrlos ausgeliefert. Regelmäßig überfallen die Rebellen abgelegene Garnisonen, töten Dutzende Soldaten (zumeist schlecht ausgebildete Wehrpflichtige) und nehmen andere als Geiseln. Die Armee ist in weiten Teilen des Landes nicht in der Lage, das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.

Guerilla, Paramilitärs und Armee haben an der Gewalt durchaus unterschiedlichen Anteil. Für die Massaker werden vor allem die Paramilitärs verantwortlich gemacht. Sie sollen zum Beispiel 1997 hinter 84 Prozent der Massaker stehen<sup>23</sup>. Auch bei Exekutionen, gewaltsamem "Verschwindenlassen" von Personen und Folter sind die Paramilitärs vermutlich die bei weitem häufigsten Schuldigen, gefolgt von den offiziellen Sicherheitsorganen (vgl. ebd., 3). Für Drohungen und die damit erzwungene Flucht werden die Guerillas als

---

22 Vgl. vor allem *Human Rights Watch/Americas* 1993. Daneben auch: *Amnesty International* 1990-1997.

23 Vgl. *Banco de Datos de Derechos Humanos y Violencia Política* 1998, 6.



Hauptverantwortliche genannt<sup>24</sup>. Auch bei den Entführungen gelten die Rebellen-  
gruppen als Hauptakteure.

Ein wesentlicher Motor der Gewalt ist seit Beginn der achtziger Jahre die  
Drogenmafia, die nicht nur in unterschiedlichster Weise die Dynamik zwischen  
Guerilla, Paramilitärs und Armee antreibt, sondern darüber hinaus mit einer  
Welle von Terroranschlägen Kolumbien über mehrere Jahre hinweg erschütterte  
sowie mit ihren Mörderbanden (*sicarios*) eine neue, besonders skrupellose  
Qualität von Gewalt in die Gesellschaft trug<sup>25</sup>. Die Anfänge des Drogenhandels  
in Kolumbien liegen in den frühen siebziger Jahren, als in bedeutendem Umfang  
Marihuana angebaut und in die USA exportiert wurde. Seit Beginn der achtziger  
Jahre ist es vor allem Kokain (in geringerem Umfang auch Heroin), das mit  
seinen erheblich höheren Gewinnspannen zum Aufbau einer regelrechten  
Drogenindustrie führte und Kolumbien zu einer entscheidenden Drehscheibe im  
internationalen Drogengeschäft machte. Zum überwiegenden Teil werden die  
Kokablätter nicht im Land selbst angebaut, sondern das Vorprodukt Kokapaste  
aus Peru oder Bolivien importiert und in kolumbianischen Labors zum Kokain  
verarbeitet. Eine aktuelle Studie schätzt, dass der Kokain- und Heroinexport im  
Jahr 6 bis 7 Milliarden US-Dollar in die Kassen der Drogenindustrie strömen  
lässt, von denen bis zu 5 Milliarden ins Land zurückfließen sollen. Dies würde  
9,5 Prozent des BIP entsprechen<sup>26</sup>.

Die "Drogenkartelle"<sup>27</sup> setzten zwei grundlegende Strategien ein, um ihre  
Interessen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft durchzusetzen: terroristische  
Gewalt und Korruption. Die erste verbindet sich vor allem mit dem "Medellín-  
Kartell" um Pablo Escobar<sup>28</sup>, die zweite eher mit dem "Cali-Kartell". Nach  
gescheiterten Versuchen Escobars, sich auf legalem Weg in die politische Klasse  
zu integrieren, und mit zunehmender Verfolgung durch den Staat entfesselte er  
einen regelrechten Krieg gegen den Staat. Sein Hauptziel war dabei, die Ausliefe-  
rung der Drogenhändler an die USA zu verhindern. Eine lange Reihe von

---

24 Vgl. die Zusammenstellung in *Utopias* Nr. 58, September 1998, Jg. 6, 37.

25 Zum Drogenhandelskomplex vgl. den Sammelband von Thoumi 1997. Als Überblick auch: Ambos  
1997, 331ff. Zur Entwicklung und zum internationalen Kontext: Sauloy/le Bonniec 1994.

26 Vgl. Uribe Ramírez 1997, 35ff., hier: 117. Die Illegalität des Drogengeschäfts lässt nur Schätzungen  
über den Umfang zu - und die variieren sehr. Die hier präsentierten Zahlen liegen eher im oberen  
Bereich. Vgl. auch Ambos 1997, 338f.

27 Der Begriff "Kartell" ist in diesem Zusammenhang eigentlich irreführend, da es sich der Struktur nach  
nicht um Kartelle im wirtschaftswissenschaftlichen Sinne handelt, sondern eher um mehr oder weniger  
lose Zusammenschlüsse von Drogenhändlern. Gleichwohl findet der Begriff im allgemeinen  
Sprachgebrauch weite Verbreitung, zum Teil auch in der Literatur. Hier wird er in Anführungszeichen  
verwendet.

28 Zur Geschichte von Pablo Escobar und dem "Medellín-Kartell": Cañón M. <sup>11</sup>1997. Vgl. auch Castillo  
1987.

Politikern, Journalisten, Richtern, Staatsanwälten und Polizisten ließ das "Medellín-Kartell" gezielt ermorden, Terroranschläge forderten Dutzende von zivilen Opfern. Prominenteste Opfer waren 1984 der Justizminister Rodrigo Lara Bonilla, 1986 der Direktor der Zeitung *El Espectador*, Guillermo Cano, und 1989 der liberale Präsidentschaftskandidat Luis Carlos Galán. Nachdem Escobar sich 1991 der Justiz gestellt hatte, legte sich diese extreme Gewalt zwar, die kolumbianische Gesellschaft blieb jedoch traumatisiert.

Das "Cali-Kartell" setzte eher auf die Macht des Geldes und ließ große Summen an Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Journalisten fließen, um sie sich gefügig zu machen. Auch in der Politik sicherten sich die Drogenhändler ihren Einfluss über die Korruption. Der spektakulärste bekanntgewordene Fall war der des Präsidenten Ernesto Samper (1994-1998), der sich kurz nach seiner Wahl mit Vorwürfen konfrontiert sah, seine Kampagne mit umgerechnet 6 Millionen Dollar aus den Kassen des "Cali-Kartells" finanziert zu haben<sup>29</sup>. Die Affäre beschäftigte das Land während der gesamten Amtszeit des Präsidenten und hatte weitreichende Folgen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA. In Kolumbien selbst legte die Krise das Ausmaß grundlegender Probleme offen: Die Korruption, klientelistische Vernetzung, den Einfluss der Drogenmafia, mangelhafte demokratische Kontrolle (vgl. Kurtenbach 1998, 50). Diese Offenlegung war auch für einige Medien und Journalisten ein schwieriger Prozess, da sie sich zunächst von parteipolitischen Bindungen lösen mußten.

Seit dem Tod Escobars 1993 und der Verhaftung der führenden Mitglieder des "Cali-Kartells" in der Amtszeit Sampers gelten die beiden größten Drogenhändlerringe als zerschlagen. Jedoch haben neue, kleinere Organisationen das Geschäft übernommen. Auch sie setzen auf die Strategien von Terror und Korruption - beides aber bisher entweder nicht in einem exzessiven Ausmaß, dass es für übermäßiges Aufsehen gesorgt hätte oder derart effektiv, dass es ein solches Aufsehen hat verhindern können.

---

29 Zur Amtszeit von Ernesto Samper ausführlich: Cañón M. 1998.



### 3. Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit

#### 3.1 Normativer Rahmen

##### Verfassung

Kolumbien kann auf eine lange Tradition verfassungsmäßig geregelter Pressefreiheit zurückblicken. Schon die ersten Verfassungen, die während der Unabhängigkeitskriege entstanden, berücksichtigten in mehr oder minder expliziter Form dieses Grundrecht, zunächst als *libertad de imprenta*<sup>1</sup>. Vor allem zwei Motive verhalfen dieser unter dem Eindruck der nordamerikanischen *Bill of Rights* formulierten Idee unter den Protagonisten der Unabhängigkeitsbewegung zur Wirkung: Der Wille, die strenge Zensur des Vizekönigreiches zu überwinden, und die Erkenntnis, dass die Presse in der Auseinandersetzung mit dem Gegner ein wichtiges Instrument zur politischen Propaganda sein konnte.

Nach drei Jahrzehnten, in denen föderale Tendenzen zum Tragen kamen und die Pressefreiheit zum Teil ausdrücklich uneingeschränkt galt, leitete eine Erneuerungsbewegung (*regeneración*) um Rafael Nuñez mit einer neuen Verfassung 1886 die Rückkehr zu einer unitarischen Staatsform ein. Grund für die Wende waren vor allem wirtschaftliche Schwierigkeiten, die das in weitgehend unabhängige Föderalstaaten zerfallene Land nicht bewältigen konnte (vgl. König 1997, 113-117). Die neue Verfassung, die über hundert Jahre gültig blieb, verankerte die Pressefreiheit in ihrem Artikel 42 so:

Die Presse ist frei in Zeiten des Friedens; aber verantwortlich gemäß der Gesetze, wenn sie sich vergreift an der Ehre von Personen, der sozialen Ordnung oder dem öffentlichen Frieden<sup>2</sup>.

In dieser einschränkenden Formulierung spiegeln sich die Erfahrungen mit jahrzehntelangen, zum Teil kriegerischen Auseinandersetzungen und mit einer gleichzeitig ausufernd polemischen Presse. Davon zeugt zudem die Tatsache, dass gleich drei verschiedene Formen des Ausnahmezustands in der Verfassung vorgesehen waren, die auch Beschränkungen der Pressefreiheit beinhalten konnten und von denen die Regierungen in den folgenden Jahrzehnten reichlich Gebrauch machten (vgl. Heinz 1997, 137f.).

---

1 Nach der wörtlichen Übersetzung ist dies Pressefreiheit im ursprünglichen Sinne einer "Freiheit der Druckerpresse". Sie ist so zum Beispiel zu finden in den Verfassungen von Cundinamarca (1811 und 1812), indirekt in der Verfassung von Antioquia (1812) und Cartagena (1812). Vgl. Buitrago López 1996, 12ff. und: Daza Molina 1997, 37ff.

2 Zitiert nach Salazar Palacio 1995, 6. Eine formale Anmerkung: Spanischsprachige Zitate werden in der Übersetzung des Verfassers dieser Studie wiedergegeben.

Die 1991 in Kraft getretene Verfassung wollte die Partizipation der Bürger in der Demokratie verbessern und Pluralität unterstützen. Die medienrelevanten Artikel stehen ebenfalls unter diesen Leitgedanken (Réniz Caballero/Pereira 1998, 111). Die Pressefreiheit wurde auf eine aktive und passive Informationsfreiheit erweitert, der Rundfunk als öffentliches Gut definiert. Kern der medienbezogenen Bestimmungen ist der Artikel 20 des Grundrechtekatalogs<sup>3</sup>, in dem es heißt:

Jedem ist die Freiheit garantiert, seine Gedanken und Meinungen auszudrücken und zu verbreiten, zu informieren und wahre und unparteiische Information zu empfangen und Massenmedien zu gründen. Diese sind frei und haben soziale Verantwortung. Das Recht auf Richtigstellung nach den Grundsätzen der Gleichheit ist garantiert. Es gibt keine Zensur (*República de Colombia* <sup>2</sup>1998, 21).

Allein dieser Artikel enthält eine Reihe von Neuerungen im Vergleich zur Verfassung von 1886:

- die Informationsfreiheit als zweiseitiges Recht zwischen Kommunikatoren und Rezipienten, als das Recht, Informationen zu verbreiten und zu empfangen;
- das Zensurverbot, das ausdrücklich auch im Ausnahmezustand gilt<sup>4</sup>;
- die Verknüpfung von Medienfreiheit und sozialer Verantwortung;
- die Achtung der Persönlichkeitsrechte;
- der Anspruch auf Richtigstellung;
- das Recht, Massenmedien zu gründen.

Flankierend geschützt werden diese Rechte durch das ebenfalls neu in die Verfassung aufgenommene Rechtsinstrument der *acción de tutela*<sup>5</sup>, das als eine Art einstweilige Verfügung zum Schutz von verfassungsmäßig garantierten Grundrechten funktioniert. Wer sich in seinen Grundrechten verletzt fühlt, kann mit der Eingabe einer *acción de tutela* eine schnelle richterliche Anordnung gegen den Störer erwirken. Diese Eingaben müssen von den Richtern bevorzugt behandelt und innerhalb von 10 Tagen in der ersten und 20 Tagen in der zweiten Instanz entschieden werden. In Anbetracht einer überaus schwerfälligen Justiz brachte die *tutela* durchaus positive Effekte mit sich, wenn es darum ging, grobe

---

3 Er umfaßt die Artikel 11 bis 41.

4 Vgl. dazu die Artikel 212 bis 215 in: *República de Colombia* <sup>2</sup>1998, 107ff.

5 Die *acción de tutela* ist in den Artikeln 85 und 86 der Verfassung grundgelegt, die Ausführung wird im Dekret 2591 von 1991 und im Dekret 306 von 1992 geregelt. Vgl. dazu auch Daza Molina 1997, 112ff. und: Buitrago López 1996, 64ff.

Verletzungen von Grundrechten wirkungsvoll und schnell zu bekämpfen. Auf dem Gebiet der Medien jedoch ist das Instrument seit seiner Einführung sehr umstritten. Kritiker fürchten vor allem, dass die Arbeit der Medien durch eine Flut von *tutelas*, die sich auf den Schutz der Persönlichkeitsrechte berufen, behindert werden und sie zum Abdruck ungerechtfertigter Richtigstellungen verpflichten könnte<sup>6</sup>. In Einzelfällen, so lassen die Erfahrungen einiger der für diese Arbeit befragten Journalisten schließen, wird das Rechtsinstrument offenbar tatsächlich missbraucht<sup>7</sup>.

Weitere, die Medien und die journalistische Arbeit betreffende Ergänzungen sind in den Katalog der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte<sup>8</sup> eingegangen. In Artikel 73 heißt es: "Die journalistische Tätigkeit genießt Schutz, um ihre Freiheit und professionelle Unabhängigkeit zu garantieren"<sup>9</sup>. Artikel 74 formuliert:

Alle Personen haben das Recht, öffentliche Dokumente einzusehen, außer in den Fällen, die das Gesetz festlegt. Das Berufsgeheimnis ist unverletzlich (ebd.).

Auch wenn hier nicht direkt und ausschließlich Journalisten genannt sind, wird doch aus der Einordnung dieses Artikel deutlich, dass die verfassunggebende Versammlung diese Berufsgruppe bei seiner Abfassung besonders im Auge gehabt hat. Der Artikel sichert einerseits den Zugang zu Informationen der Behörden und staatlichen Stellen, andererseits lässt sich aus ihm das Recht auf Informantenschutz ableiten (vgl. dazu Osorio Meléndez 1997, 175f.).

Gleich drei Artikel beschäftigen sich mit den Rahmenbedingungen für den Rundfunk. Artikel 75 legt fest:

Das elektromagnetische Spektrum ist ein öffentliches Gut, unveräußerlich

---

6 Villalba Bustillo sieht gar die Gefahr, dass ein Missbrauch der *tutela* zu einer neuen Form der Zensur führen könnte, falls die Richter den Sinn der *tutela* falsch auffassen und entsprechend unausgewogen urteilen würden. Damit lenkt er den Blick auf die entscheidende Schwachstelle: Die Richter können entscheiden, ohne wie in normalen Verfahren eine geregelte Beweisaufnahme durchführen zu müssen. Eine Revision der Entscheidung ist nur in einer weiteren Instanz möglich. Vgl. Villalba Bustillo 1995, 28f.

7 Vgl. Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang.

8 Sie sind formuliert in den Artikeln 42 bis 77.

9 *República de Colombia*<sup>2</sup>1998, 41. Kritiker merkten schon vor der Verabschiedung der Verfassung an, dass dieser Artikel inhaltlich nicht über den Artikel 20 hinausgehe und deshalb überflüssig sei. Sie fanden jedoch kein Gehör. Zum Ringen um die medienrelevanten Verfassungsartikel vgl. Herrán<sup>2</sup>1991, 331ff.

und nicht verjährbar der Führung und Kontrolle des Staates unterworfen. Die Gleichheit des Zugangs zu seiner Nutzung ist garantiert nach den Bestimmungen des Gesetzes. Um den Informationspluralismus und den Wettbewerb zu garantieren, greift der Staat gemäß des Gesetzes ein, um monopolistische Praktiken im Gebrauch des elektromagnetischen Spektrums zu vermeiden (*República de Colombia* 21998, 41f.).

Besonders dieser Artikel stieß bei den Lobbyisten der großen Medienunternehmen auf Widerstand - schien er sich doch gegen privatwirtschaftlich organisierten Rundfunk zu richten und darüber hinaus ernsthaft Konzentrationstendenzen im Mediensektor bekämpfen zu wollen.

Artikel 76 und 77 regeln, in welcher Form der Staat Führung und Kontrolle über das elektromagnetische Spektrum wahrnehmen soll: Festgelegt wird, dass über eine öffentlich-rechtliche Instanz mit autonomer Verwaltung dieser staatliche Einfluss ausgeübt wird<sup>10</sup>. Darüber hinaus sollte eine autonome Regulierungsstelle für das Fernsehen geschaffen werden, für dessen fünfköpfigen Vorstand die Regierung zwei Beauftragte ernennen darf<sup>11</sup>.

Die Verfassung also bietet Kolumbiens Bürgern - und damit auch den Journalisten - weitgehende aktive und passive Informationsfreiheiten, die jedoch immer im Zusammenhang mit sozialer Verantwortung stehen. Kernbereiche journalistischer Arbeit werden gesichert - Zensurverbot, Meinungsfreiheit und Auskunftspflicht der Behörden sind explizit erwähnt, der Informantenschutz und die Gewissensklausel implizit. Auch die Bestimmungen, die die Medienstrukturen betreffen, sind so angelegt, dass Medien- und Meinungsvielfalt gesichert scheinen.

Im internationalen Vergleich schneidet die Verfassung Kolumbiens damit gut ab. Breunig ordnete Kolumbien in seiner Untersuchung über verfassungsmäßig garantierte Kommunikationsfreiheiten in 169 Staaten der Gruppe von Ländern zu, deren Konstitutionen das für freiheitliche Demokratien wesentliche Kommunikationsgrundrecht auf Informationsfreiheit garantieren (vgl. Breunig 1994, 70f., 341). Nur gut ein Drittel, nämlich 60, der von ihm analysierten Verfassungen erfüllten dieses Kriterium.

Dennoch ahnte Herrán schon 1992:

---

10 Dies bezieht sich auf das bereits seit 1963 bestehende Institut *Inravisión*. Es ist Eigentümer der Sendeeinrichtungen des staatlichen und öffentlichen Fernsehens sowie des staatlichen Hörfunks und für die Produktion der staatlichen Rundfunkprogramme zuständig. Vgl. dazu Anzola 1988, 23.

11 Es wurde nach diesen Vorgaben die *Comisión Nacional de Televisión* (CNTV) geschaffen, die vor allem für die Vergabe von Sendelizenzen zuständig ist, die zuvor ebenfalls von *Inravisión* abgewickelt wurde.

Die rechtliche Entwicklung aller dieser Vorschriften kann in zwei Richtungen geschehen: entweder mit dem entschiedenen politischen Willen, den Teufelskreis der oligopolen Praktiken derjenigen zu durchbrechen, die zu Unrecht die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen halten; oder um die Redewendung zu bestätigen, wonach alles sich geändert hat, damit alles gleich bleibt (Herrán 1992, 31).

## Gesetze und Dekrete

Die in der Verfassung grundgelegten Prinzipien erhalten ihre Ausformung und Präzisierung in Gesetzen. Hier sollen nur einige der Regelungen erwähnt werden, die direkt die Journalisten und ihre Arbeit betreffen<sup>12</sup>.

### *Pressegesetz (Ley 29 von 1944) und Strafrecht*

Das Pressegesetz und das Strafrecht sind die beiden Rechtsquellen, die dem Journalismus Schranken setzen. In beiden werden Delikte wie Verleumdung und Beleidigung geregelt. Das Strafrecht legt fest, dass beide Delikte straffrei bleiben, wenn der Schuldige seine Äußerung "im selben Medium und mit den gleichen Charakteristika" (vgl. Daza Molina 1997, 105) widerruft. Im Pressegesetz wird darüber hinaus das Delikt der journalistischen Nötigung definiert: Wer einen Journalisten dazu nötigt, eine Beleidigung oder Verleumdung zu publizieren, wird mit einer Geldstrafe bestraft (vgl. Artikel 40 des Ley 29 de 1944).

### *"Guerilla-Dekrete"*

Ein besonders heikles und schwer durchschaubares Feld sind die Dekrete, mit denen die Regierung in Zeiten des Ausnahmezustands versucht, die Berichterstattung über die Guerilla oder Terroristen zu regulieren. Dazu zwei Beispiele aus den letzten beiden Regierungen (vgl. Buitrago López 1996, 145ff.): Präsident César Gaviria (1990-1994) verhängte 1992 nach der Flucht Pablo Escobars aus dem Gefängnis den "Inneren Notstand" (*conmoción interior*) und verbot via Dekret den elektronischen Medien die Veröffentlichung von Erklärungen der Guerilla, der Drogenmafia oder von Terroristen ebenso wie die Verbreitung von Interviews mit Mitgliedern dieser Gruppen. Als Strafe wurden den Medien bis zu sechs Monate Sendeverbot und eine Geldstrafe von bis zu 1000 Mindestlöhnen angedroht. Das Verfassungsgericht erkannte darin keine Verletzung des Artikels 20, da die nachrichtliche Information über die Tatsachen nicht eingeschränkt sei, sondern nur die Gefahr bekämpft werde, dass Straftaten verteidigt oder propagiert

---

12 Ausgeklammert wird hier das Urheberrecht. Das im Frühjahr 1998 aufgehobene Journalistengesetz Ley 51 von 1975 wird im folgenden Kapitel vorgestellt - es zählt nicht mehr zum gültigen normativen Rahmen, hat aber doch während der 23 Jahre seiner Gültigkeit den Zugang zum journalistischen Beruf und seine Ausübung geprägt.



würden. Am 2. November 1995 erklärte auch die Regierung Samper den "Inneren Notstand" und verhängte ähnliche Beschränkungen der Berichterstattung, diesmal verbunden mit der Androhung von sechs Monaten Sendeverbot oder einer Strafe von bis zu 2000 Mindestlöhnen. Das Dekret, so urteilte später das Verfassungsgericht,

[...] führt keine Zensur ein; es trifft nur angemessene Maßnahmen um zu verhindern, dass die Medien von der organisierten Kriminalität so manipuliert werden, dass sie Unruhe stiften und so deren Ziele umsetzen<sup>13</sup>.

Zwar sind aufgrund dieser Dekrete bislang keine Sanktionen gegen Medien erlassen worden, dennoch sind sie problematisch. Zum einen, weil in ihnen nicht unterschieden wird zwischen organisierter Kriminalität und der Guerilla, obwohl die Subversiven faktisch als politischer Akteur und Gesprächspartner von der Regierung anerkannt sind. So wird über die Dekrete eine differenzierte Berichterstattung erschwert. Zum anderen wirken sie als beständiges Drohpotential. So kritisiert zum Beispiel der Journalist Javier Darío Restrepo, die Dekrete als "[...] eine Art Schwert, das über dem Kopf des Journalisten schwebt. Und wenn es der Regierung passt, lässt sie es fallen"<sup>14</sup>.

## Pressekodizes

Ethische Rahmenbedingungen für die journalistische Arbeit setzen Pressekodizes. Einer der ersten ist der 1970 vom regionalen Journalistenverband *Círculo de Periodistas de Antioquia* (CIPA) verabschiedete, ein weiterer Kodex wurde 1974 von verschiedenen regionalen Journalistenorganisationen gemeinsam beschlossen (vgl. Herrán/Restrepo 1995<sup>2</sup>, 319ff.). Beide fanden jedoch kaum Beachtung und waren deshalb in ihrer Reichweite sehr begrenzt. Seit 1990 setzt der in einem langjährigen Prozess erstellte Kodex des *Círculo de Periodistas de Bogotá* (CPB) mit größerer Reichweite die ethischen Standards<sup>15</sup>. Dieser *Código de Ética* findet auch in der universitären Journalistenausbildung regelmäßig Erwähnung, den meisten Journalisten fällt zum Stichwort Ethik und Journalismus in Kolumbien der CPB-Kodex ein - wenn auch die genauen Inhalte nur den wenigsten Praktikern bekannt sein dürften. Bis 1997 existierte mit der Ethik-Kommission des Verbandes auch ein Gremium, das Verstöße - nicht nur von Mitgliedern des CPB

---

13 Corte Constitucional, Urteil Nr. C-45/96. Zitiert nach Buitrago López 1996, 156. Eine andere Meinung vertritt zum Beispiel der Medienrechtler Jesús Vallejo Mejía. Er hält die Dekrete "im Grunde für ein Zensursystem". Vgl. Vallejo Mejía 1993, 311.

14 Vgl. Leitfadengespräch mit Javier Darío Restrepo im Anhang.

15 Vgl. dazu auch: López Forero/González Álvarez 1990, 107ff.

- gegen den Kodex untersuchte<sup>16</sup>.

In elf Artikeln formuliert er die ethischen Grundsätze für den kolumbianischen Journalismus - die übrigens ausdrücklich auch für die Herausgeber und Verleger gelten. Der Text soll - so die ausdrückliche Intention des CPB - die spezielle Situation in Kolumbien berücksichtigen. Deutlich wird dies vor allem in der mehrfachen Forderung nach Unabhängigkeit des Journalisten und des Medienunternehmens vor wirtschaftlichen oder politischen Einflüssen. Dies kann durchaus als Reflex auf die traditionell starke Einflussnahme der politischen Klasse und den zunehmenden Abhängigkeiten von großen Wirtschaftskonzernen verstanden werden.

Zur Forderung nach Unabhängigkeit zählen auch sehr ausführliche Regelungen gegen korrumpierende Einflüsse und für eine klare Abgrenzung zu Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Bezogen auf den Journalisten fordert der Artikel 7 des Kodex:

Die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit des Journalisten sind unentbehrlich für die Ausübung seines Berufes. Folglich stehen diese Praktiken der Ethik entgegen:

1. Seinen Einfluss zu nutzen, um persönliche Vorteile oder Privilegien zu suchen.
2. Von der Quelle, über die man berichtet, Zahlungen oder Gefälligkeiten jedweder Art anzunehmen.
3. Die Ausübung von Tätigkeiten in Werbung und Öffentlichkeitsarbeit gleichzeitig mit dem Journalismus.
4. Die gleichzeitige Ausübung von Unternehmenskommunikation im öffentlichen oder privaten Sektor mit dem Journalismus.
5. Der Verkauf von Werbung als Teil der Vergütung des Journalisten für seine Berufstätigkeit<sup>17</sup>.

Diese Normen reflektieren weitreichende Missstände im kolumbianischen Journalismus - Korruption, nicht mit dem Beruf vereinbare Nebentätigkeiten in der Öffentlichkeitsarbeit sowie die Praxis kleiner Provinzmedien, ihre Journalisten Werbezeiten oder -plätze verkaufen zu lassen<sup>18</sup>. Der Ethik-Kodex hat diese Missstände zwar nicht abschaffen können, jedoch ein Problembewusstsein darüber gefördert. Auffällig ist, dass sich zum ethischen Verhalten der Presse in der kolumbianischen Bürgerkriegssituation keine Aussagen finden.

---

16 Wegen Streitigkeiten im CPB wurde die Kommission aufgelöst.

17 Código de Ética del CPB. In: Herrán/Restrepo <sup>2</sup>1995, 333f.

18 Aus den Leitfadengesprächen mit NN5 und NN6.

### 3.2 Medienstrukturen

#### Printmedien

Der Printjournalismus im Vizekönigreich Neu-Granada begann mit einem Erdbeben: Am 12. Juli 1785 erschütterte es Santafé de Bogotá. Eine Gruppe von Mönchen verfassten den *Aviso del terremoto*, der innerhalb eines Monats in drei Ausgaben erschien und die Bewohner der Stadt über die Auswirkungen des Bebens informierte (vgl. Santos Calderón 1989, 10). Das erste periodische Druckwerk war das *Papel Periódico de la Ciudad de Santa Fe de Bogotá* - es erschien von 1791 bis 1797 in 265 Ausgaben und wurde von einem Assistenten des Vizekönigs Ezpeleta herausgegeben. Die Zeitung beschäftigte sich mit literarischen und kulturellen Themen und fand damit immerhin 400 Abonnenten (vgl. Cacia Prada 1968, 46f.; Otero Muñoz, 1998, 11ff).

In den folgenden Jahren erschienen auch in fast allen anderen Städten Neu-Granadas Zeitungen. Aktuelle politische Fragen mieden die Redakteure, sie verstanden ihr neues Medium in erster Linie als Bildungsorgan und berichteten über Themen aus Wissenschaft, Forschung, Literatur und Kultur. Mit dem Beginn der Unabhängigkeitskämpfe 1810 entdeckten die neuen politischen Akteure der Freiheitsbewegungen das Medium. Eine Vielzahl politischer Zeitungen begleitete die Loslösung Neu-Granadas vom spanischen Mutterland. Die Protagonisten der Unabhängigkeitsbewegung gründeten oder unterstützten diese Zeitungen. Sie machten auf diese Weise ihre Ideen bekannt, warben Mitstreiter und attackierten ihre politischen Widersacher. Von 1811 bis 1813 brachte der Freiheitskämpfer Antonio Nariño *La Bagatela* heraus - mit durchschlagendem Erfolg, wie Otero Muñoz festhielt:

Diese Zeitung stürzte eine Regierung und schuf eine andere, angeführt von ebendiesem Journalisten, ein einzigartiger Fall in der kolumbianischen Geschichte (Otero Muñoz 1998, 40).

Nariño ist sicherlich ein Extremfall für die Nutzung journalistischer Mittel zur Durchsetzung politischer Ambitionen - diese Tendenz jedoch zog sich durch das ganze vergangene Jahrhundert und kann bis heute beobachtet werden, selbst bei elektronischen Medien. In der Zeit Groß-Kolumbiens von 1819 bis 1830 war das beherrschende Thema die Idee des Freiheitskämpfers Simón Bolívar, die befreiten Republiken zu einem einheitlichen Staat zusammenzuschließen. Die Diskussion darüber war Anlass für eine Reihe von Zeitungsneugründungen, die dieses Thema kontrovers diskutierten - zwischen 1821 und 1830 sind mehr als 150 Titel nachgewiesen (vgl. Kusche 2000). Bolívar selbst veranlasste 1819 die Gründung der *Gazeta de Santafé de Bogotá*, die bis 1822 erschien (vgl. Otero Muñoz 1998, 50).

Mit der Aufspaltung Groß-Kolumbiens in die Staaten Neu-Granada, Ecuador und Venezuela im Jahre 1830 setzte eine neue Phase für die kolumbianische Politik und damit auch für die Presse ein. Eine Vielzahl von Interessen kamen in die öffentliche Diskussion, vertreten von einer ebensolchen Vielzahl an lokalen, regionalen oder - seltener - auch nationalen *Caudillos*. Es ging um die Frage der Regierungsform, die wirtschaftliche Situation des Staates, die Auseinandersetzungen zwischen Zentralisten und Föderalisten, zwischen Großgrundbesitzern und städtischen Handwerkern - diese Diskussionen spiegeln sich auch in der Presse dieser Zeit wider. In den späten vierziger Jahren orientierten sich die Zeitungen gleich einer Kompassnadel an den beiden sich neu formierenden politischen Strömungen, der Liberalen und Konservativen Partei - wobei die einzelne Publikation aber durchaus weiterhin einzelnen *Caudillos* innerhalb der Parteien zuzuordnen waren, die die Presse zu ihren politischen Zwecken nutzten:

Jeder wichtige politische Führer leitete oder arbeitete zusammen mit irgendeiner Zeitung, ein unerlässliches Werkzeug der Bekehrungsarbeit dieser Epoche (Santos Calderón 1989, 111).

Es wechselten Phasen absoluter Pressefreiheit mit solchen, in denen Oppositionspresse gänzlich verboten wurde. Auch der Beginn des "modernen kolumbianischen Journalismus" (ebd., 110), den Santos Calderón mit der Gründung der Medelliner Zeitung *El Espectador* im Jahre 1887 sieht, fiel in eine Zeit, in der liberale Zeitungen vom konservativen Präsidenten Rafael Nuñez scharf verfolgt wurden. Bis zur Jahrhundertwende wurde *El Espectador* viermal geschlossen, sein Gründer Fidel Cano landete im Gefängnis. Ähnlich erging es gut einem Dutzend anderer liberaler Blätter und ihren Machern - darunter auch die Ex-Präsidenten Santos Acosta und Santiago Pérez. Vorwand für diese Maßnahmen waren jeweils "Verstöße gegen die öffentliche Ordnung" (ebd.) - die Friedensklausel im Artikel 42 der jungen Verfassung von 1886 machte es Nuñez einfach, das Prinzip der Pressefreiheit in sein repressives Gegenteil umzuinterpretieren.

Erst Jahre nach der Beendigung des 1000-Tage-Krieges, der Kolumbien zur Jahrhundertwende erschütterte, entspannte sich die Situation für die Presse. Ab 1913 konnte *El Espectador* wieder regelmäßig erscheinen, zwei Jahre später mit einer eigenen Ausgabe für Bogotá. Andere, heute noch wichtige Blätter entstanden in dieser Zeit. Ab 1911 erschien die liberale Zeitung *El Tiempo* in Bogotá. 1912 wurde in Medellín die erste Nummer des konservativen Blattes *El Colombiano* publiziert (vgl. ebd., 112). Die jeweilige politische Linie des Blattes wurde zwar weiterhin in kämpferischen Kommentaren und Kolumnen zum

Ausdruck gebracht, daneben gewannen aber auch Nachrichten und Berichte an Bedeutung, wenn auch noch stark provinzialistisch geprägt und insbesondere zu Wahlkampfzeiten keineswegs neutral ausgewählt und abgefasst. Aktuelle internationale Nachrichten fanden erst mit dem Spanischen Bürgerkrieg und dem 2. Weltkrieg in größerem Ausmaß Platz auf den Zeitungsseiten.

Mit dem Ausbruch der *violencia* fand die Konfrontation zwischen Liberalen und Konservativen auch in den Zeitungen ihren Ausdruck. Santos Calderón urteilt sogar:

[...] die Presse war nicht nur ein Abbild der Grausamkeiten dieses Augenblicks, sondern nährte diese, in einer Zeit, in der die nachrichtliche Objektivität ganz und gar dem doktrinären Kampf untergeordnet war (ebd., 124).

Die liberalen Zeitungen *El Espectador* und *El Tiempo* vermieden es, während der Amtszeit des konservativen Präsidenten Laureano Gómez (1950-1951) dessen Namen zu erwähnen.

Unter der Diktatur von Rojas Pinilla sahen sich Zeitungen aller Couleur harten Pressionen ausgesetzt. Der General untersagte die Publikation von interpretierenden Darstellungsformen und führte harte Zensurbestimmungen ein, um öffentliche Kritik an seiner Regierung zu unterbinden. Seine Auseinandersetzungen mit der Presse gipfelten im Verbot mehrerer Zeitungen - er duldete jedoch das Erscheinen von Nachfolgezeitungen unter anderen Namen. *El Tiempo* erschien so von 1956 bis 1958 als *Intermedio*, *El Espectador* als *El Independiente*, und *El Siglo* wurde als *Diario de Colombia* angeboten<sup>19</sup>.

Während der Nationalen Front handelten die großen Parteien im Konsens, entsprechend änderten sich Inhalte und Funktion der parteinahen Zeitungen: Der kämpferische Meinungsjournalismus wurde abgelöst durch einen ausgewogenen Journalismus, der Meinung und Nachricht sauber zu trennen suchte. Es setzte eine Professionalisierung des journalistischen Berufs ein: Die Rollenbilder des Kommentators, Kolumnisten oder Redakteurs drangen ins Bewusstsein der Journalisten (vgl. Santos Calderón 1989, 125). Unterstützt wurde diese Entwicklung durch ein Erstarken der Berufsverbände, die für größere parteipolitische Unabhängigkeit plädierten. In den siebziger Jahren trat eine neue Generation in die Redaktionen ein: Die ersten Absolventen der neuen Journalistikstudiengänge, deren Berufsverständnis von Grundsätzen wie Unabhängigkeit und Objektivität geprägt war. Die parteipolitische Bindung der Zeitungen blieb bis heute erhalten, sie drückt sich weiterhin in den Leitartikeln aus - im Nachrichten-

---

19 Vgl. zur Pressezensur unter Rojas Pinilla: Alisky 1981, 143ff.

teil tritt sie jedoch nicht mehr so offen zutage. Die liberalen Zeitungen begannen zudem, auf ihren Meinungsseiten Pluralität zuzulassen, indem sie Kolumnisten und Gastkommentatoren unterschiedlichster Ausrichtung zu Wort kommen ließen.

Neben der parteipolitischen Bindung der einzelnen Blätter hat sich ein weiteres damit verknüpft Strukturmerkmal der kolumbianischen Zeitungslandschaft lange erhalten und gerät erst in der heutigen Zeit langsam in Auflösung: Zeitungen sind traditionell Familienunternehmen. *El Tiempo* ist mit der Familie Santos verbunden, *El Siglo* mit der Familie Gómez, *La República* mit der Familie Ospina, *La Prensa* (1988-1998) war Eigentum der Familie Pastrana (vgl. Ruíz 1996). Diese Bindung ging oft so weit, dass die gesamte Führungsetage in Redaktion, Vertrieb und Werbeabteilung in den Händen von Familienmitgliedern waren. In den letzten Jahren ändert sich dies - allein schon aus ökonomischen Gründen. Drastischstes Beispiel ist *El Espectador*, der 110 Jahre in den Händen der Familie Cano Isaza war und Ende 1997 wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten an die Wirtschaftsgruppe Santo Domingo verkauft wurde. Der Familie Cano war es nicht geglückt, ihrem Unternehmen neben der Zeitung weitere Standbeine zu verschaffen. Zwei Relaunches des Blattes im Frühjahr 1996 und im Frühjahr 1997 erforderten hohe Investitionen und brachten nicht den erhofften Zuwachs an Auflage und Anzeigen. Erfolgreicher war die Strategie der Familie Santos (*El Tiempo*): Sie streute die Anteile an ihrem als Aktiengesellschaft organisierten Unternehmen auf prominente Mitarbeiter und andere Investoren, sicherte aber immer der Familie die Mehrheiten. Gleichzeitig diversifizierten sie die Aktivitäten des Verlags. Zusammen mit der Bertelsmann AG wurde ein Buchclub etabliert, Tochterfirmen engagieren sich im Zeitschriften- und Fernsehmarkt, neuerdings auch mit Angeboten im Internet (vgl. ebd., 139ff.). Eine andere Strategie haben die Eigentümerfamilien von *Vanguardia Liberal* (in Bucaramanga), *El Colombiano* (Medellín), *El Universal* (Cartagena) und *El País* (Cali) eingeschlagen: Sie kooperieren trotz unterschiedlicher parteipolitischer Ausrichtung über die gemeinsam gegründete Tochter *Periódicos Asociados* bei der Produktion von Supplements. Parallel dazu engagieren sie sich in unterschiedlichem Ausmaß in anderen Medienbereichen wie Hörfunk oder Fernsehen (vgl. ebd., 205f.). An *El Colombiano* und *La República* ist zudem die Wirtschaftsgruppe Ardila Lülle beteiligt. Eine Zeitung mit sehr enger Bindung an eine Politikerfamilie war *La Prensa*: Sie fungierte seit 1988 als Sprachrohr der konservativen Dynastie der Pastranas und mußte 1998 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt werden - ein Beispiel dafür, dass das Modell der puren politischen Strömungszeitung nicht mehr funktioniert.

1990 erschienen in Kolumbien 32 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von

rund 1,3 Millionen<sup>20</sup>. Die größten 14 Blätter konzentrieren gut 1 Million der Gesamtauflage auf sich. Die drei auflagenstärksten Zeitungen werden landesweit vertrieben:

- *El Tiempo* (liberal) hat von Montag bis Samstag eine durchschnittliche Auflage von 267.000 Exemplaren - etwa 160.000 davon werden an Abonnenten ausgeliefert. Zwei Drittel der Auflage werden im Großraum Bogotá verkauft. Sonntags werden 509.000 Exemplare gedruckt (Daten aus: Price Waterhouse 1998).
- *El Espectador* (liberal) erscheint von Montag bis Samstag in einer durchschnittlichen Auflage von 152.000 Exemplaren, sonntags mit 158.000 Exemplaren. Rund 68.000 Exemplare gehen an Abonnenten<sup>21</sup>.
- *El Colombiano* (konservativ) aus Medellín erscheint in einer durchschnittlichen Auflage von 109.000 Exemplaren (vgl. Ruíz 1996, 271).

Auch bei den Zeitschriften sind politische Bindungen anzutreffen, wenn auch nicht so durchgängig wie bei den Zeitungen. Eine Übersicht über die wichtigsten Zeitschriften:

- Die Wochenzeitschrift *Semana*, die sich am Vorbild des US-amerikanischen Magazins *Time* orientiert und vor allem politische Informationen bietet, erscheint in einer Auflage von 122.000. An ihr ist die López-Dynastie beteiligt, die mit Alfonso López Pumarejo und Alfonso López Michelsen zwei Präsidenten gestellt hat<sup>22</sup>.
- Ebenfalls wöchentlich erscheint *Cromos* (Auflage 114.000) - und das schon seit 1916. Diese älteste noch bestehende Zeitschrift Kolumbiens ist eher auf gesellschaftliche Themen ausgerichtet. Zur Wahl der kolumbianischen Schönheitskönigin wartet sie jedes Jahr mit überlangen Fotostrecken auf. *Cromos* gehört zur Wirtschaftsgruppe Santo Domingo.
- Die Zeitschrift *Cambio* (bis 1997 *Cambio 16*; Auflage 53.000)<sup>23</sup>, zunächst in Verbindung mit der gleichnamigen spanischen Zeitschrift herausgegeben, ist seit Beginn des Jahres 1999 in den Händen einer Gruppe profilierter Journalisten - an der Spitze der kolumbianische Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez<sup>24</sup>.

---

20 Daten aus Herrán 1991, 148. Kusche kam bei ihren Recherchen 1988 auf 38 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 1,73 Millionen. Vgl. Kusche 1992, 205f.

21 Auskunft des Verlages, Daten vom Juni 1998.

22 Alfonso López Michelsen war von 1974 bis 1978 Präsident, sein Vater Alfonso López Pumarejo von 1934 bis 1938 und von 1942 bis 1945.

23 Alle Auflagenzahlen aus Ruíz 1996, 271f.

24 Vgl. o.A.: *El Cambio es ahora*. In: *Semana*, 16.11.1998 und: Huffschmid, Anne: Die Wirklichkeit hat wieder die Oberhand. In: *tageszeitung*, 23.2.1999, 14 und: Burghardt, Peter: Reporter mit Nobelpreis. In: *Süddeutsche Zeitung*, 16.3.1999, 19.



Der Name von García Márquez verbindet sich auch mit einem Versuch aus den siebziger Jahren, ein politisch unabhängiges Medium zu schaffen. Bei der Zeitschrift *Alternativa*, die von 1974 bis 1980 erschien und in der liberale und sozialistische Intellektuelle ein Gegenforum zur beherrschenden Presse bieten wollten, fungierte er als Herausgeber. Das Projekt konnte jedoch nicht genügend Leser und Anzeigenkunden finden (vgl. Drekonja-Kornat 1980, 37f.). Ebenso erging es einem gleichnamigen Nachfolger, der von 1996 bis Anfang 1998 bestand und dann sein Erscheinen suspendieren mußte. Als alternatives Medium versteht sich auch die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung *Voz der Kommunistischen Partei*, die nach eigenen Angaben eine Auflage von 15.000 Exemplaren hat. Auch sie muss mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfen - es fehlen Anzeigenkunden<sup>25</sup>.

Die Printmedien sind zwar traditionell mit politischen Interessen verflochten, es zeigt sich aber eine verstärkte Tendenz, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten diese verdrängen oder zumindest teilweise zurücktreten lassen. Die relativ geringen Auflagenzahlen lassen sich dadurch erklären, dass die Printmedien vor allem von Angehörigen der Mittel- und Oberschicht gekauft werden, die über die nötige Bildung und das erforderliche Geld verfügen. Zeitungen und Zeitschriften sind daher, wie Alisky feststellt, eher ein "Klassen-" als ein Massenmedium (vgl. Alisky 1981, 6).

## Hörfunk

Der Hörfunk in Kolumbien begann in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts mit den Experimenten von Radioamateuren. Am 7. August 1929 weihte der damalige Präsident Abadía Méndez den ersten offiziellen Sender ein, aus dem später das staatliche *Radio Nacional* hervorging. Bis 1936 hatten sich rund 50 private Sender etabliert, die vor allem kommerzielle Interessen vertraten und nur in Einzelfällen einen politischen Hintergrund hatten<sup>26</sup>. In diesem Jahr wurde mit dem Gesetz 198 dem Rundfunk ein rechtlicher Rahmen gesetzt, der im Prinzip bis heute Bestand hat: Der Staat vergibt die Sendefrequenzen an private, zumeist kommerzielle Anbieter.

Mit Beginn der vierziger Jahre begannen die ersten Sender, sich zu Ketten (*cadenas*) zusammenzuschließen, die ein gemeinsames Programm ausstrahlten und damit Kosten sparen konnten. 1948 formierte sich die Senderkette *Emisoras Nuevo Mundo*, die heute als *Caracol* (Cadena Radial Colombiana) die meisten

---

25 Aus dem Leitfadengespräch mit NN14.

26 So zum Beispiel der 1936 gegründete Sender *Voz de Colombia*, der Laureano Gómez als Sprachrohr diente. Zur Rundfunkgeschichte vgl. ausführlich: Pareja 1984.



angeschlossenen Sender hat. In diese Zeit fiel auch die Gründung der beiden anderen heute mächtigen Ketten *RCN* (Radio Cadena Nacional) und *Todelar*. Die Programminhalte waren stark unterhaltungsorientiert - Musik, Spielshows und vor allem *radionovelas*<sup>27</sup>, triviale Hörspielserien, die als Vorläufer der heutigen *telenovelas* gelten können. Nachrichtenorientierte oder politische Sendungen spielten für die Entwicklung des Hörfunks eine untergeordnete Rolle. Trotz strenger Zensurmaßnahmen während der Diktatur Rojas Pinillas und in den ersten Jahren der Nationalen Front boomte das Medium.

Bis heute werden die meisten Sender durch Werbung finanziert<sup>28</sup>. Das kommerzielle Interesse steht im Hörfunk deutlich im Vordergrund - wenn im Einzelfall auch die traditionellen Politikerfamilien über Beteiligungen Einfluss auf das Programm nehmen. In den fünfziger Jahren wandelte sich das Medium zum entscheidenden Werbeträger, das eine Phase industrieller Mobilisierung begleitete, indem es der wachsenden nationalen Produktion Absatzmärkte erschloss. Die heimische Industrie kaufte sich gezielt Beteiligungen an Hörfunk-sendern: Vor allem für Unternehmen der Nahrungsmittel- und Textilindustrie war das Radio ein idealer Werbeträger, in dessen Ausbau dann auch kräftig investiert wurde.

Dadurch konnten sich die Programminhalte ausdifferenzieren. Die großen Ketten wie *RCN* und *Caracol* haben mehrere Tochterketten, die bestimmten Musikformen gewidmet sind und Informationen nur in Form von stündlichen Kurznachrichten bringen. Ihre Basisketten (*cadena básica*) sind jedoch nach wie vor die journalistischen Aushängeschilder. Kern sind dabei die informationsorientierten Frühprogramme von sechs bis zehn Uhr. Sie werden von prominenten Moderatoren präsentiert, die, assistiert von bis zu fünf Co-Moderatoren, über Themen nationaler und internationaler Politik, Sport und Unterhaltung informieren. Viel Wert wird auf Schnelligkeit und Livecharakter gelegt: Telefoninterviews mit Betroffenen oder Korrespondenten sind die bevorzugte Darstellungsform, vorproduzierte Beiträge mit O-Tönen die Ausnahme. Die Basisketten bieten den ihnen angeschlossenen Sendern die Möglichkeit, lokale und regionale Informationen und Werbung in Sendersendungen zu präsentieren. Bei *RCN* beispielsweise sind dafür zwei halbe Stunden pro Tag vorgesehen. Seit Januar 1997 ist auch ein reines Informationsprogramm auf Sendung: *Radionet* bringt alle 15 Minuten Nachrichten, dazwischen Berichte und Reportagen. Der Sender gehört der Wirtschaftsgruppe Santo Domingo und seinem journalistischen Leiter

---

27 Noch Mitte der siebziger Jahre machten *radionovelas* die Hälfte des Programms bei den Ketten *Caracol* und *Todelar* aus. Vgl. Pareja 1984, 128.

28 Ausnahme sind verschiedene kommunale Sender. Das staatliche *Radio Nacional* wird teilweise ebenfalls werbefinanziert.

und *anchorman* Yamid Amat<sup>29</sup>.

1990 gab es 589 Sender, von denen 409 auf Mittelwelle und 180 auf Ultrakurzwelle zu empfangen waren<sup>30</sup>. 530 dieser Sender hatten kommerziellen Charakter. Die Mehrzahl der Sender (405) war in Ketten organisiert - entweder im Eigentum der Betreiberfirma oder wirtschaftlich eigenständig und nur an das Programm angeschlossen (*emisoras afiliadas*). 60 Prozent aller Radiostationen gehörten einer der Ketten *Caracol*, *RCN* oder *Todelar* an.

Hörfunk ist in Kolumbien ein Massenmedium im wahren Sinne des Wortes. Kusche geht davon aus, dass praktisch in jedem Haushalt mindestens ein Empfangsgerät steht (vgl. Kusche 1997, 593). Eine neuere Studie lässt auf einen hohen Nutzungsgrad schließen: 90 Prozent der Befragten gaben an, gewohnheitsmäßig Radio zu hören, vorzugsweise am Morgen, die Hälfte von ihnen auch am Abend<sup>31</sup>.

## Fernsehen

Das Fernsehen in Kolumbien hatte seinen Sendestart am 13. Juni 1954 - am Tag, als Diktator Rojas Pinilla ein Jahr im Amt war. Er hatte die Einführung des neuen Mediums mit dem Ziel betrieben, seiner schwindenden Popularität auf die Sprünge zu helfen und von der instabilen politischen Lage abzulenken. Das täglich drei- bis vierstündige Programm wartete vor allem mit propagandistischer Information auf, daneben wurden landeskundliche Sendungen ausgestrahlt. Freilich hatte das Fernsehen während der Amtszeit Rojas Pinillas keine Massenwirkung entfalten können, es lebte eher vom Reiz des Neuen. 1957 gab es nur 400 Empfangsgeräte, die alle in Bogotá aufgestellt waren - in öffentlichen Gebäuden, Cafés und Restaurants. 1958 stellte die erste Regierung der Nationalen Front unter Präsident León Valencia die Weichen für eine neue Organisationsform, die in ihren Grundzügen bis heute das Fernsehen prägt. Es vermischte staatliche Kontrolle mit privatwirtschaftlichem Engagement in einer für Lateinamerika einzigartigen Weise. Der Staat hat über sein öffentlich-rechtliches Institut *Inravisión* (*Instituto Nacional de Radio y Televisión*) die technische Sendeabwicklung in seiner Hand und überlässt privaten Programmanbietern Sendezeiten in den beiden öffentlichen Kanälen (*Canal Uno*, *Canal A*). Die Sendeplätze werden für jeweils fünf Jahre ausgeschrieben und dabei auf eine

---

29 Vgl. o.A.: Regreso al micrófono. In: *Semana*, 13.01.1997.

30 Aktuellere umfassende Angaben sind nicht verfügbar. Die Daten sind entnommen aus Herrán<sup>2</sup> 1991, 70ff.

31 Wissenschaftler von vier Universitäten befragten 4331 Personen aus allen Schichten in den Städten Bogotá, Cali, Medellín und Manizales zu ihrer Mediennutzung. Die Untersuchung wurde gefördert von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. Daza Hernández 1998, 138f.

Gruppe von rund 30 Programmanbietern verteilt. Daneben betreibt der Staat einen eigenen Kanal (*Señal Colombia*), der einen Erziehungs- und Kulturauftrag hat<sup>32</sup>. Seit 1985 haben sich ergänzend regionale Fernsehkanäle etabliert, die laut gesetzlicher Vorgabe das Ziel haben,

die regionalen Traditionen und Werte zu stärken, die Kreativität der Bevölkerung zu fördern und als Instrument für Entwicklung und Bildung zu dienen<sup>33</sup>.

Die neue Verfassung von 1991 fand erst 1995 ihren Niederschlag in der Fernsehgesetzgebung. Mit dem Gesetz 182<sup>34</sup> wurde das Gremium geschaffen, das der Artikel 77 zur Regulierung des Fernsehens vorgesehen hatte: die *Comisión Nacional de Televisión* (CNTV). Ihre Aufgabe ist die Umsetzung der staatliche Kontrolle des elektromagnetischen Spektrums. Sie ist für die Lizenzvergabe zuständig, soll dabei auf die Einhaltung des Pluralitätsprinzips achten und den Wettbewerb sichern. Die Ahndung von Verstößen der Programmanbieter gegen das Fernsehgesetz oder gegen die öffentliche Ordnung unterliegen ebenfalls der CNTV<sup>35</sup>. Als Sanktionsmöglichkeiten sind Geldstrafen und vorübergehende Sendeverbote vorgesehen<sup>36</sup>. Damit ist die CNTV mit einer erheblichen Machtfülle ausgestattet, die um so problematischer zu bewerten ist, da das ursprüngliche Ziel der Staatsferne de facto nicht umgesetzt wird. Geleitet wird die Kommission von einem fünfköpfigen Vorstand, für den die Regierung schon laut Verfassung zwei Mitglieder benennen darf. Ein Sitz steht den Vertretern der regionalen Sender zu, ein weiterer wird von der *Cámara de Representantes* an Personen vergeben, die die Interessen der Fernsehmitarbeiter vertreten sollen. Der Senat schließlich darf einen Sitz an einen Repräsentanten der Fernsehzuschauer vergeben<sup>37</sup>.

Die CNTV hat auch die Rahmenbedingungen für einen entscheidenden

---

32 Zur Geschichte und Entwicklung von *Señal Colombia* (früher: *Canal 3*) vgl. Vizcaino Gutierrez 1992, 134ff.

33 Dekret 3100 von 1984. Zitiert nach Kusche 1997, 608. Vgl. zum Regionalfernsehen auch Fox/Anzola 1988, 82ff. 1998 waren sechs dieser regionalen Kanäle auf Sendung und weitere in Vorbereitung.

34 Vgl. *Ministerio de Comunicaciones*: Texto definitivo de la Ley 182 de 1995. Bogotá 1995. Ergänzt und modifiziert wurde es 1996 durch das Gesetz 335.

35 Die Kommission hat unter anderem auch Bestimmungen über die Ausstrahlung von Inhalten erarbeitet, die Gewalt und Sex enthalten (Acuerdo 017, Abril 3 de 1997). Restringsiert ist danach auch die Ausstrahlung von Gewalt in Nachrichtensendungen, in Zeiten des Inneren Notstands sind auch die Verbreitung von Erklärungen der Guerilla verboten. Dies wird von einigen Journalisten als Zensurandrohung empfunden. Vgl. Leitfadengespräch mit Javier Darío Restrepo im Anhang.

36 Vgl. Historia de la Televisión en Colombia. In: <http://www.cntv.org.co>, 17.11.98.

37 Dies sind laut Gesetz im ersten Fall Mitglieder von Berufsorganisationen, im zweiten Mitglieder von Elternverbänden oder Kommunikationswissenschaftler.

Einschnitt in das Fernsehen gestaltet, der ebenfalls mit der Verfassung von 1991 grundgelegt wurde: Mit der Zulassung privater kommerzieller Kanäle soll die Bestimmung des Artikels 20 umgesetzt werden, wonach die Gründung von Massenmedien frei ist. Zwei Privatkanäle gingen 1998 auf Sendung: Die gleichnamigen Fernsehtöchter der führenden Radioketten *RCN* und *Caracol*, zuvor bereits Programmanbieter auf den beiden öffentlichen Fernsehkanälen, haben die Ausschreibung der CNTV gewonnen und bieten nun Vollprogramme an.

Um diese Entscheidung hatte es kontroverse Diskussionen gegeben. Die CNTV hatte eine Gebühr von 95 Millionen Dollar festgesetzt, die die Betreiber der privaten Kanäle an *Inravisión* für die Einrichtung der technischen Sendeanlagen zu entrichten hatten. Diese Summe schränkte die Zahl der möglichen Bewerber drastisch ein. Im gleichen Zusammenhang wurde die laxen Interpretation der in der Verfassung im Artikel 75 verankerte Antimonopolklausel kritisiert: Zwar einigte sich die CNTV darauf, eine Mindestzahl von 300 Aktionären pro Fernsehgesellschaft zu verlangen, legte aber gleichzeitig keine Mindestanteile für diese fest<sup>38</sup>. Dass bei der Ausschreibung dann die beiden finanzkräftigen Gruppen Santo Domingo (*Caracol*) und Ardila Lülle (*RCN*) den Zuschlag bekamen, verwundert nicht. Sie waren als einzige Anbieter in der Lage, in Anbetracht der erforderlichen Anfangsinvestitionen ein überzeugendes Konzept für ein Vollprogramm vorzulegen<sup>39</sup>.

Auf dem Werbemarkt ist durch die Zulassung der privaten Kanäle einiges in Bewegung geraten: Die Programmanbieter der öffentlichen Kanäle fürchten um ihren Anteil am Werbekuchen. Erschwerend zur Abwanderung von Zuschauern zu den beiden privaten Sendern kommen für sie zwei Faktoren hinzu: Ihre Produktionen müssen sich jeweils selbst finanzieren, wegen der eingeschränkten und auf bestimmte Genres festgelegte Sendezeiten haben sie nicht die Möglichkeit zum Risikoausgleich, also weniger werbeträchtige und teure Programme mit werbewirksamen und billigeren Programmen gegenzufinanzieren. Dies schränkt den Handlungsspielraum der Anbieter stark ein. Zum zweiten haben mit den beiden Wirtschaftsgruppen Santo Domingo und Ardila Lülle zwei der wichtigsten Werbekunden des Fernsehens nun über ihre eigenen Sender Plattformen, auf denen sie bevorzugt ihre Werbung präsentieren<sup>40</sup>.

---

38 Die Fundación para la Libertad de Prensa hat dazu im Januar 1997 eine Klage beim Verfassungsgericht eingereicht, die allerdings abgelehnt wurde. Selbst ein Vorschlag von der Disziplinarstaatsanwaltschaft, die Anteile zu begrenzen, fand bei den Verfassungsrichtern keine Zustimmung. Vgl. Rodríguez Sotomayor 1997, 27 und: o.A.: El maldito 30%. In: *Semana*, 21.4.1997.

39 Zur Zulassungsgebühr kamen noch einmal Einstiegsinvestitionen von rund 120 Millionen Dollar. Vgl. dazu Rodríguez Sotomayor 1997, 27; Mejía Berrio 1995, 35-43.

40 Vgl. Ramírez Ramírez 1997, 36ff.; Parra Duque 1995, 8ff.

Das quantitativ ausgeweitete Programmangebot trifft auf einen breiten Zuschauermarkt. Die Verbreitung des Fernsehens steht der des Hörfunks inzwischen nur wenig nach: 98 Prozent aller Haushalte haben mindestens einen Fernsehapparat<sup>41</sup>. Ein Drittel empfängt seine Programme über eine Parabolantenne; vier Prozent haben Kabelanschluss. Damit sind neben den kolumbianischen auch eine Auswahl internationaler Programme zu empfangen<sup>42</sup>. Schon vor der Einführung der privaten Kanäle lief der Fernseher knapp 60 Stunden pro Woche (vgl. Ferro 1996-97, 44).

## **Der Einfluss der großen Wirtschaftsgruppen auf die Medien**

Nahezu alle für diese Untersuchung befragten Journalisten sahen die wirtschaftliche Konzentration im Medienbereich als Problem, viele Veröffentlichungen zu medienpolitischen Themen weisen seit Jahren kritisch auf diese Struktur hin<sup>43</sup>. Umfassende aktuelle Untersuchungen zu diesem Phänomen und seinen Auswirkungen auf den Journalismus gibt es jedoch kaum. Dies liegt zum einen am Mangel an unabhängigen Forschungsressourcen, zum anderen an der Unübersichtlichkeit der Materie: Die Konzerne sind extrem verschachtelt aufgebaut; über Strohmannen werden die Beteiligungen so gestreut, dass kaum noch präzise Aussagen möglich sind<sup>44</sup>. Zur Orientierung werden die drei wichtigsten im Mediensektor tätigen Konzerne und ihre Verflechtungen kurz dargestellt:

*Die Gruppe Santo Domingo:* Die Gruppe Santo Domingo (auch: Grupo Bavaria) des Magnaten Julio Mario Santo Domingo ist die größte Wirtschaftsgruppe in Kolumbien und zugleich die größte im Bereich der Medien. Zum Stammgeschäft gehören Brauereien, Versicherungen und Banken, Telekommunikation, Erfrischungsgetränke und Fluggesellschaften. Daneben sind Tochterfirmen im Automobilimport (Renault) und in der Hotelbranche tätig. In den Mediensektor ist Santo Domingo 1986 groß eingestiegen mit der Übernahme der Hörfunkkette *Caracol*, die heute Marktführer ist<sup>45</sup>. Unter gleichem Namen

---

41 Erfasst sind Städte in mehreren Regionen des Landes. Vgl. Ferro 1996-97, 42ff.

42 Neben den offiziellen Kabelnetzen, die für etwa 40 Dollar im Monat rund 15 Programme bieten, haben sich auch besonders in ärmeren Stadtvierteln illegale Netze etabliert, die auch ohne Rücksicht auf Urheberrechte internationale Sender einspeisen. Diese "Kabelpiraterie" schreckt Investoren vor allzu starkem Engagement in diesem Bereich ab. Vgl. Kuhl 1997, 647.

43 Vgl. unter anderem: Restrepo 1996, 40ff. Anzola 1988, vor allem 105ff. Barbero/Rey Beltrán 1997, 13ff.

44 Die wohl umfassendste Studie liegt vor von Herrán und ist 1991 in Zusammenarbeit mit der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen: Herrán 21991. Eine neuere, jedoch weniger ausführliche Darstellung liegt aus dem Jahr 1996 vor: Ruíz 1996.

45 Vgl. Ruíz 1996, 51-113 und: o.A.: Grupo Bavaria: viento en popa. In: *Semana*, 5.5.1997.

engagierte sich die Gruppe im Fernsbereich und war bis 1998 einer der größten Programmanbieter im öffentlichen Fernsehen. Seit 1998 ist *Caracol Televisión* einer von zwei Privatfernsehskanälen. *Caracol Radio* und *Caracol Televisión* stehen - bezogen auf den Umsatz - im Verbund der 52 zu Santo Domingo gehörenden Unternehmen auf Rang 14 beziehungsweise 15, ihr Anteil an Umsatz und Gewinn der gesamten Gruppe liegt bei etwa 3 Prozent (vgl. Restrepo 1996, 41f.). Im Printbereich ist Santo Domingo ebenfalls vertreten: 1992 übernahm die Gruppe die Zeitschrift *Cromos*, 1995 gründete sie die Jugendzeitschrift *Shock*. Die spektakulärste Übernahme war der Kauf der traditionsreichen Tageszeitung *El Espectador* im Dezember 1997. Gerade diese Entscheidung hat kontroverse Diskussionen über die Einflussnahme der großen Wirtschaftsgruppen auch auf die redaktionellen Inhalte ausgelöst. In einem Interview mit der Zeitschrift *Cambio* sagte Julio Mario Santo Domingo dazu im Januar 1999:

Niemand kann behaupten, dass ich auch nur einmal beim *Espectador* angerufen hätte, um anzuordnen, dass sie dieses oder jenes über irgendeine Angelegenheit zu sagen hätten, und es erscheint mir nicht gerecht, dass von einer Wirtschaftsgruppe gesagt wird, dass sie - bloß, weil sie eine solche ist - nicht fähig ist, die Wahrheit zu sagen<sup>46</sup>.

Im selben Interview bekannte sich Santo Domingo als Anhänger und Unterstützer der liberalen Partei - eine Tendenz, die sich auch in der politischen Berichterstattung von *Caracol* deutlich niedergeschlagen haben soll (vgl. Bermudez 1997, 47). Die politische Linie hat übrigens Tradition: Die liberale Politikerfamilie López hielt schon vor dem Kauf durch Santo Domingo eine Minderheitsbeteiligung an *Caracol* - bis heute.

*Die Gruppe Ardila Lülle:* Die Wirtschaftsgruppe von Carlos Ardila Lülle gilt als die viertgrößte des Landes - nach Santo Domingo, dem Sindicato Antioqueño und der Organización Luis Carlos Sarmiento<sup>47</sup>. Das Konglomerat besteht aus etwa 60 Unternehmen, deren wichtigste Firmen Erfrischungsgetränke, Textilien, Bier und Schokolade herstellen. Im Medienbereich ist sie nach Bavaria die zweitstärkste Gruppe. Kern ist seit 1973 die Hörfunkkette *RCN*, die unter gleichem Namen auch im Fernsehen als Programmanbieter antrat und seit 1998 einen der beiden privaten Fernsehkanäle betreibt. Die Rundfunkmedien machten 1996 rund 4 Prozent des Gesamtumsatzes der Gruppe aus (vgl. Ruiz 1996, 115ff.). Im Bereich der Printmedien ist Ardila Lülle wenig präsent: Lediglich an den Tages-

---

46 Zitiert nach o.A.: Habla Santo Domingo. In: *Cambio*, 18.1.1999.

47 Vgl. o.A.: Ardila: sembrando para el futuro. In: *Semana*, 5.5.1997.

zeitungen *El Colombiano* und *La República* hält das Konsortium Minderheitsbeteiligungen - beide sind konservativ, und auch Carlos Ardila Lülle bezeichnet sich als der Konservativen Partei nahestehend.

*Casa Editorial El Tiempo*: Das Verlagshaus der liberalen Zeitung *El Tiempo* gilt als drittgrößte Wirtschaftsgruppe im Medienbereich. Im Unterschied zu den beiden vorgenannten Gruppen ist es traditionell und ausschließlich in diesem Sektor aktiv. Zum Kerngeschäft der Tageszeitung gruppierten sich seit den achtziger Jahren ein Buchclub (*Círculo de Lectores*, mit Beteiligung der Bertelsmann AG), verschiedene Druckhäuser, Verlage für Special-Interest-Zeitschriften und Internet-Angebote (vgl. ebd., 139-149).

Schon diese Skizze der Struktur der wichtigsten im Medienbereich tätigen Konzerne zeigt: Extreme Konzentrationsprozesse sind innerhalb kürzester Zeit möglich. Das Beispiel Santo Domingo demonstriert dies am deutlichsten - innerhalb von knapp 15 Jahren kaufte sich der Konzern zum Marktführer im Mediensektor hoch, ohne auf gesetzliche Schranken einer Konzentrationskontrolle zu stoßen. Im Gegenteil: Bei der Vergabe der privaten Fernsehkanäle bekam er nicht trotz, sondern wegen seiner Wirtschaftsmacht den Zuschlag.

Welche Folgen die Konzentrationstendenzen auf den Medienmarkt haben, ist schwer abzuschätzen. Ein Phänomen, das zwar regelmäßig beklagt wird, über das es jedoch kaum exakte Zahlen gibt, ist das der Werbung im eigenen Medium (*autopauta* oder *retroalimentación publicitaria*): Die beiden Konzerne Santo Domingo und Ardila Lülle sind nicht nur als Medieneigentümer bedeutend, sondern - wegen ihrer auf breite Absatzmärkte zielenden Produktpalette - auch als Werbekunden. Schätzungen gehen davon aus, dass ihre Firmen zusammengekommen mit 20 bis 25 Prozent am Werbemarkt beteiligt sind<sup>48</sup>. Allein die Unternehmen Postobón (Erfrischungsgetränke, Ardila Lülle) und Bavaria (Bier und Erfrischungsgetränke, Santo Domingo) zählen zu den wichtigsten zehn Werbekunden (vgl. Ruiz 1996, 269; Herrán 1991, 111).

Beide Konzerne haben mit der Zulassung ihrer beiden privaten Fernsehkanäle beschlossen, ihre Fernsehwerbung nur noch dort zu schalten - im Hörfunkbereich war dies schon gängige Praxis. Die Programmanbieter der öffentlichen Fernsehkanäle jedenfalls fürchten, durch den Abzug dieser Werbegelder in Schwierigkeiten zu kommen<sup>49</sup>.

Die Synergieeffekte in der Werbung alleine sind es aber nicht, die die Konzerne mit solcher Macht nach neuen Lizenzen im Hörfunk- und Fernsehbereich greifen lassen, vermutet Javier Darío Restrepo. Da die Umsätze und

---

48 Vgl. Rodríguez Sotomayor 1997, 27; Ramírez Ramírez 1997, 39.

49 Vgl. o.A.: Primer "round", sowie Leitfadengespräch mit María Alejandra Villamizar.



Gewinne ihrer Medien nur einen sehr geringen Teil im Gesamtkonglomerat ausmachen, meint er:

Es ist offensichtlich, dass die wirtschaftliche Macht der Medien für die Gruppen keine Priorität ist, sehr wohl aber ihre politische und soziale Macht. Und auf diese Macht setzen sie (Restrepo 1996, 43).

Diese extreme Form der Medienkonzentration ist in Lateinamerika auch in anderen Ländern zu beobachten. Die lateinamerikanische Kommunikationswissenschaft hat dafür den Begriff *propiedad en cruz* geprägt (übersetzt etwa: Eigentum über Kreuz)<sup>50</sup>. Beltrán S. stellte 1980 über die Medienstrukturen in Lateinamerika fest:

In der Regel werden die großen Medieninstitutionen von Privatunternehmen getragen, die im wesentlichen konservativ, natürlich profitorientiert und auch häufig verquickt sind mit nationalen oder internationalen finanziellen oder politischen Interessen (1980, 28).

Dies trifft in Grundzügen auch auf Kolumbien zu - wenn man konservativ nicht auf die kolumbianische Konservative Partei allein bezieht. Internationale Finanzinteressen kommen jedoch weniger zum Tragen; auch, weil die kolumbianischen Wirtschaftskonzerne es bislang geschafft haben, sich ihre Anteile am Medienmarkt vor den internationalen Investoren zu sichern.

### **3.3 Medien, Journalisten und Politik Verflechtungen mit der Politik**

Die traditionell engen Bindungen zur Politik prägen bis heute die kolumbianische Medienlandschaft - wenn auch in vielen Bereichen kommerzielle Interessen dazugetreten sind und die politischen verdrängt oder ergänzt haben. Die Formen variieren stark. Am Beispiel einiger Politikerfamilien und ihrer Medienbindungen soll dies kurz analysiert werden.

---

50 Salamanca beschreibt die extreme Ausformung dieses Phänomens als "[...] die quasi horizontale und vertikale Monopolstellung eines Medienbesitzers im Bereich der Medien, zu der in der Regel noch die Kontrolle über andere Wirtschaftszweige hinzukommt. Diese Besitzverhältnisse ermöglichen zum Beispiel, dass die Elite Werbeaufträge nur an ihre eigenen Medien vergibt. Der wechselseitige positive Effekt liegt auf der Hand: Die Werbung konzentriert sich auf die Konsumprodukte, die in ihren Fabriken hergestellt werden; das wiederum sichert nicht nur die Existenz der Medien, sondern verhindert zugleich die Entstehung neuer, unabhängiger und kritischer Medien. Die politische Macht der Elite wird dadurch zementiert" (Salamanca O. 1996, 640).



### *Familie Santos: El Tiempo*

Klassisches Beispiel ist *El Tiempo*. Gegründet 1911, befindet sich die Zeitung seit 1913 in den Händen der liberalen Familie Santos. Herausragende Figur in der ersten Phase war Eduardo Santos, der die Zeitung von ihrem Gründer Alfonso Villegas Restrepo übernahm und den Verlag fast vierzig Jahre leitete. Santos gab der Zeitung eine klare liberale Ausrichtung und unterstützte 1930 durch deutliche Parteinahme den Präsidentschaftskandidaten der Liberalen Partei, Enrique Olaya Herrera, auf seinem Weg an die Macht. Parallel dazu machte er selbst politische Karriere: 1932 wurde er zum Botschafter in Peru berufen, zog später als Senator in den Kongress, und gewann so Profil als politischer Akteur, ohne seine leitende Stellung in Redaktion und Verlag aufzugeben. Nach dem überraschenden Tod von Enrique Olaya Herrera, der eigentlich eine zweite Amtszeit als Präsident anstrebte und dabei auch von *El Tiempo* unterstützt wurde, trug die Liberale Partei Santos die Kandidatur an. Von 1938 bis 1942 war Santos Präsident, *El Tiempo* begleitete seine Amtszeit relativ unkritisch (vgl. Ruíz 1996, 139ff.). Mit der Nationalen Front lockerten sich die Parteibindungen; die Nachfolger von Eduardo Santos stiegen zwar in den Journalismus oder das Verlagsmanagement ein, hegten jedoch keine größeren politischen Ambitionen. Dem Verlag gelang ab 1980 der Umbau zum Medienkonzern, das Flaggschiff *El Tiempo* behielt dabei in Leitartikeln seine liberale Grundlinie bei, öffnete die Meinungsseiten aber auch für Kolumnisten mit anderen Ansichten. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1998 präsentierte sich ein Mitglied der Santos-Familie als möglicher Kandidat: Juan Manuel Santos, Handelsminister unter César Gaviria und Kolumnist in *El Tiempo*, machte vor allem mit einer Friedensinitiative auf sich aufmerksam. Die Zeitung berichtete bewußt distanziert über den Kandidaten, seine Kolumne wurde suspendiert. Letztlich trat Santos doch nicht zur Wahl an<sup>51</sup>.

### *Familie Pastrana: La Prensa und TV Hoy*

Eine sehr viel deutlichere politische Funktion erfüllen die Medien der konservativen Familie Pastrana. Misael Pastrana, von 1970 bis 1974 Präsident, war 1945 als Kolumnist der Zeitung *El Porvenir* erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden. Seine Familie engagierte sich aber erst nach seiner Präsidentschaft im Mediengeschäft: 1979 gründete sie die Produktionsgesellschaft *Datos y Mensajes*, die mit der Fernsehnachrichtensendung *TV Hoy* das Gesicht von Pastranas Sohn Andrés den Kolumbianern bekannt machte: Von

---

51 Vgl. o.A.: Peace proposals wrong-foot Samper. In: *Latin American Weekly Report*, 14. Oktober 1997, 484 und: Schumacher, Peter: Komplott für den Frieden in Kolumbien. In: *tageszeitung*, 17.10.1997.

1979 bis 1987 präsentierte und leitete der *delfin*<sup>52</sup> der Familie Pastrana die Sendung, die von montags bis freitags um 21 Uhr ausgestrahlt wurde. Diese Sendung wird bis heute als entscheidend für die politische Karriere Pastranas gesehen. 1988 bis 1990 war er der erste frei gewählte Bürgermeister Bogotás, ab 1991 wurde er Mitglied des Kongresses und trat 1994 erstmals als Kandidat der Konservativen Partei bei den Präsidentschaftswahlen an, unterlag jedoch dem liberalen Ernesto Samper knapp. 1998 schließlich gelang ihm der Sieg über den liberalen Gegner Horacio Serpa, im August trat er sein Amt an. Die Nachrichtensendung *TV Hoy* galt als öffentlichkeitswirksames Schlachtschiff in Pastranas Diensten - geriet jedoch nach der Wahl in ein Dilemma: An Spekulationen über die Bildung des neuen Kabinetts konnten sich die Journalisten nicht beteiligen, da jede Äußerung einer Regierungserklärung gleichgekommen wäre; gegenüber der Regierung ihres ehemaligen Moderators und Direktors können sie kaum eine kritische Haltung einnehmen, jegliche offizielle Werbung im Programm würde harsche Kritik hervorrufen. Daher überlegte die Familie Pastrana angeblich, die Sendung zu verkaufen<sup>53</sup>. Auch in den Printmedien suchten die Pastranas ein Standbein - mit der Tageszeitung *La Prensa*, gegründet 1988. Geleitet wurde diese Zeitung von Juan Carlos Pastrana, Andrés' Bruder. Sie hatte jedoch häufig mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die Auflage soll nie über 100.000 herausgekommen sein. Trotz Finanzspritzen der Wirtschaftsgruppe von Ardila Lülle mußte das Blatt 1998 eingestellt werden. Juan Carlos Pastrana schob die Schuld der Regierung Samper in die Schuhe: Er beklagte, seine Zeitung sei bei der Vergabe offizieller Werbung systematisch übergangen worden<sup>54</sup>.

### *Familie López: Caracol, Semana und Noticiero de las 7*

Über eine andere Strategie sichert sich die Familie des liberalen Ex-Präsidenten Alfonso López Michelsen Einfluss auf die Medien: Sie hat keine traditionsreichen Zeitungen in ihrem Besitz, sondern kauft gezielt Beteiligungen an Medien. So halten Mitglieder der Familie Minderheitsanteile an der Hörfunkkette *Caracol* - 1994 waren es etwa sechs Prozent. Hauptaktionär der Zeitschrift *Semana* ist Felipe López Caballero. Dennoch gilt das Nachrichtenmagazin nicht als direktes Sprachrohr der Politikerfamilie, obwohl durchaus auch personelle Nähe zur Liberalen Partei festzustellen ist. Mauricio Vargas war bis 1989 Redakteur bei *Semana*, schloss sich dann der Wahlkampagne von César Gaviria an und blieb

52 Als *delfin* werden die hoffnungsvollen Nachwuchskräfte der traditionellen Politikerfamilien bezeichnet, die - unterstützt von ihren Familien - zur Profilierung in die Öffentlichkeit gebracht werden.

53 Vgl. o.A.: *Dejémonos de vainas*. In: *Semana*, 17.8.1998.

54 Vgl. *Sociedad Interamericana de Prensa* 1998, 24; Lozano 1997, 44.

nach dessen Wahl bis 1992 als Kommunikationsminister in dessen Kabinett - anschließend kehrte er als Co-Direktor in die Redaktionsleitung der Zeitschrift zurück<sup>55</sup>. Auch im Fernsehen ist die Familie López vertreten: Sie ist maßgeblich beteiligt an der Produktionsfirma Programar S.A., die die Nachrichtensendung *Noticiero de las 7* herstellt.

#### *Familie Lloreda: El País*

Ein weiteres Beispiel für eine enge Verflechtung von Medien und Politik ist die Zeitung *El País* aus Cali in der Hand der konservativen Familie Lloreda. Wie kaum ein zweiter nutzt bis heute Rodrigo Lloreda, der Sohn des Gründers Álvaro Lloreda, die Synergieeffekte zwischen einem Engagement in der Politik und dem Rückhalt einer familieneigenen Zeitung. Lloreda startete seine politische Karriere mit 26 Jahren als Gouverneur im Valle de Cauca, war danach mehrfach Minister sowohl unter liberalen als auch unter konservativen Präsidenten. 1990 trat er als Kandidat der Konservativen gegen César Gaviria an, unterlag jedoch deutlich. Danach zog er sich in das Verlagshaus zurück, baute die Zeitung zur führenden im Nordwesten Kolumbiens aus und suchte Beteiligungen im Fernsehen. Als Andrés Pastrana in den Präsidentschaftswahlen 1998 gesiegt hatte, wechselte Lloreda wieder nahtlos in die Politik, diesmal als Verteidigungsminister.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass die Formen der Verquickung zwischen Politikerfamilien und Medien unterschiedlich eng sein können. Einige nutzen die Medien gezielt, um Familienmitglieder als Politiker zu profilieren und stellen dabei auch ökonomische Interessen zurück - siehe Familie Pastrana<sup>56</sup>. Andere versuchen, erfolgreiche Medienkonzerne aufzubauen und verzichten dafür auf direktes Engagement für ein politisch ambitioniertes Familienmitglied - wie die Familie Santos. Andere vermischen politisches und wirtschaftliches Engagement in schwer durchschaubarer Weise - siehe Familie López. So unterschiedlich die Intensität und Art der Verflechtung mit einer der traditionellen Politikerfamilien ist, so unterschiedlich ist auch die Form der Einflussnahme auf die Arbeit der Journalisten. Festzuhalten ist jedoch hier, dass nur sehr wenige Journalisten tatsächlich selbst an dieser Schnittstelle zwischen Journalismus und Politik stehen und zwischen beiden Feldern hin- und herwechseln. Betrachtet man das Phänomen jedoch von einem anderen Blickwinkel, nämlich von der Politik aus, dann ergibt sich ein beeindruckendes Bild: Enrique Santos Calderón hat festgestellt, dass nahezu alle Präsidenten Kolumbiens seit 1886 sich im

---

55 Inzwischen ist Vargas als Miteigentümer zur Zeitschrift *Cambio* gewechselt.

56 In Kolumbien gelten solche Medien als *trampolín*, von dem die Nachwuchspolitiker zu ihren ersten Karrieresprüngen ansetzen.

Medienbereich engagiert haben - in hundert Jahren waren es 20 von 30 Präsidenten, die entweder eine Zeitung geleitet, besessen oder ihre redaktionelle Linie per Leitartikel bestimmt haben (vgl. Santos Calderón 1989, 119). Kurz gesagt: Die wenigsten Journalisten haben eigene politische Ambitionen; wer jedoch politische Ambitionen hat, dem kann die Arbeit im Journalismus sehr hilfreich sein.

Ein weiterer Aspekt der Verflechtung zwischen Politik und Medien sei noch kurz angesprochen: die Vergabe von Werbung durch staatliche Institutionen und staatliche Unternehmen. Regelmäßig wird aus oppositionellen Medien der Vorwurf laut, bei diesen Werbegeldern systematisch benachteiligt zu werden - siehe den oben genannten Fall der konservativen Zeitung *La Prensa*, oder auch die Klagen der kommunistischen Zeitung *Voz*<sup>57</sup>. Herrán hat versucht, diesen speziellen Werbemarkt zu untersuchen und festgestellt, dass 1989 auf nationaler Ebene der Anteil der offiziellen Werbung 2,7 Prozent ausmachte (vgl. Herrán 1991, 132ff.) - was wenig erscheint, jedoch mehr ist, als der größte Werbekunde Colgate Palmolive ausgab. Die offizielle Werbung erschien auf den ersten Blick ausgeglichen auf die Medien verteilt worden zu sein - genauere Untersuchungen zur Vergabepraxis seien jedoch notwendig, meint Herrán. Ganz anders verhält es sich mit der Werbung auf lokaler oder regionaler Ebene: Hier können Politiker und Funktionäre in den Bürgermeisterämtern und Verwaltungen mit der Vergabe sogenannter *cuñas institucionales* direkt Druck auf einzelne Journalisten ausüben<sup>58</sup>.

### **Einflussnahme der Politik: Die Regierung Samper**

Inwieweit auch die nationalen Regierungen direkt oder indirekt auf die Medien Einfluss nehmen können und dies auch tun, sollen einige Beispiele aus der Regierung von Ernesto Samper (1994-1998) illustrieren. Samper hatte keine familieneigene Hausmacht mit weitreichendem Einfluss in den Medien<sup>59</sup>, als er sich um die Nachfolge César Gavirias bewarb, dennoch unterstützten ihn die traditionell liberal orientierten Medien wie *El Espectador* und *El Tiempo* in seiner Kampagne gegen Andrés Pastrana mehr oder weniger offen, ebenso die Medien der Gruppe Santo Domingo wie *Caracol* oder die Zeitschrift *Cromos*. Ganz anders sah dies gegen Ende seiner Präsidentschaft aus: *El Espectador* forderte den Rücktritt des Präsidenten, *El Tiempo* wollte Neuwahlen. Grund für diesen Wandel war der Skandal um die Gelder des "Cali-Kartells" in den Kassen von Sampers

---

57 Aus dem Leitfadengespräch mit NN14.

58 Aus den Leitfadengesprächen mit NN3, NN5 und NN19.

59 Zwar ist Sampers Bruder Daniel einer der prominentesten Journalisten Kolumbiens, doch zog er sich mit Beginn der Wahlkampagne 1993 nach Spanien zurück und veröffentlichte während der Amtszeit Ernestos in Kolumbien nur noch unpolitische Glossen.

Wahlkampagne<sup>60</sup>. Ins Rollen kam die Affäre drei Tage nach der Wahl Sampers mit der Veröffentlichung mehrerer Telefongespräche zwischen Miguel Rodríguez Orejuela, einem der Chefs des "Cali-Kartells", und dem Journalisten Alberto Giraldo, der als PR-Beauftragter der Drogenhändler gilt. Zuerst druckte diese Gespräche der sogenannten *narcocasetes* die Zeitung *La Prensa* ab, die sie direkt von Andrés Pastrana erhalten hatte. Die übrigen Medien reagierten zunächst mit Beschuldigungen gegen den "schlechten Verlierer" und nahmen den Inhalt der Kassetten nicht ernst. Erst nach langen Ermittlungen und immer neuen Zeugnisaussagen gegen Samper im sogenannten *Proceso 8.000* änderten nach und nach die liberalen Medien ihre Haltung und gingen auf Distanz zum Präsidenten. Verbunden war dies mit kontroversen Diskussionen auch innerhalb der Verlage und Redaktionen. Einige Beobachter werten den Umgang mit dem *Proceso 8.000* daher als zweite große Emanzipation aus der engen Bindung mit der Politik - nach der relativen Loslösung in der Zeit der Nationalen Front; andere meinten, dass sich in der Berichterstattung nur die alten Bindungen manifestiert hätten<sup>61</sup>.

Sampers Regierung wurde spätestens ab 1996 bei jeder medienpolitischen Entscheidung unterstellt, sich damit an unliebsamen Kritikern in den Medien oder an den Medien selbst rächen zu wollen (vgl. Valencio Cossio 1997, 17). Jeweils eine Kontroverse aus den Bereichen Print, Hörfunk und Fernsehen werden als Beispiel kurz vorgestellt:

### *Der Fall La Prensa*

Am 2. April 1995 erschien in *La Prensa* eine Fotomontage, die den Kopf Sampers auf den Körper des panamesischen Generals Noriega gesetzt zeigte und so kommentierend eine Verbindung zwischen dem in den USA wegen Drogenhandels verurteilten Militär und dem kolumbianischen Präsidenten herzustellen. Einen Tag später reagierte das Kabinett Sampers mit einer harschen Erklärung, in der es "[...] die diffamatorische Kampagne, die die Familie Pastrana gegen die Institutionen und den Namen Kolumbiens führt" (zitiert nach Cañón 1998, 129) geißelte. Auf die Gegenkritik, die Regierung missachte auf diese Weise die Pressefreiheit, reagierten die Minister kleinlaut: Sie hätten in der Erklärung nicht in ihrer Eigenschaft als Regierungsmitglieder gesprochen, sondern als normale Bürger ihre Meinung kundgetan (vgl. Lozano 1997, 41).

---

60 Vgl. zu Sampers skandalträchtiger Amtszeit ausführlich: Cañón 1998. Zum Verhalten der Medien während des *Proceso 8.000*: Rincón 1997.

61 Vgl. ebd., vor allem die Aufsätze von Omar Rincón, María Eugenia García, Germán Rey und Luis Alberto Restrepo.

### *Der Miti-Miti-Skandal*

Auslöser war wie beim *Proceso 8.000* ein heimlich mitgeschnittenes Telefongespräch - diesmal zwischen dem Kommunikationsminister Saulo Arboleda und dem Bergbauminister Rodrigo Villamizar. Veröffentlicht hat es die Zeitschrift *Semana* am 18. August 1997. Die beiden Minister unterhalten sich über die Vergabe verschiedener UKW-Rundfunkfrequenzen und einigen sich auf "die Hälfte für diese, die andere für die Freunde des Präsidenten"<sup>62</sup>. Vieles deutete in dem Gespräch auf Mausechelen bei der Vergabe hin und die Minister mußten zurücktreten. Samper nannte den Skandal später den schlimmsten seiner Amtszeit (und klammerte dabei sein eigenes Problem mit dem *Proceso 8.000* aus). Die Frequenzvergabe, die bereits vor der Veröffentlichung des Gesprächsmitschnitts abgeschlossen war, wurde nicht angefochten<sup>63</sup>.

### *Die Fernsehlicenzen*

Die schärfste Konfrontation ging die Regierung Samper mit dem Fernsehen ein. Kern des Streits waren einige Regelungen zur Lizenzvergabe im öffentlichen Fernsehen, die im Gesetz 335 von 1996 festgelegt wurden. Im Artikel 25 heißt es dort, dass im Vergabeverfahren der Inhalt von Nachrichtensendungen und Meinungssendungen bewertet wird

[...] nach den Kriterien Ausgewogenheit, wahrer, unparteiischer und objektiver Berichterstattung, sozialer Verantwortung der Medien und Bevorzugung des öffentlichen Interesses vor dem privaten<sup>64</sup>.

Im Artikel 26 wird dann festgelegt, dass die CNTV auch nach der Lizenzvergabe mindestens alle sechs Monate diese Prüfung vornehmen soll. Diese Regelung stieß auf harsche Kritik nicht nur in den betroffenen Redaktionen - auch die US-Regierung und das Europäische Parlament äußerten ihre Bedenken, ebenso die *Sociedad Interamericana de Prensa* (SIP) und *Reporters sans frontières* (RSF)<sup>65</sup>. Die *Fundación para la Libertad de Prensa* klagte vor dem Verfassungsgericht dagegen, weil sie die im Verfassungsartikel 73 garantierte Unabhängigkeit der Journalisten gefährdet sah: Das Prüfverfahren komme einer Zensur gleich<sup>66</sup>. Die Regierung Samper berief sich zunächst darauf, sie habe die Neuregelung nicht

---

62 Zitiert nach: o.A.: Conversación entre ministros. In: *Semana*, 18.8.1997.

63 Vgl. o.A.: Habla el "miti". In: *Semana*, 26.10.1998.

64 Ley 335 de 1996, Art. 25 - Parágrafo.

65 Vgl. *Sociedad Interamericana de Prensa* 1998, 23f. Siehe zur Kritik an diesem Gesetz auch die Leitfadengespräche mit Javier Darío Restrepo und Gabriel Jaime Pérez im Anhang.

66 So in der Klage der *Fundación para la Libertad de Prensa* an das Verfassungsgericht vom 21. Januar 1997.

beschlossen, sondern der Kongress. Im Februar 1997 sagte der Präsident, er sei gegen die halbjährliche Überprüfung der Programminhalte. Am 30. Juli 1997 schließlich erklärte das Verfassungsgericht diese Bestimmung für verfassungswidrig, beschneidet jedoch nicht grundsätzlich die weitreichenden Befugnisse der CNTV gegenüber den Programmanbietern<sup>67</sup>. Auch das Lizenzverfahren lief weitgehend so, wie im Gesetz ursprünglich vorgesehen: Die Nachrichtensendungen wurden von der CNTV nach einem undurchsichtigen Verfahren neu bewertet - mit dem Ergebnis, dass seit Jahresbeginn 1998 die Samper-kritischen Sendungen *AMPM* und *QAP* nicht mehr existieren<sup>68</sup>.

Diese drei Beispiele aus der Regierungszeit von Ernesto Samper illustrieren den Umgang der Exekutive mit den Medien: Trotz zahlreicher Lippenbekenntnisse, die Unabhängigkeit der Medien und die Pressefreiheit anzuerkennen, gibt es immer wieder Versuche, diese zu missachten. Gerade im Bereich der elektronischen Medien kann von Staatsferne keine Rede sein: Zu eng sind die Verflechtungen der CNTV mit der Regierung, Hörfrequenzen werden nach klientelistischen Prinzipien vergeben.

Herrán konstatiert:

Wie im lateinamerikanischen Kontext, so gibt es auch in Kolumbien einen großen Unterschied zwischen der Welt des Juristischen und der täglichen Realität. Dieser gilt [auch] für den Fall der Verfassungsnormen und der Gesetze über den Journalismus und die Medien und ihre wahre Anwendung in der Praxis (Herrán 1995, 97).

In der Tat werden die Bestimmungen der Verfassung vielfach nicht beachtet oder gar konterkariert: Zum einen, weil die traditionell kleine Elite des Landes die Medien zu ihren politischen und wirtschaftlichen Zwecken benutzt. Zum anderen - und diese Tendenz nimmt zu - weil sich durch den starken Konzentrationsprozess im Mediensektor neue Abhängigkeiten ergeben: durch die Einbindung der Medien in die großen Konzerne, die weite Teile der Wirtschaft und damit zunehmend auch die Politik Kolumbiens kontrollieren. So bleiben den Journalisten angesichts dieser Abhängigkeiten keine Möglichkeiten, ihre verfassungsmäßig und gesetzlich garantierten Rechte durchzusetzen. In vielen Fällen reichen die äußeren Zwänge soweit, dass sich die Journalisten in ihrer Themenwahl und -darstellung bewusst und unbewusst beschränken.

---

67 Vgl. *Inter American Press Association* 9.11.1998 und: *Reporters sans frontières: Court partially approves television law*. In: <http://www.ifex.org/alert/00002242.html>, 9.11.1998.

68 Vgl. Palomo Llorente, Ever: *El revolcón de la TV nacional*. In: *El Espectador*, 2.1.1998. *QAP* hatte sich der letzten Lizenzvergabe erst gar nicht mehr gestellt, weil die Eigentümer - darunter Gabriel García Márquez - der CNTV Parteilichkeit vorwarfen.



## 4. Die Journalisten: Beruf und Einstellungen

### 4.1 Ausbildung und Berufszugang

#### *Ley 51 und tarjeta profesional*

Die Ausbildung und Professionalisierung der Journalisten in Kolumbien ist geprägt durch ein Gesetz, das von 1975 bis 1998 Gültigkeit hatte: Das sogenannte Journalisten-Statut, das Gesetz 51. Es entstand im Zuge einer breiten Diskussion, die Ende der sechziger Jahre in vielen lateinamerikanischen Ländern über die Professionalisierung des Berufs geführt wurde. Vor allem Journalistenverbände sahen es als unabdingbar an, ihrem Beruf durch eine geregelte Ausbildung ein höheres Ansehen zu verschaffen, verbunden mit einer größeren Unabhängigkeit von den traditionellen politischen Einflussnahmen und den zunehmenden Kommerzialisierungstendenzen im Mediensektor. Diese sogenannte *colegio*-Bewegung setzte sich dafür ein, den Berufszugang an eine standardisierte Ausbildung auf Universitätsniveau zu koppeln. Trotz scharfer Proteste der von Verlegern dominierten *Sociedad Interamericana de Prensa* (SIP) fanden die Forderungen der Journalisten in mehreren Ländern ihren Niederschlag in entsprechenden Gesetzen: in Costa Rica bereits 1969, in Venezuela 1972, in Kolumbien erst 1975 (vgl. Pierce 1979, 162).

Das Gesetz 51 vom 18. Dezember 1975 und seine Ausführungsbestimmungen im Dekret 733 vom 22. April 1976 regelten, dass jeder Journalist einen Berufsausweis, die sogenannte *tarjeta profesional* besitzen mußte. Die stellte das Erziehungsministerium aus, wenn der Bewerber entweder zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes eine ausreichende Berufspraxis vorweisen konnte oder aber danach ein staatlich anerkanntes Ausbildungsprogramm an einer Universität oder Journalistenschule erfolgreich abgeschlossen hatte. Wer ohne die *tarjeta* als Journalist arbeitete, konnte mit einer Geldstrafe belegt werden. Verstöße gegen verfassungsmäßige und andere gesetzliche Bestimmungen, die den Journalismus betreffen, konnten mit dem Entzug der *tarjeta* geahndet werden (vgl. Daza Molina 1997, 84ff.). Die Entscheidung darüber sollte ein Nationaler Journalismus-Rat (*Consejo Nacional de Periodismo*) treffen - der jedoch nie eingerichtet wurde, weil die Journalistenverbände sich nicht auf die im Gesetz vorgesehene Mehrheit der Regierung in dem Gremium einlassen wollte. Vorgesehen war, vier Sitze mit Repräsentanten der Regierung zu besetzen; drei standen Vertretern der Journalistenverbände und einer den Unternehmervverbänden zu<sup>1</sup>.

Nicht nur am Beispiel des nie zustandegekommenen Journalismus-Rates wird deutlich, wie weit auch beim Gesetz 51 die Buchstaben und die Realität

---

1 Vgl. Buitrago López 1996, 148f.; López Forero/González Álvarez 1990, 114f.



auseinanderklaffen. Tatsächlich ist kein Fall bekannt geworden, in dem Journalisten dafür sanktioniert worden wären, ohne *tarjeta* gearbeitet zu haben. Eine Studie des *Círculo de Periodistas de Bogotá (CPB)* ergab 1987, dass nur rund 60 Prozent der Journalisten die *tarjeta* besaßen. Befragt wurden 436 Journalisten in neun Städten (vgl. Nieto de Ponce de León 1987, 11, 3f.). Ebenfalls 60 Prozent der Befragten gaben an, die *tarjeta* sei nicht wichtig für die Ausübung des Berufs. Dieses Ergebnis deckt sich mit Angaben in Kolumbien befragter Journalisten, die sagten, die *tarjeta* sei "auf Umwegen" und gegen Bestechungsgeld auch ohne den erforderlichen Studienabschluss zu bekommen. Begehrt sei das Dokument deshalb, weil es oft den kostenlosen oder erleichterten Eintritt zu Veranstaltungen wie Konzerten, Stierkämpfen oder Fußballspielen möglich mache. Unter diesem Vorbehalt ist auch die Statistik zu betrachten: Bis 1996 hat das Erziehungsministerium insgesamt 14.545 Ausweise ausgestellt (vgl. Gutierrez 1998, 6A) - verlässliche Aussagen über die Zahl der kolumbianischen Journalisten lassen sich daraus nicht ableiten.

In Anbetracht der undurchsichtigen Ausgabep Praxis wird auch klar, dass das Gesetz nicht von der Regierung missbraucht worden ist, um, wie in totalitären Regimen, den Berufszugang nur wohlgesonnenen Journalisten zu ermöglichen. Ein Ausnahmefall ereignete sich jedoch 1997 und löste kontroverse Diskussionen aus, die letztlich das Verfassungsgericht dazu brachten, das ganze Gesetz für ungültig zu erklären: Antanas Mockus, exzentrischer Ex-Bürgermeister von Bogotá, Mathematiker, Philosoph und ehemaliger Rektor der Nationaluniversität, hatte sich als parteiloser Kandidat für die Präsidentschaftswahlen ins Gespräch gebracht und zugleich - statt eines Wahlkampfes - als Journalist für die Fernseh-nachrichtensendung *QAP* gearbeitet (vgl. Schumacher 1997, 11). In ersten Umfragen konnte Mockus gute Sympathiewerte für sich verbuchen und ließ so das politische Establishment unruhig werden. Die Kritik an seiner journalistischen Tätigkeit ließ nicht auf sich warten - unter anderen protestierte auch der *Círculo de Periodistas de Bogotá (CPB)*. Zentrales Argument der Gegner war, dass Mockus ohne *tarjeta profesional* als Journalist tätig war. Der Umstrittene zog sich schließlich aus dem Journalismus zurück, der Streit um die *tarjeta* ging weiter<sup>2</sup>.

Am 18. März 1998 erklärte das Verfassungsgericht das Gesetz 51 für verfassungswidrig. Zentrales Argument in der Begründung war, dass die Informations- und Meinungsfreiheit als Grundrechte nicht nur wenigen, sondern allen Bürgern zustehen müssen. Das ebenfalls im Gesetz verankerte Recht auf Informantenschutz bleibe über das in Artikel 74 der Verfassung festgeschriebene Berufsgeheimnis gesichert (vgl. Corte Constitucional 1998, 3-28).

---

2 Vgl. o.A.: Debate a tarjeta periodística. In: *El Espectador* (11.7.1997).

Die Reaktionen auf dieses Urteil waren gespalten. Die Studierenden der *Comunicación Social* fürchteten, ihr Studium werde dadurch entwertet, dass nun jeder Journalist werden dürfe, und gingen dagegen auf die Straße. Der CPB erklärte ebenfalls, mit dem Urteil nicht einverstanden zu sein: Die per Verfassung vorgeschriebene soziale Verantwortung des Berufs könnten nur Journalisten mit entsprechender Ausbildung wahrnehmen. Befragte Redaktionsleiter wiederum standen der Entscheidung überwiegend positiv gegenüber und kritisierten die Studiengänge als unbrauchbar und praxisfern. Die Dachorganisation der kommunikationswissenschaftlichen Fakultäten, AFACOM (*Asociación de Facultades de Comunicación Social*), akzeptierte das Urteil nach längerer interner Diskussion, wies aber zugleich darauf hin, dass der Journalistenberuf hohe Anforderungen an ethische und fachliche Kompetenz verlange, für die ihre Studiengänge in besonderer Weise qualifizierten<sup>3</sup>.

Auch wenn das Gesetz 51 während der gut 22 Jahre seiner Gültigkeit oft umgangen wurde, hat es doch die Ausbildung für den Beruf entscheidend geprägt. Es hat zu einer Blüte der entsprechenden Studiengänge geführt, und zumindest unter den jüngeren Journalisten waren diese der Standardweg in den Beruf<sup>4</sup>.

## Universitäre Journalistenausbildung

Noch Anfang der achtziger Jahre gab es nur fünf Universitäten, die Journalisten ausbildeten - zwei in Bogotá und jeweils eine in Cali, Medellín und Barranquilla (vgl. Pierce 1982, 243). 1997 waren bereits 25 Studiengänge zugelassen, davon sieben in Bogotá. 18 der Fakultäten sind im Dachverband AFACOM zusammengeschlossen<sup>5</sup>. Die meisten der kolumbianischen Hochschulen sind privat, das spiegelt sich auch bei den kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen wider: Nur zwei werden von staatlichen Universitäten angeboten. Der Zugang zur Hochschulbildung ist also in den meisten Fällen kostenpflichtig - zwischen 500 und 2000 Dollar kostet ein Semester. Abgesehen von wenigen Stipendiaten können sich daher im allgemeinen nur Angehörige der Oberschicht oder der

---

3 Zu den Reaktionen vgl. o.A.: Se cayó la ley del periodista. In: *El Tiempo* (19.3.1998); Gómez 1998, 3A; o.A.: ¿A quiénes prefieren los medios? In: *El Tiempo* (22.3.1998), 6C; AFACOM 1998.

4 Das spiegelt sich auch in den Angaben der für diese Untersuchung befragten Journalisten. 17 von 20 haben einen Journalistik-Studiengang absolviert. Die übrigen drei waren bereits vor der Gültigkeit des Gesetzes in den Beruf eingetreten.

5 Vgl. Pereira G. 1997, 30. Die starke Zunahme der universitären Angebote zur Journalistenausbildung lag im lateinamerikanischen Trend. Reyes-Matta stellte 1992 fest: "In 1950 there were 13 social communication and journalism faculties in Latin America. In 1990 this figure had risen to 227. Two years later it is close to 250" (Reyes-Matta 1992, 82).

oberen Mittelschicht ein Studium leisten<sup>6</sup>. Untersuchungen über die soziale Herkunft der Journalisten gibt es nicht; zu vermuten ist jedoch, dass Angehörige der Unterschicht kaum vertreten sind und sich das Gros der Journalisten aus der oberen Mittelschicht rekrutiert.

1995 waren in den kommunikationswissenschaftlichen Studiengängen rund 6.500 Studierende eingeschrieben. Jedes Jahr, so schätzt AFACOM, verlassen etwa 800 die Universität mit einem Abschluss, der nach den Bestimmungen des Gesetzes 51 zur Ausübung des Journalistenberufs berechtigte. Damit liegt *Comunicación Social* nur auf Platz 18 der Beliebtheitsskala der Studiengänge<sup>7</sup>. Eine Studie von AFACOM stellte 1997 fest, dass der Frauenanteil unter den Absolventen 65,6 Prozent betrug. Gut die Hälfte der Absolventen schloss nach *Comunicación Social* ein weiteres Studium an<sup>8</sup>.

Die Studiengänge dauern zwischen 8 und 10 Semestern. Sie sind inhaltlich breit gefächert angelegt und umfassen Veranstaltungen zu Kommunikationspolitik, -ethik und -theorie ebenso wie grundlegende Einführungen in Politik, Philosophie und Soziologie. Der Schwerpunkt jedoch liegt auf praxisnahen Veranstaltungen wie journalistisches Schreiben, Radio- oder Fernsehproduktion. Im Normalfall schließt sich nach einem viersemestrigen Grundstudium eine Spezialisierung an - die Bandbreite an Angeboten macht deutlich, dass der Studiengang nicht nur auf das Berufsfeld des Journalismus abzielt, sondern weite Bereiche der Kommunikation umfasst: So gibt es Schwerpunktstudien in Organisationskommunikation, Erziehungskommunikation, Werbung und Public Relations, kultureller Kommunikation oder Entwicklungskommunikation. Eher journalistisch ausgerichtete Schwerpunkte sind zum Beispiel investigativer Journalismus, audiovisuelle Produktion, Kulturjournalismus oder Sportjournalismus. Ergänzt werden die Studien durch Pflichtpraktika (vgl. Pereira G. 1997, 30).

Charakteristisch für die Studiengänge ist der hohe Anteil von Lehrbeauftragten unter den Lehrenden<sup>9</sup>. Eine Befragung der lateinamerikanischen Dachorganisa-

---

6 Eine gewisse Ausnahme bilden Abend- und Fernstudiengänge, die speziell auf bereits berufstätige Journalisten zugeschnitten sind. Angaben über den Anteil der Studierenden an diesen Studiengängen waren nicht verfügbar.

7 Wesentlich beliebter sind wirtschafts- oder rechtswissenschaftlich orientierte Studien wie Administración de Empresas (ca. 6100 Absolventen), Contaduría Pública (5200) oder Derecho (4500). Vgl. Pereira G. 1997, 26.

8 Befragt wurden 863 Absolventen von acht Fakultäten in verschiedenen Städten, die zwischen 1989 und 1993 ihren Abschluss gemacht hatten. Vgl. o.A.: ¿En qué queda el periodismo? In: *El Tiempo* (22.3.1998), 5C.

9 In Kolumbien werden alle Lehrenden - auch in Sekundarschulen - als *profesores* bezeichnet. Einen durch Habilitation erworbenen Professoren-Titel gibt es nicht. Hier wird daher nicht von Professoren sondern von Lehrenden gesprochen.

tion der kommunikationswissenschaftlichen Fakultäten FELAFACS ergab 1996, dass in Kolumbien lediglich sechs Prozent der in *Comunicación Social* Lehrenden promoviert haben, 24 Prozent hatten einen Master-Abschluss und 70 lediglich einen normalen Studienabschluss (davon nur 11 Prozent einen in *Comunicación Social*). Die wenigsten der Lehrenden haben eine feste Stelle an der Universität, 73 Prozent werden als Lehrbeauftragte nur für wenige Stunden engagiert und finanzieren sich entweder durch einen anderen Beruf oder lehren an mehreren Universitäten. Nur jeder fünfte Lehrende konnte auch Zeit in die Forschung investieren<sup>10</sup>.

Diese fehlenden Kapazitäten, eigene Forschung zu betreiben und eigene Theorien zu entwickeln, sind (neben der räumlichen Nähe) ein Hauptgrund für den Rekurs auf die Ergebnisse und Veröffentlichungen der US-amerikanischen Journalistenausbildung und Kommunikationswissenschaft. So werden in der Universität zentrale Begriffe des US-amerikanischen Journalismus wie die Objektivitätsnorm oder das Ideal des *Investigative Reporting* präsentiert, ohne jeweils auf den komplett anderen Kontext in Kolumbien zu verweisen, in den diese nicht bruchlos implementiert werden können<sup>11</sup>.

Die universitäre Journalistenausbildung stand in Kolumbien schon seit ihren Anfängen stark in der Kritik - sowohl wegen des niedrigen akademischen Niveaus als auch wegen der unzureichenden Vorbereitung der Absolventen auf den Arbeitsmarkt. Redaktionsleiter beklagen fehlende Vermittlungs-, aber auch mangelnde Sachkompetenz. María Elvira Samper, ehemalige Direktorin von *QAP*, meint:

Die besten Journalisten, die ich kennengelernt habe, haben keinen Abschluss in Journalismus. Sie hatten eine Ausbildung in Geschichte, Jura, Philosophie, Anthropologie [...] Die gerade Graduierten sind voll von Theorien und haben keine Ahnung, wie man einen ersten Absatz schreibt. Sie können nicht redigieren, lesen nicht, kennen die Geschichte Kolumbiens nicht. Ihnen fehlt die Methode, die Strenge, die andere Disziplinen durchaus garantieren<sup>12</sup>.

Juan Gossaín, Redaktionsdirektor von *RCN Radio*, sagt:

...

---

10 Befragt wurden 836 Lehrende. Vgl. Pereira G. 1997, 31.

11 Das Verhältnis der lateinamerikanischen Kommunikationswissenschaft zur US-amerikanischen wird kontrovers diskutiert. Vgl. als Überblick Atwood 1986<sup>2</sup>, 11-27.

12 Nach einer Umfrage von *El Tiempo*. Vgl. o.A.: ¿A quienes prefieren los medios? In: *El Tiempo* (22.3.1998), 6C.

Ich glaube, dass die Fakultäten nützlich sind, sie vermitteln dem Studenten eine humanistische, ethische Ausbildung. Aber der Hauptfehler ist, dass sie keine Praxis haben. Man darf nicht weiter glauben, dass der Journalismus an einem Pult sitzend zu lernen ist. Die meisten der jungen Leute, die die Universität verlassen, kennen nicht einmal die journalistische Sprache (ebd.).

Und Jorge Lesmes, stellvertretender Redaktionsleiter von *Semana*, meint:

So, wie die Ausbildung angelegt war, haben die Fakultäten nie ein Studienpensum erreicht, das gute Journalisten für die Medien hervorbringen würde. Alle Medien haben ihre Bewerber einer Prüfung unterziehen müssen, und das ist eigentlich eine Aufgabe der Fakultäten, die in Kolumbien wirklich schlecht sind (ebd.).

Selbst Gabriel García Márquez spart nicht mit Kritik an den Journalistik-Studiengängen:

Die jungen Leute, die illusioniert aus den Akademien kommen, das Leben vor sich, scheinen von der Realität und ihren lebenswichtigen Problemen abgenabelt zu sein, und eine Gier danach, im Mittelpunkt zu stehen, überwiegt über die Berufung und die angeborenen Fähigkeiten. Und besonders über die beiden wichtigsten Voraussetzungen: die Kreativität und die Erfahrung (García Márquez 1996<sup>2</sup>).

Diese oft sehr pauschal und zum Teil widersprüchliche Kritik von Praktikern kontern die angegriffenen Fakultäten mit Verweis auf die Notwendigkeit einer ethisch fundierten Ausbildung der Journalisten, die die speziellen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen des Landes in ihrer Arbeit meistern können (vgl. AFACOM 1998, 6). Auf diesen "Mehrwert" spielt auch Gabriel Jaime Pérez an, Dekan der Fakultät für Kommunikation und Sprache der Universidad Javeriana:

Die Universität bietet nicht nur die Sachkenntnisse, die in einer Redaktion erworben werden können, sondern auch eine Ausbildung, die die Verteidigung des Kollektivs jenseits der Marktinteressen zum Ziel hat, ein Markt, der oft an Journalisten ohne diese Fähigkeit zur Reflexion interessiert ist (Gutierrez 1998).

Der Kommunikationswissenschaftler Jesús Martín Barbero wirft den Kritikern aus der Praxis vor, sie seien nur deshalb so negativ gegen seine Absolventen eingestellt, weil sie keine Redakteure haben wollten, die kritische Fragen stellen könnten:

Was sie wollen, sind Wasserträger, die wenig fragen über die Welt, über das Leben und über das Land. Je weniger sie fragen, desto besser. Ich kann keinen neutralen Journalisten ausbilden, der es versteht, ein *lead* zu schreiben, der den alten journalistischen Praktiken entspricht. [...] Wir brauchen hier auch anderes: Fachleute, die ein Minimum an Werkzeugen haben, um sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden, und die - ohne Manichäer zu sein - wissen, dass es kollektive oder private Interessen gibt, dass es im Krieg und im Frieden Interessen gibt (vgl. Barbero 1997<sup>2</sup>, 58).

Zugleich räumt aber auch Martín Barbero ein, dass sein Fach in Kolumbien eher schwach ist:

Dass die Qualität der Lehre in den Kommunikations- und Journalismus-Fakultäten ziemlich zu wünschen übrig lässt, leugnen nicht einmal die direkt daran Beteiligten. Wenn wir aber von der akademischen Qualität sprechen, so ist diese nicht schlechter als die der übrigen Fakultäten unserer Universitäten (Barbero/Rey 1997, 29).

Mit der Abschaffung der formalen Anforderung eines kommunikationswissenschaftlichen Studiums als Zulassungsvoraussetzung für den Journalistenberuf wird sich auch für die Fakultäten einiges ändern. Wer Journalist werden will, wird nicht mehr automatisch *Comunicación Social* studieren. Die kommunikationswissenschaftlichen Fakultäten stehen also nicht mehr nur untereinander in Konkurrenz sondern auch mit anderen Fachrichtungen. Ob dies zu einer Verflachung des Niveaus führt, zu einer stärkeren Praxisorientierung oder einer weitergehenden Profilierung durch Spezialisierung, ist noch nicht abzusehen. Einige Universitäten vermerkten kurz nach der Abschaffung des Gesetzes 51 bereits einen deutlichen Rückgang der Anmeldungen für ihre Studiengänge (vgl. Frias Rincón 1998, 2A).

## Arbeitsmarkt

Über den Arbeitsmarkt für Journalisten gibt es nur sehr wenig Datenmaterial. Weder die Statistik über die Zahl der ausgegebenen *tarjetas profesionales* noch die Absolventenzahlen der kommunikationswissenschaftlichen Studiengänge

können in diesem Zusammenhang aussagekräftig interpretiert werden. Journalisten klagen jedoch regelmäßig darüber, dass von den Universitäten zu viele Berufsanfänger in die Redaktionen drängen würden - und oft genug ältere Kollegen verdrängen würden, da sie auch bei geringerem Verdienst zu arbeiten bereit seien.

Zur Einkommenssituation gibt die Absolventenbefragung der AFACOM von 1997 Anhaltspunkte: 24,5 Prozent verdienten zwischen 120.000 und 360.000 Pesos (150 bis 470 Mark), 47 Prozent zwischen 360.000 und 600.000 Pesos (470 bis 780 Mark), 25 Prozent zwischen 600.000 und 800.000 Pesos (780 bis 1040 Mark)<sup>13</sup>. Nur sehr wenige lagen darüber: Fernsehmoderatoren können demnach zwischen 4.500.000 und 5.500.000 Pesos (5800 bis 7150 Mark) verdienen, Reporter bei national ausgestrahlten Programmen im Fernsehen oder Radio mit einigen Jahren Berufserfahrung lagen mit einem Einkommen zwischen 1.200.000 und 1.700.000 Pesos (1560 bis 2200 Mark) ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt. Bei den großen Zeitungen dagegen lag das Einstiegsgehalt bei 400.000 Pesos (520 Mark), ein Ressortleiter verdiente etwa 1.500.000 Pesos (1950 Mark). Zum Vergleich: Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn lag 1997 bei rund 180.000 Pesos (234 Mark)<sup>14</sup>. Ein Krankenhausarzt verdient etwa 500.000 Pesos (650 Mark), ein Rechtsanwalt kommt auf 1 bis 2 Millionen (1300 bis 2600 Mark), ein Bankangestellter bekommt etwa 600.000 Pesos (780 Mark)<sup>15</sup>.

Nicht übersehen werden darf, dass in kleinen lokalen Medien außerhalb der Großstädte die Einkommen wesentlich geringer sein können. Im Fall lokaler und regionaler Radiosender ist es übliche Praxis, die Reporter und Moderatoren nicht zu bezahlen, sondern ihnen Werbezeiten zum Verkauf zu überlassen<sup>16</sup>. Was Priess für in Lateinamerika weit verbreitete Praxis hält, gilt auch in Kolumbien:

[...] die meist schlechte Bezahlung [führt] oft zur Übernahme mehrerer Arbeitsplätze gleichzeitig, mit allen Auswirkungen auf Interessenkonflikte:

---

13 1997 entsprachen 1000 Pesos etwa 1,30 Mark. Direkte Vergleiche mit Einkommen in Deutschland sind wegen der unterschiedlichen Lebenshaltungskosten schwierig. Die angegebenen Einkommen beziehen sich auf 1997 und sind als Brutto-Werte zu verstehen. Zur Umfrage vgl. o.A.: *¿En qué queda el periodismo?*

14 Dieser gilt für offizielle Beschäftigungsverhältnisse, viele Kolumbianer haben ein geringeres Einkommen, da sie entweder arbeitslos oder im informellen Sektor tätig sind.

15 Laut Auskunft von Angehörigen dieser Berufsgruppen. Die Einkommen unterliegen jedoch im allgemeinen weiten Spannbreiten. Zudem relativiert die in Kolumbien weit verbreitete Praxis der *rebusque*, der permanenten Suche nach Nebenbeschäftigungen und Zusatzeinkünften, jegliche Statistik.

16 Aus den Leitfadengespräche mit NN3 und NN19. Die "Bezahlung" mit Werbezeiten steht in klarem Widerspruch zum Ethik-Kodex des CPB. Sie führt zu direkten Abhängigkeiten von lokalen Funktionsträgern, da in den Provinzstädten Werbegelder oft nur in öffentlichen Etats zu finden sind.



Welche Loyalitäten wirken aber, wenn jemand morgens Hörfunkjournalist, tagsüber PR-Mann bei Politik oder Privatwirtschaft und abends eventuell noch Hochschuldozent im Fach journalistische Ethik ist? (Priess 1996, 70)

Tarifverträge gibt es im Journalismus nicht, und auch redaktionsinterne Interessenvertretungen, die sich für bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen einsetzen wollen, haben es schwer - dies zeigt das Beispiel des Nachrichtensenders *Radioner*: Sieben Journalisten des Senders hatten am 17. November 1997 einen Aufruf zur Bildung einer Interessenvertretung am Schwarzen Brett der Redaktion unterzeichnet - Ziel sollte es sein, mit dem Unternehmen (das jeweils zur Hälfte dem Konzern Santo Domingo und dem Journalisten Yamid Amat gehört) in einen Dialog über die Arbeitsbedingungen zu treten. Am folgenden Tag wurden sie entlassen. Ihre Eingabe einer *tutela* vor dem Verfassungsgericht hatte jedoch Erfolg: Die obersten Richter entschieden, dass das Unternehmen die Entlassung zurücknehmen muss (Fundación para la Libertad de Prensa 1999<sup>2</sup>).

Die oligopole Medienstruktur hat direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für Journalisten. Die beiden großen Konzerne Santo Domingo und Ardila Lülle haben Absprachen getroffen, sich nicht gegenseitig die Journalisten auszuspannen. Einer der in den Leitfadengesprächen befragten Journalisten berichtet:

Mit dem Abkommen wollen sie verhindern, dass ihre Angestellten zu Medien der anderen Gruppe wechseln und dabei bessere Gehälter aushandeln. Diesen Pakt gibt es seit vielen Jahren, und so wie ich ihn verstehe, soll er wohl verhindern, dass renommierte Journalisten oder Nachrichtenpräsentatoren ihre Firmen unter Druck setzen können, um mehr Geld zu fordern. Dieser Pakt hat aber seit Jahren auch dazu gedient, Journalisten unter Druck zu setzen und ihnen berufliche Chancen zu verbauen (aus dem Leitfadengespräch mit NN5).

Dem Befragten wurde mit Verweis auf den Pakt der Wechsel auf einen lukrativeren Posten bei einem Medium der konkurrierenden Gruppe verbaut. Ein weiterer der Befragten hatte dieselbe Erfahrung gemacht, als er in umgekehrter Richtung zu einem Medium der erstgenannten Gruppe wechseln wollte. Das Thema ist heikel: Die Befragten wollten aus Angst vor beruflichen Nachteilen nur anonym oder *off the records* über diese Vorgänge berichten. Beide Journalisten gehören nicht zur obersten Hierarchieebene in ihren Redaktionen, die Absprache zwischen den Konzernen bezieht sich also nicht nur auf die Vorzeigjournalisten - und sie funktioniert offenbar deshalb, weil die Stellen mit guter Bezahlung und Renommee eben nur bei den Medien dieser beiden Gruppen zu haben sind. NN5



sagt dazu: "[...] es gibt keine Alternativen. Höchstens eine sehr viel kleinere Firma mit sehr viel weniger Gehalt und Sicherheit" (ebd.).

## 4.2 Journalistenorganisationen

### **Der *Círculo de Periodistas de Bogotá***

In Kolumbien gab es verschiedene Versuche, auf nationaler Ebene Journalistenverbände zu formieren. 1957 wurde der *Colegio Nacional de Periodistas* ins Leben gerufen, der sich als eine Art Journalistengewerkschaft verstand. 1962 gründete sich die *Asociación Colombiana de Periodistas*, die eher sozialen als berufspolitischen Charakter hatte (Medina Patiño/Oviedo Gaviria 1993, 104-107). Beide konnten jedoch nie die Außenwirkung erreichen, mit der sich der *Círculo de Periodistas de Bogotá* (CPB) etablieren konnte. Dieser Verband soll hier vorgestellt werden - auch, weil seine jüngere Entwicklung die Schwierigkeiten der kolumbianischen Journalisten illustriert, sich dauerhaft und stabil zu organisieren.

Gegründet wurde er 1946 und verstand sich bald - anders als der Name vermuten lässt - als nationaler Verband. Das Gremium nahm zu allen wichtigen Gesetzesvorhaben, die den Journalismus betrafen, Stellung. Unter anderem befürwortete es das Gesetz 51. Der wichtigste Journalistenpreis Kolumbiens wird jedes Jahr am 9. Februar, dem offiziellen Tag des Journalisten<sup>17</sup>, in verschiedenen Kategorien vom CPB vergeben. Ein zentrales Projekt des Verbandes war die Erarbeitung eines Ethik-Kodex. Einen ersten Entwurf erarbeitete eine Kommission bereits 1977. Ab 1983 wurde eine Kommission für Ethik und Verantwortung eingesetzt, die den Entwurf anhand konkreter Fälle auf seine Tauglichkeit hin überprüfte. 1990 wurde der überarbeitete Kodex von der Generalversammlung des CPB verabschiedet (vgl. Herrán/Restrepo <sup>2</sup>1995<sup>1</sup>, 322ff.). Ganz im Kontrast zur öffentlichen Wirkung des CPB steht die geringe Zahl der Mitglieder: Anfang der neunziger Jahre erreichte sie mit etwa 350 ihren Höhepunkt<sup>18</sup>.

Seit 1992 ein neuer Vorstand gewählt wurde, geriet der CPB ins Trudeln. Besonders die neue Vorsitzende Gloria Tamayo zog mit ihrem Verhalten den Zorn vieler Mitglieder auf sich. 1994 bewarb sie sich um einen Sitz im Senat - was in den Augen einiger Journalisten die politische Unabhängigkeit des Verbands preisgab. Massive Rücktrittsforderungen zog sie auch auf sich, als sie

---

17 Das Datum bezieht sich auf den 9. Februar 1791, dem ersten Erscheinungstag des *Papel Periódico de la Ciudad de Santa Fe de Bogotá*. Im Gesetz 51 wurde der Tag als *Día del Periodista Colombiano* definiert.

18 Auskunft des damaligen Vorstandsmitglieds Javier Darío Restrepo gegenüber dem Verfasser.

1996 Immobilien des CPB mit einer Hypothek belastete, ohne dafür von der Generalversammlung autorisiert gewesen zu sein. Im Dezember 1997 löste Tamayo eigenmächtig die Ethik-Kommission auf. Ihren Höhepunkt erreichte die Krise 1998: Der Verband stellte angeblich wegen Zahlungsunfähigkeit seine Arbeit ein und schloss die Büros. Versuche von Mitgliedern, die rücktrittsunwillige Vorsitzende abzuwählen, brachten keinen Erfolg<sup>19</sup>.

Die für diese Studie befragten Journalisten sehen die Krise des Verbandes selbstkritisch als symptomatisch für die Unfähigkeit der Journalisten an, ihre Interessen in einem starken Gremium zu bündeln. Ein Interviewpartner sagt:

Wie alles in Kolumbien ist auch die Journalistenvereinigung total gespalten. Das Land ist total gespalten, zersplittert, egoistisch. Und dasselbe passiert bei den Journalistengremien. Die einzige wirkliche Journalistenvereinigung, der CPB, steht vor dem Scheitern, weil die Führungspersonen aus persönlichen und ethischen Gründen kritisiert werden (aus dem Leitfadengespräch mit NN5).

Ein Redakteur von *El Espectador* meint: "Die Journalisten schaffen es einfach nicht, sich zu einigen" (aus dem Leitfadengespräch mit NN10). Andere sehen als Grund dafür die Neigung der Journalisten, sich korrumpieren zu lassen. Ein Printjournalist sagt:

Die Journalistenvereinigungen sind alle dem Klientelismus verfallen, den Interessen der großen politischen Parteien. [...] Diejenigen, die heute diese Gremien leiten, denken nur an den eigenen Geldbeutel und an die Medien, für die sie arbeiten (aus dem Leitfadengespräch mit NN14).

Carlos Sandoval meint, der CPB

[...] ist zu sehr politisiert worden. Es sind Gelder veruntreut worden. Eigentlich eine Ironie: Die Journalisten, die sowas aufdecken sollten, machen es selber. Es wäre notwendig, eine neue Vereinigung zu gründen (aus dem Leitfadengespräch mit NN11).

---

<sup>19</sup> Vgl. Sandoval/Rodríguez 1998, 8A und: o.A.: Convocada Asamblea de socios del CPB. In: *El Tiempo* (19.11.1998), 12D und: Nieto de Samper 1998, 4A.

## **Die *Fundación para la Libertad de Prensa***

Einen anderen Ansatz als der CPB verfolgt die 1996 gegründete *Fundación para la Libertad de Prensa* (Stiftung für die Freiheit der Presse). Sie will sich mit Veröffentlichungen und Seminaren einsetzen

[...] für die Pressefreiheit, den freien Zugang zu Informationsquellen, den Schutz von Leben und Unversehrtheit des Journalisten und der Ausübung seines Berufs (Fundación para la Libertad de Prensa 1996<sup>1</sup>, Art. 3).

Gegründet haben die Stiftung zwölf Journalisten, darunter Gabriel García Márquez. Der Literaturnobelpreisträger und Enrique Santos Calderón (*El Tiempo*) sind Ehrenvorsitzende, Vorsitzender ist Javier Darío Restrepo und geschäftsführender Direktor Ignacio Gómez (*El Espectador*) (vgl. Fundación de Prensa 1996<sup>2</sup>). Finanziert werden soll die Arbeit der Stiftung durch Spenden von Medienunternehmen und internationalen Nichtregierungsorganisationen.

Auch deshalb ist die Stiftung kein Berufsverband im eigentlichen Sinne, der sich zum Ziel gesetzt hat, möglichst viele Journalisten als Mitglieder zu gewinnen, um deren Interessen zu artikulieren. Sie setzt eher auf eine lockere Zusammenarbeit mit Journalisten im ganzen Land, um eine Art Netzwerk aufzubauen, das im Falle von Bedrohungen gegen Kollegen sofort reagieren kann (Fundación para la Libertad de Prensa 1998<sup>1</sup>). Die Stiftung setzt ihren Schwerpunkt damit bewusst in der Verteidigung der fundamentalen Rechte der Journalisten; als gewerkschaftsähnliche Interessenvertretung sieht sie sich nicht. Den Legitimationszusammenhang sieht die Stiftung jedoch sehr viel weiter gefasst, wie Javier Darío Restrepo deutlich macht:

Wir dürfen die Pressefreiheit nicht als eine Theorie ansehen oder als rhetorischen Gemeinplatz des 9. Februar. Auch dürfen wir sie nicht als exklusive Garantie für eine Zunft sehen, weil diese Freiheit ein Mittel ist, das Recht der ganzen Gesellschaft zu garantieren, zu informieren und sich zu informieren. Wir meinen, dass, wenn diese beeinträchtigt ist, sich dies auswirkt auf die Journalisten, aber vor allem eine zerstörerische Wirkung in der Gesellschaft hat. Diese Freiheit zu verteidigen, bedeutet daher, weit über das ausschließlich Gewerkschaftliche hinauszugehen und das Interesse der ganzen Gesellschaft zu vertreten (Restrepo 1996<sup>2</sup>).

Ein Mittel, um Aufmerksamkeit für das Anliegen zu erreichen, sieht die Stiftung in der Zusammenarbeit mit den internationalen Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Problematik der Pressefreiheit beschäftigen: *Committee to Protect*

*Journalists* (CPJ, New York), *Reporters sans frontières* (RSF, Paris) oder dem internationalen Informationsnetzwerk IFEX<sup>20</sup>. 1999 hat die Stiftung erstmals einen ausführlichen Jahresbericht (für 1998) vorgelegt, der die Fälle von Angriffen auf Journalisten, Entführungen und Morde dokumentiert (Fundación para la Libertad de Prensa 1999<sup>2</sup>). Parallel dazu hat sie ein kleines Handbuch vorgelegt, das - basierend auf einer ähnlichen Publikation von *Reporters sans frontières* - Verhaltensregeln für Journalisten in Krisensituationen gibt und Anleitung zur Dokumentation von Angriffen gegen Journalisten gibt (Fundación para la Libertad de Prensa 1999<sup>1</sup>). Darüber hinaus arbeitet die Stiftung an einer Untersuchung über alle bislang bekanntgewordenen Morde an kolumbianischen Journalisten. Kritisch untersucht werden soll dabei vor allem das Phänomen der Straflosigkeit - nach ersten Ergebnissen der Studie wurden in jedem dritten Fall nicht einmal Ermittlungen eingeleitet, zu Urteilen kam es nur in zwei von rund 130 Fällen (Fundación para la Libertad de Prensa 1998<sup>2</sup>).

### **4.3 Redaktionsorganisation: Das Fallbeispiel *El Espectador***

#### **Profil *El Espectador***

*El Espectador* ist die älteste Tageszeitung in Kolumbien: Gegründet 1887, hat sie die Entwicklung des Landes wie kein zweites Medium begleitet - relativ unabhängig und kritisch. In ihrer Ausrichtung ist sie liberal, jedoch mit einer wechselnd engen Nähe zur Liberalen Partei oder einzelner ihrer Strömungen. Noch heute ist jeden Tag auf der Titelseite das Motto abgedruckt, das Gründer Fidel Cano der Zeitung gab:

EL ESPECTADOR wird zum Wohl des Vaterlandes arbeiten mit liberaler Ausrichtung und zum Wohl der liberalen Prinzipien mit patriotischer Ausrichtung.

Anders als beim liberalen und ebenfalls national verbreiteten Konkurrenten *El Tiempo* waren die Mitglieder der Familie Cano nicht selbst in der Politik aktiv, so dass die Zeitung nicht von ihren Eigentümern als Instrument zur eigennützigen politischen Propaganda eingesetzt wurde. Gleichwohl unterstützte sie verschiedene Male Kandidaten oder Strömungen der Liberalen Partei.

Zu internationaler Bekanntheit gelangte *El Espectador* in den achtziger Jahren, als das Blatt unter seinem Direktor Guillermo Cano schonungslos die Geschäfte der "Drogenkartelle" anprangerte. Besonders das "Medellín-Kartell" um Pablo Escobar fühlte sich angegriffen. Mit Berichten über seine in den siebziger Jahren

---

20 Vgl. Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang.

begonnene kriminelle Laufbahn machte die Zeitung 1983 Escobars politische Ambitionen, die ihn immerhin stellvertretenden Kongressabgeordneten hatten werden lassen, zunichte. Der Drogenbaron erklärte der Zeitung daraufhin den Krieg (Cañón M. <sup>11</sup>1997, 105f.). 1986 erschossen zwei Killer Guillermo Cano, kurz nachdem er abends mit seinem Auto das Gelände des *Espectador* verlassen hatte - wie immer ohne Leibwächter. Insgesamt starben in diesem Jahr sechs Mitarbeiter der Zeitung durch Anschläge der Drogenmafia. 1989 zerstörte eine Bombe aus 100 Kilo Dynamit das Redaktionsgebäude in Bogotá weitgehend<sup>21</sup>. Mehrere Redakteure mußten wegen massiver Drohungen vorübergehend das Land verlassen. In Medellín konnte die Zeitung zeitweise nicht vertrieben werden, weil Escobar auf die Verkäufer Jagd machen ließ. Das Korrespondentenbüro in der Stadt mußte klandestin weiterarbeiten. In der internationalen Presse wurde *El Espectador* damals zur "mutigsten Zeitung der Welt" gekürt<sup>22</sup>. Die UNESCO benannte ihren jährlich verliehenen Preis für Pressefreiheit nach Guillermo Cano.

Die internationale Anerkennung führte jedoch nicht zu besseren Verkaufszahlen. Auch auf dem Anzeigenmarkt konnte die Zeitung nicht mit *El Tiempo* mithalten. Ende 1995 stand das Unternehmen kurz vor der Pleite - wegen der hohen Papierpreise hatten sich zehn Millionen Mark Schulden angehäuft. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, die *Comunican S.A.*, brachte vorübergehend eine Entlastung. Neben elf Familienmitgliedern der Cano-Dynastie fanden erstmals auch Nichtmitglieder der Familie Sitz und Stimme im Vorstand. Neue Druckmaschinen und ein gründlicher Relaunch sowie die Produktion einer täglichen Online-Ausgabe kosteten viel Geld, brachten aber nicht den erhofften Auflagenzuwachs. Ende 1997 entschloss sich die Familie Cano, das Unternehmen zu verkaufen. Den Zuschlag bekam der Konzern Santo Domingo (vgl. Funk 1997, 18). Die Familie Cano zog sich ganz aus Verlag und Redaktion zurück, 10 Redakteure kündigten aus Protest gegen den Verkauf.

*El Espectador* erscheint täglich in einer Auflage von 152.000 - sonntags 158.000. Etwa zwei Drittel davon werden in Bogotá vertrieben. 68.000 Exemplare gehen an Abonnenten, der Abopreis beträgt umgerechnet rund 130 Mark pro Jahr<sup>23</sup>. Der überwiegende Teil jedoch wird im Straßenverkauf abgesetzt, dort kostet die Zeitung an Wochentagen 600 Pesos (etwa 60 Pfennig), am Sonntag 1000 Pesos (etwa 1 Mark).

Dem Charakter als Straßenverkaufszeitung, die täglich um ihre Leser buhlen muss, trägt auch die Aufmachung der Titelseite Rechnung: Sie ist als eine Art Schaufenster gestaltet, das auf die Themen der Innenseiten verweisen soll. Wie

---

21 Vgl. o.A.: Kolumbiens Presse als Zielscheibe der Drogenmafia. In: *Neue Zürcher Zeitung* (30.9.1989).

22 In deutschen Medien zum Beispiel: Weck 1989 und: Stührenberg 1990, 112-128.

23 Auskunft des Verlages, Daten vom Juni 1998.

die übrigen kolumbianischen Tageszeitungen auch, widmet *El Espectador* den kommentierenden Darstellungsformen viel Platz. Seite 2 und 3 sind die "Meinungsseiten". Auf ihnen erscheint täglich das Editorial, der Leitartikel, der die Linie des Blattes wiedergeben soll und nicht namentlich gekennzeichnet ist. Daneben finden sich Kolumnen von festen oder Gastautoren.

Das erste Buch enthält die Seiten der Ressorts Politik (*Política*), Justiz (*Judicial*), Nationales (*Nacional*) und Internationales (*Internacional*). Das zweite Buch, der Wirtschaftsteil, ist zur Hervorhebung auf lachsfarbenem Papier gedruckt und wird daher redaktionsintern nur *el salmón* (der Lachs) genannt. Danach folgt der Sport, ein Teil, der Lifestyle und Kultur gewidmet ist (*Vida*) und schließlich der Lokalteil für Bogotá.

## Redaktion und Redakteure

In der Redaktion in Bogotá sind insgesamt 60 Redakteure tätig. Knapp die Hälfte sind Frauen, die in den Führungspositionen wie Ressortleiter oder Direktion zwar unterrepräsentiert sind, jedoch nicht nur, dem Klischee entsprechend, in "weichen" Ressorts arbeiten. Auffällig ist das geringe Durchschnittsalter der Redaktion: Die überwiegende Zahl der Redakteure ist zwischen 25 und 40 Jahre alt. Dies liegt auch daran, dass die Zeitung als eine Art "Sprungbrett" für junge Journalisten gilt, von dem aus sie nach einigen Jahren Berufspraxis in besser bezahlte Posten bei anderen Medien wechseln.

Eine gewisse Unzufriedenheit äußern die Redakteure über die Bezahlung und die Arbeitsbelastung. Das Einstiegsgehalt für junge Redakteure liegt bei umgerechnet etwa 500 Mark im Monat, ein Ressortleiter kommt auf etwa 2000 bis 2500 Mark - was im Vergleich zur Bezahlung bei landesweit ausgestrahlten Hörfunk- und Fernsehsendern relativ gering ist. Üblich ist eine sechstägige Arbeitswoche mit wechselweise einem freien Samstag oder Sonntag. Die tägliche Arbeitszeit liegt zwischen 8 und 10 Stunden - kann jedoch bei Ereignissen, die Aktualisierungen nach dem ersten Redaktionsschluss um 20 Uhr nötig machen, auch wesentlich länger sein. Die für eine national verbreitete und derart umfangreiche Zeitung relativ geringe Personaldecke sorgt ebenfalls für Klagen der Redakteure.

In den größten Städten des Landes unterhält die Zeitung Korrespondentenbüros, in den kleineren Städten hat sie freie Mitarbeiter. Das Netz ist damit so dicht gespannt, dass auf die Dienste der nationalen Presseagentur *Colprensa* verzichtet wird. Auslandskorrespondenten gibt es in Miami und Paris. Als internationale Agenturen hat *El Espectador* *Reuters*, *AP*, *AFP*, *EFE* und *ANSA* abonniert, daneben besteht eine Kooperation mit der spanischen Zeitung *El País*.

Die Themenzuständigkeit der neun Kernressorts sei hier kurz charakterisiert,

da sich darin auch deutlich einige typische Merkmale kolumbianischer Tageszeitungen widerspiegeln:

*Política*: Dieses Ressort beschäftigt sich mit der kolumbianischen Innenpolitik auf nationaler wie auch auf der Ebene der Departments.

*Judicial*: Dieses zentrale und mit sieben Redakteuren stark besetzte Ressort ist zuständig für die Berichterstattung über den bewaffneten Konflikt, den Drogenhandel und Gerichtsverfahren aller Art. Für das Thema der Friedensverhandlungen wurde zusätzlich ein Redakteur abgestellt, der sich vor allem um Sonderseiten kümmert.

*Nacional*: Dieses Ressort berichtet über weitere Geschehnisse in Kolumbien wie zum Beispiel Streiks oder die Arbeit der Gewerkschaften. Auch "bunte" Themen finden hier ihren Platz.

*Internacional*: Internationales hat im Vergleich zu europäischen Zeitungen einen recht geringen Stellenwert, fünf Redakteure erstellen aus Agenturmeldungen 2 bis 4 Seiten täglich. Schwerpunkte der Berichterstattung sind die lateinamerikanischen Nachbarländer und die USA.

*Diario Económico*: Der Wirtschaftsteil wird als Aushängeschild der Zeitung gesehen, über das einerseits Entscheidungsträger an das Blatt gebunden werden sollen, das aber auch dem Durchschnittsleser durch hohe Serviceanteile Nutzwert bieten soll.

*Tribuna Deportiva*: Der Sportteil berichtet vor allem über den kolumbianischen Fußball, auch der Radsport ist ein wichtiges Thema.

*Vida*: Behandelt ein breites Themenspektrum von Gesundheit, Servicethemen bis hin zu Kino und Theater, Fernsehen und Klatschnachrichten aus der High-Society.

*Bogotá Metropolitana*: Der Lokalteil versucht, über die tägliche Agenda hinaus Themen zu setzen und sich kritisch mit den drängenden Problemen der Stadt wie Verkehrschaos und Kriminalität auseinanderzusetzen.

*Periodismo Investigativo*: Das investigative Ressort fällt etwas aus dem Rahmen, weil es keine festen Seiten in der Zeitung hat, sondern je nach Thema der Recherche auf den Seiten der anderen Ressorts veröffentlicht - gekennzeichnet mit dem Logo des *PIE* (*Periodismo Investigativo de El Espectador*). Die Themen fallen vor allem in die Ressorts Wirtschaft, Justiz und Politik, seltener in die Zuständigkeit des Lokalteils. Die beiden Redakteure kümmern sich um aufwendige Recherchen, die in der Alltagsarbeit der Ressorts nicht zu leisten sind.

Die Meinungsseiten werden von der Direktion der Zeitung betreut. Die Editorials schreibt normalerweise ein Mitglied der Redaktionsleitung. Die Kolumnisten haben unterschiedlichen Status: Einige täglich erscheinende



Kolumnen werden von altgedienten Redaktionsmitgliedern erstellt<sup>24</sup>. Die meisten werden von renommierten Journalisten im Status eines freien Mitarbeiters geliefert und erscheinen wöchentlich an festen Tagen, auch einige Fachleute wie Soziologen oder Politikwissenschaftler sind feste Kolumnisten. Daneben werden zu aktuellen Themen auch Gastautoren um Beiträge gebeten. Die "normalen" Redakteure und Ressortleiter schreiben keine kommentierenden Beiträge, die Themen der Meinungsseiten werden auch nicht auf den Konferenzen mit den Ressorts besprochen.

Ignacio Gómez vom investigativen Ressort hat mit dem Verkauf der Zeitung eine Verschiebung der Entscheidungsstrukturen beobachtet:

Beim 'alten' Espectador war es freier, da gab es mehr Offenheit, zu machen, was man wollte. Es gab nicht ganz so viel Besorgnis der Hierarchie in Bezug auf das Material. Die Sorge der Ressortleiter, die Themen rechtfertigen zu müssen, hat zugenommen. Das Problem der Ressortleiter ist, dass sie lieber das publizieren, was sie für richtig halten als das, was der Journalist anbietet. Das nimmt dem Journalisten die Motivation, weil er anfängt, nur noch das zu tun, was der Ressortleiter von ihm verlangt, was nur diesen interessiert (Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang).

Gewisse Einschränkungen gibt es nach Aussagen einiger Redakteure seit dem Verkauf der Zeitung an den Konzern Santo Domingo bei Themen, die sich kritisch mit Wirtschaftsunternehmen auseinandersetzen, die zu dieser Gruppe zählen. Mehrere Journalisten äußerten den Eindruck, dass solche Themen gegenüber der Redaktionsleitung auf besondere Vorbehalte treffen, die jedoch bei sehr präzisen Recherchen überwunden werden könnten (aus dem Leitfadengespräch mit NN10). Die Meinungen über die Auswirkungen des Verkaufs der Zeitung auf die Berichterstattung sind jedoch geteilt: Einerseits konnte kein Redakteur konkrete Fälle im eigenen Zuständigkeitsbereich nennen, in denen heikle Themen nicht oder nur geschönt behandelt werden konnten (aus den Leitfadengesprächen mit NN1, NN8 und NN9). Andererseits sind sie doch entweder davon überzeugt, dass es diese Einschränkungen bereits gibt oder in Zukunft geben wird - wenn auch nicht durch direkte Anweisungen von oben. Das, so die Einschätzung der Journalisten, könne sich der Konzern Santo Domingo auch nicht erlauben, da er angekündigt habe, die Unabhängigkeit der Redaktion nicht anzutasten. NN8 sagt dazu:

---

24 Zum Beispiel die Kolumne *El hombre de la calle* von José Salgar, der schon seit mehr als einem halben Jahrhundert bei *El Espectador* arbeitet und - so die redaktionsinterne Legende - schon die ersten Texte eines jungen Reporters namens Gabriel García Márquez gnadenlos redigierte.



Seit die Zeitung an Santo Domingo verkauft worden ist, hat sich nichts geändert. Das liegt auch daran, dass die Gruppe beweisen will, dass sie die Tradition einer so wichtigen Zeitung respektiert (aus dem Leitfadengespräch mit NN8).

Krasse und offene Verstöße würden zu heftiger öffentlicher Kritik auch der konkurrierenden Medien führen. Gleichwohl haben die Journalisten offenbar internalisiert, dass es seit dem Verkauf Themen gibt, die heikel sein könnten. Ignacio Gómez meint dazu:

Ich glaube, auch hier gibt es Selbstzensur. Die Journalisten sind sich bewusst, dass sie bestimmte Themen nicht anfassen dürfen<sup>25</sup>.

Einflussnahme zugunsten einer politischen Partei oder Strömung hingegen beklagten die Redakteure nicht, sie betonten jedoch - mit einigem Stolz - die liberale Linie der Zeitung (aus dem Leitfadengespräch mit NN9). NN10 diagnostiziert: "Es fehlt auch bei den Journalisten ein Bewusstsein ihrer Unabhängigkeit" (aus dem Leitfadengespräch mit NN10). Auch wenn die Journalisten wegen der organisatorischen Trennung vom Meinungsteil der Zeitung eigentlich auf nachrichtliche Stilformen festgelegt sind, auch wenn sie selbst Ideale wie objektive und neutrale Berichterstattung für sich reklamieren, scheint doch die Realität eine andere zu sein: María Eugenia García zeigt in ihrer Studie über die Presseberichterstattung zum *Proceso 8.000*, dass *El Espectador* im Nachrichtenteil keineswegs neutral und unabhängig berichtete, auch wenn sich die Abhängigkeiten im Verlaufe des Skandals wandelten:

Obwohl einige denken, dass es mit dem *Proceso 8.000* eine Abgrenzung der Medien zur politischen Macht gegeben hat, so hat sich doch eine Abhängigkeit gegenüber den Quellen und den Themen ergeben, die es nicht erlauben, von Unabhängigkeit zu sprechen (García 1997, 40).

Diese Analyse deutet darauf hin, dass die Journalisten dazu neigen, sich auch einer umschwenkenden politischen Blattlinie in ihrer nachrichtlichen Berichterstattung anzupassen. Dies sehen sie jedoch offenbar nicht als Problem, es ist für sie mit dem Ideal der Objektivität vereinbar.

Die Redakteure versuchen, ihre Themen soweit wie möglich im persönlichen Kontakt mit den Informanten zu recherchieren. Dabei kommt der Redaktion

---

25 Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang. Ähnlich äußert sich auch NN9.

natürlich zugute, in der Hauptstadt des Landes angesiedelt zu sein. Der enge Kontakt zu offiziellen Quellen wie Behörden, Ministerien und Regierung ist so leicht möglich. Auch die meisten wichtigen Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Bogotá, so dass auch zu ihnen ein kurzer Draht besteht. Schwieriger ist der Kontakt zu Gruppen wie der Guerilla und den Paramilitärs.

Die Redakteure profitieren bei ihren Außenkontakten vom hohen Bekanntheitsgrad und Prestige der Zeitung. Durch den Verkauf der Zeitung habe sich dieses gewandelt, meint jedoch NN8:

Früher war es so: Wenn du in eine öffentliche Behörde gegangen bist, hieß es: Oh, da ist ein Journalist vom *Espectador*, Mist, was der wohl wieder recherchiert. Heute macht man dasselbe, und es heißt: Oh, da kommen die Leute von Santo Domingo. Was die wohl wollen? Das ändert die Arbeit als Journalist radikal (aus dem Leitfadengespräch mit NN8).

In Bezug auf die Journalisten, ihre Stellung und Funktion in der Redaktion lässt sich zusammenfassen: Es gibt eine klare Trennung zwischen der Produktion nachrichtlicher und kommentierender Beiträge - letztere bleibt den Mitgliedern der Redaktionsleitung und renommierten freien Kolumnisten vorbehalten. Gleichwohl deutet einiges darauf hin, dass auch die übrigen Journalisten ihre Berichterstattung an der Blattlinie ausrichten. Diese beiden Phänomene lassen sich wohl auch in den Redaktionen der meisten anderen großen Printmedien feststellen: *El Tiempo* beispielsweise schreibt in seinem Redaktionshandbuch ausdrücklich fest, dass Redakteure und Korrespondenten keine kommentierenden Kolumnen auf den Meinungsseiten schreiben dürfen (vgl. *El Tiempo* <sup>3</sup>1995, 26). Zulässig sind jedoch Nachrichtenanalysen auf den Seiten der übrigen Ressorts.

Bei *El Espectador* bedeutete der Verkauf der Zeitung einen Einschnitt in das Bewusstsein der Redakteure und damit auch in ihre Arbeit. Sie fürchten nun Einschränkungen in der Berichterstattung über die Unternehmen dieser Wirtschaftsgruppe - direkte Eingriffe hat es zwar noch nicht gegeben, jedoch räumen einige Journalisten eine vorausseilende Selbstzensur ein. Die hat ihren Ursprung nicht nur in ihrem eigenen Bewusstsein, dass die Zeitung ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verloren hat, sondern auch in einer gewissen Vorsicht, die die Redaktionsspitze gegenüber solch heiklen Themen erkennen lässt. Der Gedanke an eine Entlassung in den schwierigen Arbeitsmarkt dürfte bei den Redakteuren zusätzliche Vorsicht erwachsen lassen.

## 4.4 Angriffe auf Journalisten und Medienunternehmen

### Ausmaß der Angriffe

Journalisten in Kolumbien sehen sich massiven Drohungen, Angriffen und Mordanschlägen ausgesetzt. Über deren Anzahl und die dahinterstehenden Akteure jedoch präzise Aussagen zu treffen, ist aus verschiedenen Gründen schwierig<sup>1</sup>:

- Viele Drohungen sind subtil und werden von Journalisten entweder nicht bewusst als solche wahrgenommen oder nicht als berichtenswert eingeschätzt, da sie als alltäglich und zum Beruf dazugehörig gesehen werden.
- Es gibt krasse Unterschiede zwischen den großen Städten und den ländlichen Regionen. Angriffe und sogar Morde an Journalisten von kleinen, lokalen Medien in abgelegenen Provinzen erreichen kaum nationale Aufmerksamkeit in den großen Medien - wenn sie ihnen überhaupt bekannt werden.
- Auch die internationalen Organisationen wie RSF, CPJ und SIP können sich in ihren Dokumentationen meist nur auf die Angaben verlassen, die es bis in die Redaktionen der nationalen Medien geschafft haben. Mitarbeiter dieser Medien sind ihre Hauptinformationsquellen. Ein bedrohter kolumbianischer Provinzreporter wird sich kaum in New York oder Paris melden, um seinen Fall bekannt zu machen<sup>2</sup>. Internationale Vergleiche sind zudem immer unter dem Vorbehalt zu betrachten, den RSF so beschreibt:

It is paradoxically true that we know more about the limits of press freedom in countries where the press is free. Some countries are covered only sketchily or not at all. This is the case for Sweden and Libya, for example. Does this mean there is no difference between them? (Reporters sans Frontières 1996, 1).

---

1 Die folgenden Einordnungen gilt es zu berücksichtigen, wenn das Phänomen der Angriffe auf Journalisten quantitativ und qualitativ untersucht werden soll. Durch die Verwendung mehrerer Quellen können die Relativierungen zum Teil ausgeglichen werden. Für statistische Daten wird auf die Erhebungen von RSF, CPJ und SIP zurückgegriffen. Die qualitative Dimension wird über die Leitfadengespräche und Presseveröffentlichungen erschlossen.

2 CPJ stellt dazu in seinem Jahresbericht für 1995 fest: "Many reported murders of provincial print and radio reporters in Colombia could not be confirmed, a problem tragically typical of a country with the highest reported homicide rate in the world. Most of these murders remain not only unsolved but uninvestigated. So injured is the Colombian press to these killings - and so intimidated are many local publishers - that these cases rarely make the papers, let alone the front page" (<http://www.cpj.org>; 10.11.1998).

- In der überwiegenden Zahl der Fälle bleiben bei Drohanrufen, Drohbriefen, Angriffen und Morden die Täter im Dunkeln. Oft sind lediglich Mutmaßungen darüber möglich, wer ein Interesse daran haben könnte, bestimmte Journalisten zum Schweigen zu bringen; deutliche Beweise gibt es selten.
- Offizielle Ermittlungen der Justiz gibt es selbst bei Morden nur in einer Minderzahl der Fälle; Urteile gegen die Urheber so gut wie keine. Die *impunidad* gilt auch bei Verbrechen gegen Journalisten. Dies belegt eindrucksvoll das Ergebnis einer Anfrage des staatlichen Ombudsmannes (*Defensor del Pueblo*) bei der Generalstaatsanwaltschaft, in der um Auskunft über die Ermittlungen und Prozesse zu 97 Morden gebeten wurde, die zwischen 1977 und 1995 an Journalisten verübt wurden (vgl. Salazar Palacio 1995, 64f.). Nur in 27 Fällen konnte die Staatsanwaltschaft überhaupt auf Ermittlungsakten verweisen. 21 dieser Vorgänge waren bereits eingestellt, ohne dass es zu einer Verurteilung gekommen wäre. Insofern sind Justizstatistiken untaugliche Informationsquellen, will man die Angriffe quantifizieren und ihren Urhebern zuordnen.

RSF erstellt seit 1989 jährlich Dokumentationen über Einschränkungen der Pressefreiheit in aller Welt - und erfasst dabei auch Angriffe auf Journalisten und Medien<sup>3</sup>. Da die ersten Jahresberichte wegen der noch nicht ausgebauten Kontakte in Lateinamerika relativ beliebig ausfallen, wurde hier als erstes Analysejahr 1991 gewählt. Seit 1994 arbeitet RSF mit einem Kategorienschema (vgl. Reporters sans Frontières 1996, 1.)<sup>4</sup>, das in modifizierter Form übernommen

---

3 Die englische Version erscheint jedes Jahr als: Reporters sans Frontières: 1990-1998 Report. Aktuelle Ausgaben des Jahresberichts sind auch im Internet zu finden: <http://www.rsf.fr>. Informationen über aktuelle Geschehnisse steuert RSF auch zum IFEX-Pool bei: <http://www.ifex.org>.

4 Zur Erklärung der Kategorien: *Getötete Journalisten*: Darunter fallen die Journalisten, die wegen ihres Berufs oder wegen ihrer Meinungen ermordet worden sind; ebenso Fälle, in denen die Motive für den Mord unklar sind; nicht jedoch diejenigen, in denen die Motive offensichtlich nichts mit der journalistischen Tätigkeit des Opfers zu tun haben. Unter den für Kolumbien im Untersuchungszeitraum berichteten Fällen ist keiner, in dem der Journalist während kriegsgerichtlicher Handlungen umkam, über die er berichtete. Gesondert aufgeführt sind die Fälle, in denen eindeutige Hinweise vorliegen, dass der Journalist wegen seines Berufs ermordet wurde - in den meisten Fällen sind dies Zeugenaussagen darüber, dass er zuvor eindeutige Drohungen bekommen habe. - *Angriffe auf Journalisten*: Erfasst sind körperliche Übergriffe, die Journalisten wegen ihrer Tätigkeit erleiden mußten. Dazu zählen überlebte Mordanschläge ebenso wie Prügel durch die Armee bei Berichten über Demonstrationen. - *Entführte Journalisten*: Erfasst die Journalisten, die wegen ihres Berufs entführt wurden. Zum Teil wurden Journalisten in Gruppen entführt; die Angaben beziehen sich jedoch auf die Zahl der Personen, nicht der Vorfälle. In fast allen Fällen steckte eine Guerillabewegung hinter der Entführung; zwei gehen auf das Konto von paramilitärischen Gruppen. - *Drohungen gegen Journalisten*: Erfasst sind hier die Fälle von Drohungen gegen einzelne Journalisten - per Telefon, Brief oder persönlich. - *Attentate auf Journalisten*: Gibt die Zahl der ausgeführten Attentate auf die Gebäude und Anlagen von

wurde. Zu den Journalisten werden dabei auch Kameraleute gezählt. Die Auswertungsergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengestellt.

**Tabelle 1: Angriffe auf Journalisten und Medienunternehmen**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Getötete Journalisten	10	9	8	9	5	1	5	5
davon: wegen der journalistischen Arbeit	6	5	4	4	2	1	4	4
Angriffe auf Journalisten	1	-	-	-	3	2	2	-
Entführte Journalisten	11	5	2	1	2	3	2	8
Drohungen gegen Journalisten	2	-	-	1	7	1	-	-
Attentate auf Medienunternehmen	-	2	-	5	1	3	3	-
Drohungen gegen Medienunternehmen	-	-	-	-	1	-	3	-

Quelle: Jahresberichte von Reporters sans Frontières 1992 -1999.

Wegen der oben erwähnten Einschränkungen kann RSF das wahre Ausmaß der Drohungen nicht präzise quantifizieren. Dass es jedoch wesentlich größer ist, als die Angaben von RSF suggerieren, zeigen auch die 20 Leitfadengespräche dieser Studie: Vier Journalisten berichteten von Drohanrufen gegen sie, sechs sind persönlich bedroht worden, zwei davon mit Schusswaffen. Ebenfalls sechs gaben an, ihre Redaktion habe Drohungen erhalten. Zwei der befragten Journalisten mußten vorübergehend das Land verlassen.

In international vergleichenden Statistiken steht Kolumbien regelmäßig in der Gruppe der Länder mit den meisten Morden an Journalisten - wobei hier die oben erwähnten methodischen Schwierigkeiten ebenfalls bei der Interpretation zu berücksichtigen sind. CPJ hat eine Zehn-Jahres-Bilanz (von 1987 bis 1996) über die in seinen Archiven registrierten Morde in aller Welt vorgelegt, bei der Kolumbien an zweiter Stelle liegt (Tabelle 2).

---

Medienunternehmen an. –*Drohungen gegen Medienunternehmen*: Nennt die Zahl der Fälle, in denen Medienunternehmen mit Anschlägen gedroht wurde. Zumeist richteten sich die Drohungen gegen Redaktionen.

**Tabelle 2:** Länder mit den meisten Morden an Journalisten (1987 bis 1996)

Land	Zahl der getöteten Journalisten
Algerien	60
<b>Kolumbien</b>	<b>41</b>
Philippinen	30
Russland/Sowjetunion	29
Tadschikistan	29
Kroatien	26
Bosnien-Herzegowina	21
Türkei	20
Peru	19
Indien	17
<i>Weltweit</i>	<i>474</i>

Quelle: CPJ: 474 Journalists killed in Past 10 Years. In: <http://www.cpj.org/10yrkill.htm> (10.1.1999).

Einen präziseren Fokus auf die Ausmaße der Morde an Journalisten erlaubt eine Zusammenstellung der amerikanischen Verleger- und Journalistenvereinigung *Sociedad Interamericana de Prensa* (SIP) über die lateinamerikanischen Länder (Tabelle 3). Die Zahlen differieren im Vergleich zu den Daten von RSF und CPJ zum Teil deutlich - meist liegen sie höher. Dafür sind vor allem zwei Gründe ausschlaggebend: Da die SIP über ihre Mitglieder - überwiegend Zeitungsverlage - in fast allen amerikanischen Ländern direkteren Zugang zu den Informationen über Vorfälle gegen Journalisten hat, werden ihr oft auch Fälle bekannt, die nicht in die Schlagzeilen der nationalen Presse gelangen. Zum zweiten verlässt sich die SIP sehr auf die ihr von den Mitglieder gelieferten Angaben, ohne sie gegenzurecherchieren, und erfasst damit zum Teil auch Fälle, die andere Organisationen nicht aufgenommen haben, weil der Journalist offensichtlich nicht wegen seines Berufs umgebracht worden ist.

**Tabelle 3: Morde an Journalisten in Lateinamerika (Oktober 1988 - Oktober 1997)**

Land	Zahl der getöteten Journalisten
Kolumbien	69
Mexiko	21
Peru	18
El Salvador	17
Guatemala	17
Brasilien	13
Venezuela	5
Haiti	5
Chile	2
Ecuador	2
Argentinien	1
Paraguay	1
<i>Lateinamerika gesamt</i>	<i>171</i>

Quelle: Sociedad Interamericana de Prensa 1998, 86.

Kolumbien verzeichnete danach mit deutlichem Abstand die meisten Morde an Journalisten - gut dreimal so viele wie in Mexiko, knapp viermal so viele wie in Peru. Es folgen mit jeweils 17 Morden Guatemala und El Salvador, beide von einem langjährigen Bürgerkrieg gezeichnet. In Relation zur Einwohnerzahl liegen beide Länder mit ihrer Mordrate an Journalisten noch vor Kolumbien<sup>5</sup>.

Zusammenfassend lässt sich trotz aller methodischer Schwierigkeiten festhalten: Kolumbien zählt zu den Ländern mit den meisten Journalistenmorden - und das schon kontinuierlich über Jahre. Während in anderen Ländern die Morde vielfach in direktem Zusammenhang mit Bürgerkriegen stehen (zum Beispiel im früheren Jugoslawien, Algerien, Guatemala oder El Salvador), so ist in Kolumbien kein direkter Zusammenhang zu sehen. Kein Journalist ist bei kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien ums Leben gekommen; alle sind gezielt ermordet worden - was jedoch indirekte Zusammenhänge mit dem Bürgerkrieg in Kolumbien nicht ausschließt.

---

<sup>5</sup> Als vergleichenden Überblick zur Situation der Presse in Lateinamerika siehe: Boyd 1998, 3

## **Fallbeispiele**

Zur genaueren Einschätzung der Bedrohungslage ist es notwendig, über die Statistiken hinaus Einzelfälle zu betrachten. Dargestellt sind Ereignisse aus den Jahren 1996 bis 1998, sowie Erfahrungen der in Leitfadengesprächen befragten Journalisten. Zum Teil sind Einschätzungen über die Urheber und ihre Motive ergänzend hinzugefügt.

### **Drohanrufe**

NN17, freie Journalistin, berichtet:

Ich habe viel zum Thema Menschenrechte gemacht, das Thema scheint mich zu verfolgen. Ich bekomme dann immer Anrufe, bei denen keiner antwortet. Sie rufen mich dann zu jeder Tages- und Nachtzeit an. Ich antworte immer, und es scheint auch jemand am anderen Ende zu sein. Aber sie antworten nicht und legen auf. Aber diese Dinge zähle ich nicht zu den Bedrohungen, denn sie werden genau dazu gemacht, um die Leute zu ängstigen. Es gibt einen Spruch: Töte einen und Du terrorisierst Zehntausend. Genauso könnte gelten: Bedrohe einen und Du erschrickst fünfzig (aus dem Leitfadengespräch mit NN17).

Drohanrufe - anonym, mit fingierter Namensnennung oder unter echtem Namen - sind das wohl häufigste Mittel zur Einschüchterung von Journalisten. Dahinter können alle stecken, die daran ein Interesse haben - korrupte Politiker, Paramilitärs, Guerilla, Polizei, Geheimdienst oder auch die Armee. Letztere, so vermutet die Journalistin NN1, führen zu diesem Zweck regelrechte Datenbanken: "Die Militärs wissen alles: wer du bist, wo du wohnst, deine private Telefonnummer, deine Handynummer, alles unter Kontrolle" (aus dem Leitfadengespräch mit NN1).

### **Direkte Drohungen**

NN19, Radiojournalistin in Cartagena berichtet:

Mich hat mal ein Typ, der für die Ermittlungsbehörde der Staatsanwaltschaft arbeitete, bedroht. Er wollte, dass ich bestimmte Informationen veröffentlichen sollte. Er kam hierher (in die Redaktion, d. Verf.) und hat mit mir gesprochen und dann gesagt: Ich solle die Sache so bringen, wie sie sei. Das bedeutete: so, wie er sie mir erzählte. Er werde aufpassen, was ich veröffentliche, mich überwachen. Und dann hat er eine Pistole rausgezogen und mir unter die Nase gehalten. Ich habe ihm gesagt, dass mich das alles



nicht interessiere. Und habe dann nichts darüber veröffentlicht, das Thema einfach fallengelassen (aus dem Leitfadengespräch mit NN19).

Über einen ähnlichen Fall berichtet NN6 von *El Espectador*:

Ein öffentlicher Funktionär, der inzwischen wegen Korruption aus dem Amt geflogen ist, hat in einem Interview mit mir eine Pistole aus der Tasche gezogen und auf den Tisch gelegt. Er hat mich nicht direkt damit bedroht, aber die Pistole rausgeholt. Das sind so Verhaltensweisen, die einen verunsichern sollen (aus dem Leitfadengespräch mit NN6).

Die Urheber solcher direkter und zum Teil vor Zeugen angebrachten Drohungen sind nicht nur öffentliche Funktionäre. Auch die Guerilla und paramilitärische Gruppen praktizieren diese Form der Einschüchterung - weniger in den Großstädten, eher in den Kleinstädten ihrer Einflusszonen. Auch die "Drogenkartelle" schicken über Abgesandte "Warnungen" an kritische Journalisten.

### **Persönliche Diffamierungen**

Ignacio Gómez, Investigativjournalist von *El Espectador*, sah sich der öffentlichen Diffamierung durch einen Senator ausgesetzt, über dessen kriminelle Machenschaften er berichtet hatte:

Er hat mir erklärt, dass er seine Ehre verteidigen werde, wie er mir zu verstehen gab in der Form, dass er mich umbringen könnte. Was er dann tatsächlich gemacht hat, war, mir öffentlich vorzuwerfen, dass ich Drogen nehmen würde, und eine Klage einzureichen, die dann gescheitert ist. Zur Zeit ist der Mann wegen Drogenhandels im Gefängnis (Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang).

### **Übergriffe von Polizei und Paramilitärs**

Die Journalistin Amparo Jiménez Pallares und der Kameramann José Coronado, Korrespondenten der Nachrichtensendung *QAP* in Valledupar, wurden am 22. August 1996 von der Polizei belästigt und kurz darauf von Paramilitärs mit dem Tod bedroht<sup>6</sup>. Sie hatten auf der Hacienda Bellacruz Material über eine Landbesetzung gedreht. Die Polizei stoppte das Fahrzeug, das nicht als Pressefahrzeug gekennzeichnet war, und forderte, das Material sichten zu dürfen.

---

<sup>6</sup> Meldung von RSF im IFEX Action Alert Service: 29.8.1996, <http://www.ifex.org/alert/00000114.html>.

Die Journalisten weigerten sich und durften weiterfahren. Kurz darauf stoppte eine Gruppe Paramilitärs die beiden und nahm ihnen die Ausrüstung ab. Die Paramilitärs drohten damit, die Journalisten umzubringen. Die Passagiere eines vorbeifahrenden Busses erkannten die beiden Journalisten und riefen sie mit ihren Namen. Daraufhin ergriffen die Paramilitärs die Flucht. Amparo Jiménez Pallares arbeitete danach in der Menschenrechtsorganisation Redepaz - am 11. August 1998 wurde sie erschossen, vermutlich von rechtsgerichteten Todesschwadronen (Fundación para la libertad de prensa 1999<sup>2</sup>).

### **Übergriffe durch die Armee**

Soldaten verprügelten am 29. August 1996 den Kameramann Ricardo Vélez von der Nachrichtensendung *Colombia 12:30*, als er eine Demonstration von Kokapflanzern in der Provinz Putumayo im Süden Kolumbiens filmte<sup>7</sup>. Vélez hatte Aufnahmen von Soldaten gemacht, die *Campesinos* tödlich angriffen. Die Soldaten schlugen den Kameramann daraufhin krankenhausreif. Nach seiner Genesung wurde ihm in Bogotá mehrfach gedroht - unter anderem schickten ihm Unbekannte Kondolenzbriefe zu seiner eigenen Beerdigung. Am 6. Oktober 1997 bedrohte ein Bewaffneter den Kameramann in Bogotá auf der Straße und forderte ihn auf, das Land zu verlassen. Er hat daraufhin mit seiner Familie Kolumbien verlassen und politisches Asyl in den USA gefunden (Fundación para la libertad de prensa 1999<sup>2</sup>).

### **Entführungen durch die Guerilla**

Beispiel 1: Der Fernsehjournalist Leonel Narváez (*Noticiero NTC*) wurde gemeinsam mit einem Kameramann am 19. Juni 1998 in der Provinz Caquetá von Guerilleros der FARC entführt. Die Rebellen "verhörten" die beiden über ihren Verdacht, die Journalisten hätten der Armee Informationen gegeben, die zur Festnahme eines ihrer Kommandanten geführt hatten. Dies hatten die Militärs behauptet. Nach zwei Tagen wurden die beiden Journalisten freigelassen. Zuvor hatte die Nachrichtensendung einen Bericht bringen müssen, in dem die Darstellung der Armee dementiert wurde, sowie eine Erklärung eines FARC-Kommandanten, dass "die Journalisten, über die herausgefunden werden sollte, dass sie für die Armee arbeiten, geopfert werden" (ebd.)

Beispiel 2: Ein Journalistenpool aus drei Reportern verschiedener Fernsehnachrichtensendungen wurde zusammen mit sechs Mitarbeitern am 4. April 1998 im Süden der Provinz Bolívar von der Guerillabewegung ELN

---

7 Meldung von RSF im IFEX Action Alert Service: 30.8.1996, <http://www.ifex.org/alert/00000116.html>

entführt<sup>8</sup>. Die Journalisten wurden sechs Tage später freigelassen - sie sollten eine Pressemitteilung der Rebellen über den Tod ihres Kommandanten Manuel Pérez verbreiten.

### **Drohungen gegen Redaktionen**

Ein ehemaliger Mitarbeiter des Nachrichtensenders *Radionet* berichtete:

In *Radionet* haben wir mal Drohungen der FARC bekommen. Während dieser Zeit mußte der Sender von der Polizei geschützt werden. Einer unserer Journalisten hatte eine heftige Live-Diskussion per Telefon mit einem Guerillero und ihn dabei beleidigt. [...] Und dann kamen Drohungen gegen den ganzen Sender. Der Journalist hat sich dann mit der Guerilla getroffen und die Sache aus der Welt geschafft. Sonst wäre es vielleicht für uns gefährlich geworden. Denn die FARC macht ihre Drohungen wahr (aus dem Leitfadengespräch mit NN10).

### **Bombenattentate auf Redaktionen**

Beispiel 1: Eine Bombe zerstörte am Morgen des 22. Dezember 1996 in Bogotá die Büros der Zeitung *Voz*, dem offiziellen Organ der KP Kolumbiens<sup>9</sup>. Verletzt wurde niemand, die Unterlagen der Buchhaltung jedoch wurden komplett vernichtet. Die Redaktion hatte nach massiven Drohungen von rechtsgerichteten Gruppen mehrfach um Polizeischutz gebeten, jedoch kein Gehör gefunden (aus dem Leitfadengespräch mit NN14). Inzwischen wird die Redaktion ständig von einem Polizeibeamten bewacht.

Beispiel 2: Am 28. Dezember 1996 richtete eine Bombe am Sitz von *El Tiempo* in Medellín Sachschaden an<sup>10</sup>. Personen wurden nicht verletzt. Das Attentat wird der Drogenmafia zugeschrieben.

### **Morde**

Beispiel 1: Freddy Elles, ein freier Fotograf für *El Espectador*, *El Heraldo* und *El Universal* wurde am Morgen des 18. März 1997 in Cartagena ermordet<sup>11</sup>. Elles arbeitete nachts als Taxifahrer und wurde tot in seinem Taxi gefunden. Es hieß zunächst, er sei wahrscheinlich Opfer eines Raubüberfalls geworden. Dagegen spricht, dass er an den Händen gefesselt und geknebelt worden war. Journalisten-

---

8 Meldung der SIP im IFEX Action Alert Service: 8.4.1998, <http://www.ifex.org/alert/00002972.html>.  
Und: Fundación para la libertad de prensa 1999<sup>2</sup>.

9 Meldung der SIP im IFEX Action Alert Service: 27.12.1996, <http://www.ifex.org/alert/00001553.html>.

10 Meldung der SIP im IFEX Action Alert Service: 2.1.1997, <http://www.ifex.org/alert/00001566.html>.

11 Meldung der SIP im IFEX Action Alert Service: 19.3.1997, <http://www.ifex.org/alert/00001809.html>.

kollegen vermuten, dass er wegen Fotos, die prügelnde Polizisten zeigen, umgebracht worden ist.

Beispiel 2: Am Abend des 20. März 1997 erschossen Unbekannte Gerardo Bedoya Borrero, verantwortlicher Redakteur für die Kommentarseiten der Tageszeitung *El País* in Cali<sup>12</sup>. Bedoya hatte in seinen Kommentaren für eine Auslieferung der Drogenbosse an die USA plädiert. Kollegen, Justiz und auch internationale Organisationen gehen davon aus, dass eine Nachfolgeorganisation des "Cali-Kartells" den Mord in Auftrag gegeben hat.

Beispiel 3: Oscar García Calderon, Mitarbeiter von *El Espectador*, wurde am 22. Februar 1998 in Bogotá ermordet<sup>13</sup>. Er berichtete seit mehr als zwanzig Jahren über Stierkämpfe. García verließ die Redaktion abends gegen 20.30 Uhr in einem Taxi, kurz darauf wurde er in einem Nachbarviertel erschossen - in der Nähe der Büros der Generalstaatsanwaltschaft. Angeblich hatte García über Verbindungen der Stierkampfszene mit dem organisierten Verbrechen recherchiert und wollte an diesem Abend eine Aussage dazu machen. Eine Kollegin berichtete, García habe sie zwei Wochen vor dem Mord gebeten, einen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft herzustellen.

### **Verantwortliche der Angriffe**

Der Terror, mit dem Pablo Escobar und das "Medellín-Kartell" das Land überzogen haben, traumatisiert bis heute - Jahre nach dem Tod des Drogenbosses - den kolumbianischen Journalismus. Enrique Santos Calderón erinnert sich:

Als Journalist mußte ich in besonderer Weise das erstickende Klima der Angst und Einschüchterung erleben, dass der Narco-Terrorismus mit seinen Attentaten, Autobomben und selektiven Morden schuf. Es ist schwer zu beschreiben, wie es war, inmitten der telefonischen Drohungen, der Totenmessen und der Warnungen durch persönliche Gesandte zu arbeiten und zu schreiben<sup>14</sup>.

Die massive Welle der Gewalt durch die Drogenhändler flachte mit der Zerschlagung des "Medellín-Kartells" ab, das Einschüchterungspotential der Drogenbosse blieb jedoch erhalten. Mit gezielten Anschlägen - zum Beispiel dem Mord an Gerardo Bedoya Borrero oder dem Attentat auf *El Tiempo* in Medellín -

---

12 Meldung der SIP im IFEX Action Alert Service: 21.3.1997, <http://www.ifex.org/alert/00001808.html>.

13 Meldung von CPJ im IFEX Action Alert Service: 24.2.1998, <http://www.ifex.org/alert/00002826.html> und: Fundación para la libertad de prensa 1999<sup>2</sup>.

14 Vgl. Santos Calderón 1998, 4A. In diesem Zusammenhang sind auch die Erfahrungen des Journalisten und Buchautors Fabio Castillo interessant in: Darling 1999.

sorgen die neuen Drogenhändlerringe weiterhin regelmäßig für Schrecken unter Journalisten und Medien. Kritische Äußerungen zum *Narcotráfico* sind für viele Redaktionen tabu.

Gleichwohl schätzen die Journalisten andere Akteure heute als mindestens ebenso gefährlich ein. Vor allem die seit den achtziger Jahren erstarkten paramilitärischen Gruppen gelten als skrupellos, wenn es darum geht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Korrupte Politiker, besonders in den Provinzstädten, reagieren aggressiv auf enthüllende Veröffentlichungen - und auch die Guerilla droht unliebsamen Journalisten. Javier Darío Restrepo schätzt die Gefährdungen durch die einzelnen Akteure so ein:

Wenn wir eine Liste machen würden, dann stünden an erster Stelle die Paramilitärs, an zweiter Stelle Drogenhändler und Kriminelle, an dritter Stelle die Guerilla. Statistiken gibt es darüber aber nicht, ich spreche über meinen Eindruck, über die Fälle, die ich kenne. Aber auch aus der Philosophie dieser Gruppen kann man Schlüsse ziehen. Die Paramilitärs bedrohen auch deshalb am häufigsten, weil das Teil ihrer Philosophie ist. Dann kommen die Drogenhändler und Kriminellen. Die Guerilla droht weniger häufig - und wenn, dann vor allem öffentlichen Funktionären in ihrer Einflusszone (Leitfadengespräch mit Javier Darío Restrepo im Anhang).

Ignacio Gómez sieht andere Akteure als gefährlicher an:

Die heikelsten Themen, die Themen, die am meisten Tote verursacht haben, sind diejenigen, die mit der politischen Korruption zu tun haben. Auch von sehr kleinen Gruppen, auf lokaler Ebene (Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang).

Grundsätzlich gibt es Unterschiede zwischen den Strategien der Guerilla und der Paramilitärs, die sich auch auf ihr Verhalten gegenüber Journalisten auswirken. Die Guerilla agiert zumeist unter eigenem Namen und bekennt sich zu ihren Übergriffen. Entführungen mit dem Ziel, Aufmerksamkeit in den Medien zu erreichen und eigene Mitteilungen in die Öffentlichkeit zu bringen, sind eine klare Spezialität der Rebellengruppen. Die Paramilitärs setzen eher auf anonymen Terror, um die Interessen ihrer Auftraggeber durchzusetzen - über ihre Urheberschaft an Übergriffen und Drohungen gegen Journalisten läßt sich oft nur mutmaßen.

Die Bedrohungslage für Journalisten ist regional sehr unterschiedlich. Generell sind Journalisten in den kleinen Provinzstädten gefährdeter als in der Hauptstadt. Javier Darío Restrepo stellt fest:

Wenn man sich die Listen der ermordeten Journalisten anschaut, dann war ein Großteil Besitzer kleiner Medien in der Provinz. Auch hier in Bogotá gibt es Drohungen und Morde, jedoch nicht in den Proportionen wie in der Provinz (Leitfadengespräch mit Javier Darío Restrepo im Anhang).

Und Ignacio Gómez urteilt:

Hier in Bogotá sind wir in einem neutralen Raum. Der Journalist in den Provinzen muss sich zwischen den Fronten bewegen: Guerilla, Paramilitärs, Armee. Da sind die direkten Bedrohungen stärker als die Bedrohungen durch die politische Korruption (Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang).

## 4.5 Zensur und Selbstzensur

### Eingriffe in die Arbeit der Journalisten

Eine offizielle staatliche Zensur gibt es seit dem Ende der Nationalen Front in Kolumbien nicht mehr. Gleichwohl unternimmt die Regierung immer wieder Versuche, in die Medien einzugreifen - jedoch eher in die Strukturen als zensierend im Einzelfall. Dabei verbindet sich die auch in anderen Bereichen übliche Missachtung der gesetzlichen Normen mit der Praxis des Klientelismus und/oder dem gezielten Interesse, unliebsame Medien auszuschalten. Im Bereich der Rundfunkmedien wird die regulatorische Kompetenz nicht mit der von der Verfassung gebotenen Neutralität wahrgenommen, sondern hinter einer Fassade der Unabhängigkeit als Verteilung von Pfründen an wohlgesonnene Medienunternehmer. Deutlichstes Beispiel dafür war unter Präsident Samper die Neuregelung zur Vergabe der Fernsehlicenzen sowie die Zuteilung neuer Hörfrequenzen. Im Fall der Fernsehnachrichtensendungen wurde über die Verknüpfung der Lizenzvergabe mit einer regelmäßigen Inhaltsbewertung versucht, ein zensierendes Element einzuführen. Die deutlichen nationalen und internationalen Proteste sowie die Entscheidungen des Verfassungsgerichtes, die eine Rücknahme dieses Instruments erzwangen, zeigen, dass die Öffentlichkeit ein Bewusstsein von Pressefreiheit hat und sie zumindest bei derartigen Vorstößen der Regierung erfolgreich verteidigen kann. In die Printmedien kann die Regierung dagegen nicht derart regulierend eingreifen - über die Vergabe von Anzeigen jedoch besteht ein gewisses Druckmoment.

Zugleich ist festzuhalten, dass das klientelistische System in enger Verflechtung mit den traditionellen politischen Abhängigkeiten einer Regierung leicht Loyalitäten in gewissen Medien sichert, die ein direktes zensierendes Eingreifen überflüssig macht. Wie stabil diese Loyalitäten sind, zeigte sich im Falle des *Proceso 8.000*. Erst nach langem Zögern, und als die Beweislast gegen den Präsidenten erdrückend war, schwenkten Medien wie *El Espectador* und *El Tiempo* auf einen kritischen Kurs gegen Samper ein.

Als Zensur oder zumindest Zensurandrohung empfinden Journalisten die wiederholten Versuche, über Notstandsdekrete die Berichterstattung über den Bürgerkrieg oder die organisierte Kriminalität zu beschränken. Mit diesen Themen hängt auch der eindeutigste direkte Zensureingriff zusammen, über den die befragten Journalisten berichteten. NN5 hat ihn so erlebt:

Ich habe ein Live-Interview gemacht mit Victor Carranza, dem sogenannten 'Smaragd-Zar', der zu dieser Zeit gerade im Gefängnis des Geheimdienstes saß wegen seiner Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen. Ich hatte eine Genehmigung der Staatsanwaltschaft, um mit Carranza zu sprechen. Doch



die Polizei hat während des Interviews versucht, die Übertragung zu stören, offenbar weil Carranza eine Reihe von Vorwürfen losließ, die ihnen nicht passten. Es waren Vorwürfe gegen einige Staatsanwälte. Die haben dann sofort beim Geheimdienst angerufen, und die Polizisten versuchten, das Interview zu behindern. [...] Sie haben Radios angemacht, so dass es zu einer Rückkopplung kam und wir die Übertragung abbrechen mußten. Ich konnte dann das Interview zwar noch aufzeichnen, doch die Behinderung war ein Versuch der Zensur (aus dem Leitfadengespräch mit NN5).

Häufiger als staatliche Eingriffe in die Berichterstattung sind Hindernisse in der Informationsbeschaffung. Funktionäre öffentlicher Behörden, Polizei und vor allem die Armee blocken die Anfragen der Journalisten häufig ab oder geben mit Verweis auf Geheimschutzbestimmungen nur unzureichende Informationen. Darüber klagen viele Journalisten. NN9 zum Beispiel berichtet:

Ich habe sechs oder sieben Jahre über *orden público* berichtet. Da gibt es zwar keine Zensur, aber doch eine Art Verweigerung, Informationen zu geben. Auch wenn man den rechtlichen Weg geht, das Petitionsrecht beispielsweise nutzen will und bestimmte Informationen anfordert, dann kann es Probleme geben. Da suchen sie immer Wege, die Informationen nicht herauszugeben. Das ist uns mit Statistiken passiert, mit Geheimdienstberichten, die wir auf rechtlchem Weg eingefordert haben. Informationen, die uns von den Gesetzen, von der Verfassung her zustehen. Doch die Armee oder die Behörden suchen Entschuldigungen oder verzögern die Antwort. Oder sagen, dass es über diese oder jene Sache keine Akten gibt. Auch wenn wir wissen, dass es sie gibt<sup>1</sup>.

Die Armee soll darüber hinaus eine Art "Schwarze Liste" über die Journalisten führen, denen keine Auskünfte mehr erteilt werden dürfen (vgl. Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang).

Investigativjournalisten beklagen zudem, dass ihnen durch die zunehmende Privatisierung oder Teilprivatisierung staatlicher Unternehmen der Zugang zu Informationen abgeschnitten wird. Sie vermuten dahinter ebenfalls eine Strategie, sie in ihrer Arbeit zu beschränken. NN12 von *El Tiempo* sagt:

Schwierig ist es auch mit Einrichtungen, die halb öffentlich, halb privat sind  
- wie zum Beispiel einige Energieunternehmen. Wenn man Informationen

---

1 Aus dem Leitfadengespräch mit NN9. Ähnlich äußerten sich auch NN6, NN19, NN16 und NN12.

haben will, dann geben sie sich als privates Unternehmen und verweigern die Information. Wenn es ihnen aber darum geht, Vorteile oder Aufträge vom Staat zu bekommen, dann präsentieren sie sich als staatliche Einrichtung<sup>2</sup>.

Auch privatwirtschaftliche Unternehmen versuchen Einfluss auf die Berichterstattung zu nehmen. Besonders den großen Wirtschaftsgruppen Santo Domingo und Ardila Lülle sagen die Journalisten eine deutliche Einflussnahme auf ihre eigenen Medien nach. Andere Unternehmensgruppen nutzen die Drohung mit Werbeboykotten, um Druck auszuüben.

Innerhalb der Medienunternehmen herrscht nur sehr beschränkt innere Pressefreiheit. Zwar enthält der Ethik-Kodex des CPB (= *Círculo de Periodistas de Bogotá*) in Artikel 10 folgende Gewissensklausel:

Der Journalist hat die moralische Pflicht, seinem Gewissen entsprechend zu handeln und darf dafür nicht sanktioniert werden. Folglich dürfen die journalistischen Unternehmen für die Erfüllung dieser ethischen Notwendigkeit in der Berufsausübung keine Sanktionen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verhängen (CPB <sup>2</sup>1995, 335).

Der CPB forderte, diese Klausel in das kolumbianische Arbeitsrecht aufzunehmen und berief sich dabei auf den Artikel 18 der Verfassung, der die Gewissensfreiheit garantiert. Bis heute hatte er damit keinen Erfolg. Es herrscht die aus der traditionellen Rolle der Medien abgeleitete Praxis, dass die Eigentümer und Herausgeber die redaktionelle Linie festlegen und die Tendenz des Mediums auch auf Kosten der Journalisten durchsetzen können, zum Teil greifen sie auch in Detailentscheidungen ein. Fälle, in denen Journalisten wegen ihrer Überzeugungen entlassen worden sind, bleiben jedoch selten. Anzunehmen ist - in Übereinstimmung mit der im folgenden zu untersuchenden hohen Anpassungsfähigkeit - dass kolumbianische Journalisten diesen faktischen, jedoch nicht festgeschriebenen Tendenzschutz akzeptieren.

Quantifizieren lassen sich die Eingriffe nur schwer. Eine Umfrage des CPB aus dem Jahr 1987 kann hier Anhaltspunkte geben<sup>3</sup>. 90,4 Prozent der befragten Journalisten gaben an, sich in ihrem Beruf Pressionen ausgesetzt zu sehen. Die Studie zeigt auch, von welchen Seiten die Journalisten sich unter Druck gesetzt sehen (siehe Tabelle 4): Am häufigsten nannten sie die Werbekunden (73,4

---

2 Aus dem Leitfadengespräch mit NN12. Siehe auch Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang.

3 Befragt wurden 436 Journalisten aller Medien in neun Städten des Landes. Vgl. *Círculo de Periodistas de Bogotá* 1987, 11, 6-43.

Prozent), gefolgt von den Eigentümern der Medien (67,4 Prozent) und den Militär- und Polizeibehörden (64,9 Prozent). Der Drogenhandel und die Guerilla wurden vergleichsweise selten genannt. Die Paramilitärs waren noch nicht so stark wie heute - die größte und wichtigste damals existierende Gruppe MAS (*Muerte a secuestradores*), die im Auftrag der Drogenhändlerlinge agierte, nannten 14 Prozent der Journalisten.

**Tabelle 4:** Sektoren, die Druck auf Journalisten ausüben

<b>Sektor</b>	<b>Anteil der Journalisten, die Druck dieses Sektors beklagen (in Prozent)</b>
Werbekunden	73,4
Eigentümer der Medien	67,4
Militär- und Polizeibehörden	64,9
Politiker	54,6
zivile Behörden	52,3
Drogenhändler	42,2
Klerus	22,5
Guerilla	15,6
MAS	14
Publikum allgemein	10,6
Andere	2,5
<i>keine Pressionen, keine Angaben</i>	<i>10,1</i>

Quelle: CPB 1987, 15.

Auffällig ist, dass die Journalisten sich vom Werbesektor erheblich stärker unter Druck gesetzt fühlen als von den Konfliktparteien im Bürgerkrieg. Zwei Erklärungen könnten hier greifen: Zum einen haben die Werbekunden in sehr viel mehr Ressorts Interesse an Einflussnahme als die Guerilla oder die paramilitärischen Gruppen, die ihr Augenmerk vor allem auf die politische Berichterstattung richten. Zum anderen wurden für die Studie nur Journalisten in Städten befragt, die kaum zum Aktionsfeld der gewalttätigen Kriegsparteien gehören.

Weiter zeigt die Studie, dass junge Journalisten sich häufiger über Pressionen beklagen. In der Hierarchie höherstehende Journalisten sehen sich seltener Druck

ausgesetzt als niedriger stehende. Kolumnisten und Kommentatoren klagen im Vergleich zu Redakteuren kaum über Pressionen.

## Selbstzensur

In Anbetracht der verbreiteten und von vielen Seiten kommenden Pressionen ist es kaum erstaunlich, dass kolumbianische Journalisten ein hohes Maß an Anpassung üben - und sich dessen bewusst sind. Ulibarri und Trotti definieren diese Selbstzensur mit leicht vorwurfsvollem Unterton als

[...] einen Mechanismus der Selbstverteidigung. Der Journalist hört auf, die Ausdrucksfreiheit auszuüben um ein minderes Gut zu verteidigen, dass sich in sein Hauptziel und höheres Gut verwandelt: die persönliche Sicherheit, der Arbeitsplatz oder das Überleben (Ulibarri/Trotti 1995, 199).

In der oben zitierten Studie des CPB sagten 68 Prozent der befragten kolumbianischen Journalisten, dass sie Selbstzensur üben (vgl. ebd.). Elf Jahre später hat sich an dieser Situation offenbar kaum etwas geändert. Die Aussagen der für diese Arbeit befragten Journalisten unterstreichen die hohe Bedeutung der "Schere im Kopf" für ihren Beruf. Die Selbstbeschneidung in der Berichterstattung kann dabei unterschiedlich weit gehen.

Einige Journalisten gaben an, bestimmte Themen ganz zu meiden. Besonders die Provinzjournalisten haben sich solche Tabus gesetzt. NN19 aus Cartagena sagt:

Man hat immer sehr viel mehr Informationen, als man verbreitet. Sonst wird man halt erschossen. Was ist wichtiger: die Information oder dein Leben? Über *Narcotráfico* zum Beispiel berichte ich nicht, nie. Das ist zu gefährlich, das macht hier keiner (aus dem Leitfadengespräch mit NN19).

NN3 aus Villavicencio sieht es als unmöglich an, über die Provinzregierung kritisch zu berichten, weil diese über ihre Werbegelder wesentlich zu den Einnahmen des Senders beiträgt:

Wenn ich als Journalist nun rausfinde, dass der Gouverneur Geld verschwendet, seinen Verwandten Verträge zuschanzt - wie kann ein Journalist so etwas öffentlich machen? Das geht nicht. Und das ist in den Provinzen häufiger als in Bogotá (aus dem Leitfadengespräch mit NN3).

Gleichwohl gibt es auch dort Selbstbeschränkungen, wie NN8 von der Lokalredaktion des *Espectador* berichtet:

Wir wollten mal Kontakt aufnehmen mit der Guerilla in Sumapaz, der einzigen ländlichen Zone Bogotá. Aus Angst vor den Reaktionen der Paramilitärs haben wir das gelassen (aus dem Leitfadengespräch mit NN8).

NN12, Investigativ-Journalistin bei *El Tiempo*:

[...] es gibt Themen, die 'verboten' sind. Zur Zeit kursiert eine Geschichte über ein Geschäft, das ein Drogenkartell parallel zu dem illegalen Geschäft betreibt. Das kann man nicht anfassen, weil man weiß, dass man dann am nächsten Tag umgebracht wird (aus dem Leitfadengespräch mit NN12).

Diese Aussagen machen klar, dass die Tabus oft im Redaktions- oder zumindest Ressortkonsens verankert sind. Von einem durch die Redaktionsleitung verhängten Tabu berichtet NN17:

In *El País* in Cali hat mir der damalige Redaktionsleiter Rodrigo Lloreda gesagt: 'In *El País* wollen wir keine toten Journalisten. Also halte dich fern von den Themen Paramilitarismus und Drogenhandel' (aus dem Leitfadengespräch mit NN17).

Sehr viel verbreiteter als die Ausklammerung ganzer Themen ist die bewusst nur eingeschränkte oder "geschönte" Berichterstattung über heikle Zusammenhänge. Dies betrifft vor allem die Interessen der Medieneigentümer beziehungsweise der zum gleichen Konzern gehörenden Unternehmen. NN1 vom *Espectador* berichtet zum Beispiel:

In Kolumbien musst du immer die Interessen der Gruppe vertreten, für die du arbeitest. Es gibt Informationen, die den Interessen der Firma entgegenstehen. Die wirst du nur in abgeschwächter Form, 'geschminkt' oder gar nicht bringen (aus dem Leitfadengespräch mit NN1).

NN11 von *El Tiempo* sagt über die Wirtschaftsberichterstattung, die die ökonomischen Interessen der Zeitung berührt:

[...] ein Journalist weiß immer, in welchem Umfeld er sich bewegt. Und dementsprechend behandelt er bestimmte Themen. [...] man spricht dann mit

dem Ressortleiter und sucht vielleicht einen anderen Fokus auf das Thema, einen anderen Schwerpunkt<sup>4</sup>.

Aber auch das Thema Bürgerkrieg bringt Journalisten dazu, sich selbst zu beschränken. Journalisten, die von der Guerilla entführt worden waren, gaben in einer Befragung der Stiftung *País Libre*<sup>5</sup> an,

[...] dass sie ohne Zweifel nach der Entführung mehr nachdenken, wenn sie schreiben, vor der Kamera oder dem Mikrofon sind; dass sie jetzt vorsichtiger sind, genauer und mehrfach hinschauen, Dinge verifizieren und feststellen, aufpassen, niemanden zu verletzen, zu verleumden oder zu ärgern (Santos Calderón 1998, 78).

Diese Vorsicht gegenüber den Kriegsparteien kann sich auch in bestimmten Sprachregelungen widerspiegeln, die auf die Empfindlichkeiten besonders der Guerilla Rücksicht nehmen. NN1 vom Justizressort des *Espectador* berichtet davon, dass in Diskussionen mit Ressortleiter und Redaktionschef in bestimmten Fällen solche Begriffe vereinbart werden:

So schreiben wir nicht, dass die Guerilla *cuadrillas* hat, das sind *frentes*. Sie hat keine *cabecillas* sondern *jefes guerrilleros*. Und sie entführen nicht, sondern halten Menschen fest<sup>6</sup>.

## Strategien der Journalisten gegen Einflussnahme

Nicht in jedem Fall geben die Journalisten und Redaktionen den äußeren Zwängen nach und beschränken ihre Berichterstattung. Sie haben eine Reihe von Mechanismen entwickelt, um den Bedrohungen zu entgehen. Explizit haben die Journalisten folgende Strategien genannt, trotz des äußeren Drucks über heikle Themen veröffentlichen zu können:

- Häufig praktiziert wird die Anonymisierung der Veröffentlichung. NN12 von *El Tiempo* berichtet:

---

4 Aus dem Leitfadengespräch mit NN11. Vgl. zum Thema Selbstzensur auch das Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang.

5 *País Libre* ist eine Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Entführungsoptionen zu helfen. Ins Leben gerufen hat sie der Journalist Francisco Santos Calderón von *El Tiempo* nach seiner eigenen Entführung durch Pablo Escobar.

6 Aus dem Leitfadengespräch mit NN1. Zur Begriffserklärung: *cuadrilla* heißt "Bande", *frente* dagegen "Front". *Cabecilla* lässt sich mit "Bandenführer" übersetzen, *jefes guerrilleros* sind dagegen Guerillachefs.

Manchmal kennzeichnen wir unsere Artikel nicht mit Namen, wenn es sich um heikle Dinge handelt. Es wird also nicht der Name des einzelnen genannt, um individuelle Repressionen zu vermeiden. Statt dessen unterzeichnet die *Unidad Investigativa*, so dass das dann als Gruppenarbeit erscheint. Die Verantwortlichkeit wird so quasi aufgeteilt auf mehrere Journalisten (aus dem Leitfadengespräch mit NN12).

- Eine andere Methode ist, renommierte Kollegen die Veröffentlichung zeichnen zu lassen. NN3 sagt zu solchen Fällen, in denen es um heikle Themen geht:

Manchmal (...) geben wir das Thema einem renommierten Journalisten zur Veröffentlichung, der durch sein Ansehen einen gewissen Schutz vor Angriffen genießt (aus dem Leitfadengespräch mit NN3).

- In eine ähnliche Richtung zielt ein Ansatz, der Korrespondenten in den Provinzen schützen soll. NN5 sagt dazu:

Bei heiklen Geschichten in den Regionen können wir nicht mit den Journalisten vor Ort arbeiten, sondern schicken Leute aus Bogotá, die unabhängig sind. Denn das Problem ist: Der Journalist vor Ort muss am nächsten Tag wieder auf die Straße und begegnet dort genau den Leuten, über die er zuvor berichtet hat. Das kann tödlich sein. Klar, dass die Reporter aus Bogotá mit den Journalisten dort zusammenarbeiten, aber die Recherche erscheint halt unter dem Namen des Kollegen aus Bogotá. Dann ist der Journalist vor Ort nicht so bedroht (aus dem Leitfadengespräch mit NN5).

- Bei der Berichterstattung über den Bürgerkrieg hat sich in einigen Redaktionen eine Aufgabenaufteilung etabliert, die Konflikte mit den Kriegsparteien vermeiden soll. NN1 vom *Espectador* sagt:

Ein Journalist, der über die Streitkräfte berichtet, kann nicht gleichzeitig über die Guerilla berichten. Da gibt es eine klare Aufteilung in der Redaktion (aus dem Leitfadengespräch mit NN1).

Auf diese Weise sollen die (oft mit gefährlichen Konsequenzen verbundenen) Vorwürfe von Konfliktparteien vermieden werden, der Journalist habe durch die Verbreitung von Informationen über oder Interviews mit dem Gegner diesem propagandistische Hilfe geleistet.



- Eine Strategie, die Korruptionsversuche wie auch Drohungen und Angriffe gegen Journalisten verhindern soll, ist beim Investigativ-Ressort von *El Tiempo* üblich. NN12 berichtet, dass bei heiklen Interviews die Gesprächspartner entweder in die Redaktion gebeten werden oder die Journalisten zu zweit zum Interview gehen (aus dem Leitfadengespräch mit NN12).

Alle diese Vorgehensweisen beziehen sich auf die Konfliktfelder Bürgerkrieg, Drogenhandel oder Korruption. Gegen die Einflussnahme durch ökonomische Interessen der Werbekunden oder des Medienunternehmens gibt es keine wirksamen Umgehungsstrategien.

### **Korruption im Journalismus**

Korruption ist in lateinamerikanischen Gesellschaften ein weit verbreitetes Phänomen. Nach einer Aufstellung von Transparency International liegt Kolumbien im Vergleich zu 85 anderen Ländern in der Gruppe der zehn Länder mit der meisten Korruption<sup>7</sup>. Ähnlich schlechte Noten bekommen in Lateinamerika Ecuador, Venezuela, Honduras und Paraguay. Korrupte Praktiken können in Lateinamerika in der alten Tradition des Klientelismus gesehen werden - also als Mittel zur Durchsetzung eigener politischer Ziele, die oft eng verquickt sind mit wirtschaftlichen Interessen. In Kolumbien gilt neben der Korruption der traditionellen politischen Klasse zudem seit den siebziger Jahren der Drogenhandel mit seinen enormen Einnahmen als wesentlicher Motor der Korruption, die in nahezu allen Gesellschaftssphären eingedrungen ist.

Auch im kolumbianischen Journalismus ist Korruption anzutreffen - in unterschiedlichen Ausprägungen. Über Formen und Ausmaß können die Einschätzungen der befragten Journalisten Hinweise geben. NN6 von *El Espectador* berichtet:

Hier gibt es viel indirekte Korruption. Es gibt gewisse Verhaltensweisen und Gesten, die so verstanden werden können. Mir hat zum Beispiel mal jemand Interessierter angeboten, eine Zeitschrift mit einer meiner Recherchen herauszubringen. [...] In einer anderen Recherche haben mir interessierte Leute direkt Geld angeboten, damit ich für sie als PR-Berater arbeite. Das sind sehr begrenzte Fälle, aber es ist deutlich zu verstehen, was die Leute wollen. [...] Es gibt Journalisten, die in der Presse arbeiten und gleichzeitig Berater sind für eine Staatsfirma. Oder Journalisten, die in einer Zeitung

---

7 Transparency International stellt seinen Corruption Perceptions Index aufgrund der Einschätzungen von Geschäftsleuten auf. Vgl. <http://www.transparency.de/documents/cpi/index.html> (16.2.1999).

arbeiten und diesen Job nutzen, um für ihre eigenen Firmen zu werben, zum Beispiel Veranstalter von Foren oder Events. Oder Geschäfte mit dem Staat, um Fernsehkanäle oder Radioprogramme zu bekommen (aus dem Leitfadengespräch mit NN6).

Die undurchsichtigen Vergabepraktiken bei Fernsehsendezeiten und Hörfunkfrequenzen erregen auch bei anderen Journalisten den Korruptionsverdacht. NN3 urteilt: "Die Regierung bezahlt mit den Sendeplätzen quasi Bestechungsgeld" (aus dem Leitfadengespräch mit NN1). Ähnlich sieht es NN17:

[...] in Kolumbien nutzt die Regierung die Vergabe von Konzessionen für Hörfunk und Fernsehen, um politische Freunde zu begünstigen und die Journalisten von sich abhängig zu machen (aus dem Leitfadengespräch mit NN17).

NN5 wird konkreter:

In den letzten vier Jahren, während der Regierung Samper, ist die Situation besonders schlimm gewesen. Die Journalisten und Medien, die für Samper waren, haben vom Präsidenten Begünstigungen bekommen. Sein wichtigster Verteidiger in der Presse, der Journalist Roberto Posada alias D'Artagnan, hat eine Nachrichtensendung in *Señal Colombia* bekommen. Und wenn man sich anschaut, welche Journalisten Nachrichtensendungen leiten, die für Samper sind, dann haben die meisten von ihnen irgendwelche Beraterverträge mit der Regierung, irgendwelchen Politikern oder privaten Firmen gehabt. Das ist Bestechung. Es gibt auch Journalisten, die von den Sicherheitskräften gekauft sind oder von der Guerilla<sup>8</sup>.

Der Journalist und konservative Politiker Rodrigo Lloreda verweist darauf, dass das Phänomen Tradition hat:

Es hat immer ein bestimmtes Level an Einmischung der jeweiligen Regierungen gegeben bei der Vergabe von Frequenzen oder der Zuteilung von Fernsehnachrichtensendungen. Aber sie war niemals so offensichtlich und unmaskiert. Die Vergabe von mehr als 200 UKW-Frequenzen in einem

---

<sup>8</sup> Aus dem Leitfadengespräch mit NN5. Roberto Posada alias D'Artagnan ist Kolumnist bei *El Tiempo* und war einer der deutlichsten journalistischen Verteidiger des ehemaligen Präsidenten Samper.

Land, das mit Sendern gesättigt ist, bedeutet eine Unverantwortlichkeit, aber auch eine beschämende moralische Entführung der Journalisten, die danach streben, diesen millionenschweren Vorteil zu bekommen (Lloreda Caicedo 1997, 81).

Diese Einschätzungen der Journalisten zum Korruptionskomplex deuten darauf hin, dass die Tradition des Klientelismus im Journalismus vielfach fortwirkt, begünstigt durch die ebenso traditionelle Nähe der Medien und Journalisten zu Politikern oder politischen Strömungen. Von der Korruption durch Konzessionsvergabe sind jedoch nur wenige journalistische "Stars" betroffen, zumeist *anchormen*, Moderatoren oder renommierte Kolumnisten. Gleichwohl, und darauf weist Herrán hin, betrifft die Korruption auch die einfachen Redakteure:

Ein Reporter eines Printmediums verdient nur wenig mehr als den Mindestlohn, was ihn verwundbarer macht gegen Druck und Bestechung, was auch in der Berufsausübung im Radio und Fernsehen vorkommt. Nicht nur im Zusammenhang mit dem Sportjournalismus, wie die Listen von Zahlungen des *Narcotráfico* beweisen, sondern in Bezug auf den politischen Journalismus (Herrán 1995<sup>2</sup>, 105).

Gerade auf Provinzebene habe sich eine Mischung aus Druck und Korruption auf die Journalisten etabliert, meint Herrán:

Die Abhängigkeiten des Journalismus von seinen Finanzierungsquellen sind auch auf der Ebene des lokalen und regionalen Journalismus offenkundig, sie zwingen den Journalisten häufig, Werbung zu verkaufen, was sich wegen der Knappheit lokaler Firmen, die fast immer öffentlich sind (Lotterien oder Likörfabriken), oft in eine 'nachrichtliche Erpressung' verwandelt. Die politischen Behörden knüpfen die Werbung an eine begünstigende Behandlung (ebd., 106).

## 4.6 Berufliche Einstellungen

### Forschungskontext

Die Frage, wie Journalisten ihre Rolle und Funktion in der Gesellschaft definieren, ist nicht vom Kontext zu lösen, in dem sie arbeiten. Dazu gehört die Gesellschaftssphäre ebenso wie die rechtlichen und faktischen Rahmenbedingungen, die den Medien gesetzt sind. Besonders in internationalen Vergleichen können die Selbsteinschätzungen der kolumbianischen Journalisten nicht unabhängig von den - in vielen Punkten extremen - Rahmenbedingungen betrachtet werden, in denen sie arbeiten.

Die kolumbianische Kommunikationswissenschaft hat zwar einige wenige beschreibende und zum Teil auch erklärende Ansätze gefunden, wenn es um die Einflüsse der Gesellschaft und der Medienstrukturen geht. Berufsforschung, die sich systematisch den Journalisten selbst widmet, ist jedoch ein weißer Fleck.

Im internationalen Kontext findet sich ebenfalls nur wenig Material dazu. Ende der 60er Jahre beschäftigten sich im Zuge der Debatte um Professionalisierung und Berufszufriedenheit einige US-amerikanische Forscher mit den lateinamerikanischen Journalisten. Day konstatierte 1968, dass der lateinamerikanische Journalist eine hohe Berufszufriedenheit hat (vgl. Day 1968, 509ff.), aber:

He is, on the other hand, an individual who may compromise professional ethics for economic gain. He works at several jobs, some of them on competing media and accepts remuneration from news sources. These practices cannot help but compromise his professional standing and outlook (ebd., 515).

McLeod und Rush stellten 1969 in einem Vergleich US-amerikanischer und lateinamerikanischer Journalisten fest, dass lateinamerikanische Journalisten mit den äußeren Faktoren ihrer Arbeit - vor allem Bezahlung und Berufssicherheit - nicht zufrieden waren (vgl. McLeod/Rush 1969, 583ff.). Auffällig ist, dass eine große Mehrheit der befragten lateinamerikanischen Journalisten eine bessere Ausbildung für ihren Beruf für nötig hielten sowie eine Selbstkontrolle des Journalismus durch Berufsorganisationen für wünschenswert erachteten. Beides deckt sich mit der Debatte der *colegio*-Bewegung. Dennoch krankten diese beiden frühen Studien an der Methode und der Perspektive: die unkritische Übernahme US-amerikanischer Befragungsinstrumente und der Wahrnehmung Lateinamerikas als einer Einheit, die die gravierenden Unterschiede zwischen den Ländern des Subkontinents ignoriert.

Salwen und Garrison haben 1989 eine Studie vorgelegt, in der die Einstellungen von US-amerikanischen und lateinamerikanischen Journalisten in

Bezug auf die Pressefreiheit und die Rolle der Presse für die Entwicklung eines Landes untersucht werden (Salwen/Garrison 1989, 87ff.). Sie kamen zu dem für sie unerwarteten Ergebnis: "Both U.S. and Latin American editors believed that a press free of government pressure was desirable" (ebd., 92). Die Studie stand im Zusammenhang der Diskussion um *Development Journalism* und die Autoren waren von der Hypothese ausgegangen, dass lateinamerikanische Journalisten im Vergleich zu ihren US-amerikanischen Kollegen weniger Wert auf die Pressefreiheit legen, weil sie dieses Ideal der entwicklungspolitischen Rolle der Presse unterordnen würden. Die Studie darf wegen der geringen Datenbasis (es wurden 17 lateinamerikanische Journalisten befragt) nicht überinterpretiert werden, sie verweist jedoch auf ein grundsätzliches Problem, das außenstehende Beobachter des lateinamerikanischen Journalismus haben könnten: Wenn auch viele Belege für eine hohe Anpassungsfähigkeit oder gar Regierungshörigkeit der Journalisten vorliegen, heißt dies nicht, dass die Journalisten nicht doch das Ideal der Unabhängigkeit für wichtig halten. In Anbetracht der Pressionen oder korrumpierenden Angebote wird dieses Ideal nicht immer umgesetzt, vielleicht in der Tradition der parteinahen Presse auch unbewusst. Dies zeigt, dass Begriffe wie Unabhängigkeit - auch wenn sie in der lateinamerikanischen Journalisten-ausbildung zumeist aus dem nordamerikanischen Kontext implantiert werden - nicht ohne zusätzliche Interpretation übertragbar sind.

Präzisere Schlüsse auf die kolumbianischen Journalisten als die Salwen/Garrison-Studie erlaubt eine Untersuchung, die Ruótoló 1987 durchgeführt hat<sup>1</sup>. Er verglich die beruflichen Einstellungen von Zeitungsjournalisten in Kolumbien, Brasilien und Costa Rica. Für die kolumbianischen Journalisten stellte er einen signifikant geringeren Grad an Zustimmung zu professionellen Standards fest. Beispielhaft seien hier fünf der insgesamt 14 abgefragten Items und ihrer Zustimmung in den jeweiligen Ländern vorgestellt:

- 73 Prozent der kolumbianischen Journalisten gaben an, dass es wichtig sei, einen Beruf zu haben, der einem Prestige in der Gesellschaft verleiht (Brasilien: 27 Prozent, Costa Rica: 71 Prozent) (vgl. ebd., 13).
- 21 Prozent der kolumbianischen Journalisten gaben an, das Ideal der Objektivität für unerreichbar und daher für nicht anstrebenswert zu halten (Brasilien: 2 Prozent, Costa Rica: 6 Prozent) (vgl. ebd.).
- 31 Prozent der kolumbianischen Journalisten gaben an, ihre Berichte vor der Veröffentlichung mit der Quelle abzustimmen, wenn es die Zeit erlaubt (Brasilien: 16 Prozent, Costa Rica: 6 Prozent) (vgl. ebd.).

---

1 Ruótoló 1987, 131ff. Der Autor befragte 108 Journalisten: 51 in Brasilien, 39 in Kolumbien und 18 in Costa Rica.

- 59 Prozent der kolumbianischen Journalisten gestanden den Herausgebern die Kontrolle über die Inhalte der Zeitung zu (Brasilien: 41 Prozent, Costa Rica: 27 Prozent) (vgl. ebd., 139).
- 36 Prozent der kolumbianischen Journalisten sagten, ein Regierungsfunktionär, der Insider-Informationen herausgebe, sei in der Berichterstattung bevorzugt zu behandeln (Brasilien: 12 Prozent, Costa Rica: 22 Prozent) (vgl. ebd.).

Ruótolo kommt zu dem Ergebnis, dass kolumbianische Journalisten im Vergleich zu ihren Kollegen in Brasilien und Costa Rica die am wenigsten professionelle Einstellung zu ihrem Beruf haben:

They are highly motivated by prestige, more likely to give up objectivity, largely intertwined with government, and have low motivation to remain in journalism without increases in financial rewards (vgl. ebd., 141).

Die Ursache für dieses Profil der kolumbianischen Journalisten vermutet Ruótolo in der parteiorientierten Pressestruktur - und greift damit wohl deutlich zu kurz.

In dieser Untersuchung erfolgt die Annäherung an die Einstellungen der kolumbianischen Journalisten mit einem Befragungsinstrument, das dem in der Studie "Journalismus in Deutschland" von Weischenberg, Löffelholz und Scholl genutzten ähnlich ist<sup>2</sup>.

Das Rollenselbstverständnis ist dabei als Einstellungskonstrukt zu verstehen, das durch die berufliche Sozialisation und die gesellschaftlichen, medienstrukturellen und medieninternen Rahmenbedingungen deutlich mitbestimmt wird (vgl. Scholl/Weischenberg 1998, 161). Es hat jedoch nicht zwangsläufig handlungsleitende Auswirkung - die Rahmenbedingungen können der Verwirklichung entgegenstehen. Die tatsächliche Umsetzung der Selbstdefinition in journalistisches Handeln ließe sich durch eine Inhaltsanalyse prüfen. Hier wird jedoch hilfsweise auf die Einschätzung der Journalisten bezüglich der Realisierbarkeit zurückgegriffen, die Weischenberg, Löffelholz und Scholl als Handlungsrelevanz bezeichnen<sup>3</sup>.

---

2 In einem schriftlichen Fragebogen wurden die Journalisten um Auskunft gebeten, wie sie ihre berufliche Rolle definieren. Die Operationalisierung erfolgte dazu in Anlehnung an die Kategorien von Weischenberg, Löffelholz und Scholl, ergänzt durch zwei zusätzliche, auf die spezielle Situation Kolumbiens zielende Items. Die Zustimmung wurde differenziert in einer fünfstelligen Skala erfaßt. Vgl. dazu Scholl/Weischenberg 1998; Weischenberg/Löffelholz/Scholl 1993 u. 1994.

3 Falls die Journalisten ein Item als wichtig oder sehr wichtig bewerteten, wurden sie im gleichen Fragebogen um eine Einschätzung der Realisierbarkeit gebeten, ebenfalls mit einer fünfstufigen Skala. So ergeben sich einerseits Werte zur idealen Aufgabenselbstdefinition (in den Tabellen als "Ziel" bezeichnet), andererseits Werte zur Einschätzung der Umsetzbarkeit dieser Ideale (in den Tabellen: "Erfolg"), sowie ergänzend die Differenzen aus beiden. Derartige Differenzen zwischen

Die Anlehnung an das Untersuchungsschema Weischenbergs ist auch deshalb gewählt worden, weil auf diese Weise am ehesten internationale Vergleiche möglich sind. Ähnliche Studien wurden über Journalisten in den USA, Australien und Russland angefertigt. In der vergleichenden Perspektive ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass die abgefragten Items im jeweiligen Kulturzusammenhang eine sehr unterschiedliche Konnotation haben können<sup>4</sup>.

Es ist anzunehmen, dass das Wertesystem der kolumbianischen Journalisten anders aussieht als das ihrer europäischen oder nordamerikanischen Kollegen. Gleichwohl gibt es deutliche Penetrationen vor allem des US-amerikanischen Journalismusverständnisses in Kolumbien: Die universitäre Journalistenausbildung greift vielfach auf Materialien und Theorien aus den USA zurück. Dies kann jedoch vor dem Hintergrund der kolumbianischen Journalismustradition und der speziellen heutigen Rahmenbedingungen niemals zu einer vollständigen Adaption führen - anzunehmen ist vielmehr, dass bestimmte Schlagworte wie "Neutralität" oder "Objektivität" zwar übernommen werden, jedoch entweder mit einem anderen Inhalt gefüllt werden oder nur geringe Handlungsrelevanz erfahren<sup>5</sup>.

---

Rollenselbstverständnis und der Einschätzungen zur Realisierbarkeit bedürfen einer vorsichtigen Interpretation. Nicht in jedem Fall sind sie auf direkte oder indirekte Eingriffe in die Arbeit der Journalisten zurückzuführen. Ebenso können medienorganisatorische Faktoren dafür ausschlaggebend sein. Allein die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Ressort kann die Umsetzung idealer Berufsvorstellungen verhindern. Da die Befragung in Gegenwart des Forschers erfolgte und sich dabei in zahlreichen Fällen Diskussionen um genau diese Punkte ergaben, kann hier zur Interpretation auch auf Erkenntnisse zurückgegriffen werden, die das reine Zahlenmaterial nicht hergeben.

4 Donsbach und Klett haben dies beispielhaft für den Begriff Objektivität nachgewiesen. Journalisten in Deutschland, Italien, Großbritannien und den USA hielten Objektivität für einen wichtigen Wert, das Verständnis des Begriffs differierte aber stark - sowohl innerhalb der Länder wie auch zwischen den Ländern. Letzteres deuten Donsbach und Klett so: "[...] we found in parts quite intriguing differences indicating a more *culture- or country-specific* professional value system of the journalists" Donsbach/Klett 1993, 79 (Hervorhebung im Original).

5 Um die Ergebnisse abgleichen zu können, aber auch um Erkenntnisse über die beruflichen Einstellungen von Journalisten zu einem typisch kolumbianischen Thema zu gewinnen, wurde den Befragten ein zweiter Fragebogen vorgelegt. In zehn Items konnten die Journalisten berufliche Aufgaben im Friedensprozess und ihre Umsetzbarkeit bewerten. Dazu wurde wieder die fünfstufige Skala verwendet. Das Thema Friedensprozess wurde deshalb gewählt, weil es im Untersuchungszeitraum zu den wichtigsten auf der Agenda zählte. Zum zweiten bot es sich an, da darüber nicht nur in einem Ressort berichtet wird, sondern zumindest die Kernressorts alle mit dem Thema in Berührung kommen. Von den 20 befragten Journalisten gaben 19 an, in ihrer Arbeit mit dem Thema Friedensprozess (und seinen Auswirkungen) konfrontiert zu sein. Der Begriff Friedensprozess erlebt seit den ersten großangelegten Versuchen von Präsident Belisario Betancur, mit den Guerillabewegungen zu einem Frieden zu kommen, eine wechselnde Konjunktur. Er gilt jedoch seitdem in der Öffentlichkeit als fortlaufender Prozess, der zwar oft ins Stocken gerät oder gar Rückschläge verzeichnet. Im Befragungszeitraum November/Dezember 1998 herrschte bezüglich der Friedensmöglichkeiten eine fast euphorische Stimmung: Mit der FARC wurden direkte Gespräche vorbereitet - dazu zog das Militär aus einem Gebiet von der Größe der Schweiz ab. Mit der ELN unterhielt die Regierung Kontakte, die zu einer



In der Auswertung der schriftlichen Befragung wird zum Teil auf Rollenmuster zurückgegriffen, die andere Journalismusstudien herausgearbeitet haben. Ergänzend wird hier die Rollenwahrnehmung untersucht. Diese kann eher aktiv verstanden werden, das heißt, der Journalist ist eher initiativ tätig - beispielsweise bei der Themensuche. Eine passive Rollenwahrnehmung hingegen bedeutet eine zurückgenommene Haltung des Journalisten, der eher beobachtet und die von außen gesetzten Themen von diesem Standpunkt behandelt. Vor dem Hintergrund der geschilderten Abhängigkeiten und Druckmöglichkeiten diverser gesellschaftlicher Sektoren ist es des weiteren sinnvoll, die Rollenwahrnehmung zu differenzieren nach der Haltung, die diesen Sektoren gegenüber eingenommen wird. Denkbar ist eine eher neutrale, unparteiliche Haltung, in der der Journalist versucht, eine möglichst unabhängige Position einzunehmen - was sowohl die Vereinnahmung durch bestimmte Gruppen ausschließt wie auch die Gegnerschaft zu ihnen. Das Gegenstück wäre eine bewusst parteiergreifende Position des Journalisten für bestimmte gesellschaftliche Gruppen oder Sektoren (und die Gegnerschaft zu anderen zwangsläufig impliziert)<sup>6</sup>.

## **Berufliches Selbstverständnis**

### **Selbsteinschätzung im allgemeinen**

Die Ergebnisse der Befragung (siehe Tabelle 5) zeichnen von kolumbianischen Journalisten im Überblick folgendes Bild: Sie reklamieren für sich eine skeptische Haltung gegenüber den Handlungsträgern Regierung, Behörden, Guerilla, Paramilitärs oder Drogenhandel. Die Rolle eines aktiven Kontrolleurs findet hingegen weniger Zustimmung. Als sehr wichtig bezeichnen die Journalisten Aufgabenzuschreibungen, die für einen neutralen und aktuellen Informationsjournalismus sprechen. Deutlich geringere Zustimmung fanden die Items, die auf einen aktiven Meinungsjournalismus hindeuten, bei dem die Journalisten als Akteure ins politische Geschehen eingreifen. Eine eher aktive Rolle in der Gesellschaft schreiben sich die Journalisten hingegen zu, wenn es um Aufgaben geht, die für einen anwaltschaftlichen oder idealistischen Journalismus sprechen.

Im einzelnen betrachtet lassen die Ergebnisse differenziertere Schlüsse zu. Auffällig ist die sehr hohe Zustimmung zu den Aufgaben "Stellungnahmen und Handlungen der Regierung und der Behörden" bzw. "der illegalen Gruppen (Guerilla, Paramilitärs, Drogenhandel)". Nahezu alle Journalisten betrachteten

---

Nationalen Konvention mit den relevanten Gruppen der Gesellschaft führen sollte. Mit beiden Gruppen kommt der Dialog jedoch nur sehr zögerlich voran.

- 6 Diese Differenzierung entspricht im Grunde der von Langbucher vorgeschlagenen analytischen Trennung in die Grundrollen Mediator und Kommunikator, die freilich durchaus in Rollenkombination vorkommen. Vgl. Langenbucher 1974-1975, 256ff.

dies als sehr wichtig oder wichtig. Zugleich treten bei diesen beiden Punkten die deutlichsten Differenzen in Bezug zur Handlungsrelevanz auf. Wenn es um die illegalen Gruppen geht, ist die Kluft zwischen Anspruch und Umsetzbarkeit größer als bei der Skepsis gegenüber den offiziellen Stellen wie Regierung oder Behörden. Die relativ geringe Handlungsrelevanz erklärt sich zu einem Gutteil aus der extrem unübersichtlichen Situation im kolumbianischen Bürgerkrieg und der oft undurchschaubar agierenden Behörden, die beide ein konsequentes Gegenchecken der Informationen behindern.

**Tabelle 5:** Selbstbeschreibung der journalistischen Aufgaben und ihre Handlungsrelevanz

Rang	Aufgabe	Ziel (Mittelwert*)	Erfolg (Mittelwert*)	Differenz Ziel - Erfolg
1.	Stellungnahmen und Handlungen der Regierung und der Behörden untersuchen	1,15	2,22	-1,07
2.	Stellungnahmen und Handlungen der illegalen Gruppen untersuchen (Guerilla, Paramilitärs, Drogenhandel)	1,16	2,58	-1,42
3.	das Publikum möglichst neutral und präzise informieren	1,25	1,94	-0,69
4.	keine nichtbestätigten Informationen veröffentlichen	1,25	1,41	-0,16
5.	die Realität abbilden	1,26	2,11	-0,85
6.	komplexe Sachverhalte erklären	1,47	2,41	-0,94
7.	die Entwicklung der nationalen Politik diskutieren	1,60	2,53	-0,93
8.	positive Ideale vermitteln	1,65	1,78	-0,13
9.	sich einsetzen für die Randgruppen der Gesellschaft	1,75	2,31	-0,56
10.	intellektuelle und kulturelle Interessen des Publikums ansprechen	1,83	2,13	-0,30
11.	sich auf Nachrichten konzentrieren, die für das weitest mögliche Publikum interessant sind	1,84	1,85	-0,01
12.	neue Trends und Ideen vermitteln	1,94	2,08	-0,14
13.	"normalen" Leuten die Möglichkeit bieten, ihre Meinungen dem Publikum zu präsentieren	1,95	2,67	-0,72
14.	Politik, Wirtschaft und andere relevante Teile der Gesellschaft kontrollieren	2,05	2,53	-0,48

Rang	Aufgabe	Ziel (Mittelwert*)	Erfolg (Mittelwert*)	Differenz Ziel - Erfolg
15.	sich als Gegenpart zur Wirtschaft verstehen	2,28	2,55	-0,27
16.	Missstände kritisieren	2,39	2,09	-0,30
17.	eine ineffektive Justiz ersetzen	2,59	3,00	-0,41
18.	dem Publikum Ratschläge geben	2,63	2,78	-0,15
19.	sich als Gegenpart zu den offiziellen Behörden verstehen	2,65	1,83	0,82
20.	das Publikum so schnell wie möglich informieren	2,74	1,67	1,07
21.	die politische Tagesordnung beeinflussen	2,83	3,22	-0,39
22.	eigene Ansichten dem Publikum präsentieren	3,00	2,83	0,17
23.	dem Publikum Unterhaltung bieten	3,05	2,14	0,91

\* Skala von 1 (sehr große Zustimmung) bis 5 (sehr geringe Zustimmung); n = 20

Im Gegensatz zu den Aufgabenselbstzuschreibungen, die eine skeptische Haltung gegenüber politischen und kriminellen Handlungsträgern offenbaren, bekamen Aufgaben, die eine eher aktive Rolle des Journalisten fordern, deutlich geringere Zustimmung. Nur auf Rang 14 kam die Aufgabenbeschreibung, die der klassischen *watchdog-role* entspricht: "Politik, Wirtschaft und andere relevante Teile der Gesellschaft kontrollieren". Gleichwohl ist auch hier die Zustimmung noch hoch, wie der Mittelwert von 2,05 zeigt. Formulierungen, die den Journalisten als Gegenpart zu Behörden oder Wirtschaft definierten, fanden nochmals geringere Zustimmung. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen von Akhavan-Majid, der empirisch festgestellt hat, dass Konnotationen mit dem Aspekt von Gegnerschaft grundsätzlich geringere Zustimmung finden als positive Formulierungen der Kontrollfunktion (vgl. Akahvan-Majid 1994, 25). Die Ergebnisse der Befragung der kolumbianischen Journalisten und ihre Äußerungen beim Ausfüllen der Fragebögen zeigen, dass die Mehrheit von ihnen sowohl den Begriffen "Gegenpart" wie aber auch "kontrollieren" in den Aufgabenbeschreibungen reserviert gegenüberstehen. Das Unbehagen der Journalisten gegenüber beiden Begriffen resultiert vermutlich aus der oft geäußerten Ablehnung einer allzu aktiven Rolle in der Öffentlichkeit, einem Auftreten als politischer Akteur - worauf auch die Zustimmungsraten zu anderen Items hindeuten. Mehrere der befragten Journalisten verwiesen darauf, dass sie sich eher als neutrale Beobachter verstehen und sich nicht von irgendeiner Seite vereinnahmen lassen wollen.

Interessant ist, dass einige in diesem Zusammenhang auf die Vorwürfe verwiesen, die den Journalisten zu ihrer Berichterstattung um den *Proceso* 8.000 gemacht wurden. Im Kern ging es um genau dieses: Die Journalisten hätten ihre Kontrollfunktion eben nicht von einer unabhängigen Position wahrgenommen, sondern (zumindest zunächst) unter Rücksicht auf ihre politischen und wirtschaftlichen Bindungen - und damit die moralische Integrität zur Kritik eingebüßt. So scheint es erklärlich, dass die Journalisten der Aufgabe einer *aktiven* Kontrolle mit Abstand gegenüberstehen; sie bevorzugen die Rolle eines zurückgenommenen und daher neutralen Beobachters. Aktives Vorgehen führt schnell zum Vorwurf, sich von bestimmten Interessengruppen als Werkzeug benutzen zu lassen. Insofern wird die Kontrollfunktion von den Journalisten differenziert gesehen: Skepsis gegenüber dem Handeln und Reden anderer Handlungsträger ja, eigeninitiatives Auftreten als recherchierender Kontrolleur nur unter Vorbehalt, prinzipielle Gegenpositionen zu Wirtschaft oder Politik eher nicht. Die relativ geringere Zustimmung zur Antwortvorgabe "eine ineffektive Justiz ersetzen", die auf die besondere kolumbianische Situation zielt, unterstreicht diese Deutung ebenso wie die ebenfalls geringere Zustimmung zu "Missstände kritisieren", die ebenfalls ein aktives Auftreten der Journalisten erfordert.

Diese Interpretation wird unterstrichen durch die überdurchschnittlich hohen Zustimmungsraten für die Items, die einem neutralen Informationsjournalismus entsprechen. Auf den Rängen 3 bis 6 in der Skala der Aufgabendefinitionen mit der höchsten Zustimmung finden sich klassische Beschreibungen dieses Rollenbildes wie "das Publikum möglichst neutral und präzise informieren" oder "komplexe Sachverhalte erklären". Das dem aktuellen Informationsjournalismus zuzuordnende "das Publikum so schnell wie möglich informieren" hingegen kam nur auf Rang 20. Gründlichkeit, so sagten die Journalisten dazu, sei ihnen wichtiger als Schnelligkeit - was durchaus als Beleg für die grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber den einlaufenden Informationen auch von Interessengruppen gelten kann.

Entsprechend geringere Zustimmung finden die Aufgabendefinitionen, die einem aktiven Meinungsjournalismus entsprechen - wie "eigene Ansichten dem Publikum präsentieren" oder "die politische Tagesordnung beeinflussen". Dies ist jedoch auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass keiner der befragten Journalisten zur kleine Kaste der Meinungsjournalisten oder Kolumnisten zählte.

Eine relativ hohe Zustimmung wiederum fanden einige Items, die einer aktiven Rolle des Journalisten entsprechen - und zwar im Sinne eines idealistischen Journalismus, wie ihn auch Scholl und Weischenberg in ihrer Studie herausgearbeitet haben (vgl. Scholl/Weischenberg 1998, 167). So zum Beispiel

findet sich auf Rang 8 "positive Ideale vermitteln" oder auf Rang 9 "sich einsetzen für die Randgruppen der Gesellschaft", die typische Beschreibung für einen anwaltschaftlichen Journalismus. Diese sind durchaus durch ein aktives Auftreten des Journalisten bestimmt - jedoch im Gegensatz zur Kontrollfunktion nicht mit der Konnotation der Gegnerschaft belastet. Daneben könnte auch ein anderer Erklärungsversuch greifen, der die oben beschriebene Ablehnung einer aktiven Rolle differenziert: Die Ablehnung der aktiven Rolle gilt nur dann, wenn der Journalist aus sich heraus den klassischen Handlungsträgern wie Regierung oder Kriegsparteien als Akteur entgegentreten soll. Sie gilt jedoch weniger, wenn der Journalist sich dabei auf positive Ideale wie eine anwaltschaftliche Rolle berufen kann. Gleichwohl ist diese These hier nicht zu verifizieren, da keine ausreichenden Äußerungen der Journalisten zu diesem Punkt vorliegen. Denkbar ist daher auch, dass die neutralere Formulierung die Unterschiede in der Bewertung mitverursacht hat. Die Interpretation, dass die Journalisten sich als neutrale, eher passive Beobachter sehen, würde dadurch jedoch nicht umgeworfen, sondern inhaltlich bestärkt.

Relativ wenig Zustimmung beziehungsweise eher Ablehnung erfahren Items, die für unterhaltenden oder Servicejournalismus stehen. Auf den letzten Rang kam "dem Publikum Unterhaltung bieten" - was sich mit einer auch im Gespräch vielfach geäußerten Ablehnung der Journalisten gegen die deutlich zunehmende Unterhaltungsorientierung deckt, zur Befragungszeit paradebeispielhaft zu beobachten mit der Wahl der Schönheitskönigin, die vor allem in den Fernsehnachrichten, aber auch im Hörfunk und in den Printmedien über Wochen hinweg neben dem Friedensprozess die Agenda bestimmte.

### **Selbsteinschätzung im Friedensprozess**

Die ergänzende Befragung zur Aufgabenselbstzuschreibung im Friedensprozess bestätigt mit ihren Ergebnissen das im vorigen Abschnitt dargestellte Interpretationsmuster (siehe Tabelle 6). Für sehr wichtig hielten die meisten Journalisten es, über den Friedensprozess "so objektiv und neutral wie möglich zu informieren". Dieses Item, das für eine neutrale Rolle des Journalisten steht, kam auf Rang 1. Nur wenig geringere Zustimmung fanden zwei Definitionen, die für einen anwaltschaftlichen und idealistischen Ansatz stehen: "die betroffene Zivilbevölkerung verteidigen" und "friedliche Alternativen fördern". Der skeptische, aber neutrale Standpunkt - repräsentiert durch die Aufgabe "die Urheber kriegesischer Aktionen recherchieren" - fand ebenfalls überdurchschnittliche Zustimmung. Hingegen fanden durchweg alle drei Items, die den Aspekt der Gegnerschaft zu Beteiligten im Bürgerkrieg zumindest andeuten, mit einigem Abstand geringere Zustimmung: Kritik zu üben an Paramilitärs, Guerilla oder

Regierung und Behörden ist für die Journalisten weniger wichtig - diese Aufgabenbeschreibungen finden sich mit geringem Abstand zueinander auf Rang 6 bis 8. Das für eine aktive Rolle der Journalisten sprechende "eigene Ideen vorschlagen" fand nur wenig Zustimmung und kam auf Rang 9.

**Tabelle 6:** Selbstbeschreibung der journalistischen Aufgaben im Friedensprozess und ihre Handlungsrelevanz

<b>Rang</b>	<b>Aufgabe</b>	<b>Ziel (Mittelwert*)</b>	<b>Erfolg (Mittelwert*)</b>	<b>Differenz Ziel - Erfolg</b>
1.	so objektiv und neutral wie möglich informieren	1,11	1,84	-0,73
2.	die betroffene Zivilbevölkerung verteidigen	1,26	2,11	-0,85
3.	friedliche Alternativen fördern	1,37	2,00	-0,63
4.	den Beteiligten ein Diskussionsforum bieten	1,61	3,00	-1,39
5.	die Urheber kriegerischer Aktionen recherchieren	1,68	2,80	-1,12
6.	die Paramilitärs kritisieren	2,11	2,30	-0,19
7.	die Guerilla kritisieren	2,17	2,44	-0,27
8.	die Regierung und die Behörden kritisieren	2,21	2,33	-0,12
9.	eigene Ideen vorschlagen	2,74	2,56	0,18
10.	die Erklärungen der Beteiligten veröffentlichen	2,94	1,67	1,27

\* Skala von 1 (sehr große Zustimmung) bis 5 (sehr geringe Zustimmung); n = 20

Die unterschiedliche Zustimmung zu den Items "den Beteiligten ein Diskussionsforum bieten" (Rang 4) und "die Erklärungen der Beteiligten veröffentlichen" (Rang 10) ist nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Erstgenannte Formulierung impliziert eine aktive, aber skeptische Haltung der Journalisten, der die mediale Diskussion quasi "moderiert" und dafür sorgt, dass alle Beteiligte zu Wort kommen. Dagegen bedeutet die schlichte Veröffentlichung der Erklärungen der Beteiligten eine passive, unkritische Haltung des Journalisten - die eben, da die Erklärungen ja nicht vergleichend präsentiert werden, auch als Parteinahme gewertet werden kann. Die Vorbehalte der Journalisten vor dieser Aufgabendefinition wird auch vor dem Hintergrund der "Guerilla-Dekrete" deutlich.

Die Umsetzbarkeit ihrer beruflichen Aufgabenzuschreibung im Friedensprozess bewerten die Journalisten eher skeptisch. Die deutlichsten Differenzen ergeben sich beim Item "den Beteiligten ein Diskussionsforum bieten". Die ergänzenden

Angaben der Journalisten lassen auf unterschiedliche Ursachen für diese Einschätzung schließen: Zum einen wurde beklagt, dass der kolumbianische Journalismus sich die Agenda von außen, von den reinen Ereignissen setzen lasse (aus dem Leitfadengespräch mit NN20). Für Hintergrund-Berichterstattung - und dazu kann man die Idee des Diskussionsforums zählen - bleibe kein Raum. Zum anderen sagten Journalisten auch in den Leitfadengesprächen, wie schwierig es die Bürgerkriegssituation macht, journalistische Standards in der Berichterstattung darüber zu erfüllen. Neben dem Bedrohungspotential ist es vor allem die Unmöglichkeit, die Angaben der beteiligten Akteure zu überprüfen und als Propaganda zu entlarven. NN6 vom *Espectador* stellt fest, dass die Informationen von den Beteiligten des Bürgerkriegs

[...] gefiltert und manipuliert [werden], und der Journalist wird eine Sache nie komplett und mit letzter Sicherheit berichten können. Man kann vielleicht den historischen Überblick haben, analysieren, was der Konflikt bedeutet. Aber niemals wird man wissen, was die Paramilitärs, die Guerilla und die Militärs wirklich denken (aus dem Leitfadengespräch mit NN6).

NN13 aus Cartagena beschreibt, wie nach seiner Beobachtung mit dem Problem umgegangen wird:

Wenn man über die öffentliche Ordnung berichtet, dann beschränkt man sich zumeist auf die Informationen offizieller Stellen. Es ist sehr schwierig, gründliche Recherchen nach allen Seiten zu machen (aus dem Leitfadengespräch mit NN13).

Die Fernsehjournalistin NN20 stellt zu Erklärungen der Guerilla fest: "Insgesamt gibt es nur sehr wenig Möglichkeiten, Informationen zu überprüfen, vor allem, wenn es um den bewaffneten Kampf geht" (aus dem Leitfadengespräch mit NN20). Ignacio Gómez meint zu den Beschränkungen der Berichterstattung über Frieden und Krieg:

Der Friedensprozess ist kein Problem, darüber geben alle Beteiligte gerne Auskunft. Das gehört zu ihrer Propaganda. Das Problem ist der Krieg. Da versuchen viele, Informationen zu verbergen. Und die Journalisten berichten oft nur über eine Seite. Da gibt es ein Ungleichgewicht. Es wird zu oft nur auf offizielle Quellen zurückgegriffen. Oder aus Angst vor den Reaktionen irgendeiner Seite werden Informationen unterdrückt. Es ist in der Tat ein überaus großes Problem, objektive und ausgewogene Informationen zu



bekommen. Und es ist sehr schwierig und gefährlich, in die Konfliktzonen zu gehen, um selbst zu sehen, was passiert ist<sup>7</sup>.

Diese Äußerungen der Journalisten können auch als Begründung herangezogen werden, wenn die im Vergleich zum hohen Anspruch gering bewertete Umsetzbarkeit bei verschiedenen anderen Aufgabenbeschreibungen erklärt werden sollen. "Die Urheber kriegesischer Aktionen zu recherchieren" können viele Journalisten nach eigener Einschätzung nicht so, wie sie es sich vorstellen. Objektiv und neutral zu informieren ist vor dem Hintergrund des Krieges ebenso schwierig wie "die betroffene Zivilbevölkerung verteidigen".

## **Internationaler Vergleich**

Die oben erwähnten begrifflichen Schwierigkeiten sowie die methodischen Unterschiede bei der Durchführung der Studien<sup>8</sup> in den verschiedenen Ländern gebieten eine überaus vorsichtige Interpretation der Daten, die in Tabelle 7 zusammengestellt sind. Die vergleichenden Aussagen sollen hier nur als erste Annäherung verstanden werden.

Auffällig sind die in allen Ländern hohen Zustimmungswerte für typische Merkmale des Informationsjournalismus. Die Rolle des neutralen Vermittlers, der dem Publikum nur überprüfte Nachrichten bieten will, ihm aber auch komplexe Sachverhalte erklären will, zählt in allen Ländern zu den wichtigsten Berufsrollen. Mit ihrer nur geringen Zustimmung zur Aufgabe, das Publikum so schnell wie möglich zu informieren, fallen die kolumbianischen Journalisten jedoch aus dem Rahmen - die Vorbehalte gegenüber diesem Item ergeben sich vermutlich, wie oben bereits dargestellt, aus der offenkundig für sie implizierten Konnotation "schnell = nicht gründlich".

---

7 Leitfadengespräch mit Ignacio Gómez im Anhang.

8 Vgl. die Anmerkung zu Tabelle 7 und: Scholl/Weischenberg 1998, 215ff.

**Tabelle 7:** Beschreibung journalistischer Aufgaben als sehr wichtig (internationaler Vergleich)

Aufgabe	Kolumbien n = 20	Deutschland n = 1192	USA n = 1156	Australien n = 1068	Rußland n = 1000
Aussagen und Stellungnahmen der Regierung recherchieren	85	13	67	81	37
Nachrichten nicht bringen, deren faktischer Inhalt nicht bestätigt ist	85	36	49	45	49
komplexe Sachverhalte erklären und vermitteln	60	38	48	71	43
nationale Politik diskutieren, die noch in Entwicklung ist	50	8	39	56	37
sich auf Nachrichten konzentrieren für das weitest mögliche Publikum	45	19	20	38	43
intellektuelle und kulturelle Interessen des Publikums ansprechen	30	20	18	37	48
sich als Gegenpart zur Wirtschaft verstehen	30	8	14	27	20
sich als Gegenpart zu offiziellen (politischen) Stellen verstehen	20	15	21	30	27
die politische Tagesordnung beeinflussen	20	7	5	-	53
dem Publikum (möglichst) schnell Informationen vermitteln	15	41	69	74	82
dem Publikum Unterhaltung und Entspannung bieten	10	18	14	28	18

Anmerkung: Die Zahlen geben den prozentualen Anteil der Journalisten wieder, die der Kommunikationsabsicht weitgehend oder völlig zustimmen. Die Studien sind methodisch nicht identisch durchgeführt worden. In Kolumbien und Deutschland lag eine fünfstellige Skala zugrunde, in den übrigen Länder eine vierstufige. Die Zahl der vorgelegten Aufgabenzuschreibungen variierte ebenso wie die genaue Formulierung - die Tabelle übernimmt die Formulierungen von Scholl/Weischenberg.

Quelle: Eigene Erhebung, Vergleichsdaten aus: Scholl/Weischenberg 1998, 233.

Die skeptische Haltung gegenüber der Regierung findet sich auch bei den US-amerikanischen und australischen Journalisten, in geringerem Maße bei den russischen. Deutsche Journalisten signalisierten zu dem entsprechenden Item eine relativ geringe Zustimmung. Durchgängig in allen Ländern findet sich eine ebenfalls eher geringe Zustimmung zu den Definitionen, die in der Konnotation den Aspekt der Gegnerschaft beinhalten - "Gegenpart" zur Wirtschaft oder zur Politik zu sein halten nur wenige Journalisten in den untersuchten Ländern für eine sehr wichtige Aufgabe.

Im internationalen Vergleich ebenfalls durchgängig zu finden ist eine eher geringe Zustimmung zum unterhaltenden Journalismus. Auch die für eine aktive,

meinungsbildende Rolle des Journalisten sprechende Aussage "die politische Tagesordnung beeinflussen" fand nur wenig Zustimmung - außer in Russland. Dies dürfte mit der politischen Umbruchsituation in diesem Land zu erklären sein (vgl. ebd., 233f.).

So scheinen - im Überblick betrachtet - die kolumbianischen Journalisten im internationalen Vergleich kein außergewöhnlich abweichendes Selbstverständnis von ihrer beruflichen Rolle zu haben. Genauere Vergleiche - auch im lateinamerikanischen Raum - sind nur mit möglichst ähnlichen Befragungsinstrumenten zu erstellen, die jeweils kombiniert werden müssen mit einer Analyse der Gesellschafts- und Medienstrukturen.

## **Fazit**

Die kolumbianischen Journalisten halten es für wichtig, unabhängige Berichterstatter zu sein - zumindest unabhängig von den *pressure groups* aus Wirtschaft, Politik oder Bürgerkrieg. Das, so geben sie an, lässt sich jedoch nur in eingeschränktem Maße verwirklichen - was in Anbetracht der Rahmenbedingungen keineswegs überraschend ist. Sie bevorzugen eine beobachtende und beschreibende Haltung, die Rolle eines eigenständigen, hart recherchierenden Kontrolleurs (im Sinne einer "vierten Gewalt") der gesellschaftlichen Sektoren findet geringe Zustimmung. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sie diesen gesellschaftlichen Sektoren durchaus skeptisch gegenüberstehen. Geht es um höhere Ideale, die nicht mit partikularen Interessen der *pressure groups* verknüpft sind, schreiben sich die Journalisten eine aktive, ja anwaltschaftliche Rolle zu. Von sich aus jedoch findet eine grundsätzlich eher gegnerische Haltung bestimmten Gruppen gegenüber wenig Zustimmung - zu groß sehen die Journalisten offenbar die Gefahr, in den Ruch zu kommen, sich instrumentalisieren zu lassen.

## 5. Schlussdiskussion und Resümee: Journalismus und Gesellschaft

### Erwartungen an die Journalisten

Kolumbianische Journalisten sehen sich von vielen Seiten mit oft widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert. Die Medieneigentümer erwarten, dass ihre oft weit über das Medienunternehmen hinausreichenden kommerziellen Interessen durch die Berichterstattung unterstützt oder zumindest nicht unterlaufen werden. Damit einher gehen die Interessen der Werbekunden, von denen zumindest beim Rundfunk komplett die Finanzierung des Mediums abhängt. Mit diesen wirtschaftlichen Interessen vermengen sich die politischen Interessen der Medieneigentümer. Dabei spielen die traditionellen Wurzeln im parteigebundenen Journalismus ebenso eine Rolle, wie die Nutzung einiger Medien als "Trampolin" für den Nachwuchs aus Politikerfamilien. Mit der Tendenz zur wirtschaftlichen Konzentration im Mediensektor und der herausgehobenen Stellung zweier Konzerne verquickten sich diese politischen Erwartungen zunehmend mit ökonomischen, ohne dabei in Gegensatz zu stehen. NN9 vom *Espectador* stellt fest: "Beide laufen eigentlich in die gleiche Richtung, da gibt es keinen Widerspruch" (aus dem Leitfadengespräch mit NN9).

Dazu kommen die oft mit massiven Pressionen verbundenen Erwartungen der am Bürgerkrieg beteiligten Akteure, die ihre Propagandaintressen gegenüber den Journalisten auch mit Gewalt durchzusetzen versuchen. Der Sektor der organisierten Kriminalität - vor allem mit dem Drogenhandel verbunden - setzt auf Korruption und ebenfalls Gewalt, um seinen massiven Einfluss auf die kolumbianische Gesellschaft auch in den Medien ausüben zu können.

Zu diesen oft widersprüchlichen Interessen kommen hohe normative Erwartungen an die Journalisten. Die Verfassung gesteht ihnen weitgehende Rechte zu, gebunden an eine "soziale Verantwortung" - die weiträumige und oft interessengebundene Interpretationen ermöglicht. Gerade die Regierung fordert mit diesem Argument gerne eine ihren Interessen gemäße Berichterstattung - zum Beispiel im Bürgerkrieg<sup>1</sup>.

Die ethischen Erwartungen sind gleichfalls hoch - zum Teil gar unrealistisch. Ermordete Journalisten werden zu Märtyrern stilisiert und als Vorbild hingestellt. Im Standardwerk *Ética para periodistas*, das in der Journalistenausbildung vielfach verwendet wird, heißt es pathetisch:

---

1 So forderte es zum Beispiel der ehemalige Kommunikationsminister: Jaramillo Gómez, William: *Legislación de prensa*.

Das Beispiel der Journalisten, die ihr Leben dafür gegeben haben, die Wahrheit zu sagen, hebt ein Charakteristikum des Idealprofils eines Journalisten hervor, nämlich seine Beschaffenheit als wahrheitsliebender [oder: wahrhafter, d. Verf.] Mensch. Er sagt nicht nur die Wahrheit, sondern ist wahrhaftig. Der wahre Mensch sagt die Wahrheit, weil es seine Pflicht ist, weil er damit übereinstimmt oder wegen seiner Ehre. Der wahrhaftige Mensch sagt sie, weil es seine innere Notwendigkeit ist, seine persönliche Berufung, sein Lebensausdruck. Für ihn ist die tägliche Proklamation der Wahrheit keine berufliche Routine, es ist eine Lebensnotwendigkeit, ein Akt der Treue zu sich selbst. Deshalb fragt sich der wahrhaftige Mensch nicht, ob das Leben oder die Wahrheit wichtiger ist, weil er immer verstanden hat, dass er keine Wahl hat: Für ihn hat das Leben keinen Sinn, wenn man die Wahrheit opfert, und dies ist die Überzeugung, mit der er der Angst begegnet. Es ist daraus leicht zu schließen, dass ein wahrhafter Mensch vor allem ein unabhängiger Mensch ist, der bereit ist, die Angst hinter sich zu lassen (Herrán/Restrepo <sup>2</sup>1995<sup>1</sup>, 249f.).

Dazu kommen vielfältige Leistungserwartungen an die Journalisten, die mit der idealen Rolle der Medien in der Gesellschaft zu tun haben: Die Medien sollen soziale, politische und ökonomische Funktionserwartungen erfüllen<sup>2</sup>. Dabei sind oft krasse Widersprüche zwischen den in der Universität vermittelten Erwartungskonzepten und den in der Realität anzutreffenden konkreten Erwartungen politischer oder wirtschaftlicher Akteure unvermeidlich. Am Beispiel der politischen Funktionen und Funktionserwartungen sei dies näher ausgeführt: Erwartet wird einerseits, dass die Medien die für eine Demokratie unentbehrlichen Funktionen erfüllen. Ronneberger hat folgende zentrale politische Funktionen herausgearbeitet: Massenmedien stellen den Raum der Öffentlichkeit her, sie übernehmen Funktionen der politischen Sozialisation, der Bildung und Erziehung sowie der Kontrolle (vgl. Ronneberger 1974, 193ff.). Zugleich betont er, dass diese Funktionen

am Modell der entwickelten Industriegesellschaften und des modernen arbiträren Wohlfahrts- und Verwaltungs-Rechtsstaates gewonnen worden sind. Für weniger entwickelte politische Systeme ebenso wie für zentral

---

2 Der Begriff "Funktion" wird im sozialwissenschaftlichen Sinne (besonders in systemtheoretischen Ansätzen) zumeist als realer Prozeß verstanden, nicht als zu erfüllende Aufgaben. Hier wird daher zu Präzisierung auf den Begriff Funktionserwartungen zurückgegriffen. Vgl. zum Funktionsbegriff in der Kommunikationswissenschaft: Saxer <sup>2</sup>1993, 116f.

gelenkte und totalitär beherrschte Systeme sind sie nur bedingt oder rudimentär brauchbar (ebd., 197f.).

Gleichwohl werden Journalisten in Kolumbien durchaus mit entsprechenden Erwartungen konfrontiert. Das Land definiert sich - zumindest in seiner Verfassung - als parlamentarische Demokratie (seit 1991 mit partizipatorischen Elementen), zu verstehen durchaus als "Demokratie im westlichen Sinne". Damit verbinden sich Erwartungen nicht nur an die Journalisten, sondern an alle Akteure - also auch die Wähler, die Politiker, die Parteien und die Parlamentarier. Umgesetzt werden diese Erwartungen jedoch oftmals nicht - das politische System wird von einer kleinen Oberschicht beherrscht, Korruption und Klientelismus sind an der Tagesordnung, die Zugangschancen für neue Kräfte gering. Eben diese elitären politischen Akteure haben über wirtschaftliche Beteiligungen und persönliche, familiäre Verflechtungen Einfluss auf Medien - und erwarten von den Journalisten, dass sie sich an ihren Ansprüchen orientieren, nicht an idealen Aufgabenbeschreibungen zur Rolle der Medien in der Demokratie.

Von den Journalisten erfordern diese unterschiedlichen Erwartungen eine permanente Suche nach pragmatischen Auswegen. Dass dabei der Arbeitsplatz, das geregelte Einkommen und das eigene Leben von den meisten vorrangig bewertet werden, ist mehr als verständlich. Selbstzensur in ihren unterschiedlichen Ausmaßen ist weit verbreitet - daneben suchen Journalisten aber auch nach Auswegen, die die unabhängige Berichterstattung trotz der Pressionen möglich macht.

Die Selbstzensur - das zeigen die Angaben vieler befragter Journalisten - wird dabei bewusst betrieben. Es findet also ein Abwägungsprozess in dem Sinne statt, dass den Erwartungen nicht ohne vorherige Reflexion nachgegeben wird. Dies ist ein wichtiger Aspekt, der darauf hindeutet, dass kolumbianische Journalisten nicht blind jeder Erwartung nachgeben, der sie sich ausgesetzt sehen - was schon allein deshalb nicht gehen würde, weil diese Erwartungen sich vielfach widersprechen. Dies setzt ein Reservoir an Zielvorstellungen und Idealen über die eigentlichen Aufgaben des Journalismus voraus, eine eigene Position. Der Blick auf die universitäre Journalistenausbildung hat gezeigt, dass dort zumindest ein Grundbestand an entsprechenden Vorstellungen vermittelt wird - neben den oben genannten pathetischen Idealen durchaus auch eher erreichbare. Die Aussagen zum Selbstverständnis stärken die Annahme, dass die Journalisten sich durchaus bewusst sind, welche gesellschaftliche Aufgabe sie erfüllen möchten: möglichst unabhängig von den *pressure groups* eine möglichst informative Berichterstattung bieten, die durchaus auch anwaltschaftliche Züge tragen kann. Dieses Selbstdefinitions muster fand breite Zustimmung unter den befragten Journalisten.

Die Unabhängigkeit ist gleichfalls prozesshaft zu sehen - als *Streben nach* Unabhängigkeit. Filgueira und Nohlen weisen genau darauf hin:

[...] der Begriff der Autonomie der Presse bezieht sich eher auf einen permanenten und komplexen Prozess der Interaktion, Pression und Verhandlung zwischen Presse und Regierung, in Übereinstimmung mit der jeweiligen Macht dieser Seiten, als auf den Begriff eines einseitig definierten Freiheitsgrades (Filgueira/Nohlen 1994, 14).

Dieser Prozess spielt sich auch anderen gesellschaftlichen Akteuren gegenüber ab. In Kolumbien sind einige in ihrer Einflussnahme mindestens ebenso stark wirksam wie die Regierung, jedoch mit regionalen Unterschieden.

Martín Barbero und Rey konstatieren, dass dieser Prozess schon eine weitgehende Autonomie des Journalismus gebracht habe:

Der Journalismus hat sich unter Konfusionen und Verzerrungen zu einem sozialen Akteur zur Überwachung der Handlungen der übrigen Akteure entwickelt (unter anderem: Staat, Politiker, Gesetzgeber, Kontrollbehörden, Militärs und die Wirtschaftssektoren); zu einem effektiven Generator öffentlichen Raumes [...]; zu einem wichtigen Vermittler in den Beziehungen zwischen einem schwachen Staat und einer zergliederten Zivilgesellschaft; ebenso zu einem Vermittler zwischen all jenen Akteuren, die das komplexe Szenario unserer sozialen Konflikte bilden, einschließlich [...] des Krieges (Barbero/Rey 1997, 17).

Diese Einschätzung erscheint in Anbetracht der Abhängigkeiten, denen sich Journalisten ausgesetzt sehen, sehr optimistisch und daher diskussionswürdig. Anhand einiger entscheidender Konfliktfelder der kolumbianischen Gesellschaft ist hier zusammen diskutiert, welche Erwartungen mit welchem Nachdruck an die Journalisten herangetragen werden und in welchem Spannungsverhältnis diese zueinander stehen.

### **Problemfeld Bürgerkrieg und Friedensprozess**

Eines der unübersichtlichsten Problemfelder ist der bewaffnete Konflikt zwischen Guerilla, Paramilitärs und Armee, eng verknüpft mit dem Friedensprozess zwischen Guerilla und Regierung. Für Journalisten ergeben sich in diesem Feld besondere Schwierigkeiten dadurch, dass alle Akteure - wenn auch in unterschiedlichem Maße - ihre Interessen den Medien gegenüber einerseits mit Gewalt und Drohungen durchzusetzen versuchen, andererseits aber auch über



propagandistische Informationspolitik. Zugleich ist das Thema Krieg und Frieden von hohem Nachrichtenwert und nimmt daher relativ viel Raum in den Medien ein. So trifft auch auf die spezielle Bürgerkriegssituation in Kolumbien zu, was Bentele festgestellt hat:

Dadurch, dass Kriege quasi 'automatisch' eine Reihe von Nachrichtenfaktoren aufweisen, werden sie ebenso 'automatisch' zum Gegenstand der Berichterstattung, zum Medienereignis (Bentele 1993, 126).

Das Thema als Ganzes kann von den Journalisten also nicht tabuisiert werden; sie müssen sich den Erwartungen der Akteure stellen:

- Die **Guerillabewegungen** erwarten von den Journalisten, als politischer Akteur anerkannt zu werden. Sie suchen Öffentlichkeit für ihre Erklärungen, in denen sie ihre politischen Ideen vorstellen, wahre oder falsche Anschuldigungen gegen ihre Gegner vorbringen. Ein typisches Mittel der Guerilla, um Druck auf die Journalisten auszuüben, sind Entführungen. In kleinen Städten und ländlichen Regionen ihrer Einflusszonen werden Journalisten, die unter dem Verdacht stehen, mit ihren Gegnern zu kooperieren, massiv unter Druck gesetzt und angegriffen.
- Die **Paramilitärs** haben ebenfalls Interesse daran, im Zusammenhang mit dem Friedensprozess als politischer Akteur wahrgenommen zu werden - ein Status, den ihnen die Regierung offiziell nicht zubilligt, den sie faktisch aber haben. Sie setzen auf eine Strategie des Terrors. Dessen Hintermänner sind zwar zu erahnen, treten jedoch selten offen auf. Die Journalisten stehen damit vor dem Dilemma, die paramilitärischen Führer entweder als Informanten und Interviewpartner zu akzeptieren, um ein komplettes Bild des Krieges zeichnen zu können, oder sie als kriminelle Organisationen zu klassifizieren, denen kein Forum gegeben werden darf. Dann jedoch setzt sich der Journalist der Gefahr aus, von den *fuerzas oscuras* angegriffen und ermordet zu werden.
- Die **Armee** nimmt in diesem Panorama eine gewisse Sonderstellung ein. Sie beruft sich auf ihre Position als legitime Ordnungsmacht des Staates und genießt in den Medien tatsächlich die Rolle der wichtigsten Informationsquelle. Dies hängt weniger damit zusammen, dass ihr Anspruch auf das staatliche Gewaltmonopol als legitim anerkannt wäre; dies fällt wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen schwer. Es liegt eher daran, dass Journalisten der großen Medien vor allem in Städten und Regionen arbeiten, in denen die Armee das Gewaltmonopol (noch) repräsentiert. Die militärischen Quellen sind daher die am leichtesten zu erschließenden. Wenn auch offene Gewalt gegen unliebsame Journalisten durch die Armee relativ selten ist, so besitzt sie doch

- ein gewisses Potential an Druckmitteln - vom Informationsboykott über anonyme Drohanrufe bis zu indirekten Pressionen über einflussreiche Politiker.
- Die **Regierung** hat wegen der speziellen Realität der kolumbianischen Demokratie ein deutliches Legitimationsdefizit. Dies macht sie auch beim Thema Krieg und Frieden zu einem problematischen Akteur, der grundsätzlich verdächtig ist, eher die Interessen einer bestimmten Klasse zu vertreten als die Mehrheit der Bürger. Ihre uneindeutige Haltung gegenüber der Guerilla und den Paramilitärs schwächt die Regierung zusätzlich.

Ein zentrales Problem für die Journalisten ist es, innerhalb dieser Interessenkonstellationen ihre Sicht der Akteure zu bestimmen. Ist die Guerilla eine politische Bewegung? Sind die Paramilitärs Kriminelle? Ist die Armee ein legitimes Organ? Ist die Regierung ausreichend demokratisch legitimiert?

Eine neutrale Position, die keinerlei Interessen verletzt, ist für Journalisten - selbst, wenn sie nicht kommentierend tätig sind - kaum zu finden. Davon zeugen auch die untereinander widersprüchlichen Vorwürfe, denen sich Journalisten ausgesetzt sehen. Die konservativen Journalisten Medina Patiño und Oviedo Gaviria wollen beobachtet haben:

In einigen Fällen hat der Wunsch, Berühmtheit zu erlangen, in anderen die unüberwindbare Ignoranz bestimmte Journalisten dazu gebracht, sich willentlich oder unbewusst in den Dienst des Terrorismus und der Subversion zu stellen (Medina Patiño/Oviedo Gaviria 1993, 63).

Auch der Kommunikationswissenschaftler Gabriel Jaime Pérez kritisiert:

[...] Die Verabsolutierung des Spektakulären hat in nicht wenigen Fällen Medien und die Journalisten in Marionetten der Terroristen verwandelt, die auf diese Weise ihre propagandistische Absicht verwirklichen, als Protagonisten aufzutreten und die Tatsachen ihren destruktiven Zielen unterzuordnen (Pérez, Gabriel 1992, 11).

Die Guerilla ELN wiederum wirft bestimmten Journalisten vor, die Paramilitärs zu unterstützen. In einem Kommuniqué, das sie anlässlich eines geplanten, aber nicht ausgeführten Attentats gegen den konservativen Journalisten Plinio Apuleyo Mendoza verbreitete, heißt es den Medien gegenüber warnend, dass die Organisation die Entscheidung getroffen habe,

[...] jeden zu bestrafen, der - verschanzt hinter dem mehrdeutigen Begriff 'Mitglied der Zivilgesellschaft' - den paramilitärischen Banden hilft, sie

schützt, für sie tätig wird, sich einsetzt für sie, sie trainiert oder ihnen Mittel zur Verfügung stellt<sup>3</sup>.

Selbst in der Kommunikationwissenschaft zeigen sich bei der Beobachtung der Journalisten und ihrer Arbeit diese Widersprüche. Martín Barbero und Rey meinen, die Journalisten hätten sich von ihren traditionellen politischen Bindungen so weit gelöst, dass sie als unabhängige, kontrollierende Instanz, als eigenständiger sozialer Akteur auftreten könnten (vgl. Barbero/Rey 1997, 17). Quintero und Jimeno hingegen behaupten:

[...] die dominierende Tendenz der Medien ist die, dass sie Verteidiger des offiziellen Konsens sind und sich infolgedessen in Wiedergabeinstrumente und Generatoren der Gewalt verwandeln. Die Medien, als politisch-ökonomische Monopole, sind Teil des Spiels um die Macht und sie funktionieren als ihre Verlängerungen (Quintero/Jimeno <sup>3</sup>1997, 208)<sup>4</sup>.

Eine größere Unabhängigkeit - nach allen Seiten - fordert auch der Historiker López de la Roche. Er weist den Journalisten für den Friedensprozess die Aufgabe zu, in ihren Medien einem breiten Dialog Raum zu geben. Darin soll sowohl die Guerilla die Chance bekommen, ihre Ansichten zu präsentieren, wie auch die ländliche Bevölkerung und die marginalisierten Schichten in den Städten - auch wenn dadurch die Legitimität der politischen Macht in Frage gestellt wird. Außerdem meint er:

Es ist nötig [...], dass die Gesellschaft spricht, von ihren vielfältigen Standpunkten und Meinungen, dass sich von den Medien aus wirklich interaktive Räume öffnen, dass diese Erfahrung für die bewaffneten Aufständischen eine Möglichkeit schafft, einige Berührungspunkte mit einem Land zu haben, mit dem sie in den letzten Jahren keinen adäquate Austausch (jenseits dessen, der sich aus der Logik ihrer militärischen Aktionen ergibt) gehabt haben, nicht nur wegen der Zensur und der gegenwärtigen gegen die Guerilla gerichteten Logik der hegemonischen Information, sondern auch wegen der Unfähigkeit, die Nation von der Basis der Überzeugung und Argumentation her befragen zu können (López de la Roche 1998, 17f.).

---

3 Zitiert nach: o.A.: El Eln exterioriza amenazas a medios. In: *El Espectador* (31.3.1999).

4 Die Autoren ziehen daraus unter anderem den zweifelhaften Schluss, dass die Gewalt gegen Medien und Journalisten von ihnen selbst provoziert wird, diese mithin quasi selbst schuld sind.

Die Journalisten selbst sind sich dieser Probleme durchaus bewusst; dies belegen die Aussagen in den Leitfadengesprächen zu dieser Untersuchung. Ihr überwiegendes Bestreben ist es, im Friedensprozess möglichst neutral und objektiv zu berichten - darauf deuten die Ergebnisse der Befragung hin. Den Akteuren treten sie danach (und zwar ohne wesentliche Unterschiede zwischen ihnen zu machen) skeptisch gegenüber, jedoch ohne eine explizite Gegnerschaft. Ebenso sprechen die Ergebnisse dafür, dass sie Wert auf einen anwaltschaftlichen Ansatz legen, der die betroffene Zivilbevölkerung, also die Opfer, vertritt. Gleichwohl räumen sie ein, dass den offiziellen Informationsquellen oft der Vorrang gegeben wird.

Dies hängt vor allem mit den Schwierigkeiten in der Recherche zusammen, hat also zunächst praktische Gründe. Das Drohpotential der Akteure im bewaffneten Konflikt ist aber auch ein häufig genannter Grund für Selbstzensur, die schon in der Recherche beginnt. Die oben bereits erwähnte besondere räumliche Nähe der aus den großen Städten berichtenden Journalisten zur Armee prädestiniert diese offizielle Quelle ebenfalls. Die Berufung auf "offizielle" Informationen ist - bei aller Skepsis - die sicherste Methode, dem Medium Sanktionen durch die Regierung zu ersparen. Medieninterne Zensur oder Vorbehalte gegen das Thema Bürgerkrieg an sich scheinen eher selten zu sein; es wird jedoch in den Redaktionen genau analysiert, wie dieses Thema und vor allem seine Akteure behandelt werden sollen.

Mögliche Selbstbeschränkungen bedeuten jedoch nicht, dass die Journalisten nicht Anstrengungen unternehmen würden, trotz des Bedrohungspotentials eine ausgewogene Berichterstattung zu bieten. Dafür haben sie diverse Strategien entwickelt. Im Konfliktfeld Bürgerkrieg ist zum Beispiel eine Aufgabenteilung innerhalb der Ressorts üblich: Wer über die Guerilla berichtet (d.h. die Guerilla als wichtigen Informanten nutzt), ist nicht gleichzeitig für Kontakte mit der Armee zuständig. Auf diese Weise sollen Drohungen gegen einzelne Journalisten vermieden werden, Drohungen gegen Medienunternehmen sind dadurch nicht zu vermeiden.

Am Beispiel eines Konfliktfelds, das eng mit dem Bürgerkrieg verknüpft ist, sich sogar in weiten Teilen überschneidet, lässt sich das grundsätzliche Streben der Journalisten nach Autonomie deutlich machen: Menschenrechtsverletzungen sind seit etwa fünf Jahren regelmäßiges Berichterstattungsthema. Die Journalisten recherchieren zu Themen wie Exekutionen und Massakern, dem Einsatz von Minderjährigen in der Guerilla und der Armee, dem gewaltsamen Vertreiben von ganzen Dorfgemeinschaften. Mit ihren Veröffentlichungen haben sie, wie Rey anerkennt, "[...] den unsichtbaren Taten dieses Krieges Sichtbarkeit gegeben" (Rey 1996, 129ff.). Bemerkenswert ist, dass dabei auch die Armee und die oft

mit ihr zusammenarbeitenden Paramilitärs nicht geschont werden. Damit gerät gleichzeitig die Regierung und die dahinter stehende "politische Klasse" ins Zwielicht, ebenso die mutmaßlichen Auftraggeber der Paramilitärs, also vor allem Großgrundbesitzer und Drogenbosse. Für Martín Barbero und Rey ist dies ein Beleg für ihre These, dass sich der Journalismus zu einem sozialen Akteur gewandelt habe. Sie räumen aber zugleich ein, dass die massiven Gegenreaktionen solche investigativen Ansätze vielfach in die Schranken gewiesen haben (vgl. Barbero/Rey 1997, 21). In der Tat hat das Thema Menschenrechte auch gegenwärtig in kolumbianischen Medien einen relativ hohen Stellenwert, und zwar unabhängig davon, welche Akteure hinter Menschenrechtsverletzungen vermutet werden. Hoher Nachrichtenwert wird Presseerklärungen von Nichtregierungsorganisationen wie *amnesty international* oder *Human Rights Watch* beigemessen; aber auch die Veröffentlichungen des UN-Menschenrechtsbüros in Bogotá finden mediale Beachtung. Der Rückgriff auf derartige Quellen ist für den Journalisten weit weniger riskant als eigene Recherchen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Journalisten sich mit den Themen Bürgerkrieg und Friedensprozess einem komplexen Geflecht von Erwartungen ausgesetzt sehen, die die Akteure mit unterschiedlichem Nachdruck, zum Teil mit Gewalt, durchzusetzen versuchen. Sie sind sich dieser Interessenkonflikte bewusst und bemühen sich, eine möglichst neutrale Haltung zu beanspruchen (wobei "neutral" hier in seiner Bedeutung durchaus schillern kann). Gleichwohl räumen sie ein, schon allein aus Gründen der Zugänglichkeit die offiziellen Informationen zu bevorzugen. Ein nicht geringer Anteil gab an, bei diesen Themen Selbstzensur zu üben oder zumindest große Vorsicht walten zu lassen. Dass die Themen jedoch durchaus weiterhin für berichtenswert erachtet werden zeigt sich darin, dass Möglichkeiten genutzt werden auf andere Quellen zurückzugreifen oder die Autorenschaft zu verschleiern.

Bei der Berichterstattung sind die Journalisten jedoch in gewissem Maße den Definitionen der Regierung vom jeweiligen Stand des Kriegs- beziehungsweise Friedensprozesses ausgeliefert. Sind die Guerillabewegungen als Gesprächspartner von der Regierung anerkannt, dann bestehen auch für die Journalisten kaum Beschränkungen, die Ansichten der Rebellen in ihren Medien wiederzugeben. Wendet sich das Verhältnis zwischen Regierung und Guerilla, so droht mit den "Guerilla-Dekreten" ein Zensureingriff.

Pauschale Vorwürfe wie die von Quintero und Jimeno, die Medien und die Journalisten würden sich generell in den Dienst der "herrschenden Klasse" stellen, also über den Bürgerkrieg lediglich im Sinne der Regierung berichten, scheinen nicht gerechtfertigt. Sie sind jedoch in ihrer Berichterstattung nicht so frei, wie es der verfassungsrechtliche Rahmen vorzeichnet. Den faktisch

entscheidenden Rahmen für journalistische Arbeit im Konfliktfeld Bürgerkrieg setzten die Akteure dieses Krieges selbst, je nach Region eher die Guerilla oder der Komplex Armee-Paramilitärs-Regierung.

### **Problemfeld *Narcotráfico***

Der Drogenhandelskomplex ist ebenfalls ein unübersichtliches Problemfeld, zumal seit der Zerschlagung des "Medellín-Kartells". Schien der offene Terror eines Pablo Escobar noch eine eindeutig ablehnende Haltung zumindest vieler Medien herauszufordern, zeigte sich an den Verwicklungen des *Proceso 8.000* eine sehr uneinheitliche Haltung der Medien. Diese hängt mit der fortgeschrittenen Durchsetzung der kolumbianischen Gesellschaft durch den *Narcotráfico* bis in ihre höchsten Spitzen und den Loyalitäten diesen Sektoren gegenüber eng zusammen. Für die Journalisten bedeutet dies, sich einer Reihe von Erwartungen und Versuchen der Einflussnahme ausgesetzt zu sehen - und zwar nicht nur aus den "Kartellen".

- Die **Drogenhändlerorganisationen** versuchen heute - im Gegensatz zum "Medellín-Kartell" - eher im verborgenen zu agieren. Es gibt keine herausragenden Figuren mehr, die, wie Pablo Escobar etwa, versuchen, in der Öffentlichkeit aufzutreten oder gar in die Politik zu gehen. Gleichwohl wenden sie weiterhin ihre Doppelstrategie aus Terror und Korruption an, um ihre Ziele durchzusetzen. Mit beidem sehen sich nicht nur Journalisten konfrontiert, sondern ebenso Politiker, Richter, Staatsanwälte und Polizisten. Recherchen und Veröffentlichungen, die sich gegen die Geschäftsinteressen der "Kartelle" richten, gelten in den Redaktionen als überaus heikel. Das Thema Drogenhandel zählt für viele Journalisten zu den Tabus.
- Die **Regierung** beteuert regelmäßig ihr Bestreben, den Drogenhandel mit allen Mitteln bekämpfen zu wollen. Die politische Klasse, inklusive Senatoren, Kongressmitgliedern und auch Minister, ist dennoch über die Korruption vielfach mit dem Komplex verbunden und hat daher in Teilen kein Interesse an aufdeckenden Veröffentlichungen, besonders wenn die eigene Rolle darin beleuchtet wird<sup>5</sup>. Die entsprechenden Erwartungen vermitteln die Betroffenen zum Teil über direkte Drohungen, zum Teil über informelle Kontakte mit den Journalisten oder über die Medieneigentümer. Von den Journalisten der wichtigen Medien in Bogotá sind diese Erwartungen noch eher zu ignorieren, da dahinter zumeist nur Einzelpersonen stehen und immer die Berufung auf die offizielle Regierungslinie möglich ist. Je höher diese Personen jedoch in der

---

<sup>5</sup> Ignacio Gómez berichtet davon, einmal von einem Senator angefeindet worden zu sein, der inzwischen wegen seiner Verbindungen zum Drogenhandel im Gefängnis sitzt. Vgl. Leitfadengespräch im Anhang.

Hierarchie angesiedelt sind, desto größer scheinen die Vorbehalte der Journalisten zu sein. Journalisten in den Regionen sind sehr viel direkteren Pressionen ausgesetzt.

- **Polizei und Armee** beteuern ebenso nachdrücklich wie die Regierung ihren Kampf gegen den Drogenhandel. Jedoch sind auch sie in Teilen korruptiert. In der Luftwaffe soll sich - darauf deuten Drogenfunde in Militärmaschinen hin - ein eigenes "Kartell" etabliert haben<sup>6</sup>. Von den entsprechenden Funktionsträgern wird - in Einzelfällen - ebenfalls versucht, Journalisten an Recherchen und Veröffentlichungen zu hindern. Auch hier gilt: In den Provinzen haben die Journalisten weniger Möglichkeiten, dem Druck standzuhalten.
- Die **Justiz** sieht sich wie die Medien massivem Druck durch die Drogenhändler ausgesetzt. Dies hat Konsequenzen für die Arbeit der Journalisten. Zum einen ist die Berichterstattung über laufende Ermittlungen und sogar über Prozesse eingeschränkt, denn Richter und Staatsanwälte treten aus Sicherheitsgründen zum Teil nur anonym auf; die Verhandlungen sind nicht immer öffentlich<sup>7</sup>. Zum anderen - und darauf deuten einige Vorgänge im *Proceso 8.000* hin - versucht die Justiz durch gezielte Indiskretionen gegenüber Journalisten ihre Möglichkeiten auszuloten und neue Zeugen zu gewinnen (vgl. García 1997).
- Die **Guerilla FARC** ist über Schutzgelder, die sie von den Drogenproduzenten erhebt, ebenfalls mit dem Komplex verbunden. Diese Tatsache wird vor allem von Militärs gerne zu Propagandazwecken ausgenutzt, die die FARC als eigenständiges Drogenkartell bezeichnen, um ihr damit politische Motive abzusprechen. Die Guerilleros legen Wert auf die Feststellung, dass sie nicht an der Produktion selbst beteiligt sind, sondern lediglich wie von Großgrundbesitzern oder anderen Wirtschaftsunternehmen in ihrem Einflussgebiet "Kriegssteuern" erheben. Auf Veröffentlichungen, die sie als "Kartell" darstellen, reagieren sie empfindlich.

Neben diese Erwartungen tritt noch ein Bündel normativer Erwartungen, die sich aus der Gesetzeslage und ethischen Grundsätzen ergeben und kurz gefasst folgendes besagen: Der Drogenhandel ist illegal und ethisch nicht zu vertreten. Die Journalisten haben in diesem Erwartungshorizont als Kontrolleure die Pflicht,

---

6 Dieses wird - wegen der Uniformfarbe - als *cartel azul*, das "blaue Kartell" bezeichnet. Vgl. Schumacher 1998<sup>2</sup>, 21.

7 Bei der *justicia sin rostro*, der "Justiz ohne Gesicht", treffen die Staatsanwälte nicht von Angesicht zu Angesicht den Angeklagten, Anwälten und Zeugen gegenüber, um Racheakten vorzubeugen. Gerade bei Verfahren gegen Drogenhändler erwies sich dieser Schutz oft als wirkungslos; das Prinzip wird jedoch auch bei anderen Verfahren angewandt, unter anderem bei Menschenrechtsverletzungen. Menschenrechtler kritisieren die *justicia sin rostro* als Verstoß gegen das Rechtsstaatsprinzip und verlangen seine Abschaffung. Vgl. Pérez/Reis 1998, 29f.



die illegalen Aktivitäten zu recherchieren und aufzudecken. Insofern ist der gesellschaftlich geforderte Standpunkt der Journalisten klarer definiert als im Problemfeld Bürgerkrieg.

Welchen Erwartungen die Journalisten nachgeben, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die wesentlichen werden in einem Vergleich zwischen dem Umgang mit dem "Medellín-Kartell" und dem Problem des *Proceso 8.000* deutlich. Mit dem zunehmenden Terror des "Kartells" gegen die kolumbianische Gesellschaft in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre war das Thema zwangsläufig aus der Berichterstattung nicht mehr auszuklammern. Wesentliche Sektoren der Gesellschaft nahmen eine klar ablehnende Haltung diesem Terror gegenüber ein, der jedoch oft nur unter tödlichen Konsequenzen deutlich zu artikulieren war. Der Journalismus reihte sich dort ein; nicht alle Medien und Journalisten griffen die Drogenhändler offen an, diejenigen, die es taten, gingen ein hohes Risiko ein<sup>8</sup>. Zwei Faktoren waren offenbar entscheidend für die Positionierung der Journalisten: Zum einen der gesellschaftliche Konsens der Ablehnung des Terrors, zum zweiten der massive Terror selbst. Im *Proceso 8.000* hingegen gab es diese beiden Faktoren nicht: Die Spitzen der Regierung Samper und weite Teile der "politischen Klasse" standen unter Verdacht, sich korrumpiert haben zu lassen. Ihr Bestreben war es eher, einen gesellschaftlichen Konsens zu konstruieren, der sie aus der Kritiklinie brachte. Als Beispiel dafür können Äußerungen gelten, die versuchten, Andrés Pastrana, der mit den *narcocasetes* die ersten Belege für den Skandal an die Öffentlichkeit brachte, als eingeschnappten, rachsüchtigen Verlierer darzustellen. Sie fanden in den Medien zunächst breiten, zustimmenden Widerhall. Erst allmählich wandelte sich mit zunehmender Beweislast die Haltung der meisten Medien. Nach und nach mehrten sich die kritischen Stimmen - jedoch war es für viele Journalisten ein durchaus schwieriger Prozess, nun gegen die traditionelle Allianz mit der Politik zu verstoßen. Zugleich, so stellt Bermúdez fest, kamen die Abhängigkeiten zwischen Politik und Wirtschaft zum Tragen:

Im Fall des *Proceso 8.000* [...] hat sich bewiesen, in welcher Weise einige Medien im Eigentum der großen Gruppen unverschämt nicht nur den Interessen des Establishments sondern sogar ihren eigenen Interessen gedient haben. Das deutlichste Beispiel sind die [Rundfunk-]Kette Caracol und die Zeitschrift Cromos, im Eigentum der Gruppe Santo Domingo, die eine Position fast bedingungsloser Unterstützung für Präsident Samper

---

8 Gerne wird als Beispiel für die mutige Haltung der kolumbianischen Presse gegenüber den Drogenkartellen *El Espectador* angeführt. Dieses Beispiel ist jedoch keineswegs typisch. Viele andere Medien wagten es nicht, sich mit den Kartellen anzulegen.



eingenommen haben, dessen Präsidentschaftswahlkampagne zu einem guten Teil von der Gruppe finanziert worden war (Bermúdez 1997, 47).

Die Rolle der Medien im *Proceso 8.000* wird zwiespältig gesehen. Rey sieht Fortschritte im Autonomisierungsprozess und beurteilt sie daher eher positiv, jedoch mit Einschränkungen:

Die Medien haben eine Rolle von unzweifelhafter Wichtigkeit in der Kontrolle gespielt, die jedoch unparteiisch abgeglichen werden muss mit ihrem Protagonismus, der Verwirrung und Improvisation (Rey 1997, 71).

Der Kolumnist Antonio Caballero meint:

Dank der aktuellen Krise [...] haben wir teil an etwas im letzten halben Jahrhundert nie dagewesenem: Einer gewissen Distanzierung zwischen den Medien und der Macht. Eine Distanzierung, die unabdingbare Bedingung ist, damit der Ausdruck 'Pressefreiheit' irgendeinen Sinn hat (Caballero 1996).

Eine gegenteilige Ansicht vertritt der Kolumnist Daniel Samper Pizano, Bruder des Präsidenten Ernesto Samper:

Grundsätzlich glaube ich, dass die Presse Teil der nationalen Krise ist und bis in die alten Zeiten des politischen Journalismus meiner Generation zurückgefallen ist (Samper Pizano 1996).

Diese kontroversen Ansichten zum Verhalten der Medien und Journalisten im *Proceso 8.000* machen deutlich, dass eine differenzierte Betrachtung notwendig ist. Die unterschiedliche Anbindung der Journalisten an die bestimmenden Sektoren in Politik und Wirtschaft sorgt offenbar auch für unterschiedliche Berichterstattung. Bei der deutlichen Spaltung des politischen Konsens, die der *Proceso 8.000* hervorgerufen hat, spiegelten sich die Risse auch in den Medien. Dies ist ein deutlicher Unterschied zum allgemeinen Konsens der Ablehnung des Terrors Pablo Escobars, der eine einheitliche Haltung der Medien hervorbrachte, die jedoch wegen der Bedrohungen unterschiedlich klar zum Ausdruck gebracht wurde. Andererseits - und darauf deuten die Studien von Rey und García hin - nutzten einige Medien und Journalisten das durch den *Proceso 8.000* entstandene extreme Legitimationsdefizit großer Teile der politischen Klasse, um sich von ihnen zu emanzipieren und das entstandene Vakuum selbst zu füllen - freilich oft erst, als nur noch dieser Schritt die eigene Glaubwürdigkeit retten konnte.

Förderlich war in jedem Fall die genaue Beobachtung der Medien untereinander, die auch dem Publikum die Zerrissenheit des vormaligen Konsens auch innerhalb des Journalismus deutlich machte. Zugleich kann dies als Beleg dafür angesehen werden, dass die Medienlandschaft durchaus so gestaltet ist, dass Journalisten in ihr kontroverse Ansichten vertreten können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Journalisten sich im Problemfeld *Narcotráfico* ebenso wie im Problemfeld Bürgerkrieg der besonderen Schwierigkeiten ihrer Arbeit bewusst sind und entsprechend vorsichtig agieren. Das Bild der unabhängig, mutig und furchtlos gegen jegliche Form von Korruption und Drogengeschäfte recherchierenden Journalisten trifft nur auf wenige zu. Die Angst vor Racheakten sorgt bei der Mehrheit der Journalisten für Selbstbeschränkungen in Recherche und Berichterstattung: Entweder, indem das Thema als Ganzes als Tabu möglichst unangetastet bleibt, nur auf offizielle Quellen zurückgegriffen wird oder bestimmte Informationen zurückgehalten werden. Eine wesentliche Rolle spielt für die Journalisten aber auch die Einbindung in die Abhängigkeiten des jeweiligen Medienunternehmens. Berühren die Themen auch die Abhängigkeiten von der mit den Medien verbundenen politischen Klasse, so sind offenbar deutliche Selbstbeschränkungen der Journalisten üblich.

## **Lösungsansätze für mehr Autonomie**

Das zentrale Problem für die Journalisten sind die vielfältigen Abhängigkeiten, die sie in ihrer täglichen Arbeit mitbedenken müssen und die in oft krassem Widerspruch zu den normativen Erwartungen stehen, die an sie gestellt werden. Wie kann eine größere Autonomie erreicht werden? Wichtigster Ansatzpunkt sind dabei sicherlich die Rahmenbedingungen: Wesentliche Schwierigkeiten der Journalisten haben ihre Ursache in den zentralen Problemen der kolumbianischen Gesellschaft: Bürgerkrieg, Korruption, Wirtschaftskonzentration, soziale Ungleichheit. Deren Lösung würde den Journalisten die Arbeit erleichtern. Hier sollen einige Lösungsansätze vorgestellt werden, die aus dem Journalismus selbst hervorgehen können und zum Teil auch bereits verwirklicht wurden.

## **Alternative Medien**

Trotz vieler ernüchternder Erfahrungen werden in Kolumbien immer wieder alternative Medien gegründet. Im Printbereich sind dies vor allem Zeitschriften, die in den Großstädten ein intellektuelles, universitätsnahes Publikum finden. Wirtschaftliche Schwierigkeiten sind bei solchen Experimenten programmiert: Es gibt kaum Leser und kaum Werbung. Gleichwohl erfüllen diese Medien eine wichtige Funktion, indem sie einen alternativen Diskussionsraum zu eröffnen

versuchen, der die traditionellen Medien ergänzt. Bekanntestes Beispiel war die Zeitschrift *Alternativa*; aber auch *Utopias* gehört in diese Kategorie. Im Hörfunk können Stadtteilradios oder *radios comunitarias* in den dörflichen Gemeinschaften der *Indígenas* als alternative Medien gelten. Sie erfüllen wichtige Funktionen, indem sie lokale Informationen verbreiten und zur Identitätsbildung beitragen.

### **Selbstregulierung durch einen Presserat**

Mit dem Ethik-Kodex und der Einrichtung einer Ethik-Kommission hat der CPB versucht, den Journalismus durch ein Instrument der Selbstregulierung den Eingriffen der Behörden und Regierung zu entziehen. Im Artikel 11 dieses Kodex heißt es dazu:

Die Verantwortung, die treue Einhaltung der Berufsethik zu garantieren, fällt denjenigen zu, die diesen Beruf ausüben, und nicht den öffentlichen Kräften. [...] Um die Überwachung der Einhaltung dieses Kodex und seine Aktualisierung zu garantieren, ist es notwendig, ein Ehrentribunal zu bilden, dessen Struktur und Zusammensetzung im Konsens mit den Gremien des Landes vereinbart werden (Herrán/Restrepo <sup>2</sup>1995<sup>1</sup>, 336).

Die Schwierigkeiten der Berufsorganisationen und insbesondere des CPB haben diese bereits fortgeschrittenen Versuche erstickt. Zumindest liegen erste positive Erfahrungen und ein ausgearbeiteter Pressekodex vor, auf den neue Bemühungen aufbauen können. Diese müssen, um wirksam zu sein, aus dem Journalismus selbst kommen und auf einer möglichst breiten Basis fußen.

### **Ombudsleute und Redaktionsmanuale**

Ein anderer Weg, um über Transparenz dem Publikum gegenüber die Glaubwürdigkeit und damit die Autonomie zu stärken, ist die Berufung eines Ombudsmannes. *El Tiempo* hat als erste kolumbianische Zeitung einen sogenannten *Defensor del Lector* (wörtlich: Verteidiger des Lesers) in seiner Redaktion etabliert. Die Aufgabenbeschreibung lautet:

Der Defensor del Lector ist ein Funktionsträger, der innerhalb [der Redaktion] von EL TIEMPO über die Interessen des Lesers wacht, sie verteidigt und sie in der Redaktion der Zeitung vertritt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass das Ziel von EL TIEMPO, ein Verhältnis totaler Transparenz und Gerechtigkeit mit seinen Lesern zu unterhalten, erreicht wird (El Tiempo <sup>3</sup>1995, 163).

Javier Darío Restrepo legt als Ombudsmann Wert darauf, die Leserinteressen nicht gegen die Journalisten durchzusetzen, sondern mit ihnen. Er beschreibt seine Aufgabe als eine doppelte:

Zum einen arbeite ich pädagogisch mit den Journalisten. Zum anderen arbeite ich mit den Lesern, zum Beispiel über meine Kolumne. Wenn der Leser über die Arbeit der Journalisten und mit den Journalisten erfährt, wenn er merkt, dass die Zeitung mehr Wert darauf legt, ihre Glaubwürdigkeit zu stärken als ihre Auflage, dann wird er sich auch stärker an die Zeitung gebunden fühlen<sup>9</sup>.

Wichtiges Hilfsmittel für die Arbeit des Ombudsmanns und gleichfalls Transparenz stiftend ist die Veröffentlichung des Redaktionshandbuchs, wie es *El Tiempo* gleichfalls beispielhaft betrieben hat. Damit geht der Verlag den Lesern gegenüber eine Selbstverpflichtung ein, dass seine Mitarbeiter bestimmte Standards in Recherche und Veröffentlichung einhalten. Erst durch die Veröffentlichung wird diese Verpflichtung überprüfbar und für den Leser einklagbar.

## Resümee

Kolumbianische Journalisten bewegen sich bei ihrer Arbeit in einem komplexen Geflecht unterschiedlicher, oft widersprüchlicher Erwartungen aus verschiedenen Teilbereichen der Gesellschaft. Dieses Erwartungsgeflecht hängt untrennbar mit den politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes zusammen. Diese sind geprägt von sozialer Ungleichheit, deren Extreme eine winzige und reiche Oberschicht einerseits und eine breite, in Armut und Elend lebende Unterschicht andererseits markieren. Partizipationschancen in Wirtschaft und Politik, an Bildung und Arbeit sind entsprechend ungleich verteilt.

Die Journalisten stehen in der sozialen Gliederung eher in der Mittelschicht oder der oberen Mittelschicht. Die Medien, in denen sie arbeiten, befinden sich in direkten Abhängigkeiten zur Oberschicht. Besonders aus der Wirtschaft werden deutliche Erwartungen an die Medien herangetragen. Die oligopole Medienstruktur mit Entwicklungstendenzen hin zu Quasi-Monopolen verschärft den Erwartungsdruck deutlich: Die Verflechtungen mit anderen Wirtschaftszweigen sind über die großen und mächtigen Konglomerate eng; die privatwirtschaftliche Organisation der Medien bringt erhebliche Abhängigkeiten von der Werbewirtschaft mit sich.

---

<sup>9</sup> Leitfadengespräch mit Javier Darío Restrepo im Anhang.

Parallel und oft verquickt mit den Abhängigkeiten zur Wirtschaft wirken die Abhängigkeiten zur Politik. Die traditionelle Rolle der Medien und damit der Journalisten als parteinahe Instrumente politischer Propaganda wirkt seit dem Ende der Nationalen Front fort, wenn auch nicht mehr so deutlich. Noch immer gibt es die engen personellen und wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Politikerfamilien und Medien; noch immer lassen sich die meisten Medien einer politischen Richtung zuordnen. Die Regierung versucht immer wieder, in die Medien einzugreifen - weniger durch direkte Zensur, eher über Regulierungsentscheidungen. Besonders im Rundfunk bricht sie dabei regelmäßig die von der Verfassung geforderte Staatsferne.

Dieser Abhängigkeiten sind sich die Journalisten bewusst: Vor allem die wirtschaftlichen werden als in hohem Maße problematisch eingeschätzt; die politischen offenbar eher akzeptiert. Die Interessen aus Wirtschaft und Politik werden entweder subtil an die Journalisten herangetragen oder über die Redaktionshierarchie vermittelt. Sie führen in vielen Fällen zu einer Selbstbeschränkung der Journalisten in der Auswahl oder Präsentation von Themen.

Sehr viel nachdrücklicher werden die Interessen von Akteuren der Konfliktfelder Bürgerkrieg und Drogenhandel an die Journalisten herangetragen. Diese scheuen nicht davor zurück, ihre Erwartungen an die Journalisten mit Pressionen verschiedener Art zu unterstreichen. Dazu wird ein vielfältiges Arsenal an verbaler und tätlicher Gewalt eingesetzt. Das dadurch erzeugte Klima des Terrors lässt die Journalisten diesen Themen gegenüber vorsichtig werden, zum Teil setzen sie sich selbst oder im Redaktionskonsens Tabu-Themen.

In Anbetracht dieser Realitäten können Journalisten die normativen Erwartungen oft nicht erfüllen. Der eigentlich sehr fortschrittliche Rahmen, den die Verfassung der journalistischen Arbeit setzt, bleibt durch die faktischen Bedingungen des Journalismus oft Makulatur. Ethische Grundsätze bleiben hehre, aber leider häufig unerreichbare Ideale.

Gleichwohl haben die Journalisten Idealvorstellungen von ihren Aufgaben: Sie wollen möglichst unabhängig arbeiten und neutral berichten. Den Handlungsträgern Regierung, Behörden, Guerilla und Paramilitärs wollen sie im allgemeinen gleichermaßen skeptisch gegenüberstehen. Ein anwaltschaftliches Eintreten für die Interessen von Randgruppen oder die vom Krieg betroffene Zivilbevölkerung halten sie überwiegend für wichtig. Die Journalisten beurteilen es jedoch meist als schwierig, diese Ideale auch umzusetzen. Dies liegt zum Teil an den mehr oder weniger deutlichen Pressionen der verschiedenen Sektoren, die die Journalisten zu Beschränkungen in der Berichterstattung zwingen. Daneben ist es aber auch die hochkomplexe Bürgerkriegssituation, die neutrale und umfassende Recherchen unmöglich macht.

Das hohe Bewusstsein, das die Journalisten von den Schwierigkeiten ihres Berufes haben, und die von ihnen formulierten idealen Aufgabenbeschreibungen belegen, dass sie im allgemeinen nicht unreflektiert einfach den Weg des geringsten Widerstands gehen und den drängendsten und sanktionsstärksten Erwartungen nachgeben. Die Abhängigkeitsverhältnisse sind daher nicht statisch, sondern prozesshaft zu sehen. Die Journalisten streben nach mehr Autonomie. Davon zeugen auch die verschiedenen Versuche, den Pressionen durch Gegenstrategien zu begegnen und dem Journalismus durch verstärkte Selbstregulierung eine größere Unabhängigkeit zu verschaffen.

Der Journalismus in Kolumbien ist ein sehr uneinheitliches Berufsfeld. Große Unterschiede in den Arbeitsbedingungen gibt es zwischen den verschiedenen Medienarten; noch größere aber zwischen den Arbeitsbedingungen der Journalisten in den Großstädten und ihren Kollegen in den Provinzen. Grundsätzlich gilt: Je kleiner und provinzieller das Medium, desto schlechter die Bezahlung. Dazu kommt, dass Provinzjournalisten sehr viel direkteren Einflussnahmen durch Funktionäre aus Politik und lokaler Wirtschaft und sehr viel deutlicheren Drohungen durch Akteure aus Bürgerkrieg und *Narcotráfico* ausgesetzt sind.

Diese gravierenden Unterschiede lassen vermuten, dass auch das Sozialprestige der Journalisten nicht einheitlich ist; die Attraktivität des Berufs hängt stark vom jeweiligen Medium ab. Nur sehr wenige Journalisten in Hörfunk und Fernsehen verdienen sehr gut; ein guter Teil der Journalisten hingegen verdient nur wenig mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Gesetzliche Privilege wie leichte Vorteile in der Sozialversicherung können dies nicht ausgleichen. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt für Journalisten ist generell schwierig (wenn auch vermutlich nicht schwieriger als für andere Berufe).

Nicht übersehen werden darf, dass über den bis zum letzten Jahr gesetzlich geregelten Berufszugang, der an ein entsprechendes Studium geknüpft war, nicht alle Kolumbianer die gleichen Chancen hatten, in den journalistischen Beruf zu gelangen. Die entsprechende Ausbildung setzte finanzielle Ressourcen voraus, die in der Regel nur von Mitgliedern der Mittel- oder oberen Mittelschicht zu erbringen sind. Die breite Unterschicht hat bislang kaum Möglichkeiten, sich selbst als Journalisten in den Medien zu artikulieren. Es ist nicht zu erwarten, dass mit dem Fall des Journalistengesetzes Berufszugang für sie nun leichter geworden ist; anzunehmen ist vielmehr, dass eine formal hohe, und damit teure Bildung weiterhin Einstellungsvoraussetzung bleibt.

Die soziale Ungleichheit in der kolumbianischen Gesellschaft bestimmt damit auch den Zugang zu Kommunikationsberufen - und damit die Verwirklichung von kommunikativen Grundrechten. Es ist anzunehmen, dass sich dies auf die Medieninhalte direkt in dem Sinne auswirkt, dass die Interessenartikulation immer

den oberen Schichten der Gesellschaft vorbehalten bleibt. Anwaltschaftliche Ansätze der Journalisten können dieses Partizipationsdefizit vermutlich kaum auffangen - selbst wenn sie gegen die wirkungsmächtigen Interessen aus Wirtschaft und Politik tatsächlich in Medieninhalte eingehen würden. Das Grundproblem der sozialen Ungleichheit kann daher kaum in einer Weise dargestellt werden, die es einer Lösung näherbringen könnte.

Ähnliches lässt sich für die untersuchten Problemfelder Bürgerkrieg und *Narcotráfico* sagen. Die geschilderten Pressionen und die Widersprüchlichkeit der an sie gerichteten Erwartungen machen es den Journalisten schwer, die für eine Problemlösung notwendigen unabhängigen Informationen zu recherchieren und dem Publikum zu präsentieren.

Die ausführliche und zum Teil sehr engagierte Berichterstattung bei Friedensversuchen deutet eher darauf hin, dass die Journalisten sich ihrer gesellschaftlichen Pflicht stellen wollen. Dies unterstreichen auch die Ansichten der für diese Arbeit befragten Journalisten: Sie möchten möglichst unabhängig und im Sinne der gesamten Gesellschaft arbeiten. Solange die entscheidenden Akteure der Gesellschaft - einschließlich der Regierung - die Rahmenbedingungen für den Journalismus so prägen, dass sie in klarem Widerspruch zu den in der Verfassung vorgegebenen Zielen stehen, bleibt auch den Journalisten wenig Spielraum, ihren Beruf zum Wohle der Gesamtgesellschaft auszuüben.





## 6. Anhang

### 6.1 Sample der befragten Journalisten

Die Themen der Befragung waren zum Teil heikel, deshalb sind die Zitate in dieser Untersuchung anonymisiert worden. Um die Aussagen einschätzen zu können, werden einige Angaben zu den Interviewpartnern hier aufgeschlüsselt und eine Übersicht über das Sample gegeben.

Es wurde darauf geachtet, dass die Journalisten vielen verschiedenen Ressorts angehören, beziehungsweise verschiedene Themen zu bearbeiten haben. Überwiegend arbeiten sie jedoch in klassischen "harten" Ressorts wie Justiz, Politik, Nationales, Lokales oder Wirtschaft - beziehungsweise beschäftigen sich als Generalisten vorwiegend mit Themen aus diesen Bereichen. Sechs der Befragten sind Frauen.

Nach den Leitfadengesprächen wurden den Befragten des Samples zwei Fragebögen vorgelegt, mit dem die berufliche Selbstdefinition der Journalisten und ihre beruflichen Einstellungen zum kolumbianischen Friedensprozess erkundet wurden. Zusätzlich sollten die Journalisten einschätzen, inwieweit sie diese Einstellungen auch umsetzen können<sup>1</sup>.

**Tabelle:** Sample der interviewten Journalisten

Medium	Zahl der befragten Journalisten	davon: Journalisten, die nicht in Bogotá tätig sind
Tageszeitung	10	2
Radio	4	2
Fernsehen	2	1
Zeitschrift	2	-
Agentur	1	-
Freiberuflich	1	-
<i>Gesamt</i>	<i>20</i>	<i>5</i>

NN1 ist Journalistin in der Redaktion von *El Espectador* und arbeitet im Ressort *Judicial*.

NN2 ist Journalist bei einer Lokalzeitung in Ibagué, der Provinzhauptstadt von Tolima.

---

1 Das Untersuchungsschema orientiert sich an einem Forschungsdesign von Weischenberg, Löffelholz und Scholl. Die Autoren haben in ihrer Studie "Journalismus in Deutschland" das berufliche Selbstverständnis der Journalisten untersucht. Vgl. Weischenberg/Löffelholz/Scholl 1993, 21ff.; Dies.: 1994, 154ff.; Scholl/Weischenberg 1998.

NN3 ist Radiojournalist in Villavicencio, der Hauptstadt des Departments Meta. In der Region sind Paramilitärs und Guerilla aktiv. Er arbeitet für eine Radiokette mit nationalen und regionalen Programmen.

NN4 ist Fernsehjournalist in Cartagena. Er arbeitet für ein regionales Programm und für eine national ausgestrahlte Nachrichtensendung.

NN5 ist Radiojournalist und in leitender Funktion in der Nachrichtenredaktion einer der großen Radioketten tätig.

NN6 ist Redakteur bei *El Espectador*.

NN7 ist Redakteur im Ressort *Judicial* bei *El Espectador*.

NN8 ist Lokalredakteurin bei *El Espectador*.

NN9 ist Redakteur im Ressort *Nación* bei *El Espectador*.

NN10 ist Redakteur bei *El Espectador*.

NN11 ist Redakteur im Wirtschaftsressort von *El Tiempo*.

NN12 ist Redakteurin im Investigativ-Ressort bei *El Tiempo*.

NN13 ist Redakteur bei einer Regionalzeitung in Cartagena.

NN14 ist Redakteur bei der linksgerichteten Wochenzeitung *Voz*.

NN15 ist Redakteur einer politisch-theologischen Monatszeitschrift.

NN16 ist Redakteur bei einer international tätigen Nachrichtenagentur.

NN17 ist freie Journalistin und arbeitet für verschiedene Medien.

NN18 ist Redakteur in der Nachrichtenredaktion einer landesweiten Senderkette.

NN19 ist Radiojournalistin in Cartagena.

NN20 ist Fernsehjournalistin und arbeitet in Bogotá für eine national ausgestrahlte Nachrichtensendung.

## **6.2 Auszüge aus den Experten-Interviews**

### ***Javier Darío Restrepo***

Javier Darío Restrepo, 66 Jahre, ist Ombudsmann (*Defensor del Lector*) bei der Tageszeitung *El Tiempo*. Er ist einer der renommiertesten Journalisten Kolumbiens und hat 43 Jahre Berufserfahrung. Er arbeitete für das Fernsehen und verschiedene Printmedien. Außerdem hat er mehrere Bücher verfasst, unter anderem ein Standardwerk über journalistische Ethik: *Ética para Periodistas*. Javier D. Restrepo war lange im Vorstand des *Círculo de Periodistas de Bogotá* und Mitglied der Ethik-Kommission dieses Verbandes. Er ist Mitgründer der *Fundación para la Libertad de Prensa* und deren Vorsitzender.

*Wie beurteilen Sie die kolumbianische Gesetzgebung - ist sie ausreichend, um die freie Berufsausübung der Journalisten und die Pressefreiheit zu garantieren?*

Die Gesetzgebung garantiert sie nicht, denn es sind einige Normen eingeführt worden von den verschiedenen Regierungen, die die Meinungsfreiheit

einschränken. Ich nenne als Beispiel das Anti-Korruptions-Statut. Darin wird festgelegt, dass über Korruptionsprozesse gegen öffentliche Funktionäre nicht berichtet werden darf, bevor ein Urteil gefällt worden ist. Das garantiert dem Funktionär ein totales Schweigen auch über Verfehlungen, für die der Journalist Belege hat. Es gibt eine andere Einschränkung der Pressefreiheit, nämlich in Bezug auf die Öffentliche Ordnung. Es ist verboten, Interviews mit der Guerilla zu veröffentlichen. Unter dem Vorwand, dass jedes Interview das Delikt verteidigen würde. Dabei wird völlig verkannt, dass Journalisten auch so fragen können, dass dabei nicht das Delikt verteidigt wird. Und es gibt eine dritte Einschränkung, die schwerwiegendste von allen, nämlich die Normen, die das Fernsehen regulieren. Das Fernsehgesetz hat der *Comisión Nacional de Televisión* die Macht über die Programme gegeben. Theoretisch war das gut, aber praktisch stand die Kommission in Diensten politischer Gruppen, Kongressabgeordneter und der Regierung. Dadurch kommt es in der Praxis zur Einschränkung der Pressefreiheit. Die Fernsehnachrichtensendungen haben keine Freiheit, weil sie immer irgendwelche Repressalien fürchten müssen oder dass ihnen schließlich ihr Vertrag nicht verlängert wird. Dieses System impliziert eine Zensur und so eine Einschränkung für die Pressefreiheit.

*Noch mal kurz zum zweiten Punkt: Es werden doch Interviews mit der Guerilla veröffentlicht?*

Ja, es sind einige veröffentlicht worden. Aber das ist immer ein Risiko. Die Regierung kann dann immer sagen: Ihr dürft nicht weiter erscheinen oder dem Medium irgendwelche Sanktionen auferlegen. Das tun sie aber nicht immer. Es ist aber eine Art Schwert, dass über dem Kopf des Journalisten schwebt. Und wenn es der Regierung passt, lässt sie es fallen.

*Viele lamentieren über die wirtschaftliche Konzentration im Mediensektor. Was meinen Sie: Beeinträchtigt das die Pressefreiheit in Kolumbien?*

Ja, die Konzentration beeinträchtigt überall die Pressefreiheit. Man merkt das daran, wie die Journalisten behandelt werden. Sie müssen sich rentieren, sich bezahlt machen. Die Nachricht ist ein Produkt, keine Information, die der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird. Sie ist ein Produkt, das der Wirtschaftsgruppe Gewinn bringen soll. Das merkt man im Fernsehen, aber zum Beispiel noch nicht bei den Zeitungen. Auch noch nicht beim *Espectador*, der ja auch einer dieser Gruppen gehört. Es steht aber sehr zu befürchten, dass sich das ändert und auch beim *Espectador* dieses Einfluss gewinnt. Noch passen sie auf, denn sie sind sich bewusst, dass der *Espectador* die Zeitung mit der größten Unabhängigkeit war. Sie können nicht einfach das Haupterbe des *Espectador* angreifen, die Glaubwürdigkeit, die ihm die Familie Cano durch ihre Unabhängigkeit gegeben hat. Im Fernsehen dagegen ist der Einfluss sehr

groß. Und das ist gefährlich, denn der größte Teil der Kolumbianer informiert sich über das Fernsehen und nicht durch die Zeitungen. Und die Fernsehinformationen sind durch das kommerzielle Interesse vergiftet. Das Fernsehen ist eine Bedrohung für die Demokratie, weil es schlecht informiert. Und wenn die Leute schlecht informiert sind, gefährdet das die Demokratie.

*Wie sieht es bei El Tiempo aus? Wie ist der Einfluss der wirtschaftlichen Interessen des Verlages auf den Journalisten?*

In einigen meiner Kolumnen habe ich darauf hingewiesen, dass die große Bedeutung, die dem Anzeigengeschäft zugewiesen wird, eine ständige Bedrohung für diese wie für jede andere Zeitung ist. Diese Zeitung kann nicht sagen, sie sei völlig unabhängig. Es gibt aber einen Prozess, in dem die Leute, die die Zeitung leiten, sich bewusst werden, dass sie eine große Unabhängigkeit behalten müssen. Man kann aber nicht sagen, dass das in der Praxis immer berücksichtigt wird.

*Welche anderen Gruppen bedrohen die Pressefreiheit?*

Das größte Problem ist sicher das wirtschaftliche. Dann kommen die Drohungen. Im Moment droht jeder. Ich glaube das ist die Folge des Drucks, der auf die Leute ausgeübt wird. Die Politik, die Situation der öffentlichen Ordnung, der *Narcotráfico*, und auch die Guerilla haben die kolumbianische Kultur beeinflusst und Gewalt als Mittel eingesetzt, um ihre Ziele zu erreichen. Die gewaltsamen Mittel werden aus zwei Gründen eingesetzt: Um Reichtum zu bekommen, und um Straflosigkeit zu erreichen. Und bei beiden Themen steht der Journalist mitten drin. Der Journalist ist das erste Ziel derjenigen, die dieses erreichen wollen.

*Guerilla, Paramilitärs, Narcotráfico - welche Gruppe beeinträchtigt den Journalismus zur Zeit am stärksten?*

Wenn wir eine Liste machen würden, dann stünden an erster Stelle die Paramilitärs, an zweiter Stelle Drogenhändler und Kriminelle, an dritter Stelle die Guerilla. Statistiken gibt es darüber aber nicht, ich spreche über meinen Eindruck, über die Fälle, die ich kenne. Aber auch aus der Philosophie dieser Gruppen kann man Schlüsse ziehen. Die Paramilitärs bedrohen auch deshalb am häufigsten, weil das Teil ihrer Philosophie ist. Dann kommen die Drogenhändler und Kriminellen. Die Guerilla droht weniger häufig - und wenn, dann vor allem öffentlichen Funktionären in ihrer Einflusszone.

*Wie unterscheidet sich die Arbeit der Journalisten in Bogotá von der ihrer Kollegen in den Provinzen?*

Das ist in der Tat vollkommen verschieden. Wenn ich zu Gesprächsforen oder Seminaren zu Journalisten in den Provinzen fahre, dann bin ich jedesmal erschrocken über die Umstände, in denen diese Leute arbeiten. Diese Leute

sind im Visier. Und ich bewundere ihren Mut, ihren fast selbstmörderischen Mut, mit dem sie ihre Arbeit machen. Wenn man sich die Listen der ermordeten Journalisten anschaut, dann war der Großteil Besitzer kleiner Medien in der Provinz. Auch hier in Bogotá gibt es Drohungen und Morde, jedoch nicht in den Proportionen wie in der Provinz.

*Wie geht El Tiempo mit solchen Bedrohungen von Journalisten um?*

Es gibt keine Regeln dafür, ich kenne jedoch einzelne Fälle, in denen die Journalisten versetzt wurden, um aus dem Visier der Mörder genommen zu werden. Und im Redaktionshandbuch steht, dass die Zeitung und ihre Redakteure sich nicht den Regeln unterwerfen, die diejenigen, die solche Drohungen ausstoßen, auszudrücken versuchen.

*Kann die Zeitung den Journalisten denn einen Schutz bieten?*

Das ist sehr relativ. Die Erfahrung zeigt, dass wenn gedroht wird, zwei Dinge geschehen können: Das weit häufigste ist, dass es einfach gemacht wird, um die Leute einzuschüchtern und ihren Widerstand gegen die Drohung zu testen. Die zweite ist, dass jemand umgebracht werden soll. Da kann derjenige machen, was er will - sie bringen ihn um, wenn sie wollen.

*Können Sie beschreiben, wie Sie ihre Aufgabe als Ombudsmann sehen?*

Die übliche Konzeption ist: Der Leser beschwert sich bei der Zeitung, repräsentiert durch den Ombudsmann. Der Ombudsmann nimmt die Interessen der Zeitung und des Lesers *gegenüber* dem Journalisten wahr. Der Journalist wird dadurch erdrückt, das ist komplett negativ. Meine Konzeption, die ich vorgeschlagen habe, als man mich gefragt hat, ob ich diese Aufgabe übernehmen will, ist folgende: Ich verteidige zuerst den Journalisten, nämlich seine Glaubwürdigkeit. Das mache ich mit jedem Journalisten. Das ist eine pädagogische Aufgabe, sie zu überzeugen: Ihr wichtigstes Kapital ist ihre Glaubwürdigkeit, nicht die Journalistenpreise. Und dieses Kapital muss verteidigt werden. Wenn die Journalisten über dieses Kapital verfügen, dann stärken sie damit die Zeitung. Und wenn die Glaubwürdigkeit der Zeitung gestärkt wird, dann bietet sie dem Leser das beste, was sie geben kann: Nachrichten, denen er glauben kann. Meine Arbeit hat zwei Aspekte: Zum einen arbeite ich pädagogisch mit den Journalisten. Zum anderen arbeite ich mit den Lesern, zum Beispiel über meine Kolumne. Wenn der Leser über die Arbeit der Journalisten und mit den Journalisten erfährt, wenn er merkt, dass die Zeitung mehr Wert darauf legt, ihre Glaubwürdigkeit zu stärken als ihre Auflage, dann wird er sich auch stärker an die Zeitung gebunden fühlen.

*Wie sieht Ihre Arbeit konkret aus?*

Wenn eine Beschwerde kommt, dann diskutiere ich den Konflikt zunächst mit dem Journalisten. Ich informiere mich über das, was publiziert wurde, welche

Argumente die beschwerdeführende Person hat, und mit diesem Wissen setze ich mich mit dem Journalisten zusammen. Der Journalist legt mir seine Beweggründe und Argumente dar und gemeinsam überlegen wir eine Lösungsformel, in anderen Fällen schlägt er eine Antwort vor, und die wird dann dem Leser präsentiert. Vorher informiere ich mich darüber, ob der Journalist tatsächlich die Möglichkeit hatte, alles zu präsentieren, was er hatte, die Fundamente seiner Information. Zweitens, ob der Journalist vielleicht in seiner Recherche oder Darstellung Fehler gemacht hat. Und dann wird entschieden, wie geantwortet wird: In einem persönlichen Brief an den Leser, mit einer Richtigstellung in der Zeitung oder ich kommentiere das Thema in meiner Sonntagskolumne.

### ***Gabriel Jaime Pérez S.J.***

Gabriel Jaime Pérez S.J. ist Dekan der Fakultät für *Comunicación Social* an der Pontificia Universidad Javeriana in Bogotá. Er hat Studien in *Comunicación Social*, Philosophie und Theologie abgeschlossen.

### ***Inwieweit spielt das Thema Pressefreiheit bei der Journalistenausbildung an der Universidad Javeriana eine Rolle?***

Das Thema Pressefreiheit behandeln wir generell laut Studienplan im Studiengang *Comunicación Social*, besonders im Schwerpunkt Journalismus. Es spielt auch eine Rolle, wenn es um Ethik im allgemeinen und um journalistische Ethik geht. Ich habe selbst Seminare dazu angeboten. Für mich ist das Thema der Pressefreiheit in einem größeren Kontext zu sehen, es ist nur ein Teilaspekt des Rechts auf Kommunikation. Das wiederum ist nur ein Teil des sehr viel weiter gefassten Rechts auf freie Meinungsäußerung. Pressefreiheit ist also nur ein Teil des Rechts eines jeden, ordnungsgemäß informiert zu werden: wahr, unparteiisch, angemessen. In diesem sehr weit gefassten Kontext behandeln wir das Thema hier.

### ***Und die Verantwortung des Journalisten?***

Diese Freiheit ist mit einer sozialen Verantwortung verbunden. Die Freiheit der Medien ist nicht absolut, ebenso wie die Freiheit des Menschen nicht absolut ist. Es ist eine relative Freiheit. Der Journalist und die Medien sind der Gesellschaft und der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich. Sie sind sozial und legal verantwortlich für die Konsequenzen, die sich aus der Ausübung ihrer Freiheit ergeben. Die Richtigstellung, das Recht auf Gegendarstellung. Aber in erster Linie geht es um eine soziale Verantwortung. Die impliziert eine Selbstregulierung, die aber keine Selbstzensur ist. Das sind zwei verschiedene Dinge.

*Warum gibt es in Kolumbien keine Gremien, die diese Selbstregulierung übernehmen?*

Es gibt sie, aber sie funktionieren nicht so, wie sie sollen. Es gibt zu viele Interessen in den Journalistengremien, zumindest in denen, die ich kenne. Widersprechende Interessen, weil die Journalisten sich die Interessen ihrer Arbeitgeber, der verschiedenen Wirtschaftsgruppen, zu eigen machen. Das tun sie, um nicht ihre Anstellung zu verlieren. Oder sie versuchen über den Verband Vorteile vom Staat zu bekommen und verlieren so ihre Unabhängigkeit. Es müsste eigentlich Ethik-Tribunale geben, und in der Tat gab es ja solche Versuche. Der *Círculo de Periodistas de Bogotá* hatte in seinen besseren Zeiten eine solche Einrichtung, als María Teresa Herrán und Javier Darío Restrepo dieses Gremium geleitet haben. Damals entstand der Ethik-Kodex des CPB. Danach hat sich der CPB anders orientiert und María Teresa und Javier sind ausgetreten, weil sie diese Änderungen nicht für gut hielten. Der CPB hat danach versucht, mit den verschiedenen Regierungen zu verhandeln, um bestimmte Vorteile für sich und seine Mitglieder zu bekommen. Dadurch hat er seine Unabhängigkeit verloren. Ich denke, nicht nur die Verbände, sondern auch jedes einzelne Medium sollte sich selbst regulieren. Und sollte seine eigene Selbstregulierung öffentlich machen.

*Durch einen Ombudsmann?*

Zum Beispiel. Das ist im Moment eine sehr starke Bewegung, die aus den USA hierher kommt. Die *Comisión Nacional de Televisión* - bei aller Kritik, die man an ihr üben kann - fordert, dass jedes Medium seine Mechanismen der Selbstregulierung öffentlich macht. Es geht nicht darum, die Medien von außen zu regulieren, weil das ganz leicht in Zensur enden kann. Es geht darum, dass die Medien sich selbst solche Mechanismen geben und sie für ihre Leser oder Zuschauer durchschaubar machen. Leider ist das in den meisten Fällen noch nicht umgesetzt. *Asomédios*, ein Zusammenschluss privater Hörfunk- und Fernsehanbieter, hat seit fünf Jahren einen solchen Kodex zur Selbstregulierung. Auch die *Asociación Nacional de Anunciantes*, ANDA, hat sich einen Kodex gegeben. Jede Redaktion, jeder Radiosender sollte seinen Kodex zur Selbstregulation haben und veröffentlichen. Das sind sie der Gemeinschaft schuldig, damit die Gemeinschaft ihre Medien kontrollieren kann und ihre Rechte einfordern kann.

*Wie beurteilen Sie die kolumbianische Gesetzgebung - ist die Pressefreiheit garantiert?*

Theoretisch ja. Unter den vergangenen Regierungen hat es Restriktionen der Pressefreiheit gegeben. Es gab mehr oder weniger stillschweigende Formen der Zensur. Zum Beispiel wurden bei der letzten Vergabe von Fernsehlicenzen



einigen Medien die Verträge nicht verlängert, die sich kritisch über die Regierung Samper geäußert hatten. Da wurde einfach die Gelegenheit genutzt und ihnen die Sendeplätze gestrichen. Unter den letzten drei Regierung war die Pressefreiheit nicht effektiv garantiert.

Eine andere Seite: In den Gegenden mit Problemen der öffentlichen Ordnung hat ein Journalist nicht den nötigen Schutz, nicht die Bedingungen, die eine freie Information möglich machen. Die Armee schüchtert Journalisten ein. Zum Beispiel: In der Provinz Caquetá wurde ein Kameramann von Soldaten geschlagen, als er eine Demonstration filmte. Von Seiten der staatlichen Institutionen ist die Pressefreiheit nicht garantiert.

*Die Normen und Gesetze werden also systematisch missachtet?*

Dies ist ein Land der geschriebenen Gesetze, die aber nicht erfüllt werden. Die Verfassung von 1991 ist wohl eine der ausführlichsten der ganzen Welt. Wunderschön. Aber in vielen Aspekten wird sie einfach nicht erfüllt. Die Gesetze sind dazu da, um gebrochen zu werden. Das denken hier viele: Ich möchte die Gesetze kennen, um sie zu brechen. Das ist Teil der Kultur.

*Aber es gibt gesetzliche Restriktionen, die die Berichterstattung zum Beispiel über die Guerilla erschweren können?*

Da gibt es zum Beispiel die Bestimmungen der CNTV über Gewalt und Sex. Die CNTV ist laut Verfassung dazu da, das Fernsehen zu kontrollieren und im Rahmen dessen, haben sie unter anderem diese Bestimmungen herausgebracht. Darin wird gesagt, dass Terroristen oder Menschen, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen, nicht in einer Weise interviewt werden dürfen, dass sie Propaganda machen für ihre gewalttätigen Aktionen. Daneben gibt es Regulierungen, die die Presse in Zeiten des Ausnahmezustands beschränken. Ganz offensichtlich ist es eine Einschränkung der Pressefreiheit, wenn man die Beteiligten in einem Konflikt nicht interviewen kann. Ich denke, es muss erlaubt sein, jeden Beteiligten zu interviewen - Militärs, Guerilleros, Paramilitärs, alle Bürger. Das Problem ist, dass das Medium aufpassen muss, nach seinen Interessen die Meinung eines Militärs, Paramilitärs oder Guerilleros zu manipulieren.

*Inwieweit beeinträchtigt die wirtschaftliche Konzentration in den Medien die Pressefreiheit?*

In Kolumbien gibt es keine Monopole, das wäre ein einziger Anbieter, quasi eine Diktatur. Aber es gibt sehr starke Oligopole, die - wenn sie sich vereinigen - irgendwann zu einem Monopol werden. Es gibt die beiden großen Gruppen *Santo Domingo* und *Ardila Lülle*, die im Medienbereich investieren. Das Problem, das ich sehe, ist, dass sie nicht nur Medien-Oligopole sind, sondern außerdem eine ganze Menge anderer Firmen haben - Industrie,



Finanzen, oder andere - für die die Medien Werbe-Vitrinen sind. Wenn also eine Information die Werbung einer dieser Firmen beeinträchtigen könnte, dann kommt die Selbstzensur. Und das betrifft dann direkt die Pressefreiheit.

*Ist das eine Selbstzensur der Journalisten oder gibt es auch Druck von oben?*

Beides, glaube ich. Ich bin davon überzeugt, dass es Mechanismen gibt, um ein Medium, dass gegen die Interessen einer Firma verstößt, zum Schweigen zu bringen. Logisch, dass es so etwas gibt. Entweder es sagt jemand bei bestimmten Themen: Vorsicht! Oder die Medien selbst sind sich dessen bewusst. Vor einigen Jahren gab es Versuche der Gruppe *Grancolombiano* und der ANDI, Werbeboykotte zu initiieren gegen Medien, die kritisch berichteten. Diese Versuche wurden zwar bald nach harten Diskussionen wieder eingestellt, doch es hat sie gegeben.

*Warum gibt es keine aktuellen Studien zu dem Thema der wirtschaftlichen Konzentration?*

Es gibt die Studie von María Teresa Herrán von 1991. Die soll aktualisiert werden. Aber es stimmt: Die Forschungen im Bereich der Kommunikationswissenschaft sind im Vergleich zu den kritischen Ansätzen in den 60ern und 70er ein wenig "light" geworden. Es fehlt die kritische Perspektive.

**Ignacio Gómez G.**

Ignacio Gómez, 37 Jahre, arbeitet seit 1982 als Journalist. Nach verschiedenen anderen Studien hat er *Comunicación Social* studiert und abgeschlossen. Er ist Leiter des Investigativ-Ressorts der Tageszeitung *El Espectador*. Er ist im Vorstand der *Fundación para la Libertad de Prensa*.

*Wie beurteilst Du die kolumbianische Gesetzgebung in Bezug auf den Journalismus und die Journalisten - ist die Pressefreiheit garantiert, zumindest theoretisch?*

Ich glaube, es gibt einige Mängel in der Philosophie der Normen. Es gibt keine politische Klarheit über das Thema, über die Wichtigkeit der Meinungsfreiheit, das Recht auf Informationen, über die Rolle des Journalisten in der Gesellschaft. Und diese Mängel im Bewusstsein spiegeln sich in den Gesetzen. Das Problem liegt in der Politik, nicht in den Gesetzen. Gut, es gibt die Gesetze. Und wenn sie angewendet werden würden - um so besser. Doch es fehlt an dem Bewusstsein, an der Philosophie, was Pressefreiheit bedeutet.

*Welche Mängel siehst Du in der Gesetzgebung?*

Nach der Einführung der neuen Verfassung 1991 hat sich allmählich das Recht auf Zugang zu Informationen reduziert, durch die Privatisierung vieler Aktivitäten, die vorher in den Händen des Staates lagen. Durch den Schutz der

Beteiligten wird die Recherche schwieriger, es sind bestimmte Informationen nicht mehr zugänglich. Zum Beispiel über laufende Verfahren, über die Aktivitäten von Firmen, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, über die Entwicklung der Investitionen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen.

*Und wie verhalten sich die Behörden? Geben sie die Informationen, die sie geben müssten?*

Nein. Die Behörden sehen sich als Eigentümer ihrer Dokumente an und haben keine Vorstellung davon, was öffentliche Dokumente sind. Sie zeigen sie einfach nicht, weil sie glauben, sie seien privat oder persönlich und man bräuchte schon eine Anweisung von oben, um sie rauszugeben. Und das ist erstens nicht legal und zweitens nicht gerecht.

*Gibt es Unterschiede zwischen zivilen und militärischen Behörden?*

Ja. Die Vorstellungen der Militärs von öffentlicher Information, zum Beispiel über Waffen oder über Öffentlichkeitsarbeit, um Leute zu überzeugen, sind von einer anderen Welt.

*Abgesehen von der generellen Informationsverweigerung - welche Formen der Beeinflussung der Journalisten üben die Behörden noch aus?*

Von ihrer Machtbasis aus haben sie viele Möglichkeiten. Die Militärs zum Beispiel haben ihren Leuten verboten, mit bestimmten Journalisten zu sprechen. Das ist absurd. Darüber hinaus werden die Informationen heute in Nachrichtenfabriken vorproduziert, wo sich die Leute darüber Gedanken machen, wie sie bestimmte Informationen verbreiten, um ein bestimmtes Ziel damit zu erreichen. Das widerspricht der Idee der Nachricht, der Information. Das gibt es im Öffentlichkeitsreferat des *Palacio de Nariño* genauso wie in der Öffentlichkeitsarbeit lokaler Bürgerinitiativen in den Stadtteilen. Die Journalisten sind sich dieses Problems nicht bewusst, weil sie nicht wissen, was Journalismus eigentlich bedeutet, die Funktion des Journalisten. Dagegen gibt es auch keinen Widerstand in den Medien. Man bleibt einfach im Status der Desinformation.

*Warum?*

Weil das Geschäft der Medien heute nicht die Wahrheit ist. Es ist die Information, es geht darum, mit der Nachricht Aufmerksamkeit zu erregen, mehr nicht. Aber das ist kein spezifisches Problem hier in Kolumbien, das gibt es auch in anderen Ländern. Warum zum Beispiel gibt es in Europa keine Recherchen über die Waffenhersteller?

*Wie beurteilst Du die wirtschaftliche Konzentration in den Medien hier in Kolumbien?*

Gut, das ist heute eine Realität. Um ein Medium zu produzieren, braucht man sehr viel Geld. Und es sind nun mal die großen Finanzgruppen die viel Geld haben, und damit bald Eigentümer von allem sind. Bisher gibt es wohl noch kein Medium, das allein vom Verkauf seiner Nachrichten leben könnte, es ist immer auch Sensationsmache dabei. Reine Information als Angebot am Markt hat sich bislang nicht durchgesetzt.

*Die Wirtschaftsgruppen haben hier Interessen nicht nur im Medienbereich, sondern zugleich auf vielen anderen Feldern. Wie wirkt sich das auf die journalistische Arbeit aus?*

Das führt zu einer Selbstzensur. Das merkt man im Radio recht deutlich, wo es einen Streit um die kolumbianischen Fluggesellschaften gibt. Die eine Gruppe hat das Monopol auf dem Sektor und die andere aber auch Interessen. Die Information wird dann als Munition gegen die andere Gruppe genutzt, und der Journalist in einen Kämpfer für die Interessen der eigenen Gruppe verwandelt.

*Geht das über direkten Druck?*

Nein, sehr subtil. Das ist Selbstzensur.

*Wie sieht es beim Espectador aus, der jetzt Teil der Gruppe Santo Domingo ist?*

Ich glaube, auch hier gibt es Selbstzensur. Die Journalisten sind sich bewusst, dass sie bestimmte Themen nicht anfassen dürfen.

*Betrifft das vor allem den Wirtschaftsteil? Oder auch den Politikteil?*

Das betrifft alle Ressorts. Das Gefühl in der Redaktion ist, dass man sich assimiliert hat.

*Welche der Gruppen im bewaffneten Konflikt übt die größte Bedrohung für die Journalisten aus - Guerilla, Paramilitärs, Narcotráfico?*

Nein, ich glaube, die politische Korruption ist das schlimmste. Die heikelsten Themen, die Themen, die am meisten Tote verursacht haben, sind diejenigen, die mit der politischen Korruption zu tun haben. Auch von sehr kleinen Gruppen, auf lokaler Ebene. Auf politischer Ebene ist die schlimmste Bedrohung für die Journalisten die Straflosigkeit. Einen Journalisten zu töten ist wie eine Kuh zu töten. Niemand wird sich beschweren, niemand wird der Sache nachgehen, der Täter bleibt straflos.

*Welche Unterschiede gibt es zwischen der journalistischen Arbeit hier in Bogotá und draußen in den Provinzen?*

Hier in Bogotá sind wir in einem neutralen Raum. Der Journalist in den Provinzen muss sich zwischen den Fronten bewegen: Guerilla, Paramilitärs,

Armee. Da sind die direkten Bedrohungen stärker als die Bedrohungen durch die politische Korruption. Ich kann hier etwas über einen Senator aufdecken und der wird nur schwer rausfinden, wo ich wohne. Aber von einem Kollegen in Montería zum Beispiel hat er die Adresse, kann mit ihm sprechen, um ihn entweder zu bestechen oder mit dem Tod zu bedrohen.

*Hast Du persönlich Bedrohungen erlebt?*

Von Seiten des Narcotráfico bin ich mehrfach bedroht worden, sie haben mich verfolgt - physisch, auf der Straße. Der Pressechef der Armee hat mich mit dem Tod bedroht. Die Armee hat mir eine Zeitlang keine Informationen gegeben. Eine häufig angewandte Methode ist auch, Journalisten zu beleidigen, sie öffentlich anzuklagen. Mich haben sie beschuldigt, Marihuana zu rauchen. Deshalb seien meine Informationen nicht glaubwürdig. Oder juristische Verfahren. Ich bin von verschiedenen Seiten - vom Narcotráfico und korrupten Politikern - wegen Verleumdung und Beleidigung verklagt worden, insgesamt sechs Prozesse, in allen wurde ich freigesprochen. Und es gab mehrere einstweilige Verfügungen auf das Recht auf Widerrede.

*Sollen diese Prozesse einschüchtern?*

Klar. Und sie machen solche Prozesse öffentlich, in drohendem Ton.

*Du bist auch mal von einem Senator angefeindet worden. Was ist passiert?*

Ja, er hat mir erklärt, dass er seine Ehre verteidigen werde, wie er mir zu verstehen gab in der Form, dass er mich umbringen könnte. Was er dann tatsächlich gemacht hat war, mir öffentlich vorzuwerfen, dass ich Drogen nehmen würde und eine Klage einzureichen, die dann gescheitert ist. Zur Zeit ist der Mann wegen Drogenhandels im Gefängnis.

*Wie siehst Du die Hierarchie in der Redaktion? Gibt es Druck, bestimmte Themen zu vermeiden?*

Beim "alten" *Espectador* war es freier, es gab mehr Offenheit, zu machen, was man wollte. Es gab nicht ganz so viel Besorgnis der Hierarchie in Bezug auf das Material. Die Sorge der Ressortleiter, die Themen rechtfertigen zu müssen, hat zugenommen. Das Problem der Ressortleiter ist, dass sie lieber das publizieren, was sie für richtig halten als das, was der Journalist anbietet. Das nimmt dem Journalisten die Motivation, weil er anfängt, nur noch das zu tun, was der Ressortleiter von ihm verlangt, was nur diesen interessiert.

*Warum gibt es keine starken Journalistengremien in Kolumbien?*

Zum einen wegen der starken wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen den Medien. Zum anderen wegen der Politisierung der Medien, die alle irgendeiner Richtung - rechts, links, Mitte - zuzuordnen sind. Das führt zu Streitigkeiten.

Und wegen der Korruption innerhalb der Gremien. Im übrigen steht der Charakter der Kolumbianer dagegen, der Kolumbianer ist Individualist.

*Was steckt hinter der Fundación para la Libertad de Prensa?*

Kolumbien ist traditionell eines der Länder, in dem die meisten Journalisten umgebracht werden. Deshalb haben wir die *Fundación* gegründet. Sie soll ein Bewusstsein dafür schaffen, was Meinungsfreiheit bedeutet. Das bezieht sich nicht nur auf die Journalisten, sondern auf alle Bürger. Auf ihr Recht, ihre Meinung frei zu äußern, Informationen frei zu bekommen.

*Was konkret macht die Fundación?*

Die Idee ist, einen Tag der Meinungsfreiheit einzuführen, um der ganzen Gesellschaft klar zu machen, was Meinungsfreiheit bedeutet. Das Bewusstsein dafür also zu stärken, und darüber zu informieren, wie die Meinungsfreiheit in diesem Land in Gefahr gebracht wird: Durch die Morde an Journalisten, durch die Verweigerung des Rechts auf Information, durch die wirtschaftliche Konzentration im Mediensektor. Der Tag soll eine Debatte darüber initiieren.

*Wollt ihr mit anderen Organisationen auf diesem Gebiet zusammenarbeiten?*

Zur Zeit arbeiten wir an einem Abkommen mit *Freedom Forum* zusammen. Bald sollen Kontakte mit dem Beauftragten für Pressefreiheit der Organisation Amerikanischer Staaten aufgenommen werden, um ein Informationsnetz hier aufzubauen. Wir werden für IFEX Informationen liefern und stehen in Kontakt mit dem *Committee to Protect Journalists* und Reporter ohne Grenzen. Wir wollen also in den internationalen Kreis eintreten, der sich mit dem Thema beschäftigt.

*Wie wichtig ist die internationale Zusammenarbeit?*

Die kann uns helfen, insbesondere bei den Behörden das Bewusstsein für das Thema zu schaffen. Vielleicht widmen sie dem Thema mehr Aufmerksamkeit, wenn internationale Organisationen sich einschalten. Sie sind aber keine schnelle und einfache Lösung, denn in ihren eigenen Ländern gibt es schließlich auch Verstöße gegen die Pressefreiheit.

*Warum ist denn in Kolumbien die Situation im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern komplizierter?*

Das hängt mit der Geschichte der Kriege zusammen. Der Krieg gegen die Guerilla, der Krieg gegen den Drogenhandel, der Krieg gegen die Paramilitärs - jedesmal ist ein Stück Freiheit der Presse verlorengegangen und keiner ist sich dessen bewusst geworden.

*Über diesen Krieg oder den Friedensprozess kann kaum objektiv berichtet werden. Lassen sich die Journalisten manchmal auch benutzen von den Beteiligten?*

Der Friedensprozess ist kein Problem, darüber geben alle Beteiligte gerne Auskunft. Das gehört zu ihrer Propaganda. Das Problem ist der Krieg. Da versuchen viele, Informationen zu verbergen. Und die Journalisten berichten oft nur über eine Seite. Da gibt es ein Ungleichgewicht. Es wird zu oft nur auf offizielle Quellen zurückgegriffen. Oder aus Angst vor den Reaktionen irgendeiner Seite werden Informationen unterdrückt. Es ist in der Tat ein überaus großes Problem, objektive und ausgewogene Informationen zu bekommen. Und es ist sehr schwierig und gefährlich, in die Konfliktzonen zu gehen, um selbst zu sehen, was passiert ist.

### **6.3 Abkürzungen**

**AFACOM**

Asociación de Facultades de Comunicación Social

**ANAPO**

Alianza Nacional Popular

**ANDA**

Asociación Nacional de Anunciantes

**ANDI**

Asociación Nacional de Industriales

**Caracol**

Cadena Radial Colombiana

**CINEP**

Centro de Información y Educación Popular

**CNP**

Colegio Nacional de Periodistas

**CNTV**

Comisión Nacional de Televisión

**CODHES**

Consultoría para los Derechos Humanos y para el Desplazamiento

**CPB**

Círculo de Periodistas de Bogotá

**CPJ**

Committee to Protect Journalists

**ELN**

Ejército de Liberación Nacional

EPL

Ejército Popular de Liberación

FARC

Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia

FELAFACS

Federación Latinoamericana de Facultades de Comunicación Social

IFEX

International Freedom of Expression Exchange Clearing House

IPI

International Press Institute

M-19

Movimiento 19 de Abril

MAS

Muerte a secuestradores

RCN

Radio Cadena Nacional

RSF

Reporters sans frontières

SIP

Sociedad Interamericana de Prensa

UP

Unión Patriótica

## **6.4 Glossar**

acción de tutela

Rechtsinstrument zur Durchsetzung von Grundrechten

Caudillo

populistischer, oft charismatischer politischer Führer

impunidad

Straflosigkeit

Narcotráfico

bezeichnet den Drogenhandelskomplex

orden público

Öffentliche Ordnung - bezeichnet im Journalismus die Themenkomplexe Bürgerkrieg und Kriminalität

pájaros

wörtlich: Vögel; Bezeichnung für konservative paramilitärische Gruppen in der Phase der *violencia*

paras

kurz für *paramilitares* = Paramilitärs

Proceso 8.000

der Ermittlungsprozess gegen Ex-Präsident Samper und seine Mitarbeiter wegen Drogengeldern in der Wahlkampfkasse; steht oft als Synonym für den ganzen damit verbundenen Skandalkomplex

tarjeta profesional

Berufsausweis für Journalisten

violencia

Gewalt; in Kolumbien auch Bezeichnung für die Bürgerkriegsepoche nach dem Mord an Jorge Eliécer Gaitán



## 7. Bibliographie

- Abel, Christopher; Marcos Palacios. 1991<sup>1</sup>. Colombia since 1958. In: Leslie Bethell (Hg.). *The Cambridge History of Latin America. VIII: Latin America since 1930: Spanish South America*. Cambridge u.a., 629-686.
- ; Marcos Palacios. 1991<sup>2</sup>. Colombia, 1930-58. In: Leslie Bethell (Hg.). *The Cambridge History of Latin America. VIII: Latin America since 1930: Spanish South America*. Cambridge u.a., 587-627.
- AFACOM. 1998. *Planteamiento de AFACOM sobre la reglamentación del ejercicio profesional del periodismo*. Bogotá (unveröffentlichtes Manuskript) (3.11.98).
- Akahan-Majid, Roya. 1994. An Adversary Press? Questionnaire Wording and Editor's Perceptions. In: *Mass Communication Review* 21, H. 3-4, 250-258.
- Alape, Arturo. 1997. *El Bogotazo*. Bogotá.
- Alisky, Marvin. 1981. *Latin American Media: Guidance and Censorship*. Ames/Iowa.
- Altmann, Werner; Thomas Fischer; Klaus Zimmermann (Hg.). 1997. *Kolumbien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt.
- Ambos, Kai: Drogenhandel in Kolumbien. 1997. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 331-352.
- Amnesty International. 1990-1998. *Jahresberichte 1990-1998*. Frankfurt.
- Anzola, Patricia. 1988. *Hacia un diagnóstico de la comunicación social en Colombia*. Bogotá.
- Atwood, Rita; Emile G. McAnany (Hg.). 1986<sup>1</sup>. *Communication and Latin American Society. Trends in Critical Research, 1960-1985*. London.
- . 1986<sup>2</sup>. Assessing Critical Mass Communication: Scholarship in the Americas: The Relationship of Theory and Praxis. In: Rita Atwood/Emile G. McAnany (Hg.). *Communication and Latin American Society. Trends in Critical Research, 1960-1985*. London, 11-27.
- Banco de Datos de Derechos Humanos y Violencia Política. 1998. *Noche y Niebla. Separata Especial: Balance 1997*. Bogotá.
- Barbero, Jesús Martín; Germán Rey. 1997. El periodismo en Colombia: de los oficios y los medios. In: *Signo y Pensamiento* 30, 13-30.
- . 1997<sup>2</sup>. (Conversación con Jesús Martín Barbero) Las facultades de comunicación no pueden renunciar a un proyecto de país. In: *Signo y Pensamiento* 31,

- Bejarano Ávila, Jesús Antonio (Hg.). 1997. *Colombia: Inseguridad, Violencia y Desempeño Económico en las Áreas Rurales*. Bogotá.
- Beltrán S., Luis Ramiro. 1993. Massenmedien in Lateinamerika: Spiegelbild einer ungerechten Gesellschaft. In: *Rundfunk und Fernsehen* 1/1980, Jg. 28, 21-39.
- Bentle, Günter. 1993. Krieg: Journalismus und Wahrheit. In: Heinz Bonfadelli/ Werner A. Meier (Hg.). *Krieg, Aids, Katastrophen. Gegenwartsprobleme als Herausforderung der Publizistikwissenschaft*. Konstanz, 121-147.
- Bergquist, Charles W. (Hg.). 1992<sup>1</sup>. *Violence in Colombia: The Contemporary Crisis in Historical Perspective*. Wilmington/Delaware.
- . 1992<sup>2</sup>. The Labor Movement (1930-1946) and the Origins of the Violence. In: Ders. (Hg.). *Violence in Colombia: The Contemporary Crisis in Historical Perspective*. Wilmington/Delaware.
- Bermudez, Jaime. 1997. Los medios de comunicación en la formación de opinión pública: multiplicadores del silencio. In: Omar Rincón u.a. (Hg.). *Opinión pública: Encuestas y medios de comunicación*. Bogotá, 41-54.
- Bethell, Leslie (Hg.). 1991. *The Cambridge History of Latin America. Vol. VIII: Latin America since 1930: Spanish South America*. Cambridge u.a.
- Boyd, Stephanie. 1998. Silencing the Pen. In: *Latinamerica Press* 46, 3.
- Breunig, Christian. 1994. *Kommunikationsfreiheiten: ein internationaler Vergleich*. Konstanz.
- Buenahora Febres-Cordero, Jaime. <sup>2</sup>1997. *La democracia en Colombia. Un proyecto en construcción*. Bogotá.
- Buitrago López, Elker. 1996. *Manual jurídico de las comunicaciones*. Bogotá.
- Bullat, Mauricio. 1998. ¡El periodismo vive! In: *Notas en trazos* 6, 13.
- Bushnell, David. 1992. Politics and Violence in Nineteenth-Century Colombia. In: Charles W. Bergquist (Hg.). *Violence in Colombia. The Contemporary Crisis in Historical Perspective*. Wilmington/Delaware, 11-30.
- Bushnell, David. 1993. *The Making of Modern Colombia: A Nation in Spite of Itself*. Berkeley.
- Caballero, Antonio. 1996. Columna. In: *Semana* 745 (13.8.1996).
- Cacua Prada, Antonio. 1968. *Historia del periodismo colombiano*. Bogotá.
- Cañón M., Luis. <sup>11</sup>1997. *El patrón. Vida y muerte de Pablo Escobar*. Bogotá.

- . 1998. *La crisis. Cuatro años a bordo del gobierno de Samper*. Bogotá.
- Castillo, Fabio. 1987. *Los jinetes de la cocaína*. Bogotá.
- Cepeda, Manuel José. 1998. Democracy, State and Society in the 1991 Constitution: The Role of the Constitutional Court. In: Eduardo Posada-Carbó (Hg.). *Colombia: The Politics of Reforming the State*. Basingstoke u. a., 71-95.
- Círculo de Periodistas de Bogotá. 1987. El ejercicio del periodismo en Colombia. In: *Gazeta* 44 (April-Mai), 11, 6-43.
- . <sup>2</sup>1995. Código de Ética del CPB. In: María Teresa Herrán/Javier Darío Restrepo. *Ética para periodistas*. Bogotá, 331-336.
- CNTV. 1997. *Acuerdo 017 (Abril 3 de 1997) Por el cual se reglamentan los contenidos de violencia y sexo en los programas de televisión y se dictan otras disposiciones*. Bogotá.
- Cohen, Alvin (Hg.). 1992. *The Colombian Economy: Issues of Trade and Development*. Boulder u. a.
- Comisión Colombiana de Juristas. 1998. Evolución de la situación de derechos humanos y violencia sociopolítica en Colombia 1970-1997. In: *Utopías* 58 (September), Jg. 6, 38.
- Commichau, Gerhard (Hg.). <sup>5</sup>1972. *Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart*. Göttingen, Zürich.
- Committee to Protect Journalists. 1998. Report 1995. In: <http://www.cpj.org> (10.11.98).
- Conservatismo Colombiano (Hg.). 1997. *Libertad de Prensa en Colombia*. Bogotá.
- Conversación con Jesús Martín Barbero. 1997. Las facultades de comunicación no pueden renunciar a un proyecto de país. In: *Signo y Pensamiento* 31, 51-62.
- Corte Constitucional. 1998. Sentencia No. C-087/98. In: Universidad de Antioquia (Hg.). *Alma Mater. Colección de Documentos No. 1*. Medellín, 3-28.
- Darling, Juanita. 1999. Colombia: Road gets Rougher. In: <http://www.freemedia.at/1Qmexico.htm> (18.12.99).
- Davis, Robert H. 1990. *Colombia*. Oxford u. a. (World Bibliographical Series 112).
- Day, Laurence. 1968. The Latin American Journalist: A Tentative Profile. In: *Journalism Quarterly* 45, 3, 509-515.

- Daza Hernández, Gladys (Hg.). 1998. *¿Participación social en los medios masivos? Canales regionales y sociedades urbanas*. Medellín.
- Daza Molina, Romelio Elias. 1997. *Los medios de comunicación ante el nuevo Derecho Colombiano*. Bogotá.
- Díaz Uribe, Eduardo. 1986. *El clientelismo en Colombia*. Bogotá.
- Donsbach, Wolfgang; Bettina Klett. 1993. Subjective Objectivity. How Journalists in four Countries Define a Key Term of their Profession. In: *Gazette* 51, 53-83.
- Drekonja-Kornat, Gerhard. 1980. "alternativa": Tod einer Zeitschrift. In: *Medium* 6, Jg 10, 37f.
- Economía y Publicidad. 1995. In: *Anda* 2 (Apr.-Juli) Jg. 2, 22-24.
- El Tiempo. 1995. *Manual de redacción*. Bogotá.
- Esser, Frank. 1998. *Die Kräfte hinter den Schlagzeilen. Englischer und deutscher Journalismus im Vergleich*. Freiburg, München.
- Ferro, Juan Alberto. Dez. 1996-März 97. Batalla por la supervivencia. In: *Anda* 8, Jg. 4, 42-47.
- Filgueira, Carlos H.; Dieter Nohlen. 1994. La prensa en los procesos de transición en Europa y América Latina. In: Dies. (Hg.). *Prensa y transición democrática. Experiencias recientes en Europa y América Latina*. Frankfurt, Madrid, 10-40.
- Fischer, Thomas. 1998. Krieg und Frieden in Kolumbien. In: Heinrich W. Krumwiede/Peter Waldmann (Hg.). *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*. Baden-Baden, 294-323.
- Fox, Elizabeth (Hg.). 1988<sup>1</sup>. *Media and Politics in Latin America*. London.
- ; Anzola, Patricia. 1988<sup>2</sup>. Politics and Regional Television in Colombia. In: ed. (Hg.). *Media and Politics in Latin America*. London, 82-92.
- Frias Rincón, Amilde. 1998. Menos estudiantes en comunicación. In: *El Tiempo* (2.6.98), 2A.
- Funk, Matthias. 1997. Eine Legende steht zum Verkauf. In: *tageszeitung* (28.10.97), 18.
- Fundación para la Libertad de Prensa. 1996<sup>1</sup>. *Estatuto* (unveröffentlicht). Bogotá.
- . 1996<sup>2</sup>. *Nace la Fundación para la Libertad de Prensa en Colombia*. Boletín de Prensa (15.2.96).
- . 1998<sup>1</sup>. *Plan de acción* (unveröffentlicht). Bogotá.

- . 1998<sup>2</sup>. *Presentación* (unveröffentlicht). Bogotá.
- . 1999<sup>1</sup>. *Guía para la defensa de la Libertad de Expresión*. Bogotá.
- . 1999<sup>2</sup>. *Informe 1998*. Bogotá.
- Gabbert, Karin u.a. (Hg.). 1998. *Die Macht und die Herrlichkeit. Lateinamerika. Analysen und Berichte* 22. Unkel/Rhein, Bad Honnef.
- García Márquez, Gabriel. 1996<sup>1</sup>. *Noticia de un Secuestro*. Santafé de Bogotá.
- . 1996<sup>2</sup>. El mejor oficio del mundo. In: *El País* (20.10.96).
- García, María Eugenia. 1997. Proceso 8.000 y prensa colombiana: algunos apuntes, algunos momentos. In: Omar Rincón u.a. (Hg.). *Opinión pública: Encuestas y medios de comunicación*. Bogotá, 15-40.
- Gómez, Ignacio; Peter Schumacher. 1997. *Der Agent und sein Minister. Mauss und Schmidbauer in geheimer Mission*. Berlin.
- Gómez, Luis Carlos. 1998. No cualquiera puede ser periodista. In: *El Tiempo* (22.3.98), 3A.
- González, Fernán E. u.a. (Hg.). 1997. *Violencia en la Region Andina. El caso Colombia*. Bogotá.
- Gross, Liza. 1995. *Handbook of Leftist Guerrilla Groups in Latin America and the Caribbean*. Boulder u.a.
- Gutierrez, John. 1998. En juego el sigilo del periodista. In: *El Tiempo* (18.3.98), 6A.
- Heinz, Wolfgang S. 1989. *Guerrillas, Friedensprozeß und politische Gewalt in Kolumbien (1980-1988)*. Hamburg (Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation, Beiheft 6).
- . 1997. Die kolumbianische Verfassung. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 137-147.
- Helg, Aline. 1996. Kolumbien. In: Walther L. Bernecker/Hans Werner Tobler (Hg.). *Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Bd. 3: Lateinamerika im 20. Jahrhundert*. Stuttgart, 703-732.
- Herrán, María Teresa. <sup>2</sup>1991. *La industria de los medios masivos de comunicación en Colombia*. Bogotá.
- ; Javier Darío Restrepo. <sup>2</sup>1995<sup>1</sup>. *Ética para periodistas*. Bogotá.
- . 1995<sup>2</sup>. De lo formal a lo real: El ejercicio del periodismo en Colombia. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.). *Libertad de expresión en los Países Andinos*. Bonn, Lima, 97-107.

- . 1992. Los medios y la constitución de 1991. In: *Chasqui* 41, 29-31.
- . 1993. *Tutela, periodismo y medios de comunicación*. Bogotá.
- Historia de la Televisión en Colombia. 1998. In: <http://www.cntv.org.co/Introesp.htm> (17.11.98)
- Hoskin, Gary. 1998. The State and Political Parties in Colombia. In: Eduardo Posada-Carbó (Hg.). *Colombia: The Politics of Reforming the State*. New York, London, 45-70.
- Human Rights Watch/Americas. 1993. *La violencia continúa. Asesinatos políticos y reforma institucional en Colombia*. Bogotá.
- . 1994. *Estado de Guerra. Violencia política y contrainsurgencia en Colombia*. Bogotá.
- Inter American Press Association. 1998. Colombian President Withdraws Measures Which Threatened to Limit Press Freedom. In: <http://www.ifex.org/alert/00001807.html> (9.11.98).
- Koberstein, Hans. 1994. *Medien und Kommunikation in Lateinamerika. Eine Auswahlbibliographie*. Berlin.
- König, Hans-Joachim. 1997. Staat und staatliche Entwicklung in Kolumbien. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 111-136.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.). 1995. *Libertad de expresión en los Países Andinos*. Bonn, Lima.
- Krumwiede, Heinrich-W./Reinhard Stockmann. <sup>3</sup>1995. Kolumbien. In: Dieter Nohlen/Franz Nuscheler. *Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2: Südamerika*. Bonn, 383-420.
- Kuhl, Harald. 1997. Alte und Neue Medien in Lateinamerika. In: *NORD-SÜD aktuell* 4, 646-650.
- Kunzick, Michael. 1985. *Massenmedien und Entwicklungsländer*. Köln.
- Kurian, George Thomas (Hg.). 1982. *World Press Encyclopedia*. London.
- Kurtenbach, Sabine. 1997. Guerillabewegungen in Kolumbien. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 235-254.
- . 1998. Kolumbiens Demokratie - oder über den Zusammenhang von Gewalt und Politik. In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*. Hamburg 15, 37, 44-54.
- Kusche, Dagmar. 1992. Massenmedien in Kolumbien. In: Jürgen Wilke (Hg.). *Massenmedien in Lateinamerika. Bd.1: Argentinien, Brasilien, Guatemala*,

- Kolumbien, Mexiko*. Frankfurt, 187-266.
- . 1997. Massenmedien in Kolumbien. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 585-614.
- La acción de tutela. o.J. *Decreto 2591 de 1991. Decreto 306 de 1992*. o.O.
- Lamnek, Siegfried. 1989. *Qualitative Sozialforschung. Band 2: Methoden und Techniken*. München.
- Langenbucher, Wolfgang R. <sup>2</sup>1993. *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien.
- . 1974-1975. Kommunikation als Beruf. Ansätze und Konsequenzen kommunikationswissenschaftlicher Berufsforschung. In: *Publizistik* 3-4, 19.-20. Jg., 256-277.
- Ley 182 de 1995.
- Ley 335 de 1996.
- Ley 51 de 1975. Estatuto del Periodista.
- Lloreda Caicedo, Rodrigo. 1997. Información, poder y libertad de prensa. In: *Ciencia Política* 46, 75-83.
- López de la Roche, Fabio. Dez. 1998. Proceso de paz y medios de comunicación. In: *Coyuntura Política* 12, Jg. 12, 17f.
- López Forero, Luis; Luis José González Álvarez. 1990. *Ética, comunicación y códigos del periodismo*. Bogotá.
- Lozano, Juan. 1997. Censura en Colombia, verdades y mentiras. In: Conservatismo Colombiano (Hg.): *Libertad de Prensa en Colombia*. Bogotá, 39-47.
- Martz, John D. 1997. *The Politics of Clientelism. Democracy and the State in Colombia*. New Brunswick u.a.
- McCombs, Maxwell E. 1992. Explorers and Surveyors. Expanding Strategies for Agenda Setting Research. In: *Journalism Quarterly* 69, 813-824.
- McLeod, Jack; Ramona R. Rush. 1969. Professionalization of Latin American and U.S. Journalists. In: *Journalism Quarterly* 46, 3, 583-590.
- Medina Patiño, Isidoro; Carlos A. Oviedo Gaviria. 1993. *"No disparen. Soy periodista". Una visión panorámica del periodismo colombiano*. Bogotá.
- Mejía Berrio, Carlos. 1995. Panorama de la Televisión Nacional. In: Carlos Carreño Rodríguez u.a. (Hg.). *El nuevo aire de la televisión colombiana*. Bogotá, 35-43.
- Molt, Peter. 1992. Die politischen Reformen des Jahres 1991 in Kolumbien. In:

- Nieto de Ponce de León, Clara. 1987. La opinión pública no pesa. In: *Gaceta* 44, (Apr.-Mai) Jg. 11, 3-5.
- Nieto de Samper, Lucy. 1998. El CPB, en picada. In: *El Tiempo* (19.1.98), 4A.
- Noelle-Neumann, Elisabeth; Winfried Schulz; Jürgen Wilke (Hg.). 1989. *Fischer Lexikon: Publizistik, Massenkommunikation*. Frankfurt.
- Nohlen, Dieter; Franz Nuscheler. <sup>3</sup>1995. *Handbuch der Dritten Welt. Bd. 2: Südamerika*. Bonn.
- Ocampo López, Javier. <sup>5</sup>1995. *Historia Básica de Colombia*. Bogotá.
- Oquist, Paul. 1980. *Violence, Conflict, and Politics in Colombia*. New York.
- Osorio Meléndez, Hugo A. 1997. *Políticas de información y derecho*. Santiago.
- Osterling, Jorge Pablo. 1989. *Democracy in Colombia. Clientelist Politics and Guerrilla Warfare*. New Brunswick/USA u.a.
- Otero Muñoz, Gustavo. 1936 (Neuaufgabe 1998). *Historia del periodismo en Colombia*. Bogotá.
- Pareja, Reynaldo. 1984. *Historia de la radio en Colombia*. Bogotá.
- Parra Duque, Fernando. 1995. El Reto: "¿TV or not TV?". In: *Anda* 2 (Apr.-Juli) 2, 8-10.
- Peace Proposals wrong-foot Samper. 1997. In: *Latin American Weekly Report* (14.10.97), 484.
- Pearce, Jenny. 1992. *Kolumbien. Im Innern des Labyrinths*. Stuttgart.
- Pereira G., José Miguel. 1997. Comunicación - Sociedad. Problemáticas y desafíos. In: *Signo y Pensamiento* 31, 25-40.
- Pérez, Gabriel Jaime. 1992. Ética, comunicación y violencia. In: *Chasqui* 41, 6-11.
- Pérez, Luis Guillermo; Bettina Reis. 1998. *Gegen das Vergessen. Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien* (Misereor-Dialog 14), Aachen.
- Pierce, Robert N. 1979. *Keeping the Flame. Media and Government in Latin America*. New York.
- . 1982. Colombia. In: George Thomas Kurian (Hg.). *World Press Encyclopedia*. London, 233-244.
- Posada-Carbó, Eduardo (Hg.). 1998. *Colombia: The Politics of Reforming the State*. Basingstoke u.a.



- Price Waterhouse. 1998. *Promedio Diario de Circulación Neta Pagada. Periódico El Tiempo. Primer Semestre de 1998*. Bogotá.
- Priess, Frank. 1996. "Vierte Gewalt" oder Prügelknabe: Lateinamerikas Medien auf Identitätssuche. In: *KAS-Auslandsinformationen* 4, 63-77.
- Programa Presidencial para la Defensa de la Libertad Personal. 1998. *Seminario Nacional: Los Medios de Comunicación frente a la Libertad Personal*. Bogotá.
- Quintero, Magda; Ramón Jimeno. <sup>3</sup>1997. Los medios de comunicación y la violencia. In: Fernán E. González u.a. (Hg.). *Violencia en la región andina. El caso Colombia*. Bogotá, 197-263.
- Ramírez Ramírez, Augusto. 1997. Hiperoferta de programación en la TV. In: *Anda* 9 (April-Juli), 5, 36-39.
- Rangel Suárez, Alfredo. 1998. *Colombia: Guerra en el fin de siglo*. Bogotá.
- Recknagel, Albert. 1998. Gewalt und Kriminalität als Herausforderung für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit von terres des hommes in Kolumbien. In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*. Hamburg 15, 37, 75-82.
- Redelfs, Manfred. 1996. *Investigative Reporting in den USA. Strukturen eines Journalismus der Machtkontrolle*. Opladen.
- Réniz Caballero, Doris; Carlos Delgado Pereira. 1998. El derecho de la comunicación en Colombia. In: *Contribuciones* 2, 105-125.
- Reporters sans frontières (Hg.). 1990-1997. *Jahresberichte*. London, Paris, Rom.
- República de Colombia. <sup>2</sup>1998. *Constitución Política de Colombia*. Bogotá.
- Restrepo, Javier Darío. 1996<sup>1</sup>. Los amos de los medios. In: *Economía Colombiana* 258 (Juni), 40-43.
- . 1996<sup>2</sup>. *Una convocatoria para construir la Libertad de Prensa*. Unveröffentlichtes Redemanuskript zur Gründung der Fundación para la Libertad de Prensa (9.2.96). Bogotá.
- Rey, Germán. 1996. Política y medios de comunicación en Colombia. In: *Contribuciones* 2, 129-144.
- . 1997. Visibilidad y corrupción: Los medios de comunicación en el proceso 8.000. In: Omar Rincón (Hg.). *Opinión pública* a.a.O., 55-71.
- Reyes-Matta, Fernando. 1992. Journalism in Latin America in the '90s: The Challenges of Modernization. In: *Journal of Communication* 3, 42, 74-83.
- Reyes-Posada, Alejandro. 1997. Compra de tierras por narcotraficantes. In: Francisco E. Thoumi u.a. *Drogas ilícitas en Colombia*. Bogotá, 279-346.

- Richard, Nazih. 1997. The Political Economy of Violence: The War-System in Colombia. In: *Journal of Interamerican Studies* 39, 2, 37-81.
- Rincón, Omar u.a. (Hg.). 1997. *Opinión pública: Encuestas y medios de comunicación. El caso del 8.000*. Bogotá.
- Rivera, Gonzalo A. 1988. Colombia: ¿Una cultura de la violencia? In: *Signo y Pensamiento* 13, 131-136.
- Rodríguez Sotomayor, Javier. 1997. La revolución de los medios. In: *Publicidad y Mercadeo* 199 (August), 18, 22-31.
- Ronneberger, Franz. 1974. Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.). *Zur Theorie der politischen Kommunikation*. München, 193-205.
- Ruíz, Emilio Juan. 1996. *Cuarto Poder. Cómo el Poder Económico se inserta en los Medios de Comunicación colombianos*. Bogotá.
- Ruótolo, A. Carlos. 1987. Professional Orientation among Journalists in three Latin American Countries. In: *Gazette* 40, 131-142.
- Salamanca O., Daniel. 1996. Lateinamerika: Medienkonzerne unter sich. In: *Media Perspektiven* 12, 639-647.
- Salazar Palacio, Hernando. 1995. *Reflexiones sobre la Libertad de Prensa y Expresión en Colombia*. Bogotá.
- Salwen, Michael B.; Bruce Garrison. 1989. Press Freedom and Development: U.S. and Latin American Views. In: *Journalism Quarterly* 66, 1, 87-92.
- Samper Pizano, Daniel. 1996. Prensa en proceso. In: *Semana* 744 (6.8.96).
- Sandoval, Carlos; Santiago Rodríguez. 1998. El CPB, ¿Al borde del nocaout? In: *El Tiempo* (9.2.98), 8A.
- Santos Calderón, Enrique. 1989. El periodismo en Colombia. 1886-1986. In: Álvaro Tirado Mejía. *Nueva Historia de Colombia. VI: Literatura y Pensamiento, Artes, Recreación*. Bogotá, 109-136.
- . 1998. Hoy hace cinco años. Recuerdos dispersos de una época de terror. In: *El Tiempo* (3.12.98), 4A.
- Santos Calderón, Francisco. 1998. Periodismo y secuestro: Hora de la reflexión. In: Programa Presidencial para la Defensa de la Libertad Personal. *Seminario Nacional: Los Medios de Comunicación frente a la Libertad Personal*. Bogotá, 69-78.
- Sauloy, Mylène; Yves le Bonniec. 1994. *¿A quién beneficia la cocaína?* Bogotá.

- Saxer, Ulrich. <sup>2</sup>1993. Politische Funktionen der Publizistik aus der Sicht der Publizistikwissenschaft. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hg.). *Politische Kommunikation. Grundlagen, Strukturen, Prozesse*. Wien, 140-155.
- Scholl, Arnim; Siegfried Weischenberg. 1998. *Journalismus in der Gesellschaft*. Opladen.
- Schumacher, Peter. 1997. Der verrückte Präsident in spe. In: *tageszeitung* (24.9.97), 11.
- . 1998<sup>1</sup>. Kolumbien: Reden vom Frieden - mitten im Krieg. In: Karin Gabbert u.a. (Hg.). *Die Macht und die Herrlichkeit. Lateinamerika. Analysen und Berichte* 22. Unkel/Rhein, Bad Honnef, 197-207.
- . 1998<sup>2</sup>. Komplott und Kokain-Kartell. Kolumbiens Militärs geraten durch Enthüllungen unter Druck. In: *Jungle World* 48 (25.11.98), 21.
- Seegers, Hubert. 1998. Politische Weichenstellung in Kolumbien für die kommenden vier Jahre. In: *KAS-Auslandsinformationen* 8, 69-97.
- Sociedad Interamericana de Prensa (Hg.). 1998. *Libertad de prensa en las Américas. Informe Anual 1998*. o.O.
- Stührenberg, Michael. 1990. Presse unter Waffen. In: *GEO* 4, 112-128.
- Tate, Winifred. 1998. Gewaltregulierung und internationales System: Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte in Bogotá. In: *Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation*. Hamburg 15, 37, 83-91.
- Thoumi, Francisco E. u.a. (Hg.). 1997. *Drogas ilícitas en Colombia*. Bogotá.
- Tirado Mejía, Alvaro. 1998. Violence and the State in Colombia. In: Eduardo Posada-Carbó (Hg.). *Colombia: The Politics of Reforming the State*. Basingstoke u.a., 111-124.
- Ulibarri, Eduardo R.; Ricardo Trotti. 1995. Dificultades y peligros de la prensa libre en las Américas. In: UNESCO (Hg.). *Medios de comunicación en América Latina y el Caribe*. Paris, 197-209.
- UNESCO (Hg.). 1995. *Medios de comunicación en América Latina y el Caribe*. Paris.
- Universidad de Antioquia (Hg.). 1998. *Alma Mater. Colección de Documentos No. 1*. Medellín.
- Uribe Ramírez, Sergio. 1997. Los cultivos ilícitos en Colombia. In: Francisco E.Thoumi u.a. *Drogas ilícitas en Colombia*. Bogotá, 35-135.
- Valencio Cossio, Fabio. 1997. Los dinosaurios contra la prensa libre. In: Conservatismo Colombiano (Hg.). *Libertad de Prensa en Colombia*. Bogotá,

- Vallejo Mejía, Jesús. 1993. Responsabilidad social del periodista frente a los nuevos derechos que ha consagrado la Constitución. In: *Revista Javeriana* 595 (Juni), 307-316.
- Villalba Bustillo, Carlos. 1995. El soporte jurídico de la libertad de prensa en Colombia. In: *Externado Revista Jurídica* 1, 8, 23-29.
- Vizcaíno Gutierrez, Milciades. 1992. *Los falsos dilemas de nuestra televisión*. Bogotá.
- Weck, Roger de. 1989. Mit Druckerschwärze gegen Drogenhändler. In: *Die Zeit* (28.12.89).
- Weischenberg, Siegfried; Martin Löffelholz; Armin Scholl. 1993. Journalismus in Deutschland: Design und erste Befunde der Kommunikatorstudie. In: *Media Perspektiven* 1, 21-33.
- ; Martin Löffelholz; Armin Scholl. 1994. Merkmale und Einstellungen von Journalisten in Deutschland II. In: *Media Perspektiven* 4, 154-167.
- . 1992. *Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen*. Opladen.
- Wiedemann, Verena. 1993. Die 10 Todsünden der freiwilligen Presse-Selbstkontrolle. In: *Rundfunk und Fernsehen* 4, 41, 82-94.
- Wilke, Jürgen (Hg.). 1992. *Massenmedien in Lateinamerika 1: Argentinien, Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Mexiko*. Frankfurt.
- World Bank. 1994. *Poverty in Colombia*. Washington D.C.
- Ziss, Roland. 1997. Gewalt in Kolumbien: eine Gesellschaft im Notstand. In: Werner Altmann u.a. (Hg.). *Kolumbien heute*. Frankfurt, 213-234.

## **7.1 Ressourcen im Internet**

### **Kolumbianische Medien**

El Espectador: [www.elespectador.com](http://www.elespectador.com)

*El Tiempo*: [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

RCN: [www.rcn.com.co](http://www.rcn.com.co)

*Semana*: [www.semana.com](http://www.semana.com)

*Cambio*: [www.revistacambio.com](http://www.revistacambio.com)

### **Organisationen**

Committee to Protect Journalists: [www.cpj.org/](http://www.cpj.org/)

Sociedad Interamericana de Prensa: [www.sipiapa.com/](http://www.sipiapa.com/)

International Press Institute: [www.freemedia.at/index1.html](http://www.freemedia.at/index1.html)

IFEX: [www.ifex.org/](http://www.ifex.org/)

Freedom Forum: [www.freedomforum.org/](http://www.freedomforum.org/)

Reporters sans frontières: [www.rsf.fr](http://www.rsf.fr)



## MESA REDONDA

Neue Folge/Nueva Serie:

1. GINER, Salvador  
La Modernización de la Europa Meridional. Una Interpretación Sociológica (März 1995)
2. HOFFMANN, Karl-Dieter  
Ökonomischer Fortschritt und soziale Marginalisierung: Die historische Genese des brasilianischen Wachstums- und Entwicklungsmodells. Eine Skizze (November 1995)
3. KOHUT, Karl; Günter MERTINS  
Cuba en 1995. Un diálogo entre investigadores alemanes y cubanos (November 1995)
4. LEWIS, Colin M.  
The Argentine: from Economic Growth to Economic Retardation (1850s-1980s). A Review of the Economic and Social History Literature (September 1996)
5. ESSER, Klaus  
¿Son competitivos los países latinoamericanos en el mercado mundial? Crecientes desafíos, difíciles respuestas (November 1996)
6. GOETZE, Dieter  
Cambios actuales en las relaciones de género en España (Dezember 1996)
7. PRIES, Ludger; Richard REICHEL; Rüdiger ZOLLER  
Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz (Februar 1997)
8. BODENMÜLLER, Thomas  
El mundo del hampa a través de Quevedo: Análisis de la jácara "Estábase el padre Ezquerria" (Oktober 1997)

9. BERNECKER, Walther L.  
De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva (Oktober 1997)
10. HOFFMANN, Karl-Dieter  
"Pugna de poderes" und "ingobernabilidad": Ecuadors politisches Institutionengefüge im Dauerstreß (Februar 1998)
11. KOHUT, Karl (ed.)  
La recepción de la cultura alemana en América Latina. Cinco visiones (Februar 1998)
12. SCHEERER, Thomas M.  
Gramáticas de la memoria. Antonio Muñoz Molina: Beatus Ille (1986) y El jinete polaco (1991) (Oktober 1998)
13. STECKBAUER, Sonja M. (ed.)  
La novela latinoamericana entre historia y utopía (September 1999)
14. KOHUT, Karl; María del Carmen BARCIA ZEQUEIRA; Günter MERTINS (eds.)  
Cien años de Independencia de Cuba. Vol. I y II (Dezember 1999)
15. MANSILLA, H. C. F.  
Zur Theorie der dauerhaften Entwicklung in Lateinamerika. Eine neue Ideologie der Staatsbürokratie und der herrschenden Eliten? (Juni 2000)
16. SCHUMACHER, Peter  
Journalisten in Kolumbien. Arbeitsbedingungen und Selbstverständnis (Mai 2001)





